



universität
wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

„Brüssel – Wo ist das?“

Polen und Lettland im Vergleich auf dem Weg in die EU.
Transformation und europäische Integration in den
Jahren von 1990 bis 2005.

Verfasser

Philipp Jaklin

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr.phil.)

Wien, im Mai 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 092 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Hans-Georg Heinrich

„Am 1. Mai 2004 wuchs die Europäische Union auf fast eine halbe Milliarde Einwohner heran. Die Menschen zu integrieren, stellt die EU vor eine der größten Herausforderungen in ihrer Geschichte.“

PHILIPP JAKLIN

Brüssel – Wo ist das?

Polen und Lettland im Vergleich auf dem Weg in die EU.
Transformation und europäische Integration in den
Jahren von 1990 bis 2005.

Wien, im Mai 2010

DANKSAGUNG

Im Besonderen möchte ich mich bei meinen Eltern bedanken, die es mir ermöglicht haben, ein Studium an einer Universität zu absolvieren. Außerdem gilt der Dank meiner Familie und meinen Freunden, die mich sowohl vorort als auch von Polen aus vor und während der Zeit des Studiums geprägt und unterstützt haben.

Für die Erstellung der Arbeit erlaube ich mir vor allem alljenen meinen Dank auszusprechen, die mich unentwegt gefördert haben, die Arbeit zu einem Ende zu bringen. Schließlich bedanken möchte ich mich auch bei Herrn. Univ.-Prof. Heinrich und Frau Univ.-Doz. Liebhart, die mich mich bei der Entwicklung und Fertigstellung der Arbeit unterstützt haben.

VORWORT

Polen und Lettland sind am 1. Mai 2004 Mitglieder der Europäischen Union geworden. Erst mit dem Beitritt hat eine breite Auseinandersetzung mit den beiden Staaten eingesetzt. Dabei verbirgt sich hinter den Ländern eine ebenso fantastische wie einmalige Geschichte. Die Gesellschaft gerade dieser Staaten hat in Europa einzigartige Prozesse eingeleitet und verholfen, zu nie geahnten Entwicklungen zu führen.

Die Menschen aus Polen und Lettland haben innerhalb kürzester Zeit Abhängigkeit und Freiheit, Plan- und Marktwirtschaft, Kommunismus und Demokratie, Größe und Kleinstaatlichkeit erlebt und eine ganz besondere Art gefunden, mit ihrer Geschichte umzugehen.

Mein persönliches Interesse an den beiden Staaten begründet sich einerseits daher, dass meine Familie mütterlicherseits aus Polen stammt und nach wie vor dort lebt. Durch den regen Kontakt und die vielen Reisen konnte ich den Kontakt zu Polen nie verlieren, meine Sprachkenntnisse stetig verbessern und auch polnische Literatur für die Erstellung der Arbeit heranziehen. Das Interesse an Lettland ergab sich aus einem Projekt des Europäischen Freiwilligendienstes in Lettland, nur wenige Monate nach der großen Osterweiterung, bei der zehn neue Staaten Mitglied der Europäischen Union wurden und die Bevölkerung der Staatengemeinschaft auf fast eine halbe Milliarde Menschen heranwuchs. Daher auch der Titel der Arbeit: „Brüssel – Wo ist das?“ Polen und Lettland haben eine Vielzahl an Gemeinsamkeiten, ebenso wie eine schier unendliche Zahl und Unterschieden. Dennoch haben sie beide unmittelbar nach ihrer Souveränitätserklärung 1990/91 den Weg Richtung Brüssel eingeschlagen. Es folgte ein langer aber schneller Weg, der über Höhen und Tiefen, Hürden und Freundschaften letztlich nur zirka fünfzehn Jahre später zum Ziel nach Brüssel führte.

Heute sind Polen und Lettland vollwertige Mitglieder der Europäischen Union und gehören der Staatengemeinschaft samt ihren 27 Mitgliedern an. Wie sie das geschafft haben, und was sie unterwegs alles erlebt haben, ist auf den nächsten Seiten beschrieben.

INHALTSVERZEICHNIS

KAPITEL I: EINLEITUNG	11
<i>Erkenntnisinteresse</i>	11
<i>Aufbau der Arbeit</i>	13
<i>Zentrale Forschungsfragen</i>	16
<i>Methodische Ansätze</i>	18
<i>Disziplin der vgl. Politikwissenschaft</i>	22
 KAPITEL II: THEORETISCHE AUFARBEITUNG	 27
II.1. Nationbuilding	27
II.1.1. <i>Stateformation versus Nationbuilding</i>	34
II.1.2. <i>Kritik an bestehenden Konzepten</i>	37
II.1.3. <i>Fortsetzung der Theorien</i>	41
II.2. Transformation & Demokratieentwicklung	44
II.2.1. <i>Einleitende Worte zur Transformation</i>	44
II.2.2. <i>Transformation nach Claus Offe</i>	45
II.2.3. <i>Vergleichende Demokratieforschung</i>	49
II.2.4. <i>Demokratie – Förderer oder Verhinderer</i>	50
II.2.5. <i>Das Problem der beiden demokratischen Hälften</i>	53
II.2.6. <i>USA und Russland: unterschiedliche Legitimitätsbasis...</i>	55
II.2.7. <i>Passives Nationbuilding</i>	57
II.3. EUROPÄISCHE INTEGRATION	60
II.3.1. <i>Intergouvernementalismus</i>	62
II.3.1. <i>Supranationalismus</i>	66
 KAPITEL III: GRUNDLAGEN DER EU-ERWEITERUNGEN	 71
III.1. Allgemeine Einführung zur EU	71
III.1.1. <i>Die Beitrittsvoraussetzungen</i>	74
III.1.2. <i>Der Beitrittsprozess</i>	75
III.1.3. <i>Das Europäische Parlament und der Rat der EU</i>	76
III.1.4. <i>Die Europäische Kommission</i>	78
III.1.5. <i>Weitere Institutionen der Europäischen Union</i>	79
III.1.6. <i>Der Euro</i>	79
III.2. EU-ERWEITERUNGEN	80
III.2.1. <i>Grundlagen der EU-Erweiterung 2004</i>	81
III.3. RECHTLICHE GRUNDLAGEN DER ERWEITERUNGEN	85
III.3.1. <i>Die Verträge</i>	85
III.3.2. <i>Vertragrechtl. und polit. Grundlagen der Osterweiterung</i>	87
 KAPITEL IV: LETTLAND UNTERWEGS NACH BRÜSSEL	 95
IV.1. Lettland auf dem Weg in die Unabh.	95
IV.1.1. <i>Historische Grundlagen</i>	95
IV.1.2. <i>Die vier wichtigen Ereignisse im Unabhängigkeitskampf</i>	97
IV.1.3. <i>Tautas Fronte</i>	101
IV.1.4. <i>Die Gesellschaft nach 1990</i>	105
IV.2. 15 JAHRE SOUVERÄNITÄT	108
IV.2.1. <i>Das politische System Lettlands</i>	112
IV.2.2. <i>Die Wahlergebnisse seit 1993</i>	113
IV.2.3. <i>Das Staatsoberhaupt in Lettland</i>	116
IV.2.4. <i>Die Saeima – das Parlament der Lettischen Republik</i>	119
IV.2.5. <i>Die Ökonomie in Lettland</i>	121
IV.2.6. <i>Die Bevölkerung Lettlands</i>	125
IV.3. EU-BEITRITTSPROZESS	132

IV.4. LETTLAND SEIT DEM EU-BEITRITT	148
IV.4.1. <i>Die Wahl zum Europäischen Parlament 2009</i>	148
IV.4.2. <i>Befürworter oder Skeptiker?</i>	150
IV.4.3. <i>Arbeitslosigkeit in Lettland</i>	153
IV.4.4. <i>Schengen</i>	155
IV.4.5. <i>Wirtschafts- und Währungsunion</i>	156
IV.4.6. <i>Bevölkerungsstruktur</i>	160
 KAPITEL V: POLEN UNTERWEGS NACH BRÜSSEL	 169
V.1. Polen auf dem Weg in die Unabhängigkeit	169
V.1.1. <i>Historische Grundlagen bis 1945</i>	169
V.1.2. <i>Geschichtliche Entwicklungen nach 1945 bis 1989</i>	175
V.1.3. <i>Solidarnosc</i>	176
V.1.4. <i>Das Ende des kommunistischen Regimes in Polen</i>	184
V.2. 15 JAHRE SOUVERÄNITÄT	186
V.2.1. <i>Das Parlament</i>	188
V.2.2. <i>Wahlen zum Parlament seit 1990</i>	189
V.2.3. <i>Die Parteiensystem Polens</i>	194
V.2.4. <i>Die Präsidenten Polens seit 1990</i>	199
V.2.5. <i>Die Verfassung</i>	200
V.2.6. <i>Transformation</i>	201
V.3. EU-BEITRITTSPROZESS	214
V.3.1. <i>Beitrittsverhandlungen</i>	222
V.3.2. <i>Das Referendum</i>	228
V.4. POLEN SEIT DEM EU-BEITRITT	230
V.4.1. <i>Ökonomie</i>	237
V.4.2. <i>Arbeitslosigkeit</i>	238
V.4.3. <i>Polen in der Europäischen Union</i>	241
 KAPITEL VI: DIREKTER VERGLEICH LETTLAND – POLEN	 249
VI.1. HISTORISCHE RAHMENBEDINGUNGEN BIS 1990/91	249
VI.1.1. <i>Geschichte im Vergleich</i>	250
VI.1.2. <i>Polen und Lettland zwischen 1945 und 1989/90</i>	255
VI.2. EXKURS: AKTEURSANALYSE IN LETTLAND UND POLEN	259
VI.3. UNABHÄNGIGKEIT UND EU-BEITRITTSPROZESS	265
VI.3.1. <i>15 Jahre Unabhängigkeit</i>	265
VI.3.2. <i>Die politischen Systeme im Vergleich</i>	269
VI.3.3. <i>Die Wirtschaftsentwicklung</i>	271
VI.3.4. <i>Der EU-Beitrittsprozess</i>	272
VI.4. ENTWICKLUNGEN SEIT DEM BEITRITT 2004	274
VI.4.1. <i>Ökonomische Situation</i>	275
 KAPITEL VII: RÉSUMÉ & SCHLUSSFOLGERUNGEN	 281
 [ANHANG]	 287

KAPITEL I: EINLEITUNG

Erkenntnisinteresse
Aufbau der Arbeit
Zentrale Forschungsfragen
Methodische Ansätze
Disziplin der vgl. Politikwissenschaft

I.1. ERKENNTNISINTERESSE

POLEN und LETTLAND – beides Staaten der Europäischen Union mit ihren heutigen 27 Mitgliedern. Beides Staaten, die viele strukturelle Gemeinsamkeiten wie Unterschiede haben, allerdings völlig unterschiedliche Wege gefunden haben, sich weiterzuentwickeln.

Die beiden im Rahmen dieser Arbeit betrachteten Staaten scheinen auf den ersten Blick nicht wirklich für einen Vergleich geeignet zu sein. Zu groß scheinen hier die Unterschiede, zu eigenartig die Auswahl der Nationen, zu überflüssig die gemeinsame Betrachtung zu sein. Vielleicht aber macht gerade das den Reiz und die Herausforderung, der sich der Autor in den nächsten Seiten stellen möchte, aus. Wie unterschiedlich sind die beiden Staaten wirklich, wie verschieden denken sie, wie gehen sie mit ihrer Geschichte um und wie haben sie vergangene Perioden abgelehnt und abgelegt? Und heute, wie europäisch sind sie heute in der Staatengemeinschaft verankert?

Sie liegen genau in der Mitte – in der Mitte zwischen Ost und West. Zwischen den Einflüssen, den Phänomenen und den Gegebenheiten, die von beiden Seiten auf die zwei Staaten eingewirkt haben. Und dennoch hatten sie nie die Chance, beide Einflüsse gleichzeitig zu genießen. Trotz der zentralen geographischen Lage, hat es aus historischer Sicht nie eine Mitte gegeben. Entweder war es West oder Ost, selten Beides und niemals Eigenständiges.

Gemeinsam haben die beiden Staaten auch, dass sie in der jüngsten Geschichte unglaublich viel erlebt haben und dabei – zwar nicht miteinander,

sondern jeder auf seine Weise – die Zeichen der Zeit abzulegen suchen und aus eigener Kraft eine existierende Übermacht in die Schranken gewiesen haben und sich als souveräne Staaten positioniert haben.

Die folgenden Seiten werden sich vor allem mit den vergangenen zwanzig Jahren der beiden Staaten einzeln, und anschließend im Vergleich beschäftigen. Eine kurze Zeit wie dem Autor scheint, um einen kompletten strukturellen Wandel auf den Ebenen der Staatspolitik, Volksökonomik und der Kultargesellschaft zu vollziehen und historisch-kulturell gewachsene Phänomene zu verarbeiten und auszublenden und sich sogleich in einer neuen, anders orientierten Gemeinschaft einzugliedern. In nur 15 Jahren Unabhängigkeit haben die beiden Staaten einen weiten zurückgelegt: Von Moskau bis nach Brüssel.

Heute stellt sich die Frage mit anderen Worten: Wo ist Brüssel? Lettland und Polen im Vergleich auf dem Weg in die Europäische Union. Transformation und Europäische Integration in den Jahren von 1990 bis 2010.

Das persönliche Interesse des Autors geht auf die Herkunft seiner Mutter zurück, die ursprünglich aus Polen stammt. Anfang der 1980er Jahre war sie gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um nicht wegen Widerstands gegen die kommunistische Staatsgewalt inhaftiert zu werden. Bis heute lebt ihre Familie und somit auch die des Autors in Polen. Umso verständlicher, dass die Jahre des Umbruchs in Europa, die Ablehnung des Kommunistischen Systems und die Öffnung der Grenzen eine stark emotionale Zeitperiode für viele Menschen bedeutet hatte, die von ihren Familien getrennt worden waren.

Zudem kommt, dass der Autor nahezu zwei Jahre in Lettland gelebt und gearbeitet hatte. Das große Interesse an dem kleinen Land war schon damals für ihn prägend, und so beschloss er, über das so phänomenale Land eine Arbeit zu verfassen. Der Autor hat erstmals 2002 während eines mehr als ein halbes Jahr dauernden Auslandsaufenthaltes in Valmiera, zirka 110 Kilometer östlich von Riga gelebt. Vordergründig war die Neugierde vor allem eine historische, wandelte sich aber schnell in eine politische und soziale.

In den folgenden Jahren verbrachte der Autor viel Zeit in Lettland als Angestellter eines Tourismusbetriebs.

Die Besonderheit an dem Zeitpunkt der Erstellung der Arbeit, ist dass Gespräche mit Personen beider Nationen in deren Muttersprache sowohl über die kommunistische Zeit, als auch die Jahre der Unabhängigkeit, sowie den Folgen und Nachwirkungen des EU-Beitritts geführt werden konnten. Die Wandlung in nur so kurzer Zeitspanne macht die Thematik ebenso unvorstellbar und komplex, wie spannend und beeindruckend.

I.2. AUFBAU DER ARBEIT

Die Arbeit gliedert sich im wesentlichen in sieben von einander mehr oder weniger unabhängige Kapitel. Der Autor war bemüht die Kapitel, die sich mit der eigenständigen Analyse einer Gegebenheit streng von denen zu trennen, die sich der wissenschaftlichen Methode des Vergleichs annehmen.

Zu Beginn der inhaltlichen Arbeit steht der ausführliche Theorieblock. Dieser gliedert sich wiederum in drei Unterkapitel: Nationbuilding, Transformation und Europäische Integration.

Die drei Schwerpunkte bilden das theoretische Grundgerüst für die Arbeit.

Zwar stellt die theoretische Auseinandersetzung mit dem Nationbuilding eine der ältesten politischen Theorien dar, ist in diesem speziellen Fall aber von großem Interesse, da die Region um Osteuropa in vielerlei Hinsicht eine Besonderheit im Prozess des Nationbuildings darstellt. Dabei verdeutlicht sich das Problem, dass in den bisher gefunden Ansätzen, wie von Hippler, Fukuyama oder Rokkan, ein für die betrachteten Regionen wesentlicher Aspekt fehlt, nämlich, dass es dort schon einmal zuvor einen unabhängigen Staat gegeben hat. Nachdem diese Zeit nicht so viele Jahre zurückliegt, und gesagt werden kann, dass ein bestimmender Teil der Bevölkerung die wenigen Jahre der Unabhängigkeit 70 Jahre vor 1991 erlebt hatte, kann nicht einfach von „neuem“ Nationbuilding ausgegangen werden. Viel mehr ist es eine Art von

Fortsetzung des Nationbuilding, das für einige Zeit unterbrochen worden ist. Mit dem Ansatz der großen Theoretiker und der theoretischen Konzeptualisierung für den Spezialfall soll eine passende Annäherung an das Nationbuilding ausgearbeitet werden.

Die Transformationsforschung ist im Vergleich zum Nationbuilding ein neues, junges Fach in der Politikwissenschaft. Das spannende Element bei der Beschäftigung mit Transformationsprozessen ist die Vielschichtigkeit und die wesentliche Bedeutung des Prozesses auf mehreren Ebenen, wie der Politik, der Ökonomie und der Gesellschaft. Die Verwandlung eines bestehenden und kontrollierten Systems in ein Mehrparteiensystem, Demokratie und Marktwirtschaft kann in jüngster Vergangenheit am besten an den zahlreichen Beispielen Osteuropas erläutert werden.

Zuletzt bildet der Beitritt zur Europäischen Union einen wesentlichen Teil der Arbeit aus den Kapiteln IV bis VI. Als theoretische Disziplin möchte der Autor die Europäische Integration überstellen und den Intergouvernementalismus, sowie den Neofunktionalismus im Vergleich darstellen und seine Anwendbarkeit auf das Konzept der Europäischen Staatengemeinschaft prüfen.

Im Anschluss wendet sich die Arbeit von der theoretischen Ebene ab und widmet sich voll und ganz der inhaltlichen Recherche und Analyse. Den Beginn dazu macht das Kapitel III, welche sich mit den Grundlagen der Erweiterungen der Europäischen Union beschäftigt und vor allem die große Osterweiterung in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Deskription stellt. Beichelt hat sich ausführlich mit den juristischen Grundlagen der Erweiterung beschäftigt, einige diese Überlegungen sollen auch in dieser Arbeit Niederschlag finden. Am Ende dieses Kapitels soll noch der Versuch einer Akteursanalyse gewagt werden, um Tendenzen und Interessen zu personifizieren und somit für den Leser zugänglicher zu machen.

Die darauffolgenden Kapitel IV und V beschäftigen sich beide, unabhängig von einander mit den beiden Staaten Polen und Lettland. Beginnend mit der Loslösung und Erlangung der Souveränität und den fortlaufenden 15 Jahren der

Unabhängigkeit, in denen die Transformation weitreichende Gestalt angenommen hat, bis zum Beitritt zur Europäischen Union 2004. Folglich soll das Thema EU-Beitrittsverhandlungen, Beitritt, Akzeptanz der EU unter dem Volk und Integration analysiert werden. Dieser Teil der Arbeit wird sich im Rahmen der Beitrittsverhandlungen eher auf eine chronologische Darstellung der Ereignisse beschränken, wo hingegen der Integrationsprozess kritisch erläutert werden wird.

Das Kapitel VI stellt den inhaltlichen Höhepunkt der Arbeit dar. In diesem Kapitel werden nämlich die auf die Staaten bezogen einzeln analysierten Ereignisse und Ergebnisse vermengt, im Vergleich dargestellt und neuerdings bewertet. Als Schwerpunkt dieser Analysetätigkeit soll die Frage erläutert werden, wo Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Weg zur Mitgliedschaft liegen, welche Rolle die „abhängige Unabhängigkeit“ gespielt hat und letztlich, ob ein großer aber homogener Staat leichter oder schwieriger zu „europäisieren“ ist, als ein kleiner, dafür umso heterogenerer Staat.

Am Ende darf eine Stellungnahme zur aktuellen EU-Akzeptanz und der Versuche einer Erklärung, warum diese – so viel sei vorweg verraten – so niedrig ausfällt, nicht fehlen.

Der letzte Teil der Arbeit – das Kapitel VII – widmet sich Zusammenfassungen aus den vorangegangenen Kapiteln der Arbeit und rundet somit die Dissertation ab. Neue Erkenntnisse oder Bewertungen sind hier nicht mehr zu erwarten, sondern viel mehr eine nüchterne Darstellung der zuvor erworbenen Erkenntnisse zur Veranschaulichung.

I.3. ZENTRALE FORSCHUNGSFRAGEN

Der Theorieblock der Dissertation wird sich mit den drei Themenbereichen des Nationbuildings, der Transformationsforschung und der Europäischen Integration beschäftigen.

Zu Beginn der Arbeit findet eine Auseinandersetzung mit den klassischen Theorien des Nationbuildings statt. Das Ergebnis ist ernüchternd: Kaum eine der gängigen Theorien kann unverändert auf die Situation der beiden verglichenen Staaten umgelegt werden. Diese Besonderheiten sollen im Rahmen des theoretischen Teils der Arbeit herausgefiltert werden und bestehen Ansätze um diese Faktoren erweitert werden.

Im Rahmen der Transformationsforschung soll eine Analyse der gängigen wissenschaftlichen Ansätze gewagt, und diese kritisch analysiert werden. Dabei werden die Schwerpunkte auf die Fragen gelegt, ob ökonomischer Wandel auch ohne demokratische Prinzipien und einer breiten Rechtsstaatlichkeit möglich ist und inwiefern das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (vgl. Claus Offe) tatsächlich eine Rolle spielt.

Für den Themenblock der Europäischen Integration spielen der „Intergouvernementalismus“ und der „Neofunktionalismus“ die entscheidende Rolle in der Analyse. Der Vergleich dieser beiden Ansätze soll dazu führen, das Funktionieren und die Eigenheiten der Europäischen Union, vor allem in Hinblick auf die Osterweiterung besser einordnen zu können.

Die anschließenden Kapitel der Osterweiterung und der Analyse der beiden Staaten Polen und Lettland werfen eine Vielzahl von neuen Fragestellungen auf. In Betrachtung des historischen Kontexts muss erörtert werden, welche internen Einflüsse aber auch externen Faktoren für die Unabhängigkeit der beiden Staaten maßgeblich waren. Im anschließenden Prozess der

Europäischen Integration soll herausgearbeitet werden, wie sich die Größe und die Eigenschaften der beiden Nationen, sowie der historische Kontext und die Gesellschaftsstrukturen auf die drei Ebenen der Transformation auswirken. Wie unterschiedlich sind die Interessen und Erwartungen der beiden Staaten? Wie vergleichbar ihr historischer Kontext? Reicht die Zeit von 20 Jahren dazu aus, einen gesellschaftlichen Wandel zu vollziehen? Wie reif war die Gesellschaft noch vor dem Umbruch für die Eigenständigkeit?

Anhand der bestehenden Theorien und Methoden soll überprüft werden, ob das Nationbuilding funktioniert hat, wann aus der Nation ein State wurde und wie diese States mit der erneuten Anbindung an eine Staatengemeinschaft, wenn auch auf freiwilliger Basis, umzugehen lernten und umzugehen lernen mussten. Im Rahmes dieser Betrachtung bleibt die Frage nach der hohen Skepsis gegenüber der Europäischen Gemeinschaft. Woher kommt diese? Welche Faktoren verstärken Angst und Misstrauen gegenüber der europäischen Gemeinschaft? Sind dies mehr nationale Prozesse oder internationale Einflüsse, die nicht richtig gedeutet werden können? Und vor allem, ist nicht zuvor Wohlstand nötig, um Vertrauen zu gewinnen?

Bei der Betrachtung der beiden Staaten im Vergleich ihrer Besonderheiten und Gegebenheiten, soll herausgearbeitet werden, welche Rolle einerseits deren Umstände und Zustände die spätere Entwicklung beeinflusst haben, und andererseits, wie die europäische Staatengemeinschaft mit diesen Besonderheiten umgegangen ist. Von großem Interesse für die Beantwortung vieler Fragen wird sein, ob es „einfacher“ sei, ein großes, aber gesellschaftlich homogeneres und unabhängigeres Land, oder aber ein vielfach kleineres, nunmehr aber sehr heterogenes und abhängigeres Land in die Europäische Union zu führen. Was waren nun die Besonderheiten der beiden Staaten? Und welchen Einfluss haben diese auf die weitere Entwicklung? Würde man gezielt einzelne Faktoren herausheben und austauschen, wäre dann die Entwicklung eine andere gewesen? Dabei soll ein Versuch einer Prognose gewagt werden.

I.4. METHODISCHE ANSÄTZE

Die vorliegende Arbeit wurde aus der wissenschaftlichen Disziplin der Vergleichenden Politikwissenschaft erstellt. Die folgenden Zeilen beschäftigen sich nun mit dem methodischen Ansatz des Vergleichs in der Politikwissenschaft.

Unumstritten gilt, dass jeder Eindruck oder jede Beobachtung erst auch tatsächlich eine Bedeutung erhält, wenn sie einem Vergleich unterliegt. Man könnte gar geneigt sein weiterzugehen und zu sagen, dass jede Sache erst ihre eigenständige Individualität erhält, wenn sie mit etwas anderem verglichen wird. Dem gegenüber steht zwar Goethe, der gesagt haben soll, „nur Dummköpfe vergleichen“, allerdings benötigen wir für die wissenschaftliche Arbeit oftmals Analysen, die durch Vergleiche gezogen werden. Dennoch kann die vergleichende Methode nicht exklusiv angewandt werden. Ihre Grenzen werden deutlich wenn ich zwar zwei Käferarten miteinander vergleiche und einordnen kann, allerdings nach wie vor keine Information über ihren Lebensraum erhalte.

In der vergleichenden Politikwissenschaft tritt häufig das Phänomen auf, dass einer relativ kleinen Anzahl von Fällen eine umso größere Anzahl an möglichen Ausprägungen (Variablen) gegenübersteht. Dies wird dann zu einem Problem, wenn streng statistisch gesehen, zu viele Freiheitsgrade auftreten und somit die Möglichkeit, signifikante Aussagen zu treffen, nicht mehr oder zumindest nicht mehr gut gegeben ist. Somit muss bei einer naturwissenschaftlichen Herangehensweise entweder die Zahl an Fällen vermehrt, oder die Variablen vermindert werden.¹

Die Auswahl nach den zu untersuchenden Objekten kann auf mehrere Arten passieren. Naheliegender wäre die Vorgehensweise, dass man von bekannten gemeinsamen Ausprägungen (Merkmale) ausgeht. Diese können wiederum

¹ Vgl. Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. 4. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006.

sehr unterschiedlich sein. Entweder historische Ereignisse oder Entwicklungen, politische Entscheidungen und Prozesse, geopolitische Strategie bzw. Lage, aber auch die Gemeinsamkeiten der Folgen eines Ereignisses können ein passenden Cluster für die vergleichende Arbeit bilden. Stein Rokkan spricht von der Vorgangsweise, die ähnlichsten oder auch die unterschiedlichsten Fälle für eine vergleichende Analyse heranzunehmen.

Als besonderes Element der Vergleichenden Politikwissenschaft sind auch Einzelfallstudien anzuführen. Tendenziell lässt sich aber feststellen, dass die Vergleichselemente in der wissenschaftlichen Arbeit ständig wachsen und die Vergleiche immer größer und komplexer werden. So bestehen bereits wissenschaftliche Matrixen, in den alle weltweiten politischen Systeme miteinander verglichen werden.²

Eines der grundlegendsten Probleme in der vergleichenden Wissenschaft, ist dass die Auswahl der zu in Betracht ziehenden Ausprägungen oftmals ohne klar definierte Regeln stattfindet und somit eine manchmal in Folge nicht nachvollziehbare Auswahl an Untersuchungsobjekten stattfindet. Vor allem in makropolitischen Untersuchungen stehen klar definierte wissenschaftliche Größen, wie zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt nicht alleine dar. Die Untersuchung wird um Sachverhalte, wie sozio-politische Ereignisse, Prozesse politischer Aktivitäten oder Revolutionen erweitert.³ In der Unterscheidung dieser Faktoren spricht man von einfachen Messgrößen, komplexeren Indikatoren, die aus einer Vielzahl von einfachen Variablen bestehen und multidimensionalen Konzepten, die beispielsweise auch Tradition und Kultur einfließen lassen.

In der Vergleichenden Politikwissenschaft arbeitet man oft mit dem Vergleich von Ländern. Die Auswahl der zu betrachtenden Objekte kann entweder auf die territoriale Lage zurückgeführt werden. Gemeinsame vergleichbare Erfahrungen aufgrund der geopolitischen Lage bilden hier die Basis zur Auswahl der Vergleichsmomente.

² Vgl. Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. 4. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006.

³ Siehe 2.

Dem gegenüber steht die Vorgangsweise, Territorien bzw. Staaten miteinander zu vergleichen, die zwar möglicherweise nicht direkt benachbart sind, aber vergleichbare historisch-politische oder gesellschaftlich-kulturelle Erfahrungen oder Prozesse durchgemacht haben.

Unabhängig von der Struktur und den Variablen, nach denen die Untersuchungsmerkmale ausgewählt worden waren, und welche Bedeutung ihnen in der wissenschaftlichen Analyse zugute kommt, ist es nicht möglich, den Wissenschaftler und seine formende Tätigkeit gänzlich auszuklammern. Letztlich ist es immer der Mensch, der die Auswahl, bzw. die Kriterien zur Auswahl der zum Vergleich zugelassenen oder nicht zugelassenen Merkmale trifft. Umso wichtiger erscheint es, dass vor der Analyse jeglicher Vergleichsarbeit festgehalten wird, wie und aufgrund welcher Maßnahmen bzw. Ausprägungen eine bestimmte Auswahl getroffen wurde und welche Bedeutung ihr im Untersuchungskonzept zugesprochen wird.

Um die durch den Vergleich entstandenen Erkenntnisse zu ordnen, stehen drei Formen zur Verfügung. Die Klassifikation ist die Methode, bei der verschiedene Ausprägungen, die nach einer Variable untersucht worden sind, geordnet werden. Für diese Arbeit stellt sich die Frage nach der Größe eines Staates, groß und klein wäre typischerweise mit der Klassifikation einzuordnen.

Einen Schritt weiter in der Analyse geht die Typologie. Hier betrachtet der Untersucher zumindest zwei Variablen, die in Abhängigkeit zu einander stehen. Das einfachste Lösungsschema ist somit eine 2x2-Matrix. Beispielsweise hat Huntington schon mit solchen Mustern gearbeitet, nämlich bei der Frage der politischen Partizipation in Relation zur einem hohen oder niedrigen Institutionalisierungsgrad.⁴

Als höchste Stufe der möglichen Ordnung von Ausprägungen stehen uns Modelle zur Verfügung. Je mehr Variablen kombiniert werden, und je differenzierter die Merkmalsausprägungen sind, desto größer ist die Zahl, die alle möglichen Kombinationen in Betracht zieht. Irgendwann ist ein Punkt

⁴ Vgl. Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. 4. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006.

erreicht, bei dem das Vorstellungsvermögen des Wissenschafters, als auch die Darstellbarkeit ein Ende nimmt. Ist dies der Fall, muss eine Reduzierung von Kategorien erfolgen. Diese Vorgangsweise bringt allerdings automatisch wiederum einen Verlust an Informationen mit sich. Die sich daraus ergebende Analyse der Merkmale kann nun interpretativ induktiv oder deduktiv passieren. Im ersten Fall würde der Wissenschaftler vom speziellen (Einzel-)Fall auf die Allgemeinheit schließen, wo hingegen der zweite Ansatz den allgemeinen Fall benützt, um für den Einzelfall eine Aussage zu tätigen.

„Es bleibt also eine Fülle von Schwierigkeiten bei der Umsetzung unserer Ideen in eine empirisch fundierte, vergleichende Untersuchung.“⁵ Relevant bleibt dabei die Auswahl des Grundentwurfes für das Forschungsprojekt. Wesentlich dafür ist eine sinnvolle Selektion der zu untersuchenden Merkmale. Außerdem ist die Annahme von einfachen Variablen bei einer Vielzahl von Fällen oder komplexere Variablenmuster bei weniger Untersuchungsausprägungen wesentlich für einen sinnvollen wissenschaftlichen Vorgang.

Zuletzt darf nicht übersehen werden, wie des Wissenschafters persönlicher Bezug Auswirkungen auf das Untersuchungsprojekt und auch dessen Ausgang hat. Die Selektion der Fälle, sowie die Interpretation und Zusammensetzung führt der Wissenschaftler selbst durch. Schon alleine dadurch können ähnliche Untersuchungen zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen führen. Eine Interpretation ist also nur unter Einbeziehung der Haltung der Untersuchers anzunehmen. Außerdem spielt die Erwartungshaltung des Projektleiters eine große Rolle in der Analyse der Untersuchung. Dennoch kann die Einsicht der Methoden zumindest einen gewissen professionellen und wissenschaftlichen Standard herstellen.

⁵ Vgl. Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. 4. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006. Seite 75ff.

I.5. DISZIPLIN DER VERGLEICHENDEN POLITIKWISSENSCHAFT

Die Vergleichende Politikwissenschaft blickt auf eine lange Tradition zurück und reicht bis zu Autoren wie Aristoteles in die Vergangenheit. Je nach Betrachtungsbreite und wissenschaftlich-kulturellem Hintergrund werden unterschiedliche Begriffe verwendet und in andere Sprachen übersetzt. Der wohl umfassendste Begriff der „comparative politics“ geht über eine vorwiegend institutionelle Betrachtungsweise hinaus und einbezieht auch soziale, ökonomische und politisch-kulturelle Grundlagen eines politischen Systems. Diese Herangehensweise scheint im sozialwissenschaftlichen Kontext als der weitreichendste und wird im Deutschen in der Regel als „vergleichende politische Systemforschung“ übersetzt und bildet an den Universitäten eine eigene Säule in der Ausbildung zum Politikwissenschaftler.

Die zentralen Fragestellungen der Vergleichenden Politikwissenschaft wurde oftmals durch außerwissenschaftliche Faktoren und Bedingungen beeinflusst. So ist die politikwissenschaftliche Betätigung vor allem in Zeiten politischer Krisen oder historischer Umbrüche besonders hoch. Ursprünglich fragte sich die Politikwissenschaft nach „Handlungsregeln“ für politische Akteure. Später, in der Epoche der Aufklärung, als die von Gott gegebene Herrschaft in Frage gestellt wurde, war die zentrale Frage nach gesellschaftlichen Bedingungen, Verfassungen in den Vordergrund gerückt.⁶

Zur Zeit des Entstehens einer bürgerlichen Gesellschaft im 19. Jahrhundert kam der Frage nach Gesellschaftsverträgen und Verfassungen neue Kraft hinzu.

Gleichzeitig fing die Politikwissenschaft an, ihre Teildisziplinen zu formen und auszudifferenzieren, ebenso wie diese Disziplin von nun an verwissenschaftlicht wurde. Als Vorbild dienten die exakten Naturwissenschaften, die sich stets exakt an „Gesetze“ hielten. Schnell stellte sich heraus, dass sich die Politikwissenschaft nicht dazu eignete, klare und wiederholbare Gesetze zu

⁶ Vgl. Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. 4. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006.

verfassen. Vielmehr war man um eine umfassende und intensive Erfassung eines Einzelfalls bemüht, die weit über das bloße Niveau der Deskription hinaus gehen sollte.

Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts rückten die Phänomene der Elitenbildung in den Vordergrund der Wissenschaft. Außerdem waren Autoren wie Bentley oder Michels bemüht, den Einfluss von Interessengruppen, Verbänden und Parteien auf politische Prozesse zu definieren.⁷

Historisch gesehen ist so die zunehmend differenzierte und stärker systematisch und methodenbewusst vorgehende „Vergleichende Politikwissenschaft“ als eigene Teildisziplin neben den Bereichen der „Politischen Theorie“, der „Nationalen Politik“ und der „Internationalen Politik“ entstanden.

o Zeitgenössische Ansätze

Das Ende des Zweiten Weltkriegs bracht mit dem einhergehendem Zusammenbruch vor allem der britischen und französischen Kolonialmächte eine Umorientierung der Disziplin. Zum ersten Mal konnte man von einer globalen Ausdehnung der Untersuchungsfeldes sprechen. Anfangs der Nahe Osten und Asien, später auch Afrika wurden von der „Vergleichenden Politikwissenschaft“ umschlossen. Die folgenden Jahrzehnte vervierfachte sich die Zahl der unabhängigen Staaten (von 51 Gründungsmitgliedern der UNO auf derzeit fast 200). Verständlich, dass sich Möglichkeiten der systematischen Vergleiche vervielfachten und diese Teildisziplin massiv an neuen Betätigungsfeldern dazu gewann.

Einen weiteren Schub in jüngster Vergangenheit brauchte die Globalisierung für die „Vergleichende Politikwissenschaft“ ein. Die Suche nach universal anwendbaren politikwissenschaftlichen Konzepten wurde intensiviert. Allen

⁷ Vgl. Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. 4. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006.

voran waren es David Easton und Gabriel Almond, die Konzepte systemtheoretischer Betrachtungsweisen aus der Sozialanthropologie für die Politikwissenschaft nutzbar zu machen versuchten. Beginnend mit der Suche nach allgemein gültigen Funktionen, unabhängig von politisch-typischen Strukturen, die für jedes politische System übertragbar und anwendbar sind und auf die ein politisches System zu seiner weiteren Existenz nicht verzichten kann.⁸

Allerdings wurde aufgrund verschiedener Prozesse deutlich, dass die „Vergleichenden Politikwissenschaft“ noch um die sozial-spezifische und historisch-kulturelle Ebene erweitert werden muss. Vor allem die Möglichkeit der Entstehung von autoritären und totalitären Regimen unter modernen Verhältnissen, wie zum Beispiel in Deutschland oder der Sowjetunion drängte geradezu nach einer Berücksichtigung der sozial-strukturellen und politisch-kulturellen Bedingungen in der Analyse.

Daraus entstand der in der Folge die unter der Bezeichnung „Behavioralismus“ bekannt gewordene Richtung der Politikwissenschaft.

In komparativer Hinsicht wurde die politische Verhaltensforschung vor allem im Bereich der Wahlforschung und allgemein politisch-kultureller Analysen vorangetrieben.⁹

Über nationalstaatliche Grenzen hinausgehende Phänomene beziehungsweise Entwicklungen förderten für grenzenüberschreitenden Zusammenarbeit der Wissenschaft. Solche Formen könnten die Globalisierung oder eine Weltwirtschaftskrise sein.

Die internationale Kooperation von Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Kulturkreisen und zum Teil mit erheblich voneinander abweichenden wissenschaftstheoretischen Positionen wurde integraler Teil der Disziplin der „Vergleichenden Politikwissenschaft“ und macht die Arbeit in diesem Bereich ebenso spannend wie fordernd nach Toleranz und dem Interesse, unterschiedliche Standpunkte nachzuvollziehen zu versuchen. Bis heute sind

⁸ Vgl. Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. 4. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006.

⁹ Siehe 8.

zahlreiche international tätige Einrichtungen und Organisationen entstanden, in denen die wissenschaftliche Arbeit in einem internationalen Umfeld organisiert ist. Durch die gewachsene multinationale Zusammenarbeit entwickelte sich auch so etwas wie eine einheitliche wissenschaftliche Fachsprache der „Vergleichenden Politikwissenschaft“.

Die oben genannten Weltwirtschaftskrisen der 70er und 80er Jahre führten zu Diskussionen über die Regierbarkeit westlicher Demokratien. Zentrale Politikfelder wurden intensiver vergleichend untersucht und die Rolle des Staates in politischen Prozessen erneut aus unterschiedlichen Blickwinkeln analysiert. Der Wertewandel in westlichen Demokratien, neue soziale Bewegungen, Grüne Parteien aber auch gegenläufige neo-konservative beziehungsweise rechtspopulistische Strömungen rückten in der Folge in den Blickpunkt.

Nach den Umbrüchen von 1989/90 und die Konsolidierung neuer demokratischer Regierungssysteme durchfuhr die Disziplin der Vergleichenden Politikwissenschaft ein erneuter Auftrieb und rückte abermals verstärkt in den Blickwinkel der Wissenschaftler.

Zusammenfassung

Der Zweig der Vergleichenden Politikwissenschaft hat in seiner Disziplin einen großen Stellenwert und hat auch im Laufe der Zeit nichts an Aktualität und Anwendbarkeit für den Wissenschaftler eingebüßt. Während die Anfänge dieser vergleichenden Disziplin in der Frage der Regierbarkeit und auf der Suche nach Handlungsregeln ihre Wurzeln gefunden hat, nimmt die Teildisziplin heute ihre Aktualität aus Ereignissen wie Umbrüchen, Zerfall und Revolutionen.

Die Arbeit mit der Vergleichenden Politikwissenschaft gestaltet sich ebenso interessant wie kompliziert. Eine Vielzahl von Faktoren, ökonomisch-historische Hintergründe oder etwa sozio-kulturelle Gegebenheiten spielen in der Ausarbeitung von wissenschaftlichen Analysen eine große Rolle. Schier unmöglich scheint es, tatsächlich immer alljene Faktoren gleichermaßen zu

berücksichtigen, weshalb die Disziplin vom Betrachter ein ausgeprägtes Gefühl für das Exkludieren von Hintergründen abverlangt, ohne dabei suggestiv oder unvollständig zu wirken und somit den Anspruch auf wissenschaftliches Arbeiten zu verlieren.

KAPITEL II: THEORETISCHE AUFARBEITUNG

Nationbuilding
Transformation & Demokratieentw.
Europäische Integration

II.1. NATIONBUILDING

Der Begriff des Nationbuilding ist viel diskutiert und beschrieben worden. Dennoch gibt es keine klare Linie dessen, was man sich unter dem Staatenbau oder doch Staatenaufbau vorstellen darf. Jeder betrachtete Staat weist Besonderheiten und Eigenheiten auf, die nur wenig andere Staaten mit sich bringen. Die Nationen Osteuropas können zwar in der Vergleichenden Politikwissenschaft als eine Einheit gesehen werden, die eine Vielzahl von Merkmalen im Prozess des Nationbuildings teilen und von vergleichbaren Voraussetzungen ausgehen, allerdings hat auch hier jeden Nation ihre nicht unwesentlichen Eigenheiten und sonderbaren Ausprägungen. Unter anderem spielt in der Region Osteuropas die Tatsache, dass die Staaten schon einmal als Nationen bestanden hatten, deren Existenz nicht weit vor 1991 zurückliegt und jedenfalls für Generationen der Menschen noch eine präsenze Zeitperiode darstellt, eine Rolle.

Außerdem hat das Nationbuilding in den beiden für diese Arbeit ausgewählten Staaten nicht wie in den meisten Diskursen wissenschaftlicher Arbeit angenommen, von Außen stattgefunden, sondern war ein von sich heraus, im Inneren seinen Ursprung findender ablaufender Prozess. Zuletzt muss man auch die Perspektive der Betrachtung klar definieren und abtrennen. Aus der Sicht der einzelnen Staaten selbst, handelt es sich um eine Staatsgründung, oder Wiederbegründung, jedenfalls ist hier das Paket aus dem unabhängig werden und vor allem selbst-organisieren zu betrachten. Wählt man allerdings den Blickwinkel von Russland aus, so würde man eher dazu neigen, von Separationsprozessen bzw. von einem Staatszerfall zu sprechen. Russland hatte, wenn auch einen sehr wichtigen Teil seines Territoriums „verloren“, nämlich vor allem als Einflussgebiet sowjetischer Politik, dennoch ist es nur ein

prozentuell sehr geringer Anteil an der Gesamtfläche, wo hingegen Polen oder Lettland einen Großteil „seines“ Territoriums mit der Abspaltung verloren hatte. Bevor allerdings die Besonderheiten näher erläutert werden, soll der Begriff des Nationbuilding in seiner rohen Form, als politische Theorie dargestellt werden. Im weiteren Verlauf der Arbeit wird erörtert, ob die dahingehenden Konzepte auf die Regionen Osteuropas übertragbar sind oder nicht.

Nach Fukuyama¹⁰ stellt die Aufgabe moderner Politik, die Staatsmacht zu zügeln, ihre Aktivitäten auf Ziele zu richten, die von den Bürgern, denen sie dient, für legitim erachtet werden und die Machtausübung mittels Rechtsstaatlichkeit zu regeln. Was aber, wenn die Meinung der Bevölkerung in grundlegenden Fragen, wie der Innenpolitik und Außenpolitik so gespalten ist, dass es nicht möglich ist, alle Bürger mit der politischen Tätigkeit zufrieden zu stellen und deren Vertrauen für die Amtshandlungen zu gewinnen. Fukuyama hat mit seiner Definition der Aufgabe und der Zielfestlegung zweifelsohne Recht, vergisst aber mit seiner Theorie, die Fälle abzudecken, in denen es nicht möglich ist, alle Bürger von der Legitimität politischen Handelns zu überzeugen. Dieses Phänomen tritt weniger in multikulturellen Bevölkerungen, in denen viele kleinere ethnische Gruppierungen vertreten sind auf, noch in Staaten, in denen eine tatsächliche, auch numerische Minderheit existiert. Die Schwierigkeiten der staatlichen Legitimität treten vor allem da auf, wo die Minderheit fünfzig Prozent der Bevölkerung ausmacht und die beiden Gruppen einen großen, ähnlich hohen Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachen. Dazu muss wiederum betrachtet werden, aus welchen Gegebenheiten sich die Kluft in der politischen Meinungsbildung ergibt. Tatsächliche Überzeugung oder vorgegebene Ausrichtung? Die Behauptung ist naheliegend, dass besonders unter konkurrierenden Gruppierungen, die von Grund auf, durch deren historischen und kulturellen Hintergrund, eine verstärkte Polarisierung der eigenen Standpunkte stattfindet. Die Folge des nach Innen vermeintlich „schützenden“ und „erhaltenden“ Verhaltens ist jedoch viel mehr, dass nach Außen hin der Eindruck entsteht, dass sämtliche Kooperation nicht nur unmöglich, sondern gar unerwünscht erscheint.

¹⁰ Fukuyama, Francis: Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik. Propyläen-Verlag, Berlin, 2004.

Dabei ist sowohl die aktive Kooperation mit der anderen „Gruppe“ als auch die passive Kooperation mit dem „neuen System“ gemeint. Unter der aktiven Kooperation würde man die Zusammenarbeit mit der neuen politischen Ausrichtung und die Anerkennung des Systemwechsels verstehen, sowie die Bereitschaft und das Verständnis zum Umdenken voraussetzen. In weiterer Folge würde dieses Verhalten zu einer tiefgreifenden politischen Wende führen, die auch von der Mehrheit der Bevölkerung getragen würde und somit wieder die allgemeine Interessensvertretung ermögliche. Unter dem Begriff der passiven Kooperation sei hier all das verstanden, was nicht automatisch nach Außen getragen wird und sofort empirisch erfassbar ist. Dabei spielen die Einstellung der Menschen und die Gedanken, sowie Erwartungen und die gedankliche Flexibilität eine große Rolle. Kurz gesagt ist das Aktive das, was gezeigt wird, und das Passive das, was gedacht wird. Diesen beiden Faktoren können sich vollkommen unterschiedlich, sogar gegenläufig entwickeln. So ist anzunehmen, dass bei aktiver Kooperation mit der „gegnerischen Seite“ oftmals Kompromisse eingegangen werden, um nicht im politischen Alltag stecken zu bleiben. Steht ein Teil der Bevölkerung dieser Kooperation schon kritisch gegenüber, werden über solche Kompromisse, die letztlich in unbefriedigten Erwartungen und Vertretungsverständnis münden, die negativen Einflüsse in den Menschen gebündelt und verhindern eine passive Kooperation mehr und mehr. So sieht es zwar nach Außen hin aus, als wäre die Zusammenarbeit mit dem Finden eines Kompromisses geglückt, in Wirklichkeit aber wurde die Ablehnung gestärkt. Anders gesagt, es besteht eine nicht unwesentliche Konvergenz zwischen dem, was objektiv positiv wirkt und tatsächlich subjektiv negativ empfunden wird. Durch das „Vorspielen“ von Einigungen über Kompromisse und das Akzeptieren von politischen Prozessen, die eigentlich gar nicht den eigenen Einstellungen und Erwartungen entspricht, schleicht sich ein Prozess der sich verstärkenden Protesthaltung ein, der eine Zeit lang latent existiert und wächst, um schussendlich einmal ausgedrückt oder gewaltsam unterbunden zu werden.

Dass die Ablehnung zur passiven Kooperation so hoch ist, kann vielen Einflüssen und Faktoren zu Grunde liegen. Neben den objektiven Faktoren, wie

politischer Einstellungen und Meinungen spielen oft auch Faktoren wie die eigene Identität und all dem, was dazu gehört, wie sozio-historische, kulturelle und auch geografische Einflüsse eine große Rolle. Besonders sei es so, wenn sich die jahrelang gut vertretene und verstandene Bevölkerungsgruppe plötzlich nach einem schnellen und unvorhergesehenen Systemwechsel nicht mehr als die politikprozessschaffende Gruppierung verstehen kann. Schnell werden da die Fragen der Legitimität und des Fortbleibens der eigenen Existenz in Frage gestellt. Genau diese Ängste und die fehlende passive Kooperation werden später zu der These führen, dass in der osteuropäischen Region zu Beginn der 1990er Jahre zwar ein Staat (wieder-)entstanden ist, aber keinesfalls damit verbunden sich auch naturgemäß eine Nation (heraus-)gebildet hat.

Anders als bei Staatsgründungen, die von Außen gemacht wurden, und anders als in so genannten „Entwicklungsländern“, zählte zu der Kernaufgabe der „neuen Politik“ der Staaten, die aus der ehemaligen Sowjetunion entstanden waren, die „Reduktion staatlicher Aktivität“, vor allem im ökonomischen Sektor. Dennoch zeigte sich, dass die „liberalen Wirtschaftsreformen nicht zu den erwünschten Ergebnissen führten.“¹¹

Dieses Problem ist auf zwei grundlegende Faktoren zurückzuführen. Zum einen sind die in der Vergangenheit gesammelten Erfahrungen über Produktivität und Effizienz nicht ausreichend, um eigenständig in kurzer Zeit ein System nach den westlichen Kriterien von wirtschaftlichen Mustern und marktwirtschaftlichen Prozessen folgend, aufzubauen. Hierbei fehlt grundlegendes Wissen in der Umsetzung im tatsächlichen Produktionsbereich, wie auch im Umgang mit der Eigenständigkeit. Der wirtschaftliche Aufbau kann nur in vier Phasen passieren, und keinesfalls in kurzer Zeit mit Druck vonstatten gehen. Gleich nach der Abwendung des alten Systems muss in der ersten Phase der Schock des plötzlichen Fehlens des „Plans“ aus der Planwirtschaft überwunden werden. Sofort darauf folgt die zweite Phase, eine Zeit der Leere. Dieser Abschnitt ist vor allem von Ratlosigkeit und Neuorientierung geprägt. Die zweite Phase ist entscheidend für den weiteren Werdegang einer Ökonomie, denn im Rahmen der Neuorientierung wird das eigene – nicht existente – System, mit dem

¹¹ Vgl. Fukuyama, Francis: Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik. Propyläen-Verlag, Berlin, 2004.

anderer Länder und dem eigenen – alten – System verglichen. Wichtig ist hier, welche Muster den politischen Akteuren am ehesten zusagen und in welche Richtung sie sich folglich weiterbewegen werden. Die dritte Phase folgt nach den Entscheidungen der zweiten Phase nahezu automatisch, es kommt zum Aufbau des angenommenen Systems und zu der Gründung der nötigen Institutionen. Während in der zweiten Phase der Vergleich mit anderen Staaten wichtig ist, so ist in der dritten Phase die Zusammenarbeit mit diesen Staaten entscheidend für den Erfolg der Initiierung des neuen Systems. Von der vierten Phase spricht man (Fukuyama, 2004) wenn die Ökonomie nach den eigens auferlegten Kriterien im Groben funktioniert, und nur mehr kleine Reformen nötig sind.

Wie bereits beschrieben, werden während der vier Phasen der ökonomischen Aufbaus zahlreiche Entscheidungen getroffen, die die Weichen für spätere Entwicklungen stellen. Für diese Arbeit sind – wenngleich keine der Phasen unabhängig von den anderen betrachtet werden kann – die Phasen zwei und drei von großer Bedeutung. Der Vergleich mit dem System anderer Staaten und die Umsetzung bzw. Übernahme dieser Strukturen auf das eigene System läuft auf zwei Ebenen ab. Auf der öffentlichen, also auf Ebene der Politik und auf der gesellschaftlichen, also in Anerkennung oder Ablehnung in der Bevölkerung. Somit stellen nicht nur die politischen Entscheidungen während der vier Perioden einen wesentlichen Faktor im Erfolg oder Misserfolg dar, sondern viel mehr noch kann die Gesellschaft ein System akzeptieren oder ablehnen und somit wiederum jegliches politischen Handeln unmöglich machen.

Der zweite Einfluss, warum die Wirtschaftsreform nicht sofort erfolgreich erschienen war, dass die Reformen in großer Weise den Abbau des Staatssektors förderten, gleichzeitig aber der unbedingt erforderliche Aufbau von Rahmenbedingungen und Institutionen verabsäumt wurde. Alle Konzentration lag daran, den ineffizient arbeitenden Staatsapparat und den mächtigen Einfluss zu minimieren, wobei auf die Schaffung von demokratischen und rechtlichen Mustern vorerst kein Wert gelegt wurde. Es fehlte der „funktionierende Markt und ein ausreichendes Maß an staatlicher

Umsetzungskapazität“.¹² Auch nach Friedmann (2002) ist das Privatisieren in einer postkommunistischen Wirtschaft wichtig, noch wichtiger aber die Schaffung der Rechtsstaatlichkeit.

Dieser Punkt stellt einen wichtigen Punkt in der wissenschaftlichen Diskussion dar. Funktioniert der Staat vorerst mit einer tüchtigen Volksökonomik und entsteht dann selbst ein akzeptiertes Rechtssystem oder muss zuerst ein Rechtssystem initiiert werden, bevor ein nachhaltiger und sinnvoller Aufbau eines ökonomischen Systems vonstatten gehen kann.

Die Meinungen von Fukuyama und Friedmann werden auch von einer Reihe weiterer Wissenschaftler geteilt und sind Inhalt einer Vielzahl an Publikationen. Dennoch soll die Frage nicht unbeleuchtet bleiben, ob es tatsächlich so ist, dass zuerst ein Staatssystem mit politischen Institutionen und demokratischer Legitimität entstehen muss und sich erst dann eine Ökonomie herausbilden und entwickeln kann. Ob es nun also ein Naturgesetz ist, dass die Reihenfolge genau eingehalten werden muss, nach der zuerst eine Staatsmacht entstehen muss, die die Etablierung einer Wirtschaft nach marktwirtschaftlichen Prinzipien ermöglicht und ob somit gar der Rückschluss, dass eine funktionierende Wirtschaft erst den politischen Aufbau ermöglicht, ausgeschlossen ist.

Theoretisch betrachtet klingt es einleuchtend, dass der Staat das Fundament für die eigene Wirtschaft bietet und die Rahmenbedingungen konstruiert. Aber kann nicht ebenso (theoretisch) möglich sein, dass es genau umgekehrt der Fall ist? Dass aus einem funktionierenden Wirtschaftssystem, das regional erfolgreich zu funktionieren erscheint, sich erst ein politisches System herausbildet und die Menschen neben ihrer ökonomischen Aktivität noch politisch engagiert werden lässt. Die Idee ist nicht so abwegig, wenn man die Betrachtungsweise ändert. Wo hingegen im „klassischen“ wissenschaftlichen Diskurs (nach Fukuyama, Huntington¹³, u.a.) das Konzept von oben nach unten betrachtet wird, also die Linie „Wirtschaft durch Staat“ oder „Wirtschaft nach Staat“ verfolgt wird, reicht ein Perspektivenwechsel, um dem ganzen neue Diskussionsmöglichkeiten zu eröffnen. Was wäre die logische Folge, wenn die

¹² Vgl. Fukuyama, Francis: Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik. Propyläen-Verlag, Berlin, 2004.

¹³ Vgl. Huntington, Samuel: The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. University of Oklahoma Press, Norman, 1991.

Linie von unten nach oben gezogen wird, und sich somit „Staat durch Wirtschaft“ ergibt? Dabei muss entschieden werden, ob grundlegende Verhaltensweisen des Menschen eher wirtschaftliches oder politisches Interesse zur Basis haben. Vielleicht stellt es sich so dar, dass politische Partizipation erst interessant wird, wenn ein Mindestmaß an Wohlstand erreicht ist. Diese Schluss wird jedenfalls auch im wissenschaftlichen Diskurs nicht mehr als gänzlich abwegig angesehen. Viel mehr verbreitet sich die Ansicht, dass die aktive politische Partizipation erst mit einem bestimmten Niveau an Lebensqualität bzw. Lebensabsicherung beginnt.

Fukuyama beschreibt in seinem Werk „Staaten bauen“¹⁴ vier Aspekte von Staatlichkeit. An erste Stelle setzt er den Aufbau und das Management von Organisationen. Vergleichbar damit sind die Aufgabe der Betriebswirtschaftslehre im privaten Sektor und die Verwaltungswissenschaft im öffentlichen Sektor. Nach diesen Prinzipien sollen staatliche Organisationen funktionieren und arbeiten. Erst an zweiter Stelle spricht Fukuyama vom Aufbau des politischen Systems. Dabei stellt er den „institutionellen Aufbau auf der Ebene des Staates als Ganzes und nicht mit einzelnen Behörden“ in den Vordergrund. Weiterhin sagt er, dass „in den meisten Gesellschaften wirtschaftliche Ziele mit anderen wie einer gerechten Verteilung oder einer ethnischen Ausgewogenheit konkurrieren, (Anm.: daher) kann es kein optimales Arrangement von Institutionen geben, sondern nur Institutionen, die für bestimmte Vorgaben günstiger sind als andere.“ Des Weiteren führt er die Legitimitätsbasis an. Hier geht es ihm besonders um die Anerkennung der geschaffenen Institutionen durch die Bevölkerung. Seine These ist, dass „gute Regierungsqualität und Demokratie nicht einfach zu trennen“ sind, da „eine gute staatliche Institution den Staatsbürgern mit Transparenz und Effizienz“ dient. Zuletzt spricht Fukuyama als Aspekt der Staatlichkeit von kulturellen und strukturellen Faktoren. Typischerweise hat dieses Kapitel mit „Normen, Werten und der Kultur zu tun.“

¹⁴ Fukuyama, Francis: Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik. Propyläen-Verlag, Berlin, 2004.

Fukuyama verfolgt hier in seiner Argumentation eine klare Linie. Über die Schaffung von effizient arbeitenden Organisationen macht er den Sprung zum Aufbau des politischen Systems. Als Legitimitätsbasis argumentiert er die Demokratie als unantastbar und im letzten Punkt von der Gesellschaft, die in ihren Wertvorstellungen das System unterstützt und die Legitimitätsbasis anerkennt, als auch auslebt.

Hervorzuheben gilt es allerdings noch einmal den dritten Punkt Fukuyamas, in dem er von einer Legitimitätsbasis durch die Bevölkerung spricht. An einer anderen Stelle zitiert er Huntington, der schreibt: „Es gab zwar historisch gesehen viele Formen von Legitimität, in der heutigen Welt ist aber allein die Demokratie die Quelle von Legitimität.“¹⁵

Dieses Bild von Legitimität erscheint sehr pessimistisch zu sein, da mit der vorliegenden These den Menschen jegliches uneigennütziges Engagement und Handeln abgesprochen wird. Es muss theoretisch möglich sein, etwas anderes als legitim zu betrachten, als eine gewählte Person. Anerkennung, wenn sie breit genug gefächert ist, und scheinbar den Anspruch hat, real zu sein, ist ebenso eine Form von Legitimität wie die Demokratie. Demokratie entscheidet immer nach den Prinzipien einer numerischer Auswertungen von Meinungsabbildungen. Oft geht es um die Frage nach dem „einen mehr, als die Hälfte“. Anerkennung, die von einem viel weiteren Teil der Bevölkerung getragen wird und noch dazu auf Freiwilligkeit basiert, scheint hier eine intensivere Legitimitätsbasis zu bilden. Dennoch, es soll nicht der Eindruck geweckt werden, dass demokratische Prinzipien schlecht sind, aber es bleibt zu überlegen, ob es nicht andere Möglichkeiten gibt, legitim zu agieren.

II.1.1. Stateformation versus Nationbuilding

Hierbei muss vom schlampigen Sprachgebrauch Abstand genommen werden und spätestens ab jetzt der Unterschied zwischen Staat und Nation beachtet

¹⁵ Vgl. Huntington, Samuel: The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. University of Oklahoma Press, Norman, 1991.

werden. „Nur Staaten lassen sich konstruieren. Wenn dabei eine Nation entsteht, ist das eher Glück als Planung.“¹⁶

Staaten lassen sich relativ schnell begründen und existieren dann als territoriale Gegend mit einer Verwaltung, jedoch braucht der Aufbau einer zugehörigen Nation samt ihren Werten und Normen viel länger und zieht sich in der Regel über Generationen dahin.

Die United Nations bedienen sich des Völkerrechts als Rechtsgrundlage und sprechen dann von einem Staat, wenn dieser zumindest drei Merkmale aufweisen kann. Ein Staat benötigt zu seiner internationalen Anerkennung eine Staatsgewalt, ein Staatsterritorium und ein Staatsvolk. Die Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit (zum Beispiel Kosovo) haben gezeigt, wie uneinig doch eine so klar definierte Vorgabe umzusetzen ist. Es besteht die Möglichkeit einer UN-Resolution, einen Staat anzuerkennen, obwohl eines der Merkmale nicht gegeben ist. Dazu bedarf es in der Regel der negativen Beantwortung der Frage, ob den Menschen eine weitergehende Existenz in den bestehenden Bedingungen zumutbar ist, oder nicht.

Um wieder zum eigentlichen Thema zurückzukehren, die eigentliche Aussage ist, dass ein Staat relativ bald ein solcher ist. Weit davon entfernt ist allerdings auch tatsächlich die berechnete Bezeichnung einer Nation.

Nach der Theorie von Rokkan hat der Begriff der Nation mit der französischen Revolution seinen großen Wandel durchgemacht und hat eine völlig neue Bedeutung erhalten. Vor 1789 gehörten alle der Nation an, die den selben Staat als Geburtsort hatten. Nach der Revolution begann ein grundlegendes Umdenken und der Begriff der Nation betraf nun alle, die auf dem Territorium des Staates lebten und die Sprache bzw. die Religion der Nation teilten. Diese beiden Faktoren waren die Schlüsselemente zur Nationszugehörigkeit. Für Rokkan¹⁷ spielt der Zusammenhang zwischen Sprache und Territorium eine größere und entscheidendere Rolle als der Zusammenhang zwischen Religion und Territorium in Hinblick auf den Identitätsaufbau. Er sieht die Identität als zentrales Konzept und unterscheidet territoriale und nationale Identität. Diese

¹⁶ Fukuyama, Francis: Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik. Propyläen-Verlag, Berlin, 2004.

¹⁷ Rokkan, Stein: State-formation, nation-building and mass politics in Europe. The theory of Stein Rokkan. Oxford, Oxford University Press, 1999.

beiden Hauptgruppen können weiterhin in eine Vielzahl an Untergruppen unterteilt werden, solche wie Ethnie, Religion, Region oder Klasse.

Als bemerkenswert gilt es hervorzuheben, dass Fukuyama in seinen wissenschaftlichen Arbeiten den Einfluss und die Bedeutung der Sprache vor die der Religion stellt. Heute spielen beide Faktoren in der politischen Diskussion der Migrationen eine große und bedeutende Rolle. In den letzten zehn Jahren würde vielleicht sogar ein Uminterpretieren stattfinden, und doch die Religion bedingungsloser dargestellt werden, als noch vor zwanzig Jahren.

Folgt man der Argumentation von Fukuyama, so erfolgt der Aufbau einer Nation in drei Phasen. Nach gewaltsamen Konflikten oder wo die staatliche Autorität gänzlich verloren ging, müsse der Wiederaufbau beginnen. In diesem Falle spricht man von einem Komplettaufbau, da zum Zeitpunkt des einsetzenden Aufbaus entweder keinerlei staatliche Strukturen vorzufinden sind oder die vorhanden nicht mehr anwendbar bzw. zeitgemäß sind. Anschließend müssen selbsterhaltende Institutionen geschaffen werden und deren Existenz auch nach Beendigung der Intervention gesichert sein. Schließlich müssen der Staat und seine Organe gestärkt werden und die nötige Autorität verliehen werden, um ihren Aufgaben auch mit Nachdruck nachkommen zu können.

Die institutionelle Stärke schließt die Fähigkeit ein, eine Politik zu formulieren und auszuführen, Gesetze zu erlassen, effizient mit einem Minimum an Bürokratie zu verwalten, Amtsmissbrauch, Korruption und Bestechung zu verhindern, ein hohes Maß an Transparenz und Verantwortlichkeit in den Regierungspositionen zu gewährleisten, und was am wichtigsten ist, die Einhaltung der Gesetze (nötigenfalls) zu erzwingen.

Schon die Wortwahl von Fukuyama lässt darauf schließen, dass er von einem Aufbau der Nation von Außen ausgeht. Die Arbeit wird in weitere Folge zeigen, dass die Symptome und Besonderheiten, die mit dem einsetzenden Zerfall der Sowjetunion begonnen haben, eigens zu bewerten und interpretieren sind. Auch wenn es eine Vielzahl an Vergleichbarkeiten und Gemeinsamkeiten innerhalb der Staaten Osteuropas im Prozess der Abspaltung Neubegründung gibt, sind sie doch alle im Detail eine eigene Entwicklung gegangen. Bei der

Betrachtung bestehender klassischer Theorien zum Nationbuilding bleibt festzuhalten, dass diese trotz ihres Anspruchs auf eine Allgemeingültigkeit diesem spätestens ab 1991 nicht mehr nachkommen können. Ein weiterer Kritikpunkt an dem bestehendem theoretischen Konzept ist, dass die Transformation von einem Staat in eine Nation hauptsächlich auf emotionaler, kultureller und gesellschaftlicher Ebene passieren muss, und doch Fukuyama, sowie einige andere Autoren auch, immer wieder die Notwendigkeit des Aufbaus von Außen, oder doch zumindest der Unterstützung von externen Faktoren betonen. Geradezu auf gesellschaftlicher, unpolitischer Ebene bleibt zu bezweifeln, dass äußere Einflüsse mit Druck tiefgreifende Veränderungen auch nachhaltig bewerkstelligen können.

II.1.2. Kritik an bestehenden Konzepten

- *Osteuropa – ein Spezialfall des Nationbuildings*

Um die Besonderheiten am Staatenbau in den Staaten der Sowjetunion besser zu verstehen, muss zuerst ein Blick in die Geschichte der Länder gewagt und die Gemeinsamkeiten evaluiert werden. Unvermeidbar fällt dem aufmerksamen Historiker sofort auf, dass die Staaten schon vor 1991 einmal existiert hatten. Als eigene Nationen. Mit eigener Regierung, Kultur und Sprache. Die zeitliche Nähe zu dieser Zeit nach 1918 und die prägenden Veränderungen während des Ersten Weltkriegs hatten in den Regionen und den Kulturen ihre Spuren hinterlassen.

Die Staaten des heutigen Osteuropa stellen in Hinblick auf das Nationbuilding eine Reihe an Besonderheiten dar. Die Länder hatten schon einmal existiert und diese Periode lag nur wenige Jahrzehnte zurück. Zum Teil waren es die gleichen Menschen, dieselben Familien, die sich 1990 erneut für die Unabhängigkeit ihrer Staaten engagierten, die sich schon 1918 für die Souveränität einsetzten.

Die Erfahrung, die bis dato im historischen Kontext des Nationbuildings gemacht wurden rechtfertigen die Ausblendung etwaiger neuer Phänomene. Um diese miteinzubeziehen muss das bestehende theoretische Konzept um die Analyse der neu zugetragenen Ereignisse erweitert werden. Die bisher getroffene Annahme, dass Nationbuilding in der Regel ein Prozess ist, der von außen gesteuert und begonnen wird, erweist sich als nicht unbedingte Regel. Im dargelegten Beispiel hat das Nationbuilding von innen selbst begonnen. Dem zuvor stand eine Periode der Vorbereitung, um das Ziel zu erreichen. Außerdem weisen die beiden Beispiele große Unterschiede in der Umsetzung des Nationbuildings auf. Lettland hat auf den ersten Blick aufgrund seiner größeren Heterogenität und des großen politischen Einflusses der Gegner der Souveränität einen Nachteil gegenüber Polen, das das größere, stärkere und vor allem gesellschaftlichen homogenere Land ist. Außerdem hat Polen bereits in der Periode vor der Unabhängigkeitserklärung einen Vorteil durch gewachsenen Eigenverwaltungselemente erzielt. Somit stand dem Nationbuilding ein ausgewogenerer und reiferes Fundament zur Verfügung.

Wie schon angedeutet können die bestehenden theoretischen Konzepte zum Nationbuilding nicht alle Eigenheiten Osteuropas abdecken. In der Folge sollen die wesentlichen und entscheidenden Besonderheiten, die sich entweder als Ergänzung oder Widerspruch zu dem bestehenden Rahmen verstehen – jedenfalls aber als Kritik an der Vollständigkeit bzw. am Anspruch auf universelle Anwendbarkeit.

- o *Fehlen von externen Faktoren.*

Im Gegensatz zu den vorliegenden theoretischen Arbeiten des Nationbuildings ist für die Staaten Osteuropas zu sagen, dass die Staaten ohne äußeren Einfluss „gebaut“ worden sind. Polen und Lettland haben sich selbst, von sich heraus, also von innen zu einem unabhängigen Staat entwickelt, ohne dabei von außen unterstützt zu werden. Im Besonderen die Staaten Osteuropas zeigen gut auf, dass Nationbuilding von innen heraus trotz der Macht und der Einflussosphäre von außen möglich wird.

Ganz im Gegenteil, die Sowjetunion versuchte anfangs noch mit allen Mitteln die Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterdrücken. Von westlicher Seite

wurden die Tendenzen zwar wahrgenommen aber nicht in dem Ausmaß unterstützt, wie so von sowjetischer Seite boykottiert wurden.

o *Fehlen der Entmachtung.*

In Huntingtons Werk schreibt er von einer notwendigen vollständigen Entmachtung des autoritären Regimes für einen demokratischen Weg. Außerdem betont er noch die Wichtigkeit des Falls des Anführers. Beide Faktoren treffen in den betrachteten Beispielen nicht oder nur bedingt zu. Das autoritäre Regime ist lediglich aus dem eigenen Territorium vertrieben worden. Dennoch existierte es weiter, mit den gleichen Methoden wie bisher. Auch die Frage des Anführers spielt eine besondere Rolle. Während der Souveränitätsproklamationen in den Jahre 1989 bis 1991 sind die politischen Führungsfiguren nicht automatisch entmachtet worden. In Hinblick auf Russland hat zwar zuvor ein personeller Machtwechsel stattgefunden, allerdings haben die Machthaber weiter existiert.

o *Große Kompetenzen.*

Eine eher allgemeine Besonderheit in der Betrachtung des Spezialfalls Osteuropa stellt die Tatsache dar, dass die Staaten schon vor der Abspaltung eigene Kompetenzen besaßen. Dazu zählten auch ein eigenes Parlament und eine eigene – wenn auch kontrollierte – Regierung. Polen konnte im Gegensatz zu Lettland zahlreiche Sondergenehmigungen und Kompetenzen gegen die Sowjetunion durchsetzen.

o *Innere Widerstände.*

Viele Bewohner der Regionen, die sich unabhängig machten, hatten große Bedenken über die Zeit nach dem Selbstständigwerden. Dazu zählten sich naturgemäß viele Anhänger des Regimes der Sowjetunion, aber nicht nur. Deren Hauptaugenmerk konzentrierte sich auf die Angst, durch den Verlust des großen Bruders Russland, ebenso die eigene Identität zu verlieren. Mit der Abspaltung und dem Bekenntnis zu den Verfassungen von 1922 war die Rolle der Russen nicht zur Gänze geklärt worden.

Nicht zu letzt gründeten viele Menschen ihre Bedenken auf die Größe ihrer Staaten. Dabei darf nicht unerlassen werden, zu betonen welche Größe die

Sowjetunion hatte, von welchem Ausmaß die Menschen ausgegangen waren. Und als sie „ihr Land“ eigenständig auf einer Karte gesehen hatten, und sich vielleicht sogar am Tag der Unabhängigkeit gefreut hatten, welche Ängste plötzlich aufgekommen sein mussten, zu begreifen, dass das eigene Land nicht einmal ein Bruchteil dessen ist, zu dem es einmal gehörte.

o *Das Vakuum.*

Aus Sicht der Transformationsforschung stellt sich das größte Problem dadurch dar, dass sofort nach der Verkündung der Unabhängigkeit die kommunistischen Prinzipien bewusst abgelegt wurden und staatliche Gewalt in großem Maße reduziert wurde. Dabei wurde aber übersehen, dass zeitgleich neue Institutionen geschaffen werden müssen. Aus diesem Grund fiel die gesamte staatliche Administration in ein Vakuum, das dadurch entstanden war, dass Systeme, Institutionen und Prozesse reduziert wurde, ohne dabei neue staatliche Strukturen aufzubauen, was notwendig wäre.

o *Identitätenproblem.*

Nach Estons Theorie müsse erst ein Volk, eine Nation mit eigener Identität bestehen, bevor sich ein Staat begründen kann. Dabei legt Easton besonderen Wert auf die Wichtigkeit der Identitätsbegründung. Genau in diesem Punkt soll die Kritik an den Theorien fortgesetzt werden. Während in Polen die Gesellschaftsstrukturen bis heute eher homogen sind, existiert in Lettland allerdings bis heute eine große Heterogenität – somit ist Lettland weder ein homogener Kleinstaat noch ein heterogener Duo-Staat mit jeweils eigenen Kompetenzen. Viel differenzierter sind die Mehrheits- und Minderheitsverhältnisse in Lettland. Nicht nur die knappe „Mehrheit“ und somit starke Minderheit, als auch völlig unterschiedliche Interessen und politisches Engagement zeichnen Lettland aus.

II.1.3. Fortsetzung der Theorien

Anhand der Darstellung der Konzepte zum Nationbuilding, vor allem unter Anwendung der Literatur nach Fukuyama und der Überleitung zu den Kritikpunkten an dem wissenschaftlich-theoretischen Grundgerüst zu diesem Thema, sollen nun die wesentlichen Punkte herausgearbeitet werden, die die Erfolgchancen des Nationbuilding entweder vermindern oder vergrößern können und somit zum einen als Erweiterung zum theoretischen Block dienen sollen und zum anderen hier einen Berührungspunkt zwischen Soft Science und Hard Science entstehen lassen soll. Sollte es anhand der folgenden Merkmale möglich sein, einen Anspruch auf die universelle Anwendbarkeit zu stellen und darüber hinaus eine Wiederholbarkeit zu garantieren und in einem weiteren Schritt die Voraussagbarkeit zu erfüllen, kann mit diesem Kapitel die Politikwissenschaft zumindest als Teil als wissenschaftliche Disziplin der Hard Science einen Schritt näher kommen.

Die Schlüsselfaktoren zur Bewertung der Möglichkeiten für ein erfolgreiches und rasches Nationbuilding konzentrieren sich auf die Gegebenheiten, die als Grundlage für den Prozess gelten.

o Ausgangssituation.

Die nähere Betrachtung der Ausgangssituation und die Bewertung der Umstände sind wesentlich für die weitere Abfolge und somit den messbaren Erfolg des gesellschafts-politischen Prozesses. Eine der wesentlichen Fragen hierbei ist, ob das Nationbuilding in der Folge von außen oder innen gestaltet und angetrieben wird. Die Analyse der gegenwärtigen Machtpotenziale auf politischer, aber auch militärischer Ebene, sowie die Beschaffenheit der verwaltungstechnischen Strukturen entscheidet in der Folge über das Entstehen oder Ausbleiben eines politischen Vakuums.

o Vorbereitungsphase.

Vielleicht die Schlüsselphase im Nationbuilding. In diese Periode sind die entscheidenden Vorbereitungen zu treffen, um zum einen die Existenz als

Nation auf ein gediegenes Fundament zu erbauen, als auch zum anderen die wesentlichen Voraussetzungen zu schaffen, um später auf Strukturen zugreifen zu können und somit vakuumartige Zustände zu vermeiden.

o *Gesellschaftliche Unterstützung.*

Wie bei den meisten Prozessen, die neben der Ebene des öffentlich-politischen auch auf der Ebene der Gesellschaft und der privaten Lebenslagen abläuft, ist eine Umwelzung vorhandener Schemata nur dann wirksam, wenn diese von den betroffenen Menschen mitgetragen wird. Als logische Konsequenz ergibt sich daraus die Annahme, dass die Gesellschaft bei allgemeiner Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation eher bereit ist, Änderungen – unter Umständen auch solche, von denen sie den Ausgang nicht erahnen können – zu akzeptieren und mit einer breiteren Akzeptanz zu unterstützen.

o *Gegner.*

Die Frage nach der Zahl und der Stärke der Gegner, sowie die Bewertung der inoffiziellen Zahl an Sympathisanten mit dieser Gruppe und letztlich die Frage, wie das System mit Gegnern umgeht, spielt eine ebenso große Rolle, wie die vorangegangenen Punkte. Eine Unterbewertung des Machtpotenzials gegnerischer Aktivitäten ist imstande, das gesamte Konzept eher als befürchtet zu Fall zu bringen. Entscheidend ist hierbei auch der Ort der Gegner – ob diese sich mehrheitlich im Inland oder Ausland befinden, auf welche Strukturen und Maßnahmen sie zurückgreifen können, bedarf einer möglichst exakten Bewertung durch die politischen Akteure.

Die oben genannten Faktoren beschreiben die Chancen und Möglichkeiten des erfolgreichen Nationbuildings unter unterschiedlich gegebenen Voraussetzungen. Mithilfe einer möglichst genauen Bewertung und Analyse der Gegebenheiten soll sich so der Prozessablauf in Intensivität und Dauer vorhersagen lassen können, und somit letztlich in weitere Konsequenz ein Urteil über Erfolg und Scheitern fällen lassen können, welches nicht rein deskriptiv und interpretativ im Nachhinein entstehen kann, sondern schon vor oder zumindest während des Prozesses ein Bild auf den möglichen Ausgang erlaubt.

Nichtsdestotrotz steht eine Besonderheit immer noch im Gegensatz zur Hard Science – nämlich das Eingreifen von Menschen und die Entscheidungen, die zwar in der Regel rational aber eben nicht immer unbedingt so getroffen werden müssen. Doch vielleicht macht genau diese Ungewissheit über einen praktischen Ausgang eines Prozesses den Reiz einer humanwissenschaftlichen Disziplin aus.

Zusammenfassung

Der erste Abschnitt des theoretischen Teils der Arbeit beschäftigt sich mit dem Nation- und Statebuilding. Unter der Verwendung von Grundlagenliteratur werden das Konzept, sowie die Unterscheidung zwischen Stateformation und Nationbuilding herausgearbeitet. Dabei werden einzelne Aspekte hervorgehoben und besonders beurteilt.

Bei den vorliegenden Theorien zum Nationbuilding werden bestimmte Besonderheiten, die für die Regionen des heutigen Osteuropas in Hinblick auf die für die Arbeit relevante Zeitperiode, nicht ausreichend berücksichtigt. Vor allem der Faktor, dass die Staaten Osteuropas schon einmal vor nicht allzu langer Zeit bestanden hatten und nicht von Außen „erbaut“ wurden, stellt tiefgreifende Eigenheiten des Spezialfalls Osteuropa dar.

Die erarbeiteten Punkte auf der Grundlage der gängigen politikwissenschaftlichen Theorien des Nationbuildings sind demnach auf alle mit den in Osteuropa stattgefunden vergleichbaren Prozessen gleichermaßen anzuwenden. Zwar dienen die Theorien von Rokkan, Huntington, und Fukuyama, wie vielen anderen auch als funktionstüchtige Grundlage, weisen aber bei näherer Betrachtung der exakten Umstände Schwächen und fehlende Aspekte auf. So sind die Staaten Osteuropas weder von Außen gebaut worden, noch stimmt die historische Betrachtung der chronologischen Ereignisse im Prozess des Nationbuildings mit der aus der Literatur geforderten Abfolge der theoretischen Grundlagen überein. Um Stateformation und Nationbuilding in seiner Gänze für den Spezialfall Osteuropa begreifen zu können, kann man zwar die vorhandenen Theorien als Grundlage verwenden, bedürfen aber einer

Weiterentwicklung und gedanklichen Fortsetzung. Erst die Kombination aus allgemeinen „alten Grundlagen“ und problemfokussierten „neuen Faktoren“ stellt eine erklärende theoretische Auffassung dar.

Zum Schluss versucht sich der Autor noch in der Präsentation eines Konzepts, mit welchem die Vorhersage über den Erfolg von Nationbuilding erleichtert werden soll und versucht gleichzeitig die Bewertung der Grundlagen und Strukturen als mögliche Faktoren für den Prozess des Nationbuildings darzustellen.

II.2. TRANSFORMATION & DEMOKRATIEENTWICKLUNG

II.2.1. Einleitende Worte zur Transformation

„Die Konzepte, mit denen der Systemwechsel nach 1989 in Osteuropa analysiert und interpretiert wurde, werden häufig unter dem Begriff der ‚Transformationstheorien‘ zusammengefasst. ‚Transformation‘ meint einen Prozess des umfassenden Wandels von Gesellschaften, in denen sich sowohl die Basissituation der Politik als auch der Wirtschaft verändern (...).“¹⁸

Bei Transformationsprozessen spricht man in der Regel von Veränderungen von politischen Systemen bzw. Regimen, wobei nicht nur das System selbst von der Veränderung betroffen ist, sondern auch einen Wandel auf Ebene der Volksökonomik und der Gesellschaft umfasst. Besondere Beachtung ist dabei dem Wertewandel von Diktaturen zu demokratischen Systemen (Demokratisierung¹⁹) zu schenken. In seinem Werk „The Third Wave“ setzt sich Huntington mit der Demokratisierungswelle nach 1974, die über Mittel- und Südamerika, Südeuropa, den kommunistischen Staaten Osteuropas bis nach Asien gereicht hat.

¹⁸ Segert, Dieter (Hg.): Postsozialismus. Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa. Wien, Braunmüller, 2007. Seite 5.

¹⁹ Vgl. Huntington, Samuel P.: The Third Wave. Democratization in the late twentieth century. University of Oklahoma Press, Norman, 1991.

Merkel hat sich ebenso mit grundlegenden Fragen der Transformation auseinandergesetzt. In seinem Werk „Systemtransformation“²⁰ unterscheidet er mehrere mögliche Ursachen für das Einsetzen von Transformationsprozessen:

- o Legitimitätskrise wegen wirtschaftlicher Ineffizienz: die nicht erfolgreichen wirtschaftlichen Strukturen führen zur Krise des System und ermöglichen einen Umbruch
- o Legitimitätskrise wegen wirtschaftlicher Effizienz: durch ein wirksames Wirtschaftssystem entsteht eine wohlhabende gebildete Bürgerschicht
- o Legitimitätskrise wegen Schlüsselereignissen: Tod einer Führungsperson
- o Wegfall externer Unterstützung: durch die plötzlich fehlende Unterstützung eines Systems von Außen kann der interne Wandel eingeleitet werden
- o Dominoeffekt: Weiterleitung von einsetzenden Transformationen (in einer Region bzw. mehreren Regionen mit ähnlich vergleichbaren Voraussetzungen)
- o Kriegsniederlage

Zu einem späteren Zeitpunkt der Arbeit wird noch genauer erläutert werden, welcher der oben genannten Ansätze für die beiden Fallbeispiele am ehesten anzuwenden ist. Dennoch besteht ein Grund, die Transformationsprozesse Osteuropas miteinander zu vergleichen und eine gemeinsame theoretische Basis zu bilden. Auch wenn die einzelnen Prozesse nicht gleich abgelaufen sind, haben doch die ähnlichen Bedingungen und Voraussetzungen zum Einsetzen des Wandels geführt.

II.2.2. Transformation nach Claus Offe

Offe schreibt, dass bei der Betrachtung der postkommunistischen Länder, nachdem sich ein Staat geschaffen oder begründet hat, die Transformation auf die politische Bühne tritt. Im Falle des „Übergangs zu einer Demokratie“ handelt

²⁰ „Wolfgang Merkel: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen 1999

es sich um strikt politisch-konstitutionelle, das heißt die Regierungsform und die Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Gesellschaft betreffende Modernisierungsprozesse, wobei nach dem Ende des Realsozialismus zusätzlich eine Reform der „Wirtschaftsverfassung“ zwingend war.

Transformationsprozesse stellen vor allem in postkommunistischen Staaten dahingehend eine Sonderbarkeit dar, dass die Prozesse auf mehreren Ebenen gleichzeitig beginnen, wo hingegen bei dem klassischen Verständnis der Transformation mehr Zeit vergeht und die Prozesse zeitlich versetzt und nicht parallel ablaufen.

Carl Offe schreibt in seinem Werk „Der Tunnel am Ende des Lichts“²¹ genau von diesem Faktum und benennt es das ‚Dilemma der Gleichzeitigkeit‘²². Dabei betont er, dass die Gesellschaften des realen Sozialismus durch Konzessionen in Richtung auf politische Liberalisierung (Parteienkonkurrenz, Meinungsfreiheit), nationale Eigenständigkeit, dezentrale Eigentumsformen und Marktpreisbildung und erst recht durch ökonomische Demokratisierung ständig ‚umzukippen‘ drohten.

Ein Hauptproblem der Sowjetunion und ihrer ehemaligen Satelliten bestand darin, dass das bisher staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln in andere Eigentumsformen zu überführen und zu diesem Zweck eine Klasse von Unternehmern und Eigentümern in einer politisch zu entscheidenden und zu verantwortenden Weise in ihre Funktion einzusetzen. Die revolutionäre Installierung einer Unternehmerklasse, ist eine Aufgabe, die bisher in keiner der Umwälzungen zu bewältigen war.

Der einzigartige und vorbildlose Charakter der ost- und mitteleuropäischen Transformationsprozesse – und die Herausforderung an die politische Theorie, die sich daraus ergibt – wird erst in vollem Umfang deutlich, wenn man vergegenwärtigt, dass jedes politisch funktionierende System das

²¹ Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt/M, Campus-Verlag, 1994.

²² Siehe 21. Kapitel 4, S.57ff.

Gesamtergebnis von drei unterscheidbaren, hierarchisch angeordneten Festlegungen ist.²³ In Eastons Theorie beginnt der (i) erste Schritt damit, auf unterster Ebene eine Art Entscheidung darüber zu fällen, wer der Gesamtheit der Bürger zugerechnet werden soll, das heißt eine Entscheidung über Identität, Bürgerrechte, und die territorial, historisch und kulturell begründeten Grenzen eines national verfassten politischen Gemeinwesens. Darauf aufbauend müssen im (ii) zweiten Schritt die Regeln, Verfahren und Recht etabliert werden, die für das kollektive Handeln in diesem Gemeinwesen gelten sollen, und die zusammengefasst die Verfassung und den institutionellen Rahmen des so errichteten Regimes ausmachen. Erst in Abhängigkeit von diesem Regelwerk können dann – im (iii) dritten Schritt – jene Prozesse und Entscheidungen stattfinden, die manchmal fälschlich allein für das Wesen des politischen Prozesses gehalten werden, nämlich Entscheidungen über die Verurteilung politischer Entscheidungsbefugnis und materieller Ressourcen, wie sich als laufend erzeugte Resultate von Wahlkämpfen, Gesetzgebung, Justiz und Verwaltung darstellen.

Die Besonderheit bei den Staaten Osteuropas liegt darin, dass die drei Schritte nach Easton nicht unabhängig und hintereinander ablaufend gesehen werden können. Darauf weist schon der erste Punkt hin, bei dem Easton die Wichtigkeit der Identitätsbegründung in einem Staat unterstreicht. Bis heute sind Minderheitenrechte zum Beispiel in Lettland nicht zu Gänze gelöst. Auch die Grenzenfrage war noch lange nicht geklärt. Die letzte Ratifizierung des Grenzvertrages zwischen Lettland und Russland fand nach langem Tauziehen erst 2007 statt. Alleine daraus kann man bereits entnehmen, dass das Baltikum an sich im Sinne der klassischen Theorien Besonderheiten aufweist, die diese Theorien nicht berücksichtigen bzw. bei ihrer Erstellung berücksichtigen konnten.

Offe fährt weiter fort, dass angesichts der besonderen Umstände der revolutionäre Wandel in Osteuropa nur mit begrifflichen Mitteln analysiert werden kann, deren Benutzung im Westen und Süden Europas seit dem Ersten

²³ Easton, David: A framework for political analysis. Englewood Cliffs, Prentice-Hall , 1965.

Weltkrieg nicht mehr gefordert war. Es geht in der Sowjetunion gleichzeitig um die Territorialfrage, das heißt die Bestimmung von Grenzen für ein Staatsgebiet und eine Bevölkerung und die Konsolidierung dieser Grenzen im Rahmen einer europäischen Staatenordnung; die Demokratiefrage, das heißt die Liquidierung des Monopolanspruchs einer Partei und die Ersetzung desselben durch verfassungsförmig abgesicherte Gewaltenteilung und Parteienwettbewerb (beachte das Stichwort „Glasnost“); sowie schließlich um die Frage der Wirtschafts- und Eigentumsordnung und die Ordnungspolitische Bewältigung akuter Steuerungs- und Versorgungsprobleme (beachte „Perestroika“).

Die beiden oben genannten Stichwörter „Glasnost“ und „Perestroika“ rufen unweigerlich die Erinnerung des russischen Präsidenten Michael Gorbatschow hervor. Mit diesen beiden Prinzipien hatte er Politik gemacht und den Weg geebnet, für den sich viele Staaten entscheiden hatten.

Die Stufen eines Prozesses, der im westeuropäischen „Normalfall“ in einer über Jahrhunderte gestreckten Sequenz – vom Nationalstaat zum Kapitalismus zur Demokratie – bewältigt wurden, muss als in Osteuropa demnach nahezu synchron durchlaufen werden. Das bedingt nicht nur gigantische Entscheidungslasten, sondern auch wechselseitige Obstruktionseffekte. Es mag sein, dass sich jedes dieser Probleme nur dann lösen lässt, wenn die Situation es gestattet, zumindest einer der beiden anderen Probleme – oder gar beide – als bereits gelöst oder als gegenwärtig noch lösungsbedürftig voranzusetzen.

Offe geht in weiterer Folge dem Phänomen der wechselseitigen Blockade von Problemlösungen nach, und zeigt, dass für den sprichwörtlichen Ratschlag, „eines nach dem anderen“ und nicht „alles auf einmal“ zu tun, zwar gute Gründe sprechen mögen, dass aber andererseits Akteure sehr wohl in der tragischen Lage sein können, die Befolgung dieses Ratschlages und die Anerkennung dieser guten Gründe mit ebenso guten Gründen verweigern zu müssen.

Dies wären dann natürlich alles müßige Überlegungen, wenn sich zeigen ließe, dass marktwirtschaftliche Öffnung der bisherigen Plan- und Kommandowirtschaft einerseits und Demokratisierung der politischen Entscheidungsprozesse andererseits sich nicht ausschließen und wechselseitig

behindern, sondern sich verstärken und steigern. In der Tat gibt es Analysen der realsozialistischen Systeme, die nachzuweisen suchen, dass eine solche positive Wechselwirkung zwischen beiden, schon für sich wünschenswerten Zielen ökonomischer und politischer Modernisierung tatsächlich besteht.

II.2.3. Vergleichende Demokratieforschung

„Die Demokratisierungswelle, die 1974 in Südeuropa (Anm.: Portugal, Spanien, Griechenland) begann und 1989/90 ihren Höhepunkt fand, hat zu einer Vielzahl empirischer Untersuchungen geführt.“²⁴ Dabei wurde in der Vergangenheit in der wissenschaftlichen Literatur vor allem das Faktum „Demokratie als Ergebnis“ bewertet. Viel mehr geht es aber darum, nachdem die Demokratisierung eingesetzt hat und sich ein demokratisches System etabliert hat, welche Qualität und Akzeptanz dieses System mitbringt, welche Partizipationsmöglichkeiten sich ergeben und wie diese auch tatsächlich von der Gesellschaft genützt werden.

Demokratieforschung hat schon sehr früh begonnen, schon unter Aristoteles bei der Frage nach der optimalen Herrschaftsform. Die Demokratietheorie hat allerdings ihren Höhepunkt in der Politikwissenschaft in den „1980er und 1990er Jahren erlebt, was dazu führte, dass die demokratische Transitionsforschung den Status eines etablierten Forschungsgebietes“²⁵ erreicht hat. „Die weltweite Bedeutung demokratischer Transitionen ist nicht zu leugnen und hat das Leben der Menschen weltweit seit ungefähr 1870 (...) verändert.“²⁶ In Westeuropa setzte diese Entwicklung vor allem gegen Ende des 19. Jahrhundert ein und erstreckte sich bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Die dritte und größte Demokratisierungswelle (vgl. Huntington, 1991) ging 1974 von Süd- und Mittelamerika aus und setzte sich über die kommunistischen Staaten Osteuropas (Zerfall der Sowjetunion) bis nach Süd- und Ostasien fort.

²⁴ Vgl. Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. 4. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006. Seite 129.

²⁵ Siehe 24. Seite 131.

²⁶ Siehe 24. Seite 139.

II.2.4. Demokratie – Förderer oder Verhinderer

Huntington²⁷ spricht in seinem Werk „The Third Wave“ von einer Demokratisierungswelle, die von Griechenland Mitte der 1970er Jahre ausgegangen war und in den folgenden Jahren um die dreißig Staaten in den Demokratisierungsprozess mitriss. Dazu zählen sich auch die Staaten Osteuropas mit ehemals kommunistischen Regimen. Dabei betont Huntington als ausschlaggebendes Ereignis den Tod bzw. den Untergang eines totalitär agierenden Führers. Zwar kann dieses Faktum auf Osteuropa nicht zur Gänze übernommen werden, aber interessant ist auch die Frage, warum eigentlich Demokratisierungsprozesse immer in sogenannten Wellen ablaufen (müssen?). Dazu bietet Huntington drei Theorien, mit denen er zu erklären versucht, weshalb ein Zusammenhang zwischen politischen Aktionswellen besteht.

- o Ein-Grund-Ansatz: In diesem Fall bewirkt ein ausschlaggebendes großes bzw. einflussreiches Ereignis, dass ein Umdenken in mehreren Staaten stattfindet. Dabei kann dieses grundlegende Ereignis zwar auch nur einen Staat betreffen, meist aber betrifft es doch eine Mehrzahl an Nationen. Als Beispiel nennt Huntington den Sieg der Alliierten Mächte des Zweiten Weltkriegs.
- o Parallele Entwicklung: Betrachtet man den zweiten Ansatz, geht man davon aus, dass die Demokratisierungsbewegung in mehreren Staaten gleichzeitig einsetzt; scheinbar ohne, dass es dafür einen bedeutenden Grund gäbe. Dennoch ist anzunehmen, dass es einen Auslöser gibt. Dieser könnte zum Beispiel darin liegen, dass alle betroffenen Staaten nahezu gleichzeitig einen bestimmten Punkt in ihrer gesellschaftlichen Entwicklung erreicht haben, und nun ‚bereit‘ sind, für einen demokratischen Weg.

²⁷ Huntington, Samuel P.: The Third Wave. Democratization in the late twentieth century. Oklahoma, University of Oklahoma Press, Norman, 1991.

- o Schneeball-Effekt: Huntington erklärt diese Idee einer Welle mit dem einfachen Prinzip des rollenden Schneeballs. Jeder Staat, der den Sprung zu einer Demokratie geschafft hat, motiviert weitere Nationen diesen Weg zu gehen. Somit beginnt die Welle zwar nur mit einem Staat, endet aber letztlich mit einer Vielzahl an transformierten Staaten.

Für Huntington findet ein Demokratisierungsprozess erst dann sein Ende, wenn alle drei für ihn relevanten Prozesse beendet sind. Dass das viel Zeit in Anspruch nehmen kann, stellt allerdings kein Problem dar. Auch die Auslöser für die drei Prozesse können unterschiedliche sein, dennoch lassen die Theorien von dem großen Demokratietheoretiker keine Kompromisse zu. Zum einen muss das vorangegangene autoritäre Regime zur Gänze entmachtet sein. Außerdem hat sich ein demokratisches System in dem Land installiert und die Konsolidierung des neuen demokratischen Regimes ist abgeschlossen.

Durchaus betrachtenswert ist Huntingtons Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratisierungsprozessen.²⁸ Dabei betont er, dass Demokratieumwandlung erst möglich wird, wenn ein bestimmter Grad an wirtschaftlicher Entwicklung erreicht ist. Diese bildet die Basis der demokratischen Prozesse.

Fukuyama geht allerdings einen Schritt zurück und beschäftigt sich vorerst mit der Frage, ob das politische System der Demokratie eher dazu gut ist, eine Entwicklung zu fördern oder dieses verhindert. Die dabei entscheidende Frage ist, ob die Partizipation aller, trotz Meinungsverschiedenheiten und persönlicher Machtkämpfe immer noch fähig ist, eine Entwicklung in eine Richtung, von der im Extremfall die Hälfte der Partizipierenden dagegen ist, möglich bleibt, wenn alle diktatorischen Elemente ausgeblendet werden. Diese Überlegung scheint auf den ersten Blick möglicherweise etwas entfremdend, ist es aber keineswegs unter der Berücksichtigung, dass totalitäre Systeme durch das gezielte Ausblenden von Gegenstimmen und Kontrabewegungen in der Regel eine hohe Erfolgsquote – zumindest auf einen bestimmten Zeitraum definiert – in der

²⁸ Huntington, Samuel P.: The Third Wave. Demokratization in the late twentieth century. Oklahoma, University of Oklahoma Press, Norman, 1991.

Durchsetzung von Strukturen erreichen. Somit wäre es denkbar, dass der Wandel des politischen Systems schneller und vonstatten gehen kann, wenn ein bestehendes demokratisches System durch – zum Beispiel einen (Militär-)Putsch in ein diktatorisches System umgewandelt wird und in weiterer Folge ein demokratisches System mit neuen Grundsätzen und Werten wieder eingeführt wird. Auch wenn diese Überlegung zugegebenermaßen idealistisch klingt, lässt es sich nicht ganz von der Hand zu weisen, dass es doch auch einen real-politischen Kern in sich trägt.

Nun beginnt die ganze Betrachtung aber schon mit dem Problem, dass Demokratie meist die Wahl von Interessensvertretern bedeutet, die sich wiederum in demokratischen Gremien, wie dem Parlament, bei Sitzungen und Tagungen, etc. durchsetzen müssen, um die Interessen derer zu vertreten, von denen sie gewählt wurden. Somit ist dieses Staatssystem, wie es in Europa zu meist angewandt wird, ein „unechtes demokratisches System“. Tatsächliche Partizipation wäre erst dann der Fall, wenn die gesamte Bevölkerung, die partizipationsberechtigt ist, zu jedem einzelnen Staatsschritt befragt würde. Dennoch ist klar, dass die Form der „echten Demokratie“ nicht bis heute funktionieren kann, da der damit verbundene Arbeits- und Organisationsaufwand nicht bewältigbare Hürden darstellen würde. Außerdem wirft sich hier auch die Frage der Kompetenzen der Wählerschicht auf, ob es überhaupt Sinn machte, zu Verordnungen, Gesetzen, etc. einen breiten Teil der Bevölkerung zu befragen, wenn dieser nur einen kleinen Teil der Bevölkerung angeht und den anderen Teil der Bevölkerung nicht betrifft, oder wenn es sich um staatsinterne Geschäfte handelt. (Anm: Macht es zum Beispiel Sinn, die Bevölkerung eines ganzen Staates über die Errichtung eines Asylzentrum in einer Ortschaft zu befragen?) Ohne das weiter zu erläutern, beschränken wir uns auf das Bild der indirekten Demokratie, also einer unechten Demokratie, in der über Zwischenmänner und Interessensvertreter versucht wird, die eigenen Anliegen zu präsent wie nur möglich zu halten.

Zurück zur eigentlichen Frage, ob nun die Demokratie etwas fördert oder verhindert, sind folgende Überlegungen zu machen. Unter der Voraussetzung, dass Beeinflussung keine Rolle spielt und sich der mehrheitlichen Meinung

widersetzende Aktionen nicht gesetzt werden, steht fest, dass man zumindest die Hälfte der Stimmen benötigt, um eine Sache durchsetzen zu können. In der Realität erweist sich aber die Hälfte als keine besonders breit gebaute und solide Basis für das demokratische Wirken. Bei den meisten Betrachtungen von demokratischen Prinzipien wird die Gruppe der Menschen ausgeblendet, die sich gegen einen Vorschlag oder gar nicht zu einem Vorschlag geäußert haben. Nun können sich diese Vertreter allerdings organisieren und als sehr starke Opposition auftreten.

II.2.5. Das Problem der beiden demokratischen Hälften

Anhand einer Annahme soll die Problematik näher beschrieben werden. Angenommen eine Abstimmung zu einem Thema, der Veranschaulichung des Beispiels nehmen wir an, es handle sich um eine politische Frage, die alle Gruppen der Bevölkerung mehr oder weniger direkt betrifft (Minderheitenproblem, Immigrationsgrad, etc.), geht knapp für einen ausformulierten Antrag aus. Das daraus ergebende Resultat spaltet die Bevölkerung in deren Meinung und schwächt durch die Uneinigkeiten innerhalb der befragten Gruppe ganz offensichtlich das politische System. Die knapp mehrheitlich stimmende Gruppe kann die darauffolgenden politischen Handlungen nicht ausreichend unterstützen, wo hingegen die unterlegene Gruppierung sehr stark ist und immer noch bei Mobilisierung und Organisation der Interessensgleichgesinnten ein hohes Maß an Widerstand leisten kann, wenn nicht sogar eine Aktion verhindern kann. Somit wird die Vermutung laut, dass Demokratie zwar an sich möglicherweise ein gutes politisches Instrument ist, allerdings Schwächen aufweist, die in der Regel allzu leicht ignoriert werden, die allerdings sehr wohl von Bedeutung sind.

Durch Adaptionen im Stimmgewicht wird versucht, den zuvor genannten Kritikpunkten Wind aus den Segeln zu nehmen. Dabei wird allerdings nicht das Wesen des Problems getroffen, sondern viel mehr die Erscheinungsform ein wenig abgeändert. Abhilfe wurde durch die Einführung der qualifizierten Mehrheit geschaffen, sowie durch gewichtete Stimmen oder Wahlsysteme, in denen der Sieger einer Region alle möglichen Stimmen für sich erklärt (vgl.

USA, Großbritannien). Dennoch, das grundlegende System der Demokratie, mit ihren Mehrheitsverhältnissen bleibt, ebenso wie das Problem mit den beiden demokratischen Hälften.

Ob nun eher ein demokratisches oder ein diktatorisches System eine bestimmte Entwicklung vorantreibt, hängt von vielen Faktoren ab. Erfahrungsgemäß würde man dazu neigen, einem demokratischen System in Hinblick auf Nachhaltigkeit und Akzeptanz mehr Qualitätsmerkmale zusprechen. Auf der einen Seite kann ein demokratisches System, das zwar legitim an die Macht gekommen ist, aber die Mehrheit der zustimmenden Vertreter in der Zwischenzeit bereits wieder verloren hat, ohne dass die nächsten Wahlen fortan stehen, unentwegt gebremst und in der Durchführung der Staatsgeschäfte real-effektiv behindert werden. Besonders verheerend ist dies dann, wenn sich eine Art von Protestakteuren gebildet hat, die unüberlegt aus Prinzip das politische Handeln der offiziellen Akteure behindern. Andererseits kann eine Entscheidung auch von der Mehrheit der zur Teilnahme Berechtigten getragen werden, was umgekehrt den Effekt hat, dass tatsächlich viele der Menschen von einer Sache überzeugt sind, und demnach diesen Weg forcieren und unterstützen. Gleiches ist aber auch über ein diktatorisches System zu sagen. Der entscheidende Faktor ist ein anderer. Während das wesentliche Augenmerk bei der Demokratie das Mittragen einer Angelegenheit durch die Bevölkerung ist, wendet sich der Gesichtspunkt in einer Diktatur und der entscheidende Faktor nur wäre, wie autoritär-manifest das System in der tatsächlichen Umsetzung ist und somit wie uneingeschränkt der Diktator seinen Weg gehen kann.

Als entscheidendes Differenzierungsmoment kann hier hervorgehoben werden, dass in einer Demokratie aufgrund verschiedener interner und externer Faktoren, wie die Präsentation einer Fragestellung und dem Auftreten von Befürwortern und Gegner eines Effekts es in der Folge dazu kommen kann, dass sich das nur bedingt entscheidungsfähige und stark beeinflusste Volk gegen etwas ausspricht, das als objektiv „gut“ für die Menschen selbst zu bewerten wäre. Somit ist es denkbar, dass in Betracht geratene Entscheidungen durch das Volk selbst gebremst oder verhindert werden können, wenn dieses entweder die Vorteile in der Langfristigkeit nicht erkennt oder durch eine (vor-)eingenommene (Protest-)Haltung verschiedene

Entscheidungen nicht zulässt. In einer Diktatur hingegen ist dieser Sonderfall de natura aufgrund seiner Gesetzmäßigkeiten ausgeschlossen. In Verfolgung dieser Theorie und Fortsetzung der dargelegten Argumentation liegt der Schluss nahe, dass in besonderen Umständen und diversen Gegebenheiten diktatorische Systeme entwicklungsfördernder sein können, als demokratische. Um diese Behauptung weiter darzulegen folgt im nächsten Unterkapitel der Vergleich zweier vom Entwicklungsstand her vergleichbarer Staaten, die allerdings grundlegend verschiedene Legitimitätsbasen zum Zeitpunkt des Vergleichs aufgewiesen hatten.

II.2.6. USA und Russland: unterschiedliche Legitimitätsbasis, dennoch beide hoch entwickelt

Für Huntington waren sowohl die „frühere Sowjetunion als auch die Vereinigten Staaten politisch hoch entwickelte Gesellschaften, obwohl die eine, eine kommunistische Diktatur und die andere eine liberale Demokratie war.“²⁹ Fukuyama sieht, dreißig Jahre später, den Grund für das Kollabieren der Sowjetunion darin, dass der „diktatorische Charakter des Regimes in den Augen der Bürger delegitimiert“³⁰ wurde. Die Gründe für eine solche Deligitimierung können manifold auftreten. Entweder durch gesellschaftliche Bewegungen bzw. Gefühlszustände oder wirtschaftliche Beweggründe – in der Regel durch Unzufriedenheit in Folge ökonomischer Ineffizienz oder aber auch durch den Wegfall der Führerpersönlichkeit, wie im Falle des Todes oder des Machtverlusts der Person.

Nichtsdestotrotz bestand jahrelang ein diktatorisches Regime, das ebenso Entwicklung wie Fortschritt an sich zuließ. Zu betrachten bleibt, ob der Zusammenfall des Regimes tatsächlich dadurch zu Stande gekommen war, dass dieses, oder im allgemeinen ein diktatorisches Regime irgendwann seine Legitimität in den Augen der Bevölkerung verliert oder gar verlieren muss und sich dann allmählich zu zersetzen beginnt, ob es also eine Regel – eine

²⁹ Vgl. Huntington, Samuel: The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. University of Oklahoma Press, Norman, 1991.

³⁰ Siehe 29.

Gesetzmäßigkeit dafür geben kann, dass diktatorische Regimes über lang oder kurz zum scheitern verurteilt sind, oder spielt der Diktator und dessen Führungsqualitäten oder auch die Struktur, auf die der Diktator zurückgreifen kann die entscheidende Rolle in der Frage um die Auflösung eines Regimes.

Schon Machiavelli³¹ unterschied seinerseits nur zwei Formen der Herrschaft. Die eine, in der einer regiert, oder die andere, in der alle regieren. Welche der beiden Formen nun die richtige ist, vermag diese Arbeit nicht zu beurteilen. Die Erfahrung der letzten Zeit hat gezeigt, dass die Demokratie das scheinbar bessere politische System zu sein scheint. Ob daraus allerdings eine immerwährende Gesetzmäßigkeit abgeleitet werden kann, ist fraglich, denn genauso denkbar wäre, dass Demokratie oder Diktatur eine Art Modeerscheinung sind und in regelmäßigen Abständen ihre Höhen und Tiefen sowie ihre Funktionstüchtigkeit erleben.

Besonders auffällig bei dem direkten Vergleich zwischen den USA und der Sowjetunion, ist dass beide Staaten hoch entwickelt waren, jedoch beide ein unterschiedliches politisches System hatten. Die Sowjetunion galt zur Zeit der Betrachtung als diktatorisches System, wo hingegen in den USA bereits die Demokratie als politisches System etabliert war. Übrig geblieben von dem technologischen und wissenschaftlichen Fortschritt ist auf dem Gebiet der Sowjetunion – mit dem diktatorischen System als Basis nicht viel – allerdings ist auch von dem System nicht mehr allzu viel wiederzuerkennen. Die Frage, die sich aufwirft lautet, ist dem politischen Wandel und die Position eines hoch-technologisch ausgereiften Staates verloren gegangen, oder hat der Wegfall einer beiden betrachteten Objekte die Rückentwicklung und den Vormachtsstellungsverlust bewirkt. Bei der Betrachtung der USA mit ihrem kontinuierlichem voranschreitendem System ist auch der Fortschritt stabilisiert worden und erhalten geblieben. Fukuyama führt das auf das Problem der fehlenden Legitimität zurück. Er schreibt in seinem Werk „Staaten bauen“, dass zwar sowohl die USA als auch die Sowjetunion hoch entwickelt waren, allerdings in der Sowjetunion für die Nachhaltigkeit die Anerkennung der

³¹ Niccolò Machiavelli (3. Mai 1469 in San Casciano in Val di Pesa bis 22. Juni 1527 in Florenz): ital. Politiker, Philosoph, Geschichtsschreiber und Dichter.

Staatsführung durch die Bevölkerung fehlt. Diese fehlende Legitimität führt nach Fukuyama letztlich zum Zusammenbruch des politischen Systems und somit dem Untergang der Wissenschaft und Forschung. Laut Fukuyama wäre also die zuletzt aufgeworfene Frage klar so zu beantworten, dass der Wegfall bzw. die Umstrukturierung des politischen System auch zum Verlust in der technologischen Position geführt hat. Somit liegt die Behauptung nahe, unabhängig von der Struktur und der Basis eines politischen Systems, ist Fortschritt und Entwicklung durchaus möglich. Allerdings scheint zumindest auf der Seite des totalitären Systems der technologische Standard stark beeinflusst von dem System zu sein – was gleichzeitig zu den Merkmalen totalitärer Systeme passen würde – und somit stärker auf Erschütterungen des Systems reagieren muss.

II.2.7. Passives Nationbuilding

Zum Unterschied vom selbstständigen Staatenbau spricht Fukuyama auch vom unselbstständigen Nationbuilding. „Die andere Möglichkeit von Außen institutionellen Bedarf zu schaffen, ist die direkte politische Machtausübung durch Länder [...], die entweder Besatzungsmächte sind oder starke Beziehungen zur lokalen Regierung haben. Sie können so ‚mittelbar‘ Staaten bauen.“³² Als Beispiel für den politischen Einfluss über die Besatzung kann der Einfluss der USA im Irak angeführt werden. Die USA haben als Besatzungsmacht die Stärke und die Möglichkeit die lokale Regierung entweder zu begründen oder immerhin maßgeblich zu beeinflussen. Dabei werden die Werte und Vorstellungen des politischen Systems der USA übernommen und den dortigen Entscheidungsträgern oktroyiert. Problematisch bei unselbstständigen Nationbuilding ist, dass Werte und Gesetze der „aufbauenden“ Kultur übernommen werden und für den neuen Staat übernommen werden, ohne dabei in ausreichendem Maße auf regionale und kulturelle Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen. Spannungen zwischen den Besatzern und der ursprünglichen Bevölkerung sind vorprogrammiert.

³² Fukuyama, Francis: Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik. Propyläen-Verlag, Berlin, 2004.

Durch wachsende Unzufriedenheit und fortanlaufende Enttäuschungen durch eine entstehende Diskrepanz zwischen Erwartungen und tatsächlichen Erfolgen läuft das Nationbuilding von Außen Gefahr, nicht akzeptiert zu werden und letzten Endes zu scheitern. Die Tatsache, dass Werte und Einstellungen, sowie Systeme politischer bzw. ökonomischer Basis unreflektiert und nur wenig angepasst auf bestehende Überreste von ineffizienten, nicht funktionierenden und zum Teil nicht anerkannten Strukturen gestülpt werden, nährt den Boden an Widerständen gegen die geregelten Prozesse von Außen. Dies erklärt auch, warum sich militärische Interventionen – wie die Vergangenheit gezeigt hat – oftmals als viel langwieriger und komplizierter dargestellt habe, als sie im Vorhinein beurteilt wurden. Die Kraft der Widerstands, der oftmals auch bewaffnet zum Ausdruck gelangt, wird nur allzu leicht von den Experten unterschätzt.

Zusammenfassung

Transformationsprozesse treten dauerhaft in vielfältiger Ausformung auf der ganzen Welt auf. Große Theoretiker haben dazu auch eine Vielzahl an Schriften veröffentlicht. Die zuletzt betrachteten Transformationsprozesse in Osteuropa nach Wegfall des kommunistischen Regimes weisen, wie alle anderen Prozesse dieser Art auch, ihre bestimmten Eigenheiten und spezifischen Momente auf. Das faszinierende Moment bei der Transformation ist, dass der Werte- bzw. Strukturwandel nicht nur schnell, sondern auch gleichzeitig alle Ebenen des öffentlichen und privaten Lebens berührt. So erreichen die Veränderungen neben den politischen Strukturen, auch die der Volksökonomik und die der gesellschaftlich-kulturellen Gegebenheiten. Naheliegenderweise entsteht hier eine Diskrepanz – ein Vakuum, das genau dort zu definieren ist, wo der Wandel auf offizieller Seite bereits in Bewegung oder abgeschlossen ist, im Detail jedoch noch nicht so weit vorangeschritten ist. Die fehlenden Aspekte können sowohl im Mangel an Institutionen und Regulierungsmechanismen auftreten, aber auch in Problemfeldern der Bevölkerung, die die neuen Gegebenheiten entweder nicht akzeptieren oder erst lernen müssen, mit ihnen umzugehen. Diese Kluft führt in

Transformationsprozessen oftmals zu Problemen in der Umsetzung der Veränderung, kann aber auch in einem Vertrauensverlust in die neue Strukturen resultieren.

Die demokratische Transformation läuft laut den gängigen Theorien in bestimmten Zyklen ab. Die Orte der Demokratiesierung haben bestimmte ähnliche bzw. vergleichbare Voraussetzungen und Gemeinsamkeiten, weshalb der Prozess der Transition zu ähnlichen Zeitpunkten einsetzt. Huntington spricht im Rahmen seiner wissenschaftlichen Forschung gar von Wellen der Demokratisierung. Die für Europa zuletzt vollzogene Welle der Demokratisierung war die der Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Mit Implosion der diktatorischen bzw. Einparteien-Regimes des kommunistischen Systems, setzte gleichzeitig ein Wertewandel ein, der sowohl das politische System per se ab auch das Verständnis von politischer Partizipation mit einer gleichzeitigen Orientierung zur Demokratie hin berührte.

Bei der Betrachtung der heute gelebten Demokratie in den jüngeren demokratischen Systemen fallen Besonderheiten auf. In der Regel handelt es sich um ein Parteienangebot, dass viele kleinere Parteien anbietet. Die hohe Volatilität führt bei Wahlen nahezu immer zu einer neuen Regierung. Diese bestehen in der Regel aus mehreren kleinen Parteien. Wenig überraschend fehlt es bei der beschriebenen politischen Kultur an Strukturen wie einer Stammwählerschaft oder typischen Wählerschaftsmustern, die sich entweder nach dem Grad der erreichten Bildung oder dem Berufszweig recht gut zuschreiben lassen.

II.3. EUROPÄISCHE INTEGRATION

Bei der Erläuterung von Erweiterungen der Europäischen Union spielt die Frage, wie weit und erfolgreich die Integration der neuen Staaten vorangeschritten ist, eine bedeutende Rolle. Im Bereich der wissenschaftlichen Literatur findet sich eine Vielzahl an Publikationen und theoretischen Ansätzen, die einerseits die Integration erklären versuchen und andererseits Indikatoren für die Intensität der Integration festzumachen suchen.

Somit versuchen Integrationstheorien die politische Integration in ihrer sektoralen, vertikalen und horizontalen Dimension aufzuzeigen. Ziel ist es, Aussagen zu formulieren, die erklären, unter welchen Voraussetzungen es besser oder schlechter zu einer Intensivierung der Integration kommt. Zur näheren Betrachtung der drei Dimensionen von Integration, verdeutlicht die Abbildung, welche Faktoren ausschlaggebend sind.

	<i>Sektoral</i>	<i>Vertikal</i>	<i>Horizontal</i>
Gegenstand	Politikbereich	Kompetenzverteilung	Territorium
Integrations- zuwachs	Integration neuer Politikbereiche	Abgabe nationalstaatlicher Kompetenzen	Vergrößerung des territorialen Geltungsbereiches
Schlagwort	Ausdehnung	Vertiefung	Erweiterung

Abbildung: Vorlage von Lauth, Hans-Joachim: Die Europäische Union, S. 22.³³ (Modifiziert.)

Trotz der vielseitigen Ansätze und der kontroversiell geführten wissenschaftlichen Debatte über die Integrationstheorien, haben sich im Besonderen zwei gängige Denkschulen durchgesetzt: der Intergouvernementalismus und der Supranationalismus. In der Frühzeit der Europäischen Union galt der Supranationalismus als die vorherrschende Denkschule, die dem Neofunktionalismus abstammt. Ernst Haas und Philippe Schmitter zählen zu ihren frühen Vertretern. In der Mitte der 1960er Jahre

³³ Lauth, Hans-Joachim; Zimmerling, Ruth (Hrsg.): Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Ferdinand Schöningh, Paderborn, 2001.

setzte sich der Intergouvernementalismus als bedeutende Gegenströmung in der Diskussion um Integrationstheorien in Szene. Zu Beginn vor allem vertreten durch Stanley Hoffmann.³⁴

In etwa zwanzig Jahre später kam es zu einer Adaptierung der beiden grundlegenden Denkschulen. In Folge dessen, traten sie nun in neuen Varianten auf. Die beiden im Gegensatz stehenden Theorien waren der liberale Intergouvernementalismus, mit seinem bekannten Vertreter Andrew Moravcsik und der supranationale Institutionalismus mit seinen beiden vorderrangigen Vertretern Wayne Sandholtz und Alex Stone Sweet.

In weiterer Folge versucht die Arbeit allerdings nicht detailliert auf die einzelnen Denkschulen in ihren Varianten einzugehen, sondern viel mehr soll der Versuch gewagt werden, die beiden genannten grundlegenden Denkschulen der Europäischen Integration in systematischer Weise gegenüberzustellen und die zentralen Annahmen und Aussagen vorzustellen.

„Die zentrale Unterscheidung zwischen Intergouvernementalismus und Supranationalismus besteht in der Antwort auf die Fragen, ob der Integrationsprozess ein eigendynamischer, transformativer Prozess ist oder nicht.“³⁵

Wie erwartet, beantworten die beiden Denkschulen diese Frage sich widersprechend. Während der Intergouvernementalismus diese Frage verneint, bejaht der Supranationalismus die Frage und versucht zu belegen, dass der Integrationsprozess eigendynamisch passiert.

Folgt man der Argumentation des Intergouvernementalismus, so bleibt der europäische Integrationsprozess unter der Kontrolle der einzelnen Regierungen, die ihn angefangen haben und nach Ihren Vorstellungen und Interessen gesteuert haben. Dem Supranationalismus folgend, lösen die zwar von den Regierungen geschaffenen europäischen Institutionen eigendynamische Entwicklungen aus, die allmählich der Kontrolle der Staaten

³⁴ Lauth, Hans-Joachim; Zimmerling, Ruth (Hrsg.): Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Ferdinand Schöningh, Paderborn, 2001.

³⁵ Siehe 34. Seite 23.

entgleitet und diese selbst transformiert. Weiterhin wird unterscheiden zwischen den beiden Varianten der Denkschulen. „Der liberale und realistische Intergouvernementalismus unterscheiden sich hinsichtlich der Determinanten der Präferenzen der Denkschulen, ihrer Verhandlungsmacht und ihrer Wahl der europäischen Institutionen.“³⁶ Der liberale Intergouvernementalismus schreibt der Verhandlungsmacht von Regierungen und die Notwendigkeit einer Kontrolle der Regeleinhaltung große Bedeutung zu, während im realistischen Intergouvernementalismus geopolitische staatliche Interessen in den Vordergrund rücken. Der Unterschied zwischen dem rationalistischem und konstruktivistischem Supranationalismus liegt in der Art der Wirkung der europäischen Institutionen im europäischen Integrationsprozess. Ersterem liegt der Ansatz zur Grundlage, dass die Staaten einen Kontrollverlust erleiden und eine institutionelle Eigendynamik vorherrschend ist, die letztlich mit den zeitlich begrenzten Möglichkeiten von Regierungen einhergehen. Zweiterer bedient sich der Basis, dass der Integrationsprozess die Identitäten und Weltbilder der beteiligten Akteure beeinflusst.

II.3.1. Intergouvernementalismus

Der Intergouvernementalismus entstammt wie bereits erwähnt dem rationalistischem Institutionalismus und wurde speziell auf die europäische Integration zugeschnitten. Als bedeutender Vertreter ist Andrew Moravcsik zu nennen, der mit seinem Werk „The Choice for Europe“ die intergouvernementalistische Integrationstheorie am nachhaltigsten erklärt hat. Dem Intergouvernementalismus liegt zu Grunde, dass die Europäische Union mit anderen internationalen Organisationen vergleichbar ist, und die europäische Integration Gemeinsamkeiten mit internationaler Politik aufweist.³⁷ Moravcsik schreibt, die Europäische Union sei ein „internationales Regime zur

³⁶ Lauth, Hans-Joachim; Zimmerling, Ruth (Hrsg.): Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Ferdinand Schöningh, Paderborn, 2001. Seite 23.

³⁷ Siehe 36. Seite 24.

Politikkoordination“.³⁸ Innerhalb dieser Politikkoordination sind es die Staaten selbst, die die zentralen Akteure im internationalen Umfeld darstellen.

Weiterhin bekräftigt Moravcsik, dass der „Rationalismus von der Annahme der ‚Zweckrationalität‘ ausgehe“. Die Akteure verfolgen das Ziel, das sie unter Abwägung etwaiger Alternativen, als das mit dem größten Nutzen für sich selbst definieren. Es ist also die Suche nach der Option, die ihren Nutzen maximiert. Auf die Ebene der Europäischen Union projiziert, ist die Annahme diese, dass die „Errichtung und Gestaltung internationaler Institutionen (...) als das Ergebnis interdependenter rationaler Wahlen und Verhandlungen von Regierungen (...)“ sind.

Auf das Ergebnis internationaler Verhandlungen geht Scharpf/Zangl) insofern ein, dass sie sagen, dieses hänge von der Verhandlungsmacht und von dem Funktionieren der internationalen Organisation ab. Sie können vertrauenswürdiger Informationen bereitstellen und außerdem asymmetrische Informationsgehalte vermindern, indem sie die Informationen allen Akteuren bereitstellen. Somit bleibt nur mehr die Verhandlungsmacht des einzelnen Akteurs selbst, die ihn in eine bessere Position rücken kann. Daraus ergibt sich zwangsläufig, dass der Akteur, der die besseren Handlungsoptionen besitzt um ehesten damit drohen kann, sich unkooperativ zu verhalten und somit am leichtesten Konzessionen erzwingen kann. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass internationale Organisationen eine große Chance darstellen, im konstruktiver kooperativer Zusammenarbeit, die Maximierung von Handlungsoptionen und der gemeinsamen Interessen herbeizuführen, aber solche Institutionen gleichzeitig über effektive Überwachungs- und Sanktionsverfahren verfügen müssen, um die Akteure, die aus einer besseren Position in Verhandlungen starten, einbremsen zu können.³⁹

³⁸ Moravcsik, Andrew: The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht. Cornell University Press, Ithaca/NY, 1998.

³⁹ Vgl. Scharpf (2000); Zangl (1999) in: Holzinger; Knill; Peters; Rittberger; Schimmelfenning; Wagner: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Schöningh, Paderborn, 2006.

Ein weiterer Ansatz der Europäischen Integration wäre die sogenannte Klubtheorie⁴⁰. So versteht man im Bereich der internationalen Integration einen Klub als „freiwillige Vereinigung zur Erzielung eines wechselseitigen Nutzens durch die gemeinsame Produktion und Nutzung kollektiver Güter.“⁴¹ Selbstverständlich kann es auch hier unterschiedliche Arten der Klubmitgliedschaft geben. Von Vorstadien der Mitgliedschaft bis zu vollwertigen Mitgliedern reicht die Palette der Möglichkeiten. Ein zentrales Moment der Klubtheorie ist, dass ein „Klub sich (nur) erweitert, bis die Grenzkosten der Aufnahme eines Neumitglieds mit dem Grenznutzen gleichziehen.“⁴²

Die Idee der Klubtheorie scheint für den Ansatz der Europäische Union einigermaßen passend zu sein. Die Mitgliedsstaaten der Union verstehen sich als die Klubmitglieder, die unabhängig von äußeren Faktoren selbst die Grenzkosten bewerten können, und somit entscheiden können, wen sie aufnehmen wollen und wen nicht. Die verschiedenen Mitgliedschaftsarten eines Klubs lassen sich gut mit der Dimension der Europäischen Union vergleichen. Auf Ebene der Union lassen sich vollwertige Mitglieder, Staaten im Beitrittsprozess, Staaten, die auf Beitrittsverhandlungen warten und Staaten mit Partnerschaftsabkommen unterscheiden. Bei den diversen Erweiterungen der Europäischen Gemeinschaft, wurde nicht anders vorgegangen, als hier vorgestellt. Welche Kosten würden entstehen, aber vor allem, welcher Nutzen würde bei der Aufnahme eines oder mehrerer weiterer Staaten entstehen.

Dies stellt auch eine zentrale These des Intergouvernementalismus dar. „Die Mitgliedsstaaten sind und bleiben die dominanten Akteure im Integrationsprozess (...)“⁴³ Die eigenen Interessen der Staaten, sowie ihr Unwille, Souveränität abzugeben, macht sie zu dominanten Akteuren im jeglichem Erweiterungs- und Integrationsprozess. Das dies zu Problemsituationen führen kann, geht nicht nur aus dem Ansatz per se heraus,

⁴⁰ Vgl. Buchanan (1965) und Cornes/Sadler (1986) in: Holzinger; Knill; Peters; Rittberger; Schimmelfennig; Wagner: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Schöningh, Paderborn, 2006.

⁴¹ Cornes/Sadler (1986): Seite 7, 24ff.

⁴² Buchanan (1965): Seite 5.

⁴³ Vgl. Hoffmann, Stanley (1966, 1982) und Milward, Alan (1984, 1994) in: Pollak Johannes; Slominski, Peter: Das politische System der EU. WUV Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, 2006.

sondern ist schon vielfach auf der Ebene von Internationalen Organisationen aufgetreten. Das ständige Reizverhältnis zwischen den Tiefen der Integration und dem Erhalt von Souveränität führt zu stockenden Vorgangsweisen und hohen Reibungsverlusten.

Der schon angesprochene liberale Intergouvernementalismus nach Moravcsik definiert sein Kernargument folgendermaßen: „Die EU-Integration ist am besten als eine Serie rationaler Wahlhandlungen nationaler Staats- und Regierungschefs zu verstehen. Die Wahlhandlungen reagieren auf Zwänge und Opportunitäten, die auf die ökonomischen Interessen mächtiger gesellschaftlicher Gruppen, die relative Macht jedes Staates im internationalen System, und die Rolle von Institutionen als Verstärkung der Glaubwürdigkeit zwischenstaatlicher Verpflichtungen zurückgingen.“⁴⁴

Nach diesem Ansatz bliebe festzuhalten, dass die Einzelstaaten mit ihren nationalen Interessen im Vordergrund an internationalen Diskussionen teilnehmen und versuchen, diese bestmöglich umzusetzen, ohne dabei vordergründig auf die Interessen von an andern Mitgliedern, oder solchen, die es noch werden möchten, zu achten.

Der Theorie des liberalen Intergouvernementalismus von Moravcsik folgend, sind Integrationsverhandlungen als zwischenstaatliche Verhandlungen zu verstehen. „In ihnen ist das Verteilungsproblem das gravierendste Kooperationsproblem und die Verhandlungsmacht der Staaten der einflussreichste Faktor.“⁴⁵ Die Ergebnisse der Verhandlungen stehen immer in engem Zusammenhang zu der Macht der Staaten, die an den Verhandlungen teilgenommen haben. „Diejenigen, die am meisten von der Integration profitieren, mussten die größten Kompromissen eingehen, um sie zu

⁴⁴ Moravcsik, Andrew: The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht. Cornell University Press, Ithaca/NY, 1998. Seite 18.

⁴⁵ Lauth, Hans-Joachim; Zimmerling, Ruth (Hrsg.): Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Ferdinand Schöningh, Paderborn, 2001. Seite 29.

verwirklichen, während diejenigen, die am wenigsten profitieren oder die höchsten Anpassungskosten hatten, Bedingungen durchsetzten.“⁴⁶

Beim Intergouvernementalismus spielen die Staaten selbst als Akteure die wesentliche Rolle. Alle Verhandlungen über Prozesse der (hier angenommenen) politischen Integration werden auf der Basis von ökonomischen und rationellen Argumenten geführt. Die Verhandlungen darüber laufen auf internationaler Ebene ab, dabei spielt der Einfluss und die Machtstruktur der beteiligten Akteure eine wesentliche Rolle für den Ausgang und das Ergebnis der Verhandlungen.

II.3.1. Supranationalismus

Auch die supranationalistischen Integrationstheorien entstammen aus dem theoretischen Konzept der Internationalen Beziehungen. Anders als der Intergouvernementalismus teilen supranationalistische Theorien die Ansicht, dass internationale Systeme durch „Prozesse der Institutionalisierung und des Identitätenwandels in eine andere politische Form transformiert werden können.“⁴⁷ Der Integrationsprozess steht also in einer dauerhaften Veränderung, Transformation genannt.

Der Idee der Transformation liegt zu Grunde, dass sich die Institutionen in einer ständigen Veränderung befinden und eine ganz bestimmte Eigendynamik entwickeln. Pierson⁴⁸ stellt die These auf, dass diese Phänomene von den Akteuren, im Kontext der Europäischen Union, zumeist Staaten, weder gewollt waren, noch rückgängig gemacht werden können. Dies bedeutet also, dass die Integration in der Europäischen Union mit wachsenden Aufgaben in politischen Feldern beginnt, zu rotieren und dabei mehr Aufgaben zu übernehmen. Der

⁴⁶ Moravcsik, Andrew: The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht. Cornell University Press, Ithaca/NY, 1998. Seite 3.

⁴⁷ Stone Sweet / Sandholtz (1997): Seite 303.

⁴⁸ Vgl. Pierson (1996, 1998) in: Holzinger; Knill; Peters; Rittberger; Schimmelfenning; Wagner: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Schöningh, Paderborn, 2006.

Supranationalismus geht also mit der Reduzierung von Souveränität der Einzelstaaten einher, die dies allerdings gar nicht beabsichtigen.

Die Präferenzen der Akteure ergeben sich vielmehr als durch reine Rationalität durch „Produkte ideeller Strukturen und sozialer Interaktionen“, die ständiger Veränderung und Anpassung unterworfen sind. Im Rahmen dieser Transformation kann es zu einer Herausbildung einer kollektiven Identität kommen.

Dem zuvor erläuterten funktionellem Ansatz, steht der historische Ansatz gegenüber.⁴⁹ Laut Pierson⁵⁰ haben die politischen Akteure nur beschränkte Möglichkeiten, institutionelle Veränderungen herbeizuführen. Viel mehr gibt es große institutionelle Hürden für Veränderungen. Diese dienen wohl zum einen der Stabilisierung der Institutionen (qualifizierte Mehrheiten, z.B.), allerdings verhindern sie eine Anpassung und die Einsetzung neuer Technologien. Gerade neue Technologien dienen als gutes Beispiel für die Reformunwilligkeit. Systemwechsel sind in der Regel mit einem großen Aufwand und hohen Kosten für die Beteiligten verbunden. Es geschieht also, dass neue, effizientere Alternativen alleine aufgrund der Implementierungskosten nicht eingesetzt werden.

Ein weiteres Phänomen, dass mit den supranationalistischen Theorien einhergeht, sind die sogenannten Spillover-Effekte. Ernst Haas „erklärte mit den Spillover Mechanismen die ‚expansive‘ Logik der Integration.“⁵¹ Schmitter⁵² führte verschiedene Kategorien der der Spillovers ein. Er unterschied zwischen funktionalen, politischen und institutionellen Spillover-Mechanismen.

Der Supranationalismus geht also von einer anderen Grundlage der Entscheidungsfindung aus: „Gruppen, nicht Staaten sind die fundamentalen Akteure (...). In einem System moderner, ökonomisch verflochtener und

⁴⁹ Lauth, Hans-Joachim; Zimmerling, Ruth (Hrsg.): Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Ferdinand Schöningh, Paderborn, 2001. Seite 33.

⁵⁰ Vgl. Pierson (1996, 1998) in: Holzinger; Knill; Peters; Rittberger; Schimmelfenning; Wagner: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Schöningh, Paderborn, 2006.

⁵¹ Vgl. Ernst Haas (1968) in: Holzinger; Knill; Peters; Rittberger; Schimmelfenning; Wagner: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Schöningh, Paderborn, 2006. Seite 283ff.

⁵² Vgl. Schmitter, Philippe (1969) in: Holzinger; Knill; Peters; Rittberger; Schimmelfenning; Wagner: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Schöningh, Paderborn, 2006. Seite 254ff..

differenzierter Industriegesellschaften prägt die Konkurrenz von Interessengruppen (...) den politischen Prozess.“⁵³

Funktioneller Spillover entsteht durch Sachzusammenhänge in Politikbereichen. Daraus ergibt sich die Logik nach mehr Integrationsstufen. Die Wohlfahrtsmaximierung aus einem Bereich X kann nicht vollkommen werden, wenn die Bereiche M und N unberücksichtigt bleiben.

Politischer Spillover ist so zu verstehen, dass politische Akteure ihre Erwartungen und Vorgehensweisen auf eine andere, in der Regel „übergeordnete“ Entscheidungsebene übertragen. Die lässt sich unter dem Schlagwort „shift of competences“ nach Maravcsik zusammenfassen.

Für die Institutionen der Europäischen Union am bedeutendsten ist der institutionelle Spillover. Nye erklärt ihn so: „Sie (funktionelle und politische Spillovers, Anm.) stellen Verknüpfungen zwischen Politikbereichen auf und zeigen negative Externalitäten auf.“⁵⁴

Was weiterhin die Europäische Union betrifft, ist der Ansatz von Fligstein: „Sie (Fligstein, Stone, Anm.) sehen die europäische Integration als das Produkt des Zusammenspiels von drei Faktoren: Ausweitung transnationaler Austauschbeziehungen, (die) Fähigkeit supranationaler Organisationen, die Bedürfnisse und Interessen dieser transnationalen Akteure aufzugreifen und umzusetzen, und Folgewirkungen der Verregelung der EU-Politik.“⁵⁵

Die Grundannahmen des Supranationalismus lauten also: Der Prozess der politischen Integration erhält eine Eigendynamik, die von den Akteuren nicht vorhergesehen bzw. gewünscht war. Gesellschaftliche Akteure sind die relevanteren Akteure, als die Nationalstaaten selbst, um die Integration zu beschleunigen.

Der wesentliche Unterschied zwischen dem rationalistischem und konstruktivistischem Supranationalismus ist, dass beim ersteren der Nutzen der

Lauth, Hans-Joachim; Zimmerling, Ruth (Hrsg.): Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Ferdinand Schöningh, Paderborn, 2001. Seite 34.

⁵⁴ Nye, Joseph S.; Keohane, Robert O.: Power and Interdependence. World Politics in Transition. Boston, 1977. Seite 59.

⁵⁵ Sweet, Stone Alec; Fligstein, Neil: The Institutionalization Of Europe. Oxford University Press, Oxford, 2001. Seite 32ff.

Akteure steigt, wohingegen beim Zweiteren die Identifikation mit der der Union steigt.

Zusammenfassung

Im Vergleich der beiden vorgestellten Theorien des Integouvernementalismus und der Supranationalismus lassen sich sehr wohl gemeinsame Elemente finden. Die wesentlichen Unterschiede bestehen darin, dass beim Integouvernementalismus die Staatsregierungen selbst die politischen Akteure bleiben, und selbst nach Abwägung des eigenen Nutzens die Integrationstiefe bestimmen. Im Gegensatz zur Erweiterung bzw. Beschleunigung der Integration steht immer der Verlust an Souveränität und Macht. Der Supranationalismus spricht hingegen von automatisch einsetzenden Spillover-Effekten und hat nicht die Staaten selbst als die vorderrangigen Akteure, sondern viel mehr Gruppen von Entscheidungsträgern, die sich aufgrund irgendwelcher Gegebenheiten in der Frage einer Entscheidung nahestehen. Die genannte Spillovers führen per se zu einem Shiften von Kompetenzen auf die Ebene der internationalen Organisation, weil es entweder Sinn macht, weitere Bereiche miteinzubeziehen, oder weil es direkt oder indirekt notwendig erscheint, diese Kompetenzen in Hinblick auf die Erreichung von gemeinsamen Zielen zu übergeben.

KAPITEL III: GRUNDLAGEN DER EU-ERWEITERUNGEN

Allgemeine Einführung zur EU
EU-Erweiterungen
Rechtliche Grundlagen

III.1. ALLGEMEINE EINFÜHRUNG ZUR EU

Übersichtstabelle der Entwicklung der Europäischen Union⁵⁶

1951: Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird von den sechs Gründermittgliedstaaten ins Leben gerufen
1957: Der Vertrag von Rom schafft die Grundlage für einen gemeinsamen Markt
1973: Die Gemeinschaft wächst auf neun Mitgliedstaaten an und entwickelt gemeinsame Politiken
1979: Das Europäische Parlament wird zum ersten Mal direkt gewählt
1981: Als erstes Mittelmeerland tritt Griechenland bei
1993: Der Binnenmarkt wird vollendet
1993: Durch den Vertrag von Maastricht wird die Europäische Union errichtet
1995: Die EU wächst auf 15 Mitgliedstaaten an
2002: Euro-Banknoten und -Münzen werden eingeführt
2004: Zehn weitere Länder treten der EU bei („große Osterweiterung“)
2007: Zwei weitere Länder treten der EU bei

„Am 9. Mai schlug der französische Außenminister Robert Schuman die Errichtung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vor, die mit dem Vertrag von Paris vom 18. April 1951 Realität wurde. Das Ziel war, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch gleichberechtigte

⁵⁶ http://europa.eu/abc/12lessons/lesson_2/index_de.htm (Zuletzt: 19.05.2010)

Zusammenarbeit innerhalb gemeinsamer Organe den Frieden zwischen Siegern und Besiegten in Europa zu sichern.

Am 25. März 1957 beschlossen die Sechs mit dem Vertrag von Rom die Errichtung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Die Zölle zwischen den sechs Ländern wurden am 1. Juli 1968 völlig abgeschafft.

Diese Maßnahmen waren so erfolgreich, dass 1973 sich Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich für einen Beitritt zur Gemeinschaft entschieden.

Mit den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament durch allgemeine Direktwahl im Juni 1979 tat die Europäische Gemeinschaft einen entscheidenden Schritt.

Griechenland trat der Gemeinschaft 1981 bei, Spanien und Portugal folgten 1986. Dadurch gewann die Gemeinschaft an Präsenz in Südeuropa. (...)“⁵⁷

Der Vertrag von Maastricht war notwendig geworden, um die EU strukturell zu verändern. 1991 unterzeichneten die Staats- bzw. Regierungschefs den Vertrag, der Ende 1993 in Kraft trat. Nur knapp mehr als ein Jahr später traten drei weitere Staaten der Union, darunter auch Österreich, gemeinsam mit Finnland und Schweden (1995).

„1999 wurde die gemeinsame Währung „Euro“ für alle bargeldlosen Transaktionen eingeführt. Im Jahr 2002 wurde der Euro auch Zahlungsmittel für Bargeld. Dem Euroraum gehörten zwölf Staaten an.“⁵⁸

„Kaum hatte sich die EU auf 15 Mitgliedstaaten erweitert, da bereitete sie schon eine Erweiterung bis dahin unbekannten Ausmaßes vor: Mitte der 90er Jahre reichten die ehemaligen Ostblockländer (Bulgarien, die Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Rumänien und die Slowakei), die drei baltischen Staaten, die früher zur Sowjetunion gehört hatten (Estland, Lettland und Litauen), eine der aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangenen Republiken (Slowenien) und zwei Mittelmeerländer (Zypern und Malta) ihre Beitrittsgesuche ein.

Die EU sah in dieser Erweiterung eine Chance zur Stabilisierung des europäischen Kontinents und zur Ausweitung der Vorteile der europäischen

⁵⁷ http://europa.eu/abc/12lessons/lesson_2/index_de.htm (Zuletzt: 19.05.2010)

⁵⁸ http://europa.eu/abc/12lessons/lesson_2/index_de.htm (Zuletzt: 19.05.2010)

Integration auf diese jungen Demokratien. Die Beitrittsverhandlungen wurden im Dezember 1997 aufgenommen. Am 1. Mai 2004 traten zehn der zwölf Bewerberländer bei, und die EU zählte nunmehr 25 Mitgliedstaaten. Der Beitritt Bulgariens und Rumäniens erfolgte am 1. Januar 2007.“⁵⁹

Allgemeine Bestimmungen zum Beitritt:

„Der Europäischen Union kann jedes europäische Land beitreten, das die demokratischen, politischen und wirtschaftlichen Beitrittskriterien erfüllt. Nach mehreren Erweiterungen ist die EU von ursprünglich sechs auf heute 27 Mitglieder angewachsen. Weitere Länder sind Beitrittskandidaten. Jeder Vertrag über die Aufnahme eines neuen Landes muss von allen Mitgliedstaaten einstimmig gebilligt werden. Vor jeder neuen Erweiterung prüft die EU, ob sie in der Lage ist, weitere Länder aufzunehmen und ihre Institutionen auch danach ordnungsgemäß funktionieren können. Die bisherigen Erweiterungen haben die Demokratie gestärkt, Europa sicherer gemacht und sein Potenzial für Handel und Wirtschaftswachstum erhöht.“⁶⁰

„Im Dezember 2002 traf der Europäische Rat in Kopenhagen eine der bedeutendsten Entscheidungen in der Geschichte der europäischen Integration. Er bot zehn weiteren Ländern die EU-Mitgliedschaft zum 1. Mai 2004 an, wodurch sich die EU nicht nur räumlich, sondern auch von der Einwohnerzahl her vergrößerte. Vor allem wurde hierdurch die seit 1945 bestehende Teilung unseres Kontinents in Ost und West beendet.“⁶¹

Bulgarien und Rumänien gehörten ab 1995 zu den Kandidatenländern, konnten allerdings die Verhandlungen, und somit nicht alle Kriterien bis 2004 abschließen bzw. erfüllen. Doch am 1. Januar 2007 traten auch diese beiden Staaten der Europäischen Union bei und vergrößerten die Zahl der Mitgliedsstaaten auf 27 Mitglieder.

⁵⁹ http://europa.eu/abc/12lessons/lesson_2/index_de.htm (Zuletzt: 19.05.2010)

⁶⁰ http://europa.eu/abc/12lessons/lesson_3/index_de.htm (Zuletzt: 19.05.2010)

⁶¹ http://europa.eu/abc/12lessons/lesson_3/index_de.htm (Zuletzt: 19.05.2010)

„Die Türkei, Mitglied der NATO und seit langem durch ein Assoziierungsabkommen mit der EU verbunden, bewarb sich 1987 um die EU-Mitgliedschaft. Wegen der geografischen Lage und politischen Geschichte des Landes reagierte die EU erst nach langem Zögern positiv. Im Oktober 2005 eröffnete der Europäische Rat die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Gleichzeitig nahm er die Verhandlungen mit Kroatien, einem weiteren Kandidatenland, auf. Wann etwaige Beitrittsverträge mit diesen Ländern geschlossen werden, nachdem die Verhandlungen beendet sind, ist noch offen. Diese Länder, die überwiegend Teil von Jugoslawien waren, blicken zur Europäischen Union, von der sie sich eine Beschleunigung ihres wirtschaftlichen Wiederaufbaus, eine Verbesserung ihrer durch ethnische und religiöse Kriege in Mitleidenschaft gezogenen Beziehungen untereinander und die Festigung ihrer demokratischen Institutionen erhoffen. Die EU hat der früheren Jugoslawischen Republik Mazedonien (FYROM) im November den Status eines Kandidatenlands zuerkannt. Potenzielle Bewerber sind Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien.“⁶²

III.1.1. Die Beitrittsvoraussetzungen

Die „Kriterien von Kopenhagen“

„Nachdem die früheren kommunistischen Länder ihr Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet hatten, legte der Europäische Rat 1993 drei Beitrittskriterien fest. Zum Zeitpunkt ihres Beitritts müssen die neuen Mitgliedstaaten Folgendes nachweisen:

Gefestigte Institutionen, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten gewährleisten;

eine funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten;

die Fähigkeit, die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Pflichten zu erfüllen, wozu gehört, die Ziele der Union zu unterstützen. Die beitrittswilligen Länder

⁶² http://europa.eu/abc/12lessons/lesson_3/index_de.htm (Zuletzt: 19.05.2010)

müssen über eine öffentliche Verwaltung verfügen, die die EU-Rechtsvorschriften in der Praxis anwenden und durchsetzen kann.“⁶³

III.1.2. Der Beitrittsprozess

Die Verhandlungen über einen Beitritt zur Europäischen Union werden nach Aufnahme in den Status eines Bewerberlandes zwischen dem Bewerber und der Europäischen Kommission geführt, die in regelmäßigen Abständen (üblicherweise jährlich) den Fortschritt der Erfüllung der Kriterien bewertet. Nachdem die Kommission zum Entschluss gelangt, der Staat könne aufgenommen werden, müssen im Rat alle Staats- und Regierungschefs der Mitglieder der Erweiterung zustimmen. Anschließend wird das Verfahren im Europäischen Parlament fortgesetzt – dort bedarf es einer absoluten Mehrheit. Zum Schluss werden die Beitrittsverträge nach den Regeln der nationalen Verfassungen ratifiziert.

Grenzen der EU

Die Diskussion über die Grenzen der Europäischen Union hat gerade heute an Aktualität gewonnen. Die Frage, ob die Türkei der Union beitreten könne spaltet die Bevölkerung der EU wie kaum eine andere Frage. Neben den geografischen Grenzen spielt hier auch die Rolle der ethnischen Zugehörigkeit eine große Rolle. So wird zwar an Schulen gelehrt, dass Europa mit dem Gebirge des Urals inmitten Russlands die beiden Kontinente Asien und Europa voneinander trennt, allerdings stellt sich die Frage, ob diese Trennung auch geopolitisch Sinn und überhaupt in Fragen der europäischen Integration anwendbar ist.

⁶³ http://europa.eu/abc/12lessons/lesson_3/index_de.htm (Zuletzt: 19.05.2010)

III.1.3. Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union

„Alle Vorschriften der EU werden von drei Organen getroffen, die ein institutionelles Dreieck bilden: dem Rat als Vertreter der nationalen Regierungen, dem Europäischen Parlament als Vertreter der Bürger und der Europäischen Kommission, die von den Regierungen unabhängig ist und die gemeinsamen Interessen Europas wahrt.“⁶⁴

Der Rat beschließt üblicherweise mit qualifizierter Mehrheit. In manchen Fällen allerdings, bei Fragen einer Vertragsänderung, einer neuer gemeinsamen Politik oder den Beitritt eines neuen Mitgliedstaats sieht das Statut eine einstimmige Abstimmung des Rats vor. Jedes Land ist proportional gemäß seiner Größe der Bevölkerung repräsentiert. Dabei fällt auf, dass tendenziell kleinere Staaten übergemäß der Bevölkerungsgröße repräsentiert sind. Somit stimmt das Verhältnis im Vergleich Deutschlands mit Malta nicht exakt überein.

Anzahl der Stimmen im Rat ⁶⁵	
Deutschland, Frankreich, Italien und Vereinigtes Königreich	29
Spanien und Polen	27
Rumänien	14
Niederlande	13
Belgien, Griechenland, Portugal, Tschechien und Ungarn	12
Österreich, Bulgarien und Schweden	10
Dänemark, Finnland, Irland, Litauen und Slowakei	7
Estland, Lettland, Luxemburg, Slowenien und Zypern	4
Malta	3
Insgesamt:	345

Das Europäische Parlament hat in der Betrachtung der Entwicklung der Europäischen Union nachhaltig an Einfluss gewonnen. Als reines Anhörungsinstitut zu Beginn der Union ist es heute vollwertiger Mitentscheidungsträger, ohne dessen Zustimmung nichts möglich ist. Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden alle fünf Jahre statt.

⁶⁴ http://europa.eu/abc/12lessons/lesson_4/index_de.htm (Zuletzt: 19.05.2010)

⁶⁵ http://europa.eu/abc/12lessons/lesson_4/index_de.htm (Zuletzt: 19.05.2010)

Anzahl der Sitze im Europäischen Parlament 2007-09⁶⁶

Belgien	24
Bulgarien	18
Dänemark	14
Deutschland	99
Estland	6
Finnland	14
Frankreich	78
Griechenland	24
Irland	13
Italien	78
Lettland	9
Litauen	13
Luxemburg	6
Malta	5
Niederlande	27
Österreich	18
Polen	54
Portugal	24
Rumänien	35
Schweden	19
Slowakei	14
Slowenien	7
Spanien	54
Tschechische Republik	24
Ungarn	24
Vereinigtes Königreich	78
Zypern	6
Insgesamt	785

Mit dem Vertrag von Lissabon veränderten sich die Stimmenanzahl der nationalen Abgeordneten geringfügig. So musste zum Beispiel Deutschland ein Mandat hergeben, wobei Österreich einen dazu erhalten hat.

Die Fraktionen im Europäischen Parlament werden bestmöglich so gestaltet, um die nationalen Parteiensysteme wiederzugeben. Dies gelingt nicht immer in vollem Umfang, allerdings funktioniert die Zuordnung allgemein hin problemlos.

⁶⁶ http://europa.eu/abc/12lessons/lesson_4/index_de.htm (Zuletzt: 19.05.2010)

Die Fraktionen im Europäischen Parlament

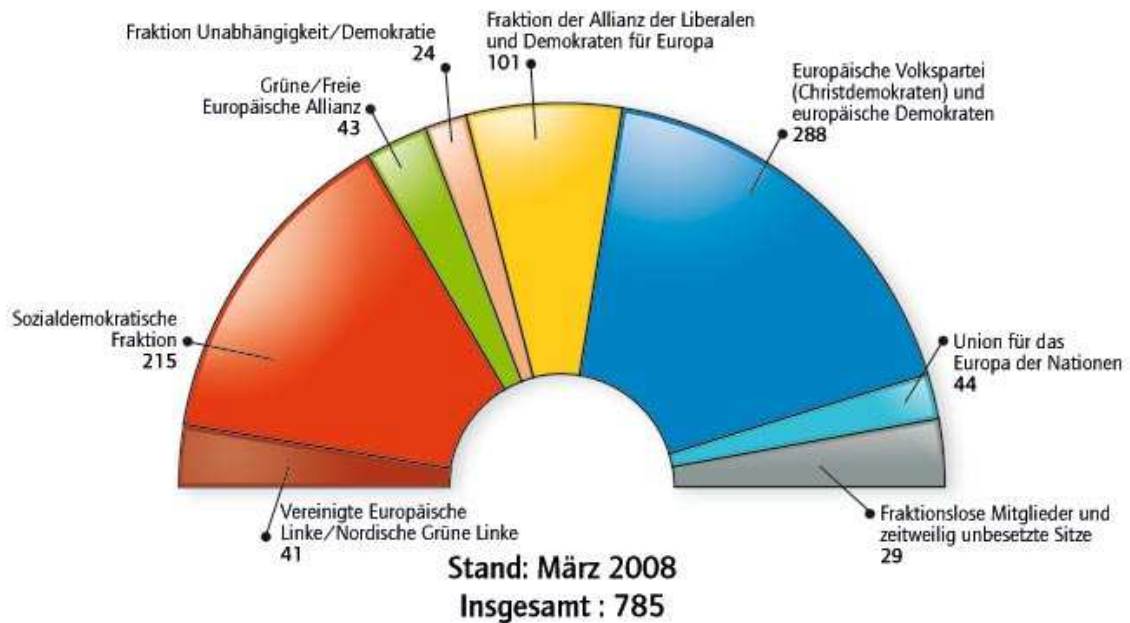


Abbildung: Die Fraktionen im Europäischen Parlament⁶⁷

III.1.4. Die Europäische Kommission

Die Europäische Kommission hat ihren Spitznamen als „Hüterin der Verträge“. Ihr gehören seit der großen Osterweiterung pro Mitgliedsstaat ein Vertreter an. Das Besondere ist, dass die Mitglieder der Kommission ein Verfahren zur Aufnahme durchlaufen müssen und sich einem Hearing vor dem Europäischen Parlament stellen müssen. Anschließend werden sie für fünf Jahre nominiert. Die Mitglieder der Kommission sind unabhängig und weisungsfrei und dürfen keinesfalls von den nationalen Interessensgruppen Weisungen nachgehen. Nur so kann die Unabhängigkeit der Kommission gesichert werden. Sie überprüft etwaige Gesetzesentwürfe von Rat und Parlament und arbeitet an den strategischen Zielen der Union mit.

⁶⁷ http://europa.eu/abc/12lessons/lesson_4/index_de.htm (Zuletzt: 19.05.2010)

III.1.5. Weitere Institutionen der Europäischen Union

- o Der Gerichtshof mit Sitz in Luxemburg
- o Der Rechnungshof, ebenso in Luxemburg
- o Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss
- o Der Ausschuss der Regionen
- o Die Europäische Investitionsbank
- o Die Europäische Zentralbank mit Sitz in Frankfurt und Trägerin der Verantwortung der Währungspolitik

III.1.6. Der Euro

„Der Euro, die gemeinsame Währung für über 310 Millionen Menschen in der EU. Im Juni 1997 schloss der Europäische Rat einen Stabilitäts- und Wachstumspakt , der die Euro-Länder auf Dauer zur Haushaltsstabilität verpflichtet. Nach dem Pakt kann jedes Land der Eurozone, dessen Haushaltsdefizit drei Prozent übersteigt, bestraft werden.

Mit der Einführung des Euro als Währung traten zwölf der 15 Staaten der Währungsunion bei. Inzwischen wollen alle neuen Mitgliedstaaten den Euro einführen, wenn sie die Voraussetzungen dafür erfüllen. Slowenien hat diesen Schritt als erstes Land aus der Beitrittsrunde 2004 getan und wurde 2007 Mitglied im Club der Euro-Länder. 2008 folgten Malta und Zypern diesem Beispiel. 2009 kam die Slowakei als jüngstes Mitglied hinzu.“⁶⁸

⁶⁸ http://europa.eu/abc/12lessons/lesson_7/index_de.htm (Zuletzt: 19.05.2010)

III.2. EU-ERWEITERUNGEN

„Jedes Land, das einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) stellt, hat die in Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) festgelegten Bedingungen einzuhalten und die in Artikel 6 Absatz 1 EUV genannten Grundsätze zu achten. Im Jahr 1993 hat der Europäische Rat auf seiner Tagung in Kopenhagen Beitrittskriterien festgelegt, die 1995 vom Europäischen Rat in Madrid bestätigt wurden.

Um EU-Mitglied werden zu können, muss ein Staat drei Bedingungen erfüllen:

- o Politisches Kriterium: institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten
- o Wirtschaftliches Kriterium: funktionsfähige Marktwirtschaft und Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten
- o Acquis-Kriterium: Fähigkeit, die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen und sich die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu Eigen zu machen (Übernahme des „Acquis communautaire“, d. h. des gemeinschaftlichen Besitzstands)

Damit der Europäische Rat die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen beschließen kann, muss das politische Kriterium erfüllt sein.

Jedes beitrittswillige Land muss die Beitrittskriterien erfüllen. Heranführungsstrategie und Beitrittsverhandlungen geben hierfür den Rahmen und die erforderlichen Instrumente vor.“⁶⁹

Die Europäische Union hat in ihrer Geschichte einige Erweiterungen durchgeführt. Vordergründiges Ziel war immer die politische und wirtschaftliche Besserstellung der Mitglieder, sowie der Beitrittsländer, ebenso wie der Grundgedanke zur Sicherung des Friedens in Europa.

⁶⁹ http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/accession_criteria_copenhagen_de.htm (Zuletzt: 12.03.2010)

III.2.1. Grundlagen der EU-Erweiterung 2004

In diesem Kapitel soll auf einer empirisch-analytischen Ebene an das Thema EU-Beitritt herangegangen werden. Dabei wird aber besonderes Augenmerk darauf gelegt, exakt zu definieren, ob die angegebenen Daten aus der Sicht der Europäischen Gemeinschaft oder der aus der Sicht Lettland zustande gekommen sind. Kurz werden auch die Veränderungen der Europäischen Union durch die Erweiterung vom 1. Mai 2004 und den zehn neuen Ländern beschrieben. Zuletzt bleibt dann noch die EU-Skepsis zu beurteilen. Woher kommt sie und existiert sie wirklich? Warum präsentieren sich die Menschen eher skeptisch gegenüber der Gemeinschaft, wo gleichzeitig die EU skeptischen Parteien kaum an Wählerpotenzial gewinnen können. Dabei bleibt zu beachten, dass gerade an der Schwelle einer Erweiterung der Vergleich zwischen den bereits eingesessenen EU-Mitgliedsstaaten und den neu hinzugekommen schwierig ist, da lediglich Rückschlüsse aus den Integrationserfahrungen aus den bestehenden Mitgliedern auf die Integrationsfähigkeit der Newcomer gezogen werden können. Deren Integrationsfähigkeit kann logischer Weise nur mit Hilfe eines bestehenden Maßes geschätzt werden. Diesen Maßstab liefern bisherige Beitritte bzw. Erweiterungen. Dennoch bleibt das Grundproblem bestehen: Die Integrationsfähigkeit und –bereitschaft etablierter EU-Mitglieder lässt sich beobachten, während dies bei Neumitgliedern, sich aus der Natur der Sache ergebend, (noch) nicht möglich ist.

Methodendiskussion: EU Erweiterung und Skepsis

In der Frage des Beitritts zur Europäischen Union steht die rechtliche Disziplin im Vordergrund. Hierbei bildet das nationale, internationale und supranationale Recht einen Rahmen, indem sich die Beitrittskandidaten bewegen können und müssen. Der gesamte Ablauf der Beitrittsverhandlungen und die Beitrittskriterien sind in der rechtlichen Komponente, dem europäischen Recht

verankert. Der Wille allerdings, der EU beizutreten, die Erwartungen und Enttäuschungen und schließlich die heranwachsende Ablehnung zum Beitritt finden sich erst bei näherem Blick in sozio-historische Aspekte. Unbeantwortet bleibt die Frage, ob der Beitritt viel zu langsam vor sich geht und Chancen damit verloren gehen, oder viel eher, der Beitritt zu bald kommt, bevor sich noch eine Gesellschaft mit ihren eigenen Werten und Vorstellungen bilden konnte und die Erfahrungen aus der jüngsten Geschichte verarbeiten konnte.

Besonders differenziert stellt sich die Akteurszentriertheit dar. Die Europäische Union und all das, was zu ihr gehört, spielt sich in der Makroebene ab, auf der nicht nur nationale Politik, sondern erweitert noch supranationale Politik gemacht wird, und dem steifen Gitter gegenüber auf der Mikroebene der ‚einfache Mensch‘, der von all dem auf der Makroebene nicht viel mitbekommt, sich jedoch immer an die Weisungen halten muss. Ihm werden Versprechungen gemacht und Hoffnungen geweckt, und letztlich bleibt von all dem nur wenig über. Genau diese Kommunikationsschwächen und Informationsdefizite in Verbindung mit den erfahrenen Enttäuschungen fördern die Ablehnung des Beitritts zur EU. Vieles geht so schnell und bleibt unausdiskutiert, die Bevölkerung unaufgeklärt oder in die Irre geführt.

Die Politiker werben mit großartigen Versprechungen für die Menschen, die sie durch den Beitritt erleben werden, in Wirklichkeit aber, wissen viele nicht, dass vor allem in den ersten Jahren nach dem Beitritt vieles schwieriger werden wird, und erst die nächste Generation von den Vorteilen der Mitgliedschaft profitieren wird können.

Neuer Zugang zum EU-Beitritt

Staaten, die bis 1995 der Gemeinschaft beigetreten waren, taten dies in der Regel zur Wahrung von politischen und ökonomischen Interessen, im besonderen Frieden und Sicherheit, ökonomische/monetäre Stabilität und Wohlstand. Die Staaten hatten bereits eine stabile Wirtschaft, einen gewissen

Wohlstand erreicht und innerstaatliche Problemzonen gelöst oder zumindest gebannt.

Dieser Prozess der Erweiterungen ist mit der Erweiterungsrunde im Jahr 1995 und dem Beitritt Finnlands, Schwedens und Österreichs vorerst beendet worden.

Es folgte eine grundlegende Umkehr in der Reihenfolge der Erfüllung der Interessen und eine bestimmte Veränderung in der Motivation der neuen Beitrittsländer zur Europäischen Union. Die Staaten der folgenden Erweiterungsrunden haben innerstaatliche Probleme und oftmals keine stabil funktionierende Wirtschaft. Durch den Beitritt zur EU erhoffen sie sich, die nötige Unterstützung in der Bekämpfung der nationalen Probleme. Um den Beitritt zu erlangen, nehmen sie viel in Kauf und versuchen die Veränderungen viel zu schnell und mit zu viel Druck in kürzester Zeit zu vollziehen. Die dabei errungenen Ziele sind allerdings nicht von langer Dauer, sondern sind nur für kurze Zeit möglich gemacht worden.

Die Europäische Union muss in Hinblick auf die Aufnahme von neuen Staaten und den bisherigen Beitrittsprozessen und den Kopenhagener Kriterien neue Methoden entwickeln. Die prinzipielle Frage, die sich die Gemeinschaft stellen muss, ist, ob neue Staaten aufgenommen werden sollen, die nicht dem Durchschnitt der derzeitigen Mitgliedsstaaten entsprechen. Nach Abwägen der Vor- und Nachteile müssen neue Konzepte, im besonderen Langzeitkonzepte entwickelt werden, wie diese Staaten sinnvoll und gemeinschaftlich an den Kern der EU herangeführt werden. Die Langzeitprozesse müssen äußerst flexibel gestaltet werden und ständig beobachtet werden, und bei der kleinsten Abweichung muss die Gemeinschaft die Staaten dahingehend unterstützen, wieder die richtigen Tendenzen einschlagen zu können.⁷⁰ Das Oktruieren von irgendwelchen fixen Zahlen und Daten erscheint wenig sinnvoll, wo hingegen flexible Zeitspannen mit verschiedenen Blockelementen, in denen unter Einhaltung klarer temporärer als auch numerischer Vorgaben und Lineelementen, die zusätzlich nachlaufende Prozesse unterstützen, den

⁷⁰ Beichelt, Timm: Die EU nach der Osterweiterung. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.

Integrationsprozess nicht nur vereinfachen und ehrlicher gestalten würde, sondern des weiteren noch zu einer hinreichenden und nachhaltigen Veränderung und Unterstützung in den neuen Staaten führen würde.⁷¹

Letztlich lässt sich in vielen Ländern, die nach 1995 zur EU beigetreten sind, wahrnehmen, dass die Akzeptanz des Beitritts deutlich abnimmt. Grund dafür ist, dass die Politik versprechen machen muss, um die Kriterien überhaupt annähernd erfüllen zu können, und die von der Politik aber auch von den Menschen selbst verfassten Erwartungen enttäuscht werden. Es wirft sich ungemein die Frage auf, ob hierbei nicht nur die Politiker selbst Schuld tragen, sondern nicht auch viel mehr, die Europäische Gemeinschaft schlicht weg versagt und der Integrationsprozess, wie es aussehen sollte, an ihren starren Prinzipien scheitert. Doch wer soll dafür die Verantwortung übernehmen? Zur Auswahl stehen nationale Politiker, die Länder oder die Gesellschaft. Oder doch die Mitgliedsstaaten?

⁷¹ Beichelt, Timm: Die EU nach der Osterweiterung. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.
Und: Meissner, Boris [Hrsg.]: Die baltischen Nationen: Estland, Lettland, Litauen. Köln, Markus-Verlag, 1990.

III.3. RECHTLICHE GRUNDLAGEN DER ERWEITERUNGEN

III.3.1. Die Verträge⁷²

Mit dem Vertrag von Lissabon erhielt die Europäische Union eine Rechtspersönlichkeit. Doch auch schon zuvor beruhte sie auf rechtsstaatlichen Grundsätzen. Ihrem Handeln liegen Verträge zugrunde, nach denen sie sich zu richten hat. Die Verträge werden von den Mitgliedsstaaten der Union geschlossen bzw. nötigenfalls erweitert.

Die Europäische Union hat mit ihren Mitgliedsstaaten folgende Verträge ratifiziert:

- o Vertrag von Lissabon

Der letztgültige Vertrag ist der Vertrag von Lissabon, der als Ausweichprodukt über den misslungenen Vertrag über eine Verfassung der Europäischen Union geschaffen wurde. Der Vertrag wurde 2007 unterzeichnet und trat 2009 in Kraft. Mit dem Vertrag solle die EU bürgernäher und demokratischer werden. Dies ist auch aus der Aufwertung der Rolle des Europäischen Parlaments zu erkennen. Außerdem sollte die Arbeitsebene der EU effizienter gestaltet werden.

- o Der Vertrag von Nizza

Der Vertrag von Nizza gilt als der Vorbereitungsvertrag auf die große Osterweiterung. Er trat Anfang 2003 in Kraft und schaffte die Grundlage für das weitere Funktionieren der Union nach den beiden Erweiterungen 2004 und 2007.

- o Der Vertrag von Amsterdam

Der Vertrag von Amsterdam trat am 1. Mai 1999 in Kraft. Bei diesem Vertrag wurden die alten EU- und EG-Verträge neu strukturiert.

⁷² Vgl. http://europa.eu/abc/treaties/index_de.htm (Zuletzt: 12.04.2010)

- o Der Vertrag über die Europäische Union

Der Vertrag von Maastricht gilt als der Gründungsvertrag der Europäischen Union und wurde am 1. November 1993 gültig. Er wird auch als der Vertrag über die Europäische Union bezeichnet. Mit Inkrafttreten des Vertrags wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in die Europäische Gemeinschaft umbenannt. Mit dem Vertrag von Maastricht erhielt die Union ihre jahrelang fortgesetzte drei-Säulen-Struktur, außerdem entstand mit dem Vertrag die Europäische Union.

- o Die Einheitliche Europäische Akte

Die Einheitliche Europäische Akte trat 1987 in Kraft und schaffte die Voraussetzungen für die Verwirklichung des Binnenmarktes.

- o Der Fusionsvertrag

Mit dem 1967 in Kraft getretenen Fusionsvertrag erhielten die Europäischen Gemeinschaften einen Rat und eine Kommission.

- o Der Vertrag von Rom

Die Römer Verträge von 1958 sind die Gründungsverträge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Gleichzeitig wurde der Vertrag zur Europäischen Atomenergiegemeinschaft unterzeichnet. Daher die Bezeichnung Römer Verträge.

- o Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für

Kohle und Stahl trat im Juli 1952 in Kraft und lief im Juli 2002 nach seiner fünfzigjährigen Geltungsdauer aus.⁷³

⁷³ Vgl. http://europa.eu/abc/treaties/index_de.htm (Zuletzt: 12.04.2010)

III.3.2. Vertragrechtliche und politische Grundlagen für die Osterweiterung

Nach den vertraglichen Neugestaltungen der 1990er-Jahre unterliegen Erweiterungen des EU-Gebiets einer vorgelegten Prozedur, die auch für die Osterweiterung maßgeblich war. Als rechtliche Grundlage diente das Verfahren aus dem Maastrichter Vertrag, in dem geschrieben steht, dass „jeder europäische Staat die Mitgliedschaft beantragen könne“. Nun wurde diese weiterhin anerkannte und angewandte Grundlage um den Amsterdamer Vertrag in Hinblick auf zwei zusätzliche Bedingungen erweitert.

Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Staaten gemeinsam (Art. 6 Abs. 1 EUV).

Jeder europäische Staat, der die in Artikel 6 Absatz 1 genannten Grundsätze achtet, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Er richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder beschließt.⁷⁴

Somit haben sich die vertragsrechtlichen Grundlagen für die Erweiterungen nach 1995 (Finnland, Schweden, Österreich) verändert, bleiben aber weiterhin kurz gefasst und knapp in ihrer Ausformulierung. Die Aufnahmebedingungen und die durch eine Aufnahme erforderlichen Anpassungen der Verträge, auf denen die Europäische Union beruht, werden durch ein gesondertes Abkommen zwischen den Unionsmitgliedern und dem Antrag stellendem Staat geregelt.

Das Beitrittsverfahren selbst gliedert sich in mehrere Stufen. Nach dem Beitrittsantrag, gestellt von dem Kandidatenstaat, prüft vorerst der europäische

⁷⁴ Vgl. Beichelt, Timm: Die EU nach der Osterweiterung. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.

Rat, ob die politischen Voraussetzungen erfüllt sind, und somit die Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden können. Die europäische Kommission spielt bei der Prüfung eine tragende Rolle. Zum einen spiegelt sich das in der „Anhörung“ wieder, die in der Realität einige Jahre dauert, mit der die Kommission vom Rat beauftragt wird, das Kandidatenland auf die Kriterien des möglichen Beginns der Beitrittsverhandlungen zu prüfen. Zum anderen führt und überwacht die Kommission die Übernahme des „Acquis Communautaire“. Dieser stellt den Kern des Erweiterungsprozesses dar.

Somit stehen zwei tragende Entscheidungen des Rates im Laufe der Beitrittsverhandlungen an. Das sind die Aufnahme und der Abschluss der Beitrittsverhandlungen. Das Beitrittsabkommen stellt den Schlusspunkt des Beitrittsprozesses dar. In ihm werden noch länderspezifische Abkommen niedergeschrieben und außerordentliche Umstände geregelt, genauso wie die Übergangsfristen bei der Implementierung einzelner Teile des Gemeinschaftsrechts. Interessant ist dabei festzustellen, dass von Haus aus nicht zwischen zwei „gleichberechtigten“ Partnern verhandelt wird, sondern die Verhandlungen viel mehr auf zwei Ebenen ablaufen, nämlich zwischen einem „übermächtigen“ und einem „untergeordneten“ Verhandlungspartner. Die Kommission bestimmt dabei in Kooperation mit dem Rat die Richtung und die Intensität, wobei das potenzielle Neumitglied nur winzige Änderungen herbeirufen kann.⁷⁵

Mit der Osterweiterung änderten sich allerdings die Umstände noch einmal tiefgreifend. Die zehn Beitrittskandidaten verfügten, wenn auch unter einander unterschiedlich ausgeprägt, über deutlich schwächere politische, ökonomische und soziale Strukturen als die anderen fünfzehn Mitgliedsstaaten. Nachdem die Gemeinschaft allerdings keinesfalls Interesse hatte, schwache und instabile Staaten aufzunehmen, da deren Weakness das System der ganzen Union gefährden könnte, wurden die Grundsätze, nach denen um die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen beantragt werden kann, einmal mehr um den „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ erweitert. Vorbereitet wurde diese Änderung im Vorfeld des Kopenhagener Gipfels (1993), auf dem

⁷⁵ Vgl. Beichelt, Timm: Die EU nach der Osterweiterung. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.

der Europäische Rat verkündete, dass folgende Punkte für die Mitgliedschaft erfüllt sein müssen:

die Stabilität der Institutionen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, sowie Achtung und Schutz von Minderheiten;
eine funktionierende Marktwirtschaft, sowie
die Übernahme der gemeinschaftlichen Regeln, Standards und Politiken, die die Gesamtheit des EU-Rechts darstellen.⁷⁶

Die Kopenhagener Kriterien erweitern die Amsterdamer Kriterien rund um folgende Erweiterungen der Europäischen Union. Nicht nur politische Bedingungen reichen, auch ökonomisch-strukturelle Gegebenheiten und die vorherrschende Staatsform sollten bei den nächsten Erweiterungen nach Kopenhagen eine Rolle spielen.

Nach dem Kopenhagener Gipfel folgte 1994 der Gipfel von Korfu und Essen, bei dem die in Kopenhagen beschlossenen Rahmenbedingungen genauer definiert wurden und eine „pre-accession-strategy“ (dt. Heranführungsstrategie) zur Vorbereitung des Beitritts beschlossen wurde. Diese Strategie wurde schließlich beim Gipfel von Luxemburg im Jahr 1997 überarbeitet. Es wurden mehrere Programme zur Angleichung des Standards der EU-15 und der zehn neuen Beitrittskandidaten im Bereich ökonomischer Aufbau, Landwirtschaft und regionale Entwicklung hinzugefügt und durch EU-Gelder finanziert.⁷⁷

Nach dem Luxemburger Gipfel waren die Kandidatenländer nach den Fortschritten in den vier Dimensionen (a) politische Kriterien, (b) ökonomische Kriterien, (c) Fähigkeit zur Übernahme der Pflichten einer Mitgliedschaft und (d) administrative Fähigkeiten in zwei Gruppen geteilt worden. Zum einen gab es die fortschrittlichere Luxemburg-Gruppe, in der Estland, Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn vertreten waren. Die Kommission empfahl die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Lettland gehört dieser Gruppe nicht an, dennoch setzten sich die nach hinten verwiesenen und als ungerecht behandelt

⁷⁶ Vgl. http://europa.eu.int/comm/enlargement/enlargement_de.htm (Zuletzt: 18.11.2009)

⁷⁷ Vgl. Beichelt, Timm: Die EU nach der Osterweiterung. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.

verstandenen Länder der zweiten Gruppe (Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien und die Slowakei) insofern durch, dass das Screening-Verfahren auch bei ihnen eingeleitet wurde.⁷⁸

Das Screening-Verfahren wurde wenig später abgeschlossen und ergab keine großartigen Veränderungen. Die zwei darauf folgenden Jahre waren von Skepsis der Mitglieder gegenüber den Beitritten gekennzeichnet, und somit passierte auf EU-Ebene nicht besonders viel, den Integrationsprozess voranzutreiben. Die betroffenen Kandidatenländer konnten die Zeit allerdings sehr wohl nützen, und waren alle sehr bemüht, die Kriterien der EU zu erfüllen.

1999 kam es in Helsinki zu einem Umdenken. Dem neuen Kommissionspräsident Romano Prodi gelang es in Zusammenarbeit mit Günter Verheugen (Erweiterungskommissar) den Standpunkt der Kommission vollends umzudrehen, und so begannen im Dezember 1999 auch mit der zweiten, schwächeren Gruppe, die Beitrittsverhandlungen. Die später so genannte Helsinki-Gruppe zeigte sich über diesen Paradigmenwechsel naturgemäß begeistert. Schnell stand fest, dass alle Länder der Helsinki-Gruppe die Kriterien der vier Dimensionen erfüllen.⁷⁹

Sowie für alle Kandidatenländer war auch für Lettland das Verhandlungsergebnis von Nizza ein beträchtlicher Baustein in Richtung Mitgliedschaft. Obwohl die Ergebnisse von Nizza vielerorts einen Aufschrei verursachten, einigten sich dann doch alle Regierungen, den Veränderungen zuzustimmen. Somit waren die institutionellen Hürden für die Osterweiterung aus dem Weg geschaffen. Nach Nizza rückten die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den Beitrittskandidaten in den Mittelpunkt der Arbeit der Gemeinschaft.⁸⁰

Beim Gipfel in Göteborg 1991, verlangten die Beitrittskandidaten einen Zeitplan von der Gemeinschaft über den Verlauf der Beitrittsverhandlungen zu

⁷⁸ Meissner, Boris [Hrsg.]: Die baltischen Nationen: Estland, Lettland, Litauen. Köln, Markus-Verlag, 1990.

⁷⁹ Vgl. Beichelt, Timm: Die EU nach der Osterweiterung. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.

⁸⁰ Siehe 78.

bekommen. Die Union war gezwungen für jedes einzelne Land eine Beitrittsperspektive zu entwickeln. Lettland zählte sich damals zu den Ländern, die eine individuelle Beurteilung bevorzugten, und eine auf jedes Land einzeln bezogene Fortsetzung des Beitrittsprozesses verlangte, da Lettland befürchtete, im Falle eines kumulativen Beitrittsprozesses durch Staaten wie Bulgarien oder andere gebremst zu werden.

Die Kommission wollte sich allerdings nicht von einzelnen Staaten unter Druck setzen lassen und den Beitritt bestimmter Staaten früher wahr werden lassen und andere hinten zu setzen, weshalb erstmal die Möglichkeit, trotz bestehender Unterschiede bei der Heranführung an den *acquis*, eine große Erweiterungsrunde mit zehn Staaten ins Auge zu fassen, geäußert.

Lediglich Bulgarien und Rumänien machten hierbei den Entscheidungsträgern noch sorgen. Die tiefgreifenden Wirtschaftskrisen der 1990er Jahre in diesen beiden Ländern, ließ die wirtschaftliche Lage nach wie vor nicht nur weit entfernt derer zu sein, wie sie in den EU-15 Staaten zu finden war, sondern war auch noch schwächer zu beurteilen, als bei den zehn Beitrittsländern. Schließlich wurden den beiden Staaten unter belgischer Ratspräsidentschaft (1. Juli 2001 bis 31. Dezember 2001) der Ausschluss aus der ersten Beitrittswelle signalisiert.⁸¹

Die erste Hälfte des Jahres 2002 unter spanischer Führung brachte keine besonderen Neuerungen im Beitrittsprozess. Eher beschloss man, vorerst zuzuwarten und weiter zu beobachten, wie sich die Prozesse in den einzelnen Staaten weiterentwickeln. Doch dann, in der zweiten Jahreshälfte, unter dänischer Präsidentschaft kam der große Schritt: die Beitrittsverhandlungen wurden zu einem Abschluss gebracht.

Die Kommission empfahl nun den Beitritt der zehn Kandidatenländer. Als Zeitpunkt wurde das Jahr 2004, ohne ein genaues Datum festzulegen, genannt. Dieses Jahr war vor allem wegen der Europawahlen von Bedeutung, denn an denen sollten die Neumitglieder bereits teilnehmen können.

⁸¹ Vgl. Beichelt, Timm: Die EU nach der Osterweiterung. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.

Nach weiteren Verhandlungen in der Frage um das Budget und vor allem der Agrarsubventionen, bei denen hatte Polen sich immer wieder geweigert, zu zustimmen und versuchte Änderungen in der Agrarpolitik zu bewirken, die letztlich aber doch nur in sehr kleinem Rahmen blieben, wurde am 13. Dezember 2002 in Kopenhagen die Osterweiterung der EU mit zehn Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) beschlossen. Als Datum des offiziellen Beitritts wurde der 1. Mai 2004 in Aussicht gestellt.⁸²

Besonders an der Entscheidung von Kopenhagen war, dass die jeweiligen Beitrittskandidaten sich deutlich in der Zahl der Übergangsregelungen unterschieden. Zypern und Slowenien hatten lediglich in 21 bzw. 22 Bereichen Transitionsbestimmungen vereinbart. Grund dafür dürfte zum einen sicherlich der vergleichbare höhere Standard der Länder, aber zum anderen sicher auch Verhandlungsstärke der Vertreter und die öffentlich inszenierte Diskussion. So hatte Polen in 43 Bereichen Sonderbestimmungen erzielt, und dazu noch längere Übergangszeiten ausgehandelt, und Lettland 32 Sonderregelungen erarbeitet.

Zum Begriff der Osterweiterung sei noch angemerkt, dass dieser einigermaßen geeignet ist, den Leser in die Irre zu führen. Viel mehr als die Behauptung, es seien osteuropäische Staaten der Europäischen Union beigetreten, geht man davon aus, dass sich aus der Sicht der EU-15 die meisten der zehn neu beigetretenen Staaten schlicht weg im Osten befinden. Dennoch handelt es sich um mitteleuropäische Staaten, der Begriff osteuropäische Staaten ist wohl nur aus geopolitischer Sicht zulässig. Und genau hier muss wieder eine Einschränkung gemacht werden: das Baltikum. Estland, Lettland und Litauen waren bis 1991 Teilrepubliken der Sowjetunion. Auch historisch kann man das Baltikum nicht zweifelsfrei zu Mitteleuropa zählen. Litauen fiel nach der dritten polnischen Teilung (1795) für mehr als ein Jahrhundert in das russische Reich. Das heutige Estland war schon mehr als siebenzig Jahre früher Teil Russlands geworden. Die Betrachtung Lettland stellt in dieser Hinsicht eine äußerst

⁸² Vgl. Beichelt, Timm: Die EU nach der Osterweiterung. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.

interessante Erkenntnis dar. Obwohl das Land mit seinen 65.000 Quadratkilometern nicht besonders groß ist, wurde es geographisch gesehen dreigeteilt und in drei Schritten vom russischen Reich vereinnahmt. Begonnen hatte es im nördlichen Teil des Landes (mit Riga) im Jahr 1721 (vgl. Estland), der südöstliche Teil folgte nur ein Jahr später und der westliche Teil war erst 1795 (vgl. Litauen) als Protektorat von Polen-Litauen russisch geworden.

Nach dem Ersten Weltkrieg erklärten die drei Staaten 1918 ihre Unabhängigkeit. Das Ende der kurzen Phase der Unabhängigkeit hatte 1939 mit dem Nicht-Angriffspakt zwischen Hitler und Stalin begonnen. Im zweiten Jahr nach Kriegsbeginn wurde das Baltikum von der Sowjetunion besetzt und schließlich einverleibt. 1941 schafften es die deutschen Einheiten, die Russen aus dem Territorium der drei baltischen Staaten zu vertreiben, blieben jedoch selbst auf dem Gebiet und okkupierten die drei Länder für die folgenden drei Jahre, bis im Jahr 1944 die Rote Armee erfolgreich zurückschlug, und die deutsche Wehrmacht vertrieb. Es folgten weitere fünfzig Jahre sowjetischer Herrschaft in den baltischen Staaten.

Eine Besonderheit stellt das Baltikum auch in Hinsicht des sozi-ökonomischen Niveaus dar. Während Zypern und Slowenien, aber auch Polen mit ihrem Bruttoinlandsprodukt nahe oder zumindest an die zwei Drittel Marke des Durchschnittes der Unionsländer kamen, und die anderen Länder doch zumindest über die Hälfte der Prozent kamen, blieben Polen und das Baltikum weit unter der „kritischen“ fünfzig Prozent-Marke. Lettland stand hierbei genau in der Mitte zwischen Estland, um das es deutlich besser bestellt war, und Litauen, das das Abschlusslicht der Erweiterungsrunde darstellte.

KAPITEL IV: LETTLAND UNTERWEGS NACH BRÜSSEL

Lettland auf dem Weg in die Unabh.
15 Jahre Souveränität
EU-Beitrittsprozess
Lettland seit dem EU-Beitritt

IV.1. LETTLAND AUF DEM WEG IN DIE UNABHÄNGIGKEIT

Der Prozess des Unabhängigwerdens und die Zurückerlangung der eigenen Souveränität sollte für die drei baltischen Staaten ein langer, ungewisser und gefährlicher Weg werden.

IV.1.1. Historische Grundlagen

Lettland war während des Zweiten Weltkriegs zwischen die beiden Fronten, die des Nazi-Deutschlands und die der Sowjetunion geraten. Um die Staaten entbrannte ein Kampf, geführt zwischen Adolf Hitler und Nazi-Deutschland auf der einen Seite und Joseph Stalin auf der Seite der Sowjetunion. Vor allem die geographische Lage der drei Länder war für beide Streitparteien von außerordentlicher Wichtigkeit. So konnte einerseits Hitler mit seinen Truppen sehr nahe an Russland und vor allem an Sankt Petersburg herankommen, andererseits brauchte Stalin das Gebiet, um sich vor der Invasion der Deutschen zu schützen und das ehemalige zu der Sowjetunion gehörige Gebiet wieder zurück zu gewinnen.

Schon seit 1940, also fünf Jahre vor Ende des Zweiten Weltkriegs, setzten sich die Truppen Stalins durch und die Sowjetunion hatte das gesamte Territorium des Baltikums okkupiert. Verständlicherweise hatte das Baltikum für die Führungsebene Russlands einen hohen Stellenwert. Die strategisch wichtige Lage der drei Staaten, die einerseits das Fenster nach Westen öffneten, als auch die wichtigen russischen Städte an der Westgrenze, wie Moskau und Sankt Petersburg vor militärischen Überfällen schützte, war den strategischen

Militärs der Zeit bewusst gewesen. Somit schenkte man dem Baltikum besondere Aufmerksamkeit und hatte gleichzeitig ein erhöhtes Interesse, keine Machtverluste in dieser Gegend zu riskieren. Um solche Risiken zu minimieren, beschloss die Sowjetunion vor allem nach Ende des Zweiten Weltkriegs, viel Zeit und Ressourcen in die Kontrolle der drei Staaten zu investieren.

Trotz alledem und aller Versuche, Unabhängigkeitsbestrebungen noch im Keim zu ersticken, gelang es den Menschen am Baltikum, Bewegungen zu organisieren, sie sich vordergründig für das Unabhängigwerden ihrer Nationen einsetzte. Impulsgeber war sicher auch die Tatsache, dass die drei Staaten schon einmal zuvor die Möglichkeit das Gefühl der Unabhängigkeit zu haben, besaßen. Zwischen den beiden Weltkriegen, eigentlich zwischen 1918 und 1940 existierten die drei Staaten als eigene Nationen mit ihrer unabhängigen und eigenständigen Kultur und Gesellschaft.⁸³

Es waren genau die Gedanken an diese Jahre der Unabhängigkeit, des Friedens und der Toleranz - die vor der Zeit standen, die geprägt von Angst und Hass, Furcht und Armut waren, und die Idee der absoluten Selbstherrschaft und eigenen Verwaltung, ebenso wie der Wunsch, sich endlich von der Sowjetunion loszulösen und frei orientieren zu können, den Weg nach Westen zu öffnen und die Unabhängigkeit wieder beschreiten zu können, das wirtschaftliche System der Planwirtschaft abzulegen, gar das gesamte Produkt der kommunistischen Misswirtschaft hinter sich liegen zu lassen, dem Beispiel Polens, Ungarns, der Slowakei und Jugoslawiens folgend - die die Köpfe der politischen Eliten in Lettland zum kochen brachten, die den Drang auszubrechen in den Menschen schürten, endlich Schluss zu machen, mit einem System der Sinnlosigkeit und einer Zeit der Starre, die sich keiner selbst ausgesucht hatte.

⁸³ Vgl. National Geographic, 11/1990, Volume 178, No.5: The Baltic Nations

IV.1.2. Die vier wichtigen Ereignisse im Unabhängigkeitskampf⁸⁴

Fast exakt dreißig Jahre nachdem Lettland, sowie die anderen zwei baltischen Staaten Estland und Litauen auch, begann sich auf dem Territorium des Baltikums der Widerstand gegen das sowjetische Regime und das kommunistische System zu vergrößern und zu manifestieren. Erstmals versuchten sich Eliten und Intellektuelle zu organisieren und gegen die Übermacht anzukämpfen. Die von der Mehrheit der lettischen Bevölkerung längst befürwortete Abspaltung ihres Landes, wurde nun auch zu einem politischen Thema. Anfangs allerdings unter gefährlichen Umständen.

Aus gesellschaftlicher Sicht trugen vier wesentliche Ereignisse zu der Unabhängigkeit Lettlands maßgeblich bei. Anlass der ersten großen Demonstration war der Plan für die Errichtung eines Kraftwerkes am Fluss Daugava. Im Jahre 1987 fand in Riga eine Demonstration statt, bei der unmissverständlich der Unmut der Bevölkerung über die sowjetische Herrschaft zum Ausdruck gebracht worden war und die Unabhängigkeit Lettlands nicht nur als eine Lösung, sondern als die Lösung der gesellschaftlich-ökonomischen Probleme angesehen wurde. Die Demonstration fand inoffiziell und unangemeldet statt, was nicht weiter verwundert, weil sie selbstverständlich verbotenerweise organisiert wurde. Viele Menschen ließen sich dennoch nicht von ihrer Angst abschrecken, sondern schauten der Gefahr ins Auge und sahen die Teilnahme an dieser Kundgebung als *„letzten Akt ihres Lebenswerkes.“*⁸⁵

Die Demonstration fand vor allem rund um das Mahnmal in Riga statt, welches sich im Zentrum befindet und an die Unabhängigkeit zwischen 1918 und 1940 erinnert. Dennoch sollte die Kundgebung nicht ganz ohne negative Konsequenzen für die Teilnehmenden bleiben. Zehntausende wurden nach der Demonstration verhaftet und verhört worden, ihre Daten im Zentralregister vermerkt und sie selbst unter Beobachtung gestellt worden. Darüber hinaus wurden etwa elftausend Menschen nach Sibirien deportiert, wo sie Jahre unter

⁸⁴ Aus einem Gespräch mit Vanags, Valdis (2007): Politisch engagiert im Unabhängigkeitskampf Lettlands

⁸⁵ Vanags, Valdis: Gespräch im Februar 2007

unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit leisten mussten bzw. vor Ort verstarben.

Die Angehörigen wurden vorerst über den Verbleib ihrer Familienangehörigen nicht informiert, erinnert sich die Mutter Veronika Krasauskas. Erst nach Monaten erhielt sie ein Telegramm ihres Sohnes Kestutis aus Anadijr. Anadijr befindet sich im östlichen Sibirien, jedenfalls liegt es „näher bei Los Angeles als bei Vilnius“⁸⁶. „Liebe Eltern, ich lebe und fühle mich wohl!“, soll in der Nachricht gestanden sein. Außerdem noch „Ich bin in Anadijr und werde mich bald wieder bei Euch mit weiteren Informationen melden.“ Nach einer kurzen Pause setzte Veronika fort: „Alle Mütter bekamen das gleiche Telegramm“, als sie sich ihre wässrigen Augen rieb. „Sie waren alle gleich, die gleichen Wörter, der gleiche Text... Er hatte doch nicht einmal einen Mantel mit, keine Zahnbürste, und keine einzige Kopeke (Anm. des Autors: damaliges Geldmittel).“⁸⁷

Dennoch hatten die Demonstranten mit Hilfe der rund 30.000 Unterschriften der Bürger den Ministerrat zwingen können, den Bau des Kraftwerks einzustellen.

Nur ein Jahr später, im April 1988 wurde ein Treffen von Intellektuellen in Jurmala bei Riga veranstaltet. Diesem Treffen wohnten allerdings nicht nur Intellektuelle und Eliten bei, sondern auch Politiker, die sich in Richtung Separation engagieren wollten. *„Bei dieser Konferenz wurde das Wort Unabhängigkeit erstmals ausgesprochen.“*⁸⁸ „Die Diskussionen der Konferenz endeten mit der Verabschiedung einer Resolution, in der die Schaffung einer souveränen Republik Lettland im Rahmen einer sowjetischen Föderation verlangte und die Kommunistische Partei aufgefordert wurde, mit der Regierung für die Erhaltung und Erneuerung der lettischen Nation einzutreten.“⁸⁹ Es folgte eine publik-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Idee der erneuten Staatsbegründung. Die Tatsache, dass plötzlich öffentlich über dieses Thema diskutiert werden konnte, hatte zwei maßgebliche nachhaltige Folgen. Zum ersten konnten im Rahmen der öffentlichen Diskussion weitere Anhänger dieser Idee gewonnen werden. Den Menschen konnte die Angst vor der Aussprache ihrer Träume genommen werden. Mehr als je zu vor und intensiver als gedacht,

⁸⁶ Zitiert aus einem Gespräch zwischen National Geographic und Veronika Krasauskas. Aus: National Geographic, 11/1990, Volume 178, No.5: The Baltic Nations.

⁸⁷ Vgl. National Geographic, 11/1990, Volume 178, No.5: The Baltic Nations.

⁸⁸ Vanags, Valdis: Gespräch im Februar 2007

⁸⁹ Muiznieks, Nils: Origins, Evolution and Triumph. Riga, 1992.

wurde über die Unabhängigkeit allerorts gesprochen. Moskau gefiel diese Tendenz keineswegs, doch auch die hochrangigen Militärs und Politiker, die in das Land entsandt wurden, konnten die losgetretene Debatte nicht mehr erfolgreich eindämmen. Zum zweiten erfolgte durch die zunächst nur gesellschaftlich entflammte Diskussion einen Ruck in der Politik Lettlands. Zum ersten Mal seit 1945 waren die Unabhängigkeitsdiskussion und die Abspaltungstendenz zu einem politischen Thema geworden. Dieser Sprung in der Ebene der Diskussion um die Zukunft Lettlands, von einer vorerst rein intellektuellen auf eine öffentlich-publike wird unweigerlich als der Anfang des Endes der „sowjetischen Zeit“ angesehen.

Noch im selben Jahr, von 8. bis 9. Oktober 1988 fand einer der wichtigsten *Tautas Fronte* Kongresse in Riga statt. Nicht weniger als 2.500 Teilnehmer waren bei diesem Kongress vertreten, unterstützt von weiteren 100.000 Menschen. In diesen beiden emotionsvollen und langen Tagen wurde vorerst beschlossen, in der Angelegenheit um die Separation einen Mittelweg zu gehen. Die Idee war, weiterhin die russische Armee im Land zu akzeptieren, allerdings selbst die Wahlen zu kontrollieren und vor allem frühere lettische Staatsangehörige an den Wahlen teilnehmen zu lassen. Neben einigen anderen Forderungen waren das die drei wichtigsten und aus diplomatischer Sicht ein korrekter Schritt, der eine weitere Gesprächsbasis hätte bilden können und sollen.

Knapp ein Jahr später, am 23. August 1989 fand die wohl bedeutendste Kundgebung rund um die Freiheitsbewegungen statt. Alle drei baltischen Staaten schlossen sich zusammen und organisierten eine politische Aktion, bei der eine Menschenkette gebildet wurde, die über nahezu 800 Kilometer Länge verfügte und der sich mehr als eine Million Menschen anschlossen. Genau fünfzig Jahre nach dem Hitler-Stalin-Pakt schlossen sich so viele mutige und politisch engagierte Menschen zusammen, um für die eigene Freiheit zu kämpfen. Von Tallinn über Riga nach Vilnius reichten sich die Menschen die Hände und zeigten ihre Entschlossenheit in der Frage um die Erlangung der erneuten Unabhängigkeit der drei Staaten. Die Kundgebung sollte als die „*Baltische Kette*“ in die Geschichte eingehen.

Die drei baltischen Staaten, Estland, Lettland und Litauen waren rund um 1989 die entwickeltsten, westlichsten – und wahrscheinlich auch die kritischsten – Republiken der Sowjetunion.⁹⁰

Insbesondere in Estland stellte die sogenannte „Singende Revolution“ einen kräftig impulsiven Beitrag zur Unabhängigkeit dar. Anstatt sich militärisch oder „körperlich“ der Übermacht entgegenzustellen, wurde die Revolution friedlich eingesungen.

Endlich, im Frühjahr 1990 erklärten die baltischen Staaten ihre Unabhängigkeit und deklarierten die Erneuerung der Vorkriegs-Verfassungen. Solidarisch mit seinen baltischen Nachbarn, erklärte am 4. Mai 1990 auch Lettland (unter dem Präsidenten Anatolijs Gorbunovs) seine Unabhängigkeit. Angesporn von *Tautas Fronte* Mitgliedern wurden die Beziehungen nach Moskau vorerst abgebrochen um einen kontrollierten Weg zur Freiheit zu unterstützen. Einige Tage später verkündete der Vorsitzende der Ratsversammlung den Beschluss, den Teil „Sowjet Sozialistische“ aus dem offiziellen Namen Lettlands zu streichen⁹¹. Doch der Kampf um die Unabhängigkeit sollte noch nicht zur Gänze beendet sein. Obwohl die baltischen Staaten im Frühjahr 1990 ihre Unabhängigkeit erklärten und ihre erneuerten Vorkriegs-Verfassungen deklarierten und nachdem in Lettland bereits die ersten freien Wahlen stattfanden und Russland Lettland die vollkommene politische Freiheit eingestand, gingen am 13. Januar 1991 die pro-moskauischen und pro-kommunistischen politischen Kräfte zum Angriff über. Mit brutaler Gewalt wurde versucht, die rechtmäßig gewählte Macht zu stürzen. Die Ausführung der Moskauer Pläne wurde durch den vom Volk organisierten gewaltlosen Widerstand vereitelt, der in die Geschichte als „Barrikaden-Tage“ eingegangen ist. Sowohl Lettland als auch die anderen beiden Staaten des Baltikums konnten der Übermacht widerstehen. Der Rest war nur mehr Formsache. 1991 wurde in Moskau die Unabhängigkeit Lettlands begründet. Es handelte sich hierbei bloß um einen schnellen Bescheid, der reine Formsache war.

Die baltischen Anführer erhofften sich Unterstützung aus dem Westen. Obwohl weder die Vereinigten Staaten noch viele andere westliche Länder jemals den

⁹⁰ Vgl. National Geographic, 11/1990, Volume 178, No.5: The Baltic Nations.

⁹¹ Muiznieks, Nils: Origins, Evolution and Triumph. Riga, 1992.

Anschluss offiziell der baltischen Staaten an die Sowjetunion anerkannt hatten, strömte aus dem Westen nur eines: Betretenes Schweigen.

IV.1.3. Tautas Fronte⁹²

Wie weiter oben bereits erwähnt, stellt die politische Bewegung der Tautas Fronte (deutsch: Volksfront) die maßgebliche Organisation im Kampf um die Unabhängigkeit dar.

Schon im Jahr 1986 begann die lettische Unabhängigkeitsbewegung mit einer ersten kleinen Demonstrationen für Unabhängigkeit und Menschenrechte. Damals war diese noch von der Regierung der lettischen SSR unterdrückt wurden. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen und die Methoden der Bespitzelung wurden verschärft. Dennoch gelang im Sommer 1988 der Durchbruch. Viele prominente Letten äußerten öffentlich ihre Unterstützung für das Verlangen nach mehr Autonomie. Unterstützung fanden die Intellektuellen und Eliten von lettischen Zeitungen. Diese begannen über verbotene Aspekte zu berichten und stellten sich gegen die strenge Zensur. Außerdem begann man plötzlich die lettische Flagge wieder zu verwenden. In diesem Augenblick lief eine starke Welle lettischer nationaler Identität durch ihr Land.

- *Gründung und Vorbereitung: Die Volksfront von 1988 bis 1990*

Im Schatten dieser neuen Bewegung entstanden einige politische Organisationen, die sich für Menschenrechte einsetzten, aber eben auch die Autonomie bzw. Unabhängigkeit Lettlands förderten und letztlich forderten. Die am 9. Oktober 1988 gegründete „Latvijas Tautas Fronte“ war die größte dieser Organisationen. Zu Beginn stellte sie noch bescheidene Forderungen. Lettland solle mehr Autonomie für sein Land erhalten, jedoch äußerte sie nicht den Wunsch nach Unabhängigkeit. Aufgrund der taktisch klugen Politik gewann die Volksfront sogar Unterstützung von Mitgliedern der Führungsriege der

⁹² Muiznieks, Nils: Origins, Evolution and Triumph. Riga, 1992.

lettischen SSR, dennoch wurde sie von Moskauanhängern und vehement bekämpft.

In den folgenden zwei Jahren nach ihrer Gründung wuchs Tautas Fronte auf eine Viertel Million Mitglieder an. In Betracht der Tatsache, dass damals zirka zweieinhalb Millionen Menschen in Lettland lebten, eine gehörige Zahl an Anhängern. Tautas Fronte wurde politisch und hatte zum Ziel, alle für Autonomie einstehenden Organisationen zu vereinen und eine breite Koalition aus all diesen Kräften zu schaffen.⁹³

Auf der einen Seite stellte zwar die große ethnische Teilung in Lettland ein Problem dar. Knapp die Hälfte der Bevölkerung auf dem Territorium Lettlands waren keine Letten. Der Großteil war aus anderen Teilen der Sowjetunion zugezogen worden. Auf der anderen Seite unterstützte diese Tatsache die Arbeit der Unabhängigkeitsbeweger. Sie versuchten, über die nationalen Minderheiten mehr zu erreichen. Dazu sprach sich die Volksfront vor allem für das Recht auf Schulbildung in anderen Sprachen als Lettisch und Russisch aus.

Mit der Zeit und dem Einfluss der anderen Organisationen verschob sich das Ziel der lettischen Volksfront von einer Autonomie innerhalb der Sowjetunion hin zur vollen Unabhängigkeit. Noch vor dem Fall der Berliner Mauer, am 31. Mai 1989 verkündete die Tautas Fronte, dass aufgrund der unzureichenden Kooperation der sowjetischen Regierung in Bezug auf das lettische Autonomiebestreben, es nur mehr eine Möglichkeit gäbe: Die Souveränität. Im Übrigen waren die ersten freien Wahlen seit 1940 am 18. März 1990 entscheidend für den weiteren Verlauf entscheidend, denn die Unabhängigkeits-Allianz unter der Führung der Tautas Fronte gewann mit 138 von 201 Sitzen die Mehrheit.⁹⁴

- *Die Tautas Fronte in der Regierung (1990 bis 1993)*

Mit dem Ergebnis der Wahlen von 1990 rutschte die anfangs kleine Unabhängigkeitsbewegung in die Rolle der Regierungspartei in Lettland Dainis Ivans, der Vorsitzende der Volksfront wurde Parlamentssprecher und sein

⁹³ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Lettlands (Zuletzt: 12.04.2010)

⁹⁴ <http://www.historia.lv/alfabets/L/la/ltf/dok/1990.02.03.htm> (Zuletzt: 09.04.2010)

Stellvertreter Ivars Godmanis Ministerpräsident. Viele andere Mitglieder von Tautas Fronte übernahmen Schlüsselpositionen in der lettischen Regierung. Noch im selben Jahr, am 4. Mai 1990 verabschiedete die Volksfront das Gesetz, das die Unabhängigkeit Lettlands forderte.

Mehr als ein Jahr der Ungewissheit und Angst vor dem großen Nachbarn folgte. Die Regierung der Sowjetunion hatte die Unabhängigkeit Lettland nicht anerkannt und drohte mit der militärischen Niederschlagung der Bestrebungen.⁹⁵

Die „singende Revolution“

Die Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Staaten und vor allem deren Erfolg werden oftmals auch als die „singende Revolution“ bezeichnet. Die Bevölkerung hatte erkannt, dem Gegner militärisch unterlegen zu sein und probten die Revolution auf eine friedliche und kamplose Ebene zu stellen. Die auf den Straßen errichteten Barrikaden wurden Tag und Nacht von unbewaffneten Zivilisten bewacht, die lettische Lieder sangen. Daher auch die Bezeichnung der singenden Revolution. Ähnliche Bilder konnte man damals auch Tallinn, aber auch Vilnius sehen.

Anerkennung der Souveränität

Der später nur mehr als Formsache in die Geschichte eingegangene Unterzeichnung der Unabhängigkeit in Moskau hatte doch zuvor noch viel Angst und Bangen hervorgerufen. Doch endlich, im August 1991 war es soweit: Lettland war anerkannter Weise unabhängig geworden. Gleichzeitig auch das politische Hauptziel von Tautas Fronte erreicht.

Die Entscheidung, in der Regierung zu bleiben und die Weiterführung der Staatsgeschäfte fortzusetzen, sollte aber in letzter Konsequenz den Untergang der Partei zur Folge haben.

Die schwierige Aufgabe war es nun, die kommunistische Planwirtschaft allmählich in ein marktwirtschaftliches System zu überführen. Anfangs gelang

⁹⁵ <http://www.historia.lv/alfabets/L/la/ltf/dok/1989.05.31.htm> (zuletzt: 11.04.2010)

das nicht so recht, das Bruttosozialprodukt ging bis in das Jahr 1993 auf die Hälfte des Wertes von 1990 zurück. Die ökonomische Verschlechterung wirkte sich auf die Beliebtheit des Ministerpräsidenten Godmanis aus. Viele andere Politiker erkannten die Schwierigkeiten und traten aus der Partei aus, um neue Parteien zu gründen. Dabei waren die einst als Helden gefeierten Politiker der Volksfront, sehr darauf bedacht, nicht mit der unpopulär gewordenen Regierung in Verbindung gebracht zu werden.

- *Das Ende der Volksfront*

Im Juni 1993 hielt Lettland seine ersten Wahlen seit der offiziellen Wiederherstellung der Unabhängigkeit ab. Die durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und den Weggang vieler ihrer Politiker geschwächte Lettische Volksfront erreichte unterdes nicht einmal mehr die drei Prozentmarke und verfehlte somit den Einzug in das Parlament.

Der Versuch, doch noch etwas aus den Resten der heldenhaften Partei zu machen, nämlich sich als christdemokratische Partei zu erneuern blieb jedoch ohne Erfolg. Schließlich löste sich die Tautas Fronte bzw. die lettische christdemokratische Partei auf. Einige Funktionäre und Mitglieder gingen zu der Partei der Kristīgi Demokratiskā Savienība (dt. christlich-demokratische Union) über.⁹⁶

Trotz des unwürdigen Untergangs der ursprünglichen Latvijas Tautas Fronte darf nicht übersehen werden, was die Partei für das lettische Volk und das Land erreicht hat. Die Funktionäre, die die Unabhängigkeitsorganisation gegründet hatten, riskierten verhaftet, misshandelt und verschleppt zu werden. Dennoch entschieden sich viele von ihnen, den Kampf um die Souveränität des Landes fortzuführen. Durch politisches Geschick, die Vereinigung von Nachdruck, unbewaffnetem Widerstand und Ausüben diplomatischen Drucks ist es ihr gelungen, in Zusammenarbeit mit den anderen baltischen Staaten, die Unabhängigkeit für Lettland zu gewinnen. Dass sich die Funktionäre

⁹⁶ <http://web.cvk.lv/pub/public/27770.html> (zuletzt: 04.09.2009)

anschließend mit der neuen Aufgabe überfordert gesehen haben, ist in Hinblick auf den Gründungsgrund und die ursprünglichen Ziele der Bewegung irrelevant. Das Hauptziel hat die Partei erreicht und zwischenzeitlich viel Zulauf, Anerkennung und Respekt durch das lettische Volk genossen.

IV.1.4. Die Gesellschaft nach 1990

Nach 1990 war wohl die große Herausforderung gewesen, wieder einen eigenen Staat mit eigener Identität aufzubauen. Doch das schien anfangs entmutigend. Denn weder die Wirtschaft, noch die Politik, noch die abgeflachte und ausgewaschene Kultur machte den Eliten der Baltischen Staaten zu schaffen, viel mehr war es der umfassende Abbau und die weit reichende Degradierung des Menschen selbst nach fünfzig Jahren des Kommunismus auf deren Territorium. Man machte sich Sorgen, welche Art Mensch man geworden war.⁹⁷

Drei Zitate sollen die Stumpfsinnigkeit und Gefühle der Bevölkerung und gleichzeitig die Besorgnis und Ratlosigkeit der Eliten ausdrücken. Der dem Parlament in Vilnius angehörige Abgeordnete, Emanuelis Zingeris sagte: „Für uns gilt es den Kampf dagegen zu richten, dass zwei Millionen Menschen von Kindesalter an mit Schrecken und Unterdrückung infiziert wurden. Wir haben in einem System gelebt, in dem keiner anderes sein konnte, in dem sich keiner unterscheiden vermochte. Zehntausende unserer Intellektuellen wurden in den 40er Jahren nach Sibirien verbannt. Wir haben (noch) einige wenige kompetente und fähige Anführer, aber wir sind es nicht gewöhnt auszusprechen, so wie es andere gewöhnt sind. Das ist der Grund warum wir jede Person schätzen, die nicht vom sowjetischen System kooptiert wurden – aber deren gibt es nicht viele.“

Der angesehene Physiker Leopold Ozolinsh aus Lettland meinte hierzu: „Wir befinden uns in einem Staat des Ruins und keiner ist übrig zu protestieren. Die meisten unserer Intellektuellen haben sich an den Staat verkauft. Unsere

⁹⁷ National Geographic, 11/1990, Volume 178, No.5: The Baltic Nations

Wissenschaftler wurden schlicht weg bestochen – mit Kaffee, Wohnungen und Ferienhäusern. Wir haben nur mehr ganz wenige ehrliche Menschen übrig.“

Besonders anschaulich und dramatisch äußerte sich der estische Außenminister, Lennart Meri zu der Diskussion um die Unabhängigkeit: „Wenn du den Leuten ihre Münder verschließt, sodass sie nicht mehr sprechen können, wenn du ihre Augen verbindest und ihnen das Reisen verbietest, wenn du Ihre Ohren mit dröhnenden Radiowellen verstopfst, wird die Bevölkerung nach und nach aktionsloser werden. In diesem Zustand, wenn Menschen nichts mehr kümmert, scheint es, als ob die Natur selbst reagiere: Felder erzeugen weniger Weizen, Wälder sterben an der Verschmutzung, schmutzige Ufer fangen Feuer. [...] Die Lebenserwartung ist gesunken und die Säuglingssterblichkeit ist zu einem bedrohlichen Wert angestiegen. Selbst die Fähigkeit der Studenten zu lernen ist verdorben. Die heutigen Technologien sind so exakt und raffiniert, dass nur ein Mensch, der frei und kritisch nachdenkt, sie auch nützen kann. Ein Mensch, der ab vier Jahren gelehrt wurde, dass er individuelle Werte besitzt, der ab acht Jahren gelehrt wurde, dass er Rechte und Pflichten hat. In unserer Gesellschaft [...] gingen all diese Menschen ins Gefängnis. Bauern, die produktiver arbeiteten, wurde der Kopf wie Grass abgemäht. Der Rest der Welt hat sich weiterentwickelt, aber wird sind rückwärts gegangen. Das ist der tragische Unterschied zwischen der Sowjetunion und dem Rest der Welt.“⁹⁸

Die Baltischen Staaten mit ihren rund acht Millionen Einwohnern, beabsichtigen sich so weit wie möglich von dem gescheiterten Experiment (Kommunismus) zu distanzieren. Sie sind weder verärgerte, weg gebrochene Staaten einer legitimierten Union, noch Extremisten, die versuchten die *Perestrojka* zu sabotieren. Sie sind einfach nur Staaten, die zu Nahe am Ostblock dran waren, und unter dieser fehlenden Distanz furchtbar gelitten haben, viel mehr als vergleichsweise Polen oder Ungarn. Dennoch, sie sind in den System auch stark geworden und begründeten Massenbewegungen im späten zwanzigsten Jahrhundert gegen umweltpolitische Schandtaten und für nationale Freiheit.

⁹⁸ Vesilind, Priit J.: The Baltic Nations, 1990.

Hinter den Kulissen der Regierungen lief die Maschinerie auf Hochtouren. Litauen befand sich in einer Pattstellung mit dem Kreml wegen der in Russland trotzig aufgenommen, plötzlichen Erklärung der Unabhängigkeit als erste Baltische Nation.

Estland und Lettland versuchten sich auf einem eher diplomatischen Weg und brachen jegliche Beziehungen nach Moskau ab, schlugen aber eine gemäßigte Periode des Übergangs vor und brachten zum Ausdruck, dass es sich nicht um eine vollständige Trennung, sondern viel mehr eine Wiederherstellung ihrer Nationen handle. Alle drei Länder, jedes auf seinem eigenen Weg, bewegten sich in Richtung Separation und Unabhängigkeit von der Sowjetunion.

Der Historiker Mart Laar sagte dieser Tage über Estland: „Estland war sehr nervös, besonders jetzt, aber wir wissen, dass es keinen Weg zurück gibt. Wenn wir umkehren, werden die Züge nach Sibirien sehr lange sein. Und der Gedanke, dass wir uns dort unseresgleichen befinden werden, bietet keinen ausreichenden Komfort. Einen Schritt zurück machen bedeutete, den Geist der Menschen zum zweiten Mal töten [...]. Das ist unsere letzte Chance als Nation. Die Geschichte wird uns keine weitere mehr geben.“⁹⁹

Nach der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1991 richteten die Politiker ihre Tätigkeit auf die Annäherung nach westlichen Mustern aus. „Die moderne Welt stellt ein sehr attraktives Angebot dar, das den materiellen Wohlstand der Marktwirtschaft mit den politischen und kulturellen Freiheiten liberaler Demokratien kombiniert.“ (Fukuyama) Offen bleibt, ob die Ausrichtung nach Westen und die Überzeugung, dass der Westen die richtigen Konzepte bietet und verfolgt, als Trotzreaktion auf die sowjetische Übermacht zu verstehen ist, oder tatsächlich die fundierte Überzeugung der Akteure war. Fest steht, dass 1991 kein einheitliches Volk in Lettland war. Ebenso vermischt wie die Ethnien am Baltikum waren, ebenso divergierend stellte sich die Überzeugung einer westlichen oder doch östlichen Ausrichtung dar.

Die Regierungen in Estland und Lettland verfolgten nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit bis Mitte der neunziger Jahre eine restriktive Politik

⁹⁹ National Geographic, 11/1990, Volume 178, No.5: The Baltic Nations

gegenüber den ethnischen Minderheiten im Land, die unter starker Kritik verschiedener Nichtregierungsorganisationen stand. Vorherrschendes Ziel der beiden Länder nach der 50 Jahre währenden Besatzung bestand im Schutz der eigenen Kultur und Sprache. Anders gestaltete sich die Situation in Litauen, wo der Anteil der Titularnation höher und stabiler war und keine „gefühlte Bedrohung“ der Nation vorherrschte. Die dortige Regierung verfolgte von Anfang an einen inklusiven Ansatz in der Integrationspolitik. In Estland erfolgte der Wandel zu einer umfassenden Strategie gegenüber den ethnischen Minderheiten ab Ende der neunziger Jahre. Die Regierung in Tallinn verabschiedete 2000 das Staatsprogramm zur Integration. Die lettische Staatsführung änderte ihre Politik einige Monate später. Im Gegensatz zu Estland ist ihr Konzept nicht speziell auf andere Nationalitäten ausgerichtet, sondern schließt alle Mitglieder der Gesellschaft ein, um soziale und regionale Unterschiede auszugleichen.

IV.2. 15 JAHRE SOUVERÄNITÄT

Rückwirkend betrachtet würde man auch in Lettland von einer Mehrheit der dort lebenden Menschen, dass ihr Land den richtigen Weg gewählt hat. Doch nicht immer war die Beurteilung so eindeutig einfach. Und ein Aspekt wird dabei oft in der Geschichtsschreibung und einer späteren Betrachtung der Ereignisse übersehen. Nicht die Gegner des politischen Handelns und nicht all jene Skeptiker, die es zu jedem Zeitpunkt in der Geschichte Lettlands gegeben hat, sondern diejenigen, die zu schwach waren, um zu schreien. Der Weg der ökonomischen Besserstellung und des gestiegenen Lebensstandards hat auch seine Opfer gebracht.

Auf der Gewinnerseite der 1991 eingeschlagenen Transformation und 2004 durch den Beitritt zur Europäischen Union am Höhepunkt stehenden Entwicklung stehen zweifelsohne Wirtschaftstreibende, Polyglotten und auf internationaler Ebene agierende Menschen. Auch junge Menschen zählen sich glücklicherweise zu denen, die von dem ‚neuen Lettland‘ profitieren. Der

gesicherte Zugang zu Informationen, die Möglichkeit zu reisen und ein freiwilliges, unverbindliches Zusammenwachsen mit anderen Staaten ermöglicht ein völlig neues und bis dato für die meisten Einwohner Lettlands unvorstellbares Leben.

Unberücksichtigt bleiben allerdings die Verlierer dieses Systemwechsels. Zu denen zählten sich mehrheitlich ältere Menschen, die ihr ganzes Leben gearbeitet hatten, aufgrund des politischen und ökonomischen Systems allerdings keine erheblichen Ersparnisse anlegen konnten. Nach der Erklärung der Unabhängigkeit war für diese Menschen kein Pensionsversicherungssystem vorgesehen. Zwar bemühte sich die Politik um Schadensbegrenzung und sicherte den Pensionisten eine Mindestpension zu, die allerdings in den meisten Fällen unter dem Existenzminimum blieben.

In weiterer Folge sollte die Tendenz beibehalten bleiben. Reformen in allen Sektoren, auch solchen die eher der Kompetenz eines Staates als der privaten Hand zugerechnet werden, führten zu weiteren sozialen Verlusten. Mit der Einführung der Flat Tax, mit nur fünfzehn Prozent und somit der niedrigsten in der Europäischen Union, fanden die letzten Kürzungen im Sozialsektor statt. Zusammenfassend lässt sich vorwerfen, dass der wirtschaftliche Aufstieg auf Kosten des sozialen Abstiegs stattgefunden hat.

Im Durchschnitt lagen die öffentlichen Ausgaben zwischen 1992 und 2000 in den folgenden Bereichen bei den angegebenen Staatshaushaltanteilen¹⁰⁰:

- Gesundheitswesen: 11 Prozent
- Bildungswesen: 5 Prozent
- Militär: 3 Prozent

Dabei fallen die niedrigen Zahlen im Gesundheits- und Bildungswesen nicht nur auf, sondern erlauben Rückschlüsse auf das öffentliche Angebot und die Qualität in diesen Sektoren. In Lettland ist die medizinische Versorgung nur bis zum Grad lebensrettender und lebenserhaltender Eingriffe durch den Staat

¹⁰⁰ Homepage des lettischen Statistikamtes: Latvijas Statistika: www.csb.lv

gedeckt. Jede weitere medizinische Versorgung, sowie Vorsorgeuntersuchungen und auch gesundheitsfördernde Eingriffe sind kostenpflichtig. Dazu kommt noch, dass die meisten Ärzte zusätzliches, inoffizielles Geld verlangen, um einen zeitlich annehmbaren Termin für einen Eingriff vorzusehen. Der derzeitige Präsident Valdis Zatlers und ausgebildeter Mediziner war kurz vor seiner Wahl mit Vorwürfen konfrontiert worden, illegaler Geld von Patienten zu einer effizienteren medizinischen Versorgung angenommen zu haben; der Verdacht erhärtete sich aber nicht und es konnten ihm keine ‚Geschenkannahmen‘ nachgewiesen werden.

Der Bereich des Bildungswesens ist zwiegespalten. Einerseits gibt der Staat nur sehr wenig Geld für Bildung aus. Auf der anderen Seite besteht eine Schulpflicht bis zum Alter von 18 Jahren und Maturaniveau. Für das Studium sind zwar Gebühren vorgesehen, viele der Studenten kommen aber in Förderungsprogrammen unter und erhalten ihre Studiengebühren bei erbrachter Leistung zurück. Außerdem sieht das lettische Gesetz keine Wehrpflicht vor, wenn ein Studium angefangen wird. Daraus erklärt sich die hohe Studentenzahl in Lettland. Die Problematik ist allerdings fortlaufend. Durch die guten Studienbedingungen hat Lettland zwar eine relativ hohe Akademikerquote, die Qualität der Lehre leidet allerdings unter der schlechten finanziellen Versorgung und der großen Zahl an Studenten. Im Endeffekt ist der Arbeitsmarkt überfüllt mit Akademikern, was zur Folge hat, dass ein bedeutender Anteil an Hochschulabsolventen keine bzw. keine angemessene Arbeitsstelle finden kann.

Die Politik in Lettland hat sich klar dazu bekannt, einen starken Staat abzubauen und die Kompetenzen in den privaten Sektor zu verschieben. Nach dem Extrem der russischen Herrschaft und dem der staatlichen Planwirtschaft, hat Lettland nicht etwa versucht einen Mittelweg zu gehen, sondern hat das andere Extrem fokussiert, bei dem, dem Staat nur wenige (Kern-) Kompetenzen bleiben. Ob dies jedoch in diesem Maße auf Dauer haltbar ist, bleibt kritisch zu betrachten.

Unmittelbar nachdem Lettland 1990 im Parlament beschlossen hatte, ein eigenständiger, unabhängiger Staat zu werden und dies 1991 von der Sowjetunion auch anerkannt wurde, richtete sich die Politik nach Westen aus. Das große Ziel war, der Europäischen Union und der NATO beizutreten. Tatsächlich, nur vier Jahre später, 1995, stellten Lettland, sowie Estland und Litauen auch, seinen Antrag auf eine Mitgliedschaft an die Europäische Gemeinschaft. Bis zu einer Mitgliedschaft mussten jedoch Hürde überwunden werden, und Verbesserungen im eigenen Staat durchgeführt werden. Dazu zählten neben anderen Modernisierungsprozessen, vordergründig¹⁰¹:

- Politische Transformation
- Demokratische Transformation
- Ökonomische Transformation
- Bekämpfung der Korruption
- Lösung des Minderheitenproblems

Die Herausforderung an die politische Führung Lettlands war durchaus eine große. Viele komplizierte Prozesse sollten gleichzeitig und effizient vorangetrieben, in manchen Fällen überhaupt erst begonnen werden, ohne dabei durch etwaige momentane Verschlechterungen der Lebensqualität das Vertrauen des Volks zu verlieren.

Im Rahmen der politischen Transformation sah sich die Politik Lettland vor dem Problem, das zwar vorhandene aber kaum eigenständig arbeitende politische Systems weiterzuführen und die neu gewonnen Kompetenzen in die Tagespolitik einzubauen, sowie diese zu betreuen. In Hinblick auf die demokratische Transformation lag das Augenmerk vor allem darauf, die Bevölkerung von der Wichtigkeit und der Bedeutung der politischen Partizipation zu überzeugen und die Menschen darüber aufzuklären, dass deren Stimme plötzlich gewertet werde und auch eine Bedeutung zukomme. Der Übergang von der kommunistischen Planwirtschaft in eine liberale Marktwirtschaft, als ökonomische Transformation stellte nur bedingt neue Aufgaben dar. Das neue war zwar die Öffnung nach Westen und die mögliche

¹⁰¹ Vgl. Bericht der Europäische Kommission zum Fortschritt Lettlands.

sowie nötige wirtschaftliche Kooperation mit dem Westen. Auf der anderen Seite bestand eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bereits vor der Unabhängigkeitserklärung. Für die folgenden Jahre spielten ebenso die Bekämpfung der hohen Korruption sowie eine endgültige Heranführung an eine Lösung des Minderheitenproblems eine große Rolle. Die Europäische Union hat schon an dieser Stelle die Bedeutung der Problematik im Rahmen der Minderheitenfrage erkannt und die Lösung dieser als Voraussetzung für Beitrittsverhandlungen festgehalten.

IV.2.1. Das politische System Lettlands

Nicht immer hatten es die politischen Eliten leicht in Lettland. Die ebenso unterschiedlichen, wie starken Akteure des Volks rissen jegliche einheitliche Arbeiten der Politiker auseinander. An jeder Seite zerrte eine Interessensvertretung. Das Besondere hierbei ist, dass das Land schon aus seinem historischen Kontext von einer starken Ost-West-Differenz geprägt war. Außerdem stellt die größte Minderheit in Lettland einen prozentuellen Anteil von über vierzig Prozent gemessen an der Gesamtbevölkerung. In einzelnen Gebieten bzw. Bezirken stellt die Minderheit eine drei-viertel-Mehrheit dar. Und schließlich gab es da noch das Problem des Kommunismus, das man überwinden musste.

In Anbetracht der Ausgangslage lässt sich leicht verstehen, was für Lettland ein Spezifikum der besonderen Art ist. In keinem anderen Land der Europäischen Union gibt es so viele Parteien, die noch dazu eine so kurze Lebensdauer haben.¹⁰² Parteien zerfallen, verbinden sich neu, begründen völlig neue Verhältnisse, zerstreiten sich in den numerisch großen Koalitionen wieder und lösen sich anschließend auf. Außerdem wurde in keinem europäischen Land in den letzten fünfzehn Jahren so oft gewählt wie in Lettland. Und in keinem anderen Land der Gemeinschaft ist die Volatilität so hoch wie im mittleren Baltischen Staat. „Bei den Parlamentswahlen 2002 wurden 48 der insgesamt 100 Mandate in der Saeima von Parteien belegt, die in der vorhergehenden

¹⁰² Vgl. Jungerstamm-Mulders: Post Communist EU Member States. University of Finland Press, 2006. Seite 55.

Legislaturperiode nicht einmal vertreten waren. Nur 24 Sitze fielen auf die ehemalige Regierungskoalition, gebildet aus der Partei der Volksharmonie und der Sozialistischen Partei.“¹⁰³

„Seit der Unabhängigkeit fanden in Lettland fünf Parlamentswahlen statt: 1993, 1995, 1998, 2002 und 2006. Bei der ersten Wahl war die Wahlbeteiligung mit fast 90 Prozent extrem hoch. Bei den folgenden Wahlen sank die Beteiligung zwar, erreichte jedoch mit jeweils knapp über 70 Prozent noch immer hohe Werte. Doch 2006 lag die Wahlbeteiligung nur noch bei 61,38 Prozent. Meinungsforscher konstatieren, dass der drastische Rückgang der Wahlbeteiligung auch auf die ca. 100.000 Letten zurückzuführen sei, die seit dem EU-Beitritt des Landes ausgewandert sind, aber noch immer in den Wählerlisten geführt werden.“¹⁰⁴

IV.2.2. Die Wahlergebnisse seit 1993¹⁰⁵

Parlamentswahlen 1993		
<i>Partei</i>	<i>Stimmen in %</i>	<i>Sitze</i>
Latvijas Ceļš	32,4	36
Latvijas Nacionālā Neatkarības Kustība	13,4	15
Saskaņa Latvijai - Atdzimšana Tautsaimniecībai	12,0	13
Latvijas Zemnieku Savienība	11,6	12
Līdztiesība	5,8	7
Tēvzemei un Brīvībai	5,4	6
Kristīgo Demokrātu Savienība	5,0	6
Demokrātiskā Centra Partija	4,8	5
Andere	10,7	0
SUMME	100	100

¹⁰³ Beichelt, Timm: Die EU nach der Osterweiterung. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.

¹⁰⁴ Beichelt, Timm: Die EU nach der Osterweiterung. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.

¹⁰⁵ Homepage der Regierung Lettlands: <http://www.mk.gov.lv/>

Parlamentswahlen 1995			
Partei	Stimmen in %	Sitze	Bemerkungen
Demokrātiskā Partija "Saimnieks"	15,2	18	Aus 2 Parteien
Latvijas Ceļš	14,6	17	
Tautas Kustība Latvijai - Zīģerista Partija	14,3	16	Neugründung
Tēvzemei un Brīvībai	11,9	14	
Latvijas Vienības Partija	7,1	8	1993 keine Sitze
Latvijas Zemnieku Savienība & Kristīgo Demokrātu Savienība	6,3	8	
Latvijas Nacionālā Neatkarības Kustība & Latvijas Zaļā Partija	6,3	8	
Tautas Saskaņas Partija	5,6	6	Aus Teilen 2er Parteien gebildet
Latvijas Sociālistiskā Partija	5,6	5	Forts. einer Partei von 1993
Andere	13,9	0	
SUMME	100	100	

Parlamentswahlen 1998			
Partei	Stimmen in %	Sitze	Bemerkungen
Tautas Partija	21,2	24	Neugründung
Latvijas Ceļš	18,0	21	
Tēvzemei un Brīvībai/LNNK	14,7	17	
Tautas Saskaņas Partija	14,1	16	Aus 2 Parteien
Latvijas Sociāldemokrātiskā Savienība	12,8	14	Verbindung mehrerer Sozialistischer Part.
Jauna Partija	7,3	8	Neugründung
Andere	12,2	0	
SUMME	100	100	

1999 waren sage und schreibe 49 Parteien und politische Gruppierungen in Lettland registriert¹⁰⁶, die meisten sind durch Abspaltung von anderen Parteien entstanden. Auch Umbenennungen und Allianzen sind nicht selten, was den Überblick weiter erschwert. Eine Reihe von Politikern wechselte zudem kurz vor den letzten Wahlen ihre Parteizugehörigkeit.

¹⁰⁶ Vgl. Jungerstamm-Mulders: Post Communist EU Member States. University of Finland Press, 2006. Seite 57.

Parlamentswahlen 2002			
<i>Parteien & Koalitionen</i>	<i>Stimmen in %</i>	<i>Sitze</i>	<i>Bemerkungen</i>
Jaunais Laiks	23,9	26	
Par Cilvēka Tiesībām Vienotā Latvijā - Tautas Saskaņas Partija - Latvijas Sociālistiskā Partija - Līdztiesība	19,0	25	
Tautas Partija	16,6	20	
Zaļo un Zemnieku Savienība - Latvijas Zemnieku Savienība - Latvijas Zaļā Partija	9,4	12	
Latvijas Pirmā Partija	9,5	10	
Tēvzemei un Brīvībai/LNNK	5,4	7	
Latvijas Ceļš	4,9	0	
Latvijas Sociāldemokrātiskā Strādnieku Partija	4,0	0	
Latgales Gaisma	1,6	0	
Sociāldemokrātu Savienība	1,5	0	
Sociāldemokrātiska Labklājības Partija	1,4	0	
SUMME	100	100	

Parlamentswahlen 2006			
<i>Parteien & Koalitionen</i>	<i>Stimmen in %</i>	<i>Sitze</i>	<i>Bemerkungen</i>
Tautas partija	19,6	23	
Zaļo un Zemnieku savienība - Latvijas Zemnieku savienība - Latvijas Zaļā partija	16,7	18	
Jaunais Laiks	16,4	18	
Saskaņas centrs - Tautas saskaņas partija - Latvijas Sociālistiskā partija	14,4	17	Neue Formation
Latvijas Pirmā partija & Latvijas Ceļš	8,6	10	
Tēvzemei un Brīvībai/LNNK	7,0	8	
Par cilvēka tiesībām vienotā Latvijā	6,0	6	
Latvijas Sociāldemokrātiskā strādnieku partija	3,5	0	
Dzimtene	2,1	0	
Visu Latvijai!	1,5	0	
Jaunie Demokrāti	1,3	0	
SUMME	100	100	

Erstmals seit der lettischen Unabhängigkeit im Jahre 1991 haben die Wähler im Oktober 2006 eine Regierung im Amt bestätigt. Bei der ersten Parlamentswahl nach dem EU-Beitritt des Landes konnte die Mitte-Rechts-Koalition um

Ministerpräsident Aigars Kalvitis mit 51 von 100 Parlaments-Sitzen eine knappe Mehrheit für sich verbuchen.¹⁰⁷

Themen im Wahlkampf waren Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung, Familienpolitik sowie die niedrigen Löhne, die derzeit bei durchschnittlich 230 Euro im Monat liegen. Trotz eines rasanten Aufschwungs und der höchsten Wachstumsrate im zweiten Quartal 2006, bleibt Lettland ein Nachzugsland in der Union.

IV.2.3. Das Staatsoberhaupt in Lettland

Die Funktion des Präsidenten liegt vor allem in der Repräsentation des Landes. Im Rahmen der Regierungsbildung setzt er den Premierminister ein. Darüber hinaus verkündet er die vom Parlament verabschiedeten Gesetze, befiehlt die Streitkräfte und kann den Vorschlag unterbreiten, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen zu veranstalten. Die Auflösung muss von einem nationalen Referendum per geheime Abstimmung bestätigt werden. Stimmt das Referendum gegen die Auflösung des Parlaments muss der Präsident von seinem Amt zurücktreten.

Die Präsidenten Lettlands¹⁰⁸

Die provisorische Regierung von 1918 bis 1920 wurde von Jānis Čakste geleitet. Anschließend folgten in Lettland folgende Präsidenten zwischen 1920 und 1940:

- Jānis Čakste (1920-1927)
- Gustavs Zemgals (1927-1930)
- Alberts Kviesis (1930-1936)
- Kārlis Ulmanis (1936-1940)

¹⁰⁷ Europa-digital.de/laender/let/nat_pol

¹⁰⁸ www.politicalresources.net

Die Präsidenten der Republik Lettland seit 1990

o Anatolijs Gorbunovs (1991-1993)

Anatolijs Gorbunovs bekleidete anfangs zwischen 1974 und 1988 verschiedene Positionen in der Kommunistischen Partei der lettischen SSR. Im Gegensatz zur überwiegenden Meinung in der Partei unterstützte Gorbunovs die lettische Unabhängigkeitsbewegung. Als Parlamentssprecher übernahm Gorbunovs die Rolle des Staatsoberhauptes, bis Guntis Ulmanis zum Präsidenten gewählt wurde.

o Guntis Ulmanis (1993-1999)

Guntis Ulmanis wurde am 13. September 1939 in Riga geboren und wurde im Zuge seiner politischen Laufbahn 1993 zum Staatspräsident der Republik Lettland gewählt.

Unter Ulmanis wurde die Todesstrafe in Lettland abgeschafft, die russischen Streitkräfte verließen das Land.¹⁰⁹

o Vaira Vīķe-Freiberga (1999-2007))

Vaira Vīķe-Freiberga gehört zu den Menschen, auf die die Länder des ehemaligen Ostblocks zählen: Exilanten, die in ihre alte Heimat zurückkehren und ihr Land durch Wissen und Kapital unterstützen können. Vaira Vīķe-Freiberga war von 1999 bis 2007 Präsidentin der Republik Lettland. Sie wurde erstmals 1999 gewählt und 2003 im Amt bestätigt, am 8. Juli 2007 wurde sie von Valdis Zatlers abgelöst.

Die parteilose Präsidentin sorgte für eine klare Westorientierung Lettlands und bemühte sich um den EU-Beitritt ihres Landes. Sie ist wegen ihres unabhängigen und sicheren Auftretens in der lettischen Bevölkerung außergewöhnlich beliebt.¹¹⁰

¹⁰⁹ No tevis jau neprasa daudz. Rīga: Likteņstāsti, 1995.

¹¹⁰ Ausma Cimdiņa: In the name of freedom: President of Latvia Vaira Vīķe-Freiberga. A biography. Rīga: Jumava 2003.

- o Valdis Zatlers (seit 2007)

Valdis Zatlers ist seit dem 8. Juli 2007 Präsident Lettlands. Auch er ist parteiloser Politiker. Erst kurze Zeit vor der Wahl, am 22. Mai 2007, nominierte ihn die regierende Mitte-rechts-Koalition offiziell als Präsidentschaftskandidaten. Zatlers errang bei der Abstimmung des lettischen Parlaments am 31. Mai 58 von 98 Stimmen gegen den als Korruptionsgegner bezeichneten Kandidaten Aivars Endziņš, welchem seine unkritische Haltung gegenüber dem früheren Sowjetregime vorgeworfen wurde.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schrieb am 31.05.2007 über die Wahl Zlaters zum Präsidenten:

„'Geldgeschenke' werden dem neuen Präsidenten Lettlands, Zatlers, noch lange nachhängen.

Valdis Zatlers sei der beste denkbare Präsident für Lettlands Zukunft, sagte Ministerpräsident Aigars Kalvitis, nachdem am Donnerstag früh das Parlament mit der Mehrheit von 58 Stimmen der regierenden Mitte-rechts-Koalition für den 52 Jahre alten Unfallchirurgen votiert hatte. Zatlers war ein Überraschungskandidat, der von der Koalition vor einer Woche aus dem Hut gezaubert worden war, nachdem zuvor alle Versuche gescheitert waren, sich auf einen Politiker aus den eigenen Reihen zu einigen.

Zatlers waren 24 Stunden Bedenkzeit gegeben worden, und die Parteiführer der Regierungskoalition beschworen ihre Mannen, sich ebenso rasch auf den Kandidaten zu einigen, da andernfalls die Existenz der Regierungskoalition gefährdet sei. In Lettland herrschte helle Aufregung. Nur wenige hatten von Zatlers gehört, von einigen Medizinkennern einmal abgesehen.

Von der „politischen Gang“ abhängig

Aber war nicht ein „unpolitischer“ oder „überparteilicher“ Kandidat das, was man für das Land brauchte? Der vergleichende Verweis auf die späte Einigung auf die unparteiische Vike-Freiberga vor acht Jahren, die sich dann aber als überaus populär herausstellte und mit gesundem Menschenverstand den

Machenschaften der politischen Klasse, ihren nationalistischen und freiheitsgefährdenden Aktivitäten entgegentrat, könnte täuschen.

Zatlers ist von der Koalitionsführung, der „politischen Gang“, wie es in Riga oft kritisch heißt, in Hintertreppenkonzubulationen geschaffen worden und, anders als Vike-Freiberga, von ihr abhängig. Dass bei den Beratungen der „Oligarch“ Andris Skele, einer der reichsten Männer Lettlands, zweifacher Ministerpräsident und zeitweiliger Gesundheitsminister, anwesend war, wurde in Riga aufmerksam notiert und gab sofort Anlass für die Verdächtigung der Partei „Neue Ära“, die Präsidentschaftswahl sei von Skele manipuliert worden. Nur einmal zuvor hatte Zatlers Schlagzeilen gemacht: als Anfang 2003 ein Arzt aus seinem Unfallkrankenhaus als Vertreter der rechtspopulistischen Sauberkeitspartei „Neue Ära“ eine Korruptionsuntersuchung gegen Zatlers einleitete und dessen Suspendierung erreichte. Das Verfahren wurde später eingestellt, der Gesundheitsminister der Korruption überführt.¹¹¹

IV.2.4. Die Saeima – das Parlament der Lettischen Republik

Das besondere am Parlament in Lettland sowie Litauen ist, dass es ein Einkammersystem ist. Die Saeima besteht aus 100 Sitzen. Die Mitglieder der Saeima werden in freien Verhältniswahlen ermittelt. Parteien, welche mindestens Prozent der abgegebenen Stimmen erringen, ziehen in die Saeima ein. Wahlen zur Saeima werden alle 4 Jahre, jeweils am ersten Sonnabend im Oktober durchgeführt. Die letzten Wahlen fanden am 7. Oktober 2006 statt.

Die Arbeit des Parlaments findet hauptsächlich in Ausschüssen statt, die sich mit allen relevanten Politikfeldern beschäftigen. Neben der Gesetzgebung ist die Kontrolle der Exekutive Aufgabe der Abgeordneten. Jedes Kabinett bzw. jeder Minister muss von einer Mehrheit des Parlaments bestätigt werden und hat vor dem Parlament Rechenschaft abzulegen. Die Saeima wählt außerdem den Präsidenten.¹¹² Die Abgeordneten haben das Recht, mit einer Mehrheit von

¹¹¹ FAZ Online am 31.05.2007: „Valdis Zatlers - Lettlands Überraschungspräsident“ (Zuletzt: 02.06.2010)

¹¹² Vgl. <http://www.saeima.lv> (Zuletzt: 03.06.2010)

zwei Dritteln aller Stimmen den Präsidenten abzusetzen und ein neues Staatsoberhaupt zu wählen.

- *Die Entstehung einer Regierung*

Der vom Präsidenten vorgeschlagene und durch das Parlament bestätigte Premierminister hat die Aufgabe, ein regierungsfähiges Kabinett zu bilden. Die Anzahl der Minister steht ihm frei. Das gesamte Kabinett muss die Bestätigung durch das Parlament erhalten. Sollte gegen den Premierminister ein Misstrauensvotum erfolgreich sein, wird die gesamte Regierung abgesetzt und ein neuer Premierminister durch den Präsidenten ernannt.

- *Die Verfassung*

Die heutige Verfassung Lettlands - Satversme - geht auf die Version von 1922 zurück. 1991, als die Republik Lettland abermals unabhängig wurde, hatte man die ursprüngliche Verfassung weitestgehend übernommen. Besonderheiten und Änderungen befanden sich in der Grenzziehung und der Frage der Minderheiten.¹¹³

- *Die Judikative*

Das juristische System Lettlands ist sehr einfach. Die unterste Stufe bilden die Kreis- und Stadtgerichte, die zweite Instanz sind die Gerichte der vier Regionen Vidzeme, Latgale, Kurzeme und Zemgale. Der oberste Gerichtshof ist die höchste Instanz. Die Richter werden im Allgemeinen vom Justizminister vorgeschlagen und durch das Parlament bestätigt. Die Richter des Obersten Gerichtshofes werden durch den Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes vorgeschlagen, müssen aber auch von der Saeima bestätigt werden. 1996

¹¹³ Vgl. <http://www.netzwerk-ost-west.de/riga/JL1997R.pdf> (Zuletzt: 12.08.2008)

wurde zudem eine Kammer für Verfassungsrecht eingerichtet, deren sieben Verfassungsrichter jeweils für eine zehnjährige Amtszeit eingesetzt werden.¹¹⁴

IV.2.5. Die Ökonomie in Lettland

Sofort nach 1991 begann in Lettland die ökonomische Transformation. Die Umstellung der kommunistischen Planwirtschaft zu einer funktionierenden Marktwirtschaft sollte schnell, effizient und unter Berücksichtigung sozialer Einrichtungen geschehen. Dazu zählten vor allem Privatisierungen im großen Rahmen. „Übergeordnetes Ziel der neuen Wirtschaftspolitik war die Errichtung einer vom Wirtschaftsraum Russland unabhängigen Marktwirtschaft und die gleichzeitige Neuorientierung am Wirtschaftsraum der EU. Die Gründung einer unabhängigen Zentralbank und die Währungsreform 1992 leiteten eine Währungs- und Finanzpolitik ein, durch die die Inflationsrate erfolgreich von 951 Prozent (1992) auf acht Prozent (1997) gesenkt werden konnte.“¹¹⁵

Jedoch steckt hinter der ökonomischen Umstellung mehr, als nur die reine neue Ausrichtung der Politik steckt mehr dahinter als nur die ökonomische Umstellung. Es handelt sich vielmehr um einen Prozess, einen gesellschaftlichen Wandel, in dem es zu einer Umgestaltung in der Ordnung im sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellem Bereich kommt.

Nach Wagener¹¹⁶, der den Prozess der Transformation anhand der Beispiele in Zentral-Ost- und Osteuropa betrachtet, sind die Kernaufgaben der Transformationspolitik in fünf Kernbereiche zu gliedern.

- Als erstes Element führt er die Liberalisierung der internen und externen Märkte an. Dabei ist das zentrale Element die Bildung von Märkten bzw.

¹¹⁴ Vgl. http://www.li.lv/index.php?option=com_content&task=view&id=83&Itemid=1573&lang=de (Zuletzt: 12.08.2008)

¹¹⁵ Homepage der österreichischen Politikberatung: <http://www.politikberatung.or.at/www/documents/Lettland.pdf> (Zuletzt: Okt. 2007)

¹¹⁶ Vgl. Wagener, Hans-Jürgen: Transformation als historisches Phänomen. Frankfurt: 1996.

die Schaffung eines Markt-Preis-Mechanismus'. Dazu gehören auch die Öffnung der nationalen Märkte nach außen hin und die Möglichkeit, Außenhandel zu betreiben.

- Im zweiten Element geht es um die Stabilisierung, vor allem um die Schaffung einer stabilen Geldordnung.
- Als nächsten Punkt zählt er die Privatisierung auf. Die Schaffung von Privateigentum, was Hand in Hand mit der Etablierung von eigenverantwortlichen Wirtschaftakteuren einhergeht, ist maßgeblich erforderlich für die Aufrechterhaltung eines Markt- und Wettbewerbsprozesses.
- Im vierten Punkt spricht Wagener die Institutionenbildung an. Besonders geht es ihm hier um die rechtlichen Rahmenbedingungen wie Vertragsfreiheit, Privatautonomie, aber auch die Bedingungen harter Budgetbeschränkungen.¹¹⁷

Zusammenfassend geht es bei der Transformation um einen Prozess, der den Wandel in einer ganzen Gesellschaft hervorruft. Die ökonomischen Aspekte sind ein höherer Grad an dynamischer Effizienz und die Wettbewerbsfähigkeit der ökonomischen Ordnung und der produzierten Güter.

„Die Privatisierung der staatlichen Betriebe war eine der großen Herausforderungen der lettischen Volkswirtschaft zu Beginn der 1990er Jahre. Auch die Einführung einer eigenen Währung und die Neuausrichtung des lettischen Außenhandels auf das westliche Europa erforderten gewaltige Kraftanstrengungen von den Bürgern. Die wirtschaftliche Struktur ist einerseits von der Landwirtschaft geprägt - Lettland gilt noch immer als die Kornkammer des Baltikums.“¹¹⁸

¹¹⁷ Vgl. Wagener, Hans-Jürgen: Transformation als historisches Phänomen. Frankfurt: 1996.

¹¹⁸ http://www.europa.wfg-hagen.de/lettland/osterweiterung_lettland_wirtschaft.htm

Privatisierung & ausländische Direktinvestitionen

Unmittelbar nach 1991 wurde mit einer wirtschaftlichen Umstellung auf eine Marktwirtschaft begonnen. Dazu gehörten auch die im großen Rahmen notwendigen Privatisierungen. Anfangs hielten sich die Erfolge zurück, die Privatisierungsprozesse gingen nur schleppend voran. Als jedoch 1993 die neue lettische Währung, der Lats, den russischen Rubel ablöste, zuvor 1993 eine eigene Zentralbank gegründet wurde, begann die Privatisierung in vollem Gange dahin zu schreiten. Mehr oder weniger plan- und konzeptlos wurde ehemals staatliche Betriebe an private Wirtschaftstreibende verkauft. Das größte Problem während dieser Zeit war nicht, das Desinteresse an Investoren oder gar fehlende finanzielle Mittel, sondern viel mehr die Tatsache, dass übersehen wurde, dass eine ‚gerechte‘ und kontrollierte Privatisierung nur stattfinden kann, wenn die dementsprechenden Institutionen, vor allem solche mit Kontrollbefugnis gegründet wurden. In Lettland war dies verabsäumt worden. So wurde zwar im großen Stil verkauft und in den privaten Sektor verlagert, ohne dabei die Kontrolle über die Prozesse zu behalten. Die am 22. April 1994 gegründete Privatisierungsagentur konnte hier keine Abhilfe schaffen. Viel mehr förderte sie die von staten laufende Privatisierung und sollte noch weitere Schritte in Gang setzen, als eine Kontrollinstanz darzustellen.

Die Europäische Kommission hielt in ihrem Bericht vom Oktober 1999 fest, dass Lettland „bei der Durchführung der wesentlichen Strukturreformen und beim Aufbau eines der Wirtschaftsentwicklung förderlichen Strategie und Rechtsrahmens vorangekommen war“¹¹⁹. Die so genannte ‚kleine Privatisierung‘ erfolgte zügig und war bis 1998 weitgehend abgeschlossen. Die Privatisierung einiger zentraler Großunternehmen aus den Bereichen Transport, Energie und Kommunikation stand 1998 allerdings noch aus.

Im November 2000 betonte die Kommission in ihrem Bericht allerdings, dass Lettland im Bereich der Privatisierung und Umstrukturierung der Staatsbetriebe

¹¹⁹ <http://europa.eu.int> , Lettland – Die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes (Acquis Communautaire)

zwar vorankommt, die Erfolge, die Lettland dabei erreicht hat, aber eher gering sind, da sich Lettland hauptsächlich um die Förderung der ausländischen Investitionen bemüht hat.

Dennoch wurde die Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe im Dezember 2003 vom lettischen Statistikamt mit 98,18 Prozent angegeben.¹²⁰

Im Rahmen der Privatisierung in Lettland und in Hinblick auf den kleinen eigenen Finanzmarkt kam den ausländischen Direktinvestitionen eine bedeutende Rolle zu.

Interessant für ausländische Investoren wurde Lettland allerdings erst, als sich abzeichnete, dass Lettland sich für einen westlichen Weg in Richtung der Europäischen Union entschieden hatte. Davor bestanden hohe politische als auch ökonomische Risiken, die nur risikofreudigen Unternehmern erlaubte, die wirtschaftliche Ebene des Landes zu betreten. Auf der anderen Seite war es anfangs einfacher gewesen, die uneffizienten planwirtschaftlichen Produktionsprozesse auf marktwirtschaftliche umzustellen. Vor allem das Fehlen von Gewerkschaften und kontrollierender Instanzen, führte zu einer plötzlichen hohen Arbeitslosigkeit. Somit verschlechterte sich für einen Teil der Bevölkerung der Lebensstandard. Unerwartete Arbeitslosigkeit und Arbeitskräfteüberschuss am Arbeitsmarkt, sowie fehlende Ausbildung unter der Bevölkerung standen ganz im Gegensatz zu der aus dem Ausland weitgehend positiv, bzw. sogar noch als nicht rasch genug beurteilten, verlaufenden Privatisierung.

In der Politik Lettlands setzte allerdings ein Umdenken ein. Heute stellt sich die Situation geradezu verkehrt da. Mit allen Mitteln versucht die lettische Führungsebene die Marktliberalisierung sowie den Verkauf und die Übernahmen lettischer Konzerne zu vermeiden. Nicht immer zur Freude der Europäischen Kommission, die die Regeln der freien Marktwirtschaft und des Verbots der Monopolbildung verletzt sieht.

¹²⁰ <http://www.csb.gov.lv/> Lettisches Statistikamt

„Seit Jahren wird Lettland vorgeworfen, die Privatisierung zu verschleppen. Und in der Tat wurde 2000 von der Politik in vorauseilendem Gehorsam gegenüber einem drohenden Referendum gesetzlich die Aufspaltung und der Verkauf des Energieversorgers Latvenergo verhindert. Der Anfang der 90er Jahre beschlossene Verkauf der Lattelekom an Tilts Communication (hinter der die finnische Sonera steht) ist jetzt Gegenstand eines Rechtsstreits, weil sich die Letten ein Monopol bis 2013 akzeptierten, was nun der Liberalisierungspolitik des Telekommunikationsmarktes entgegensteht wie auch die Mobiltelefonie die Erwartungen von Sonera enttäuschen musste.“¹²¹

„Die Summe der ausländischen Direktinvestitionen belief sich bis zur Jahresmitte 2004 auf 3,1 Milliarden Euro. Die finanziellen Mittel kommen an erster Stelle aus Deutschland (435 Millionen Euro) vor Schweden, Finnland, Dänemark, Norwegen und den USA.“¹²²

IV.2.6. Die Bevölkerung Lettlands

Eine weitere Besonderheit Lettlands stellt die Heterogenität in der Bevölkerung dar. Vor allem die Tatsache, dass die in lebenden Minderheiten in Lettland nahezu die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, darunter aber eine große Gruppe zu finden ist, nämlich der russische Anteil mit – je nach Statistik – rund einem Drittel der Bevölkerung ist beachtenswert. Dazu muss hinzugefügt werden, dass in der Hauptstadt Riga die lettische Bevölkerung in Minderheit ist, da der russische Anteil bei 52 Prozent liegt. Blickt man weiter nach Osten im Land, stößt man auf Hochburgen wie Daugavpils, in der nahezu ausschließlich Russen leben. Dass diese Konstellation auch in Lettland zu Verstimmungen und Problemen führt, ist einerseits geschichtlich bedingt: Einem Zitat eines lettischen Politikers der Partei des Lettischen Wegs zur Frage der Russen entnimmt man: „Sagt den Russen, sie sollen nach Hause gehen. Niemand hat sie hier her eingeladen. Sie haben nur Schrecken und Misstrauen gebracht,

¹²¹ http://www.imoe.de/fileadmin/dateien/newsletter/iMOE-Osteuropa_aktuell_3-2002.pdf (Zuletzt: 21.04.2008)

¹²² <http://www.bpb.de/themen/TZCHS9,0,0,Wirtschaft.html> (Zuletzt: 19.04.2008)

und unseren Lebensgeist verstört. Sie haben uns verändert, unsere Seelen aufgegessen. Wie hatten genug von ihnen.“¹²³

Außerdem ist das angespannte Verhältnis auch dadurch erklärbar, dass weder Einbürgerungsprozesse, noch die Stellung der Minderheiten klar geregelt ist, sowie die Sprachregelung, die einzig die lettische Sprache als anerkannte Sprache ansieht, keine befriedigende Lösung für die russisch-stämmige Bevölkerung darstellt.

Anhand der Tabelle lässt sich die lettische Bevölkerung seit 1935 aufzeigen:

Lettlands Bevölkerung nach ethnischer Herkunft 1935-2005 (in Tausend) ¹²⁴														
	1935*		1959		1970		1979		1989*		2000*		2005	
Ethnische Herkunft	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%
Letten	1 467,0	77,0	1 297,9	62,0	1 341,8	56,8	1 344,1	54,0	1 387,8	52,0	1 370,7	57,7	1 357,1	58,8
Russen	168,3	8,8	556,4	26,6	704,6	29,8	821,5	32,8	905,5	34,0	703,2	29,6	669,7	28,6
Juden	93,4	4,9	36,6	1,7	36,7	1,6	28,3	1,1	22,9	0,9	10,3	0,4	9,9	0,4
Deutsche	62,1	3,3	1,6	0,1	5,4	0,2	3,3	0,1	3,8	0,1	3,5	0,1	3,9	0,2
Polen	48,6	2,6	59,8	2,9	63,0	2,7	62,7	2,5	60,4	2,3	59,5	2,5	56,5	2,5
Weißrussen	26,8	1,4	61,6	2,9	94,7	4,0	111,5	4,5	119,7	4,5	97,1	4,0	88,3	3,8
Litauer	22,8	1,2	32,4	1,5	40,6	1,7	37,8	1,5	34,6	1,3	33,4	1,4	31,7	1,4
Esten	6,9	0,4	4,6	0,2	4,3	0,2	3,7	0,1	3,3	0,1	2,6	0,1	2,5	0,1
Roma	3,8	0,2	4,3	0,2	5,4	0,2	6,1	0,2	7,0	0,3	8,2	0,3	8,5	0,4
Ukrainer	1,8	0,1	29,4	1,4	53,5	2,3	66,7	2,7	92,1	3,4	63,6	2,7	59,0	2,6
Andere	4,2	0,2	1,8	0,1	2,7	0,1	3,8	0,2	29,4	1,0	25,0	1,1	28,4	1,2
Gesamt	1.905,9	100,0	2.086,4	100,0	2.352,7	100,0	2.489,5	100,0	2.666,6	100,0	2.377,4	100,0	2.306,4	100,0

Minderheiten: Probleme ohne Lösungen

Die russische Minderheit in Lettland besteht hauptsächlich aus während der Zeit der Okkupation des Landes durch die Sowjetunion hier angesiedelten Personen bzw. deren Nachkommen. Zwischen 1940 und 1990 wurde die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Nationalitäten wesentlich zu Ungunsten der Letten verändert, welche im eigenen Land fast zur Minderheit

¹²³ National Geographic, 11/1990, Volume 178, No.5: The Baltic Nations

¹²⁴ <http://www.csb.gov.lv/> Lettisches Statistikamt (*Ergebnis der Volkszählung des entsprechenden Jahres)

geworden wären. In dieser Zeit erhielt die russische Sprache in Lettland im Zuge der von der Sowjetunion forcierten Russifizierung eine dominierende Stellung und wurde neben der lettischen offiziellen Sprache in der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Nach Wiederherstellung der Souveränität wurde die russische Sprache ihrer offiziellen Stellung enthoben und lettisch alleinige Staatssprache, was für die zugewanderten und im Land gebliebenen Russen insofern ein Problem darstellte, als dass sie größtenteils mangels Bedarfs nie lettisch gelernt hatten.

Die geschichtliche Entwicklung zwischen 1940 und 1990 erklärt auch die von den russischen Zuwanderern als restriktiv empfundene Regelung der Staatsbürgerschaft durch die lettische Regierung, da nach Lettlands Unabhängigkeit nur diejenigen die lettische Staatsbürgerschaft erhielten, die entweder vor 1940 auf lettischem Boden geboren worden waren oder direkte Nachkommen solcher Personen sind. Das für alle Übrigen seit 1. Februar 1995 gültige Einbürgerungsverfahren ("Naturalisierung") besteht aus einem Sprachtest und Examen in lettischer Geschichte und Verfassungskunde. Das gilt auch für Personen, die schon seit Jahrzehnten in Lettland leben oder dort geboren wurden.

Teils wegen der als anspruchsvoll empfundenen Sprach- und anderen Tests, teils aus Desinteresse, teils aus prinzipiellem Protest haben sich viele Russischsprachige bis heute nicht einbürgern lassen und stellen mehr als die Hälfte der Einwohner dar. Sie erhalten als so genannte "Nicht-Staatsbürger" eigene Pässe, die ihnen zwar ein uneingeschränktes Aufenthalts- und Arbeitsrecht in Lettland sowie den Schutz durch den lettischen Staat sichern.

Großen Aufruhr unter der russischsprachigen Bevölkerung verursachte die Einführung lettischsprachigen Unterrichts auch an den russischen Schulen. Beginnend mit der zehnten Schulstufe müssen in der Oberstufe mindestens sechzig Prozent des Unterrichts auf Lettisch abgehalten werden. „Während die Möglichkeit eines bilingualen Unterrichts bis in die Oberstufe hinein in anderen Ländern als ein großes Zugeständnis an die Minderheiten gesehen werden würde, ist er für einen Großteil der russischsprachigen Bevölkerung Lettlands ein Angriff auf die Grundlagen ihrer Kultur und Sprache sowie ein dreister Assimilierungsversuch. (...) Von offizieller lettischer Seite heißt es dagegen,

dass nur durch bilingualen Unterricht russische Schüler so gut lettisch lernen können, dass sie später auf dem Arbeitsmarkt und bei der Eingliederung in die Gesellschaft die gleichen Chancen haben wie lettische Schüler. Zudem können die Schulen frei wählen, welches Unterrichtsfach in welcher Sprache gelehrt wird, so dass letztlich kein altes, nur russisch sprechendes Physiklehrergenie plötzlich seine Kinder auf lettisch unterrichten muss.

Doch der eigentliche Grund für die Aufregung ist: Russische Schulen sind in Lettland die letzten staatlichen Institutionen, in denen man vom Lettischen weitest gehend „verschont“ bleibt. Lettisch wird an russischen Schulen lediglich als Fremdsprache unterrichtet. Mit der Einführung eines Pflichtkontingents Lettisch an russischen Schulen wäre diese letzte Bastion eines offiziellen ausschließlich russischen Raumes in Lettland gefallen. Bilingualität, bei fast allen Letten sowie allen anderen Minderheiten Lettlands eine Selbstverständlichkeit, wird nicht als Chance, sondern als Bedrohung verstanden.¹²⁵

Zahlreiche Mahnungen seitens des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte haben in den letzten Jahren zu verstärkten Bemühungen seitens des Staats geführt, die Einbürgerungsraten zu erhöhen. Durch den EU-Beitritt ist die Attraktivität des lettischen Passes in Hinblick auf die Reisefreiheit für Russen ebenfalls gestiegen.

Lettische Einwohner, die nicht Staatsbürger sind¹²⁶	
<i>Ethnie</i>	<i>Anzahl</i>
Russen	273.194
Weißrussen	54.474
Ukrainer	38.911
Polen	14.109
Juden	2.652
Esten	624
Andere	13.552
Summe	384238

¹²⁵ Franz, Eduard: „Lettlands Beitrag zur EU: 500.000 aliens?: Zur Situation der russischsprachigen Bevölkerung“ Bonn, 2003.

¹²⁶ <http://www.csb.lv/csp/content/?lng=en&cat=355> (Zuletzt: 12.10.2007)

Zur Vereinfachung der Problematik und mit dem vordergründigen Ziel der Vermittlung und dem Engagement zur Vermeidung von Menschenrechten, schaltete sich die OSZE mit einer Mission ein. Lettland wurde nur wenige Monate nach Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit in die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa aufgenommen.

Mit der Aufnahme Lettlands in der OSZE wurde von der Organisation eine Langzeitmission errichtet, die „eine stabilisierende regionalpolitische Funktion haben und Kontrollmöglichkeiten schaffen“ sollte.¹²⁷

„In der OSZE, die auf der Grundlage eines umfassenden politischen Sicherheitsverständnisses zunehmend Aufgaben mit dem Ziel der Konfliktprävention und Krisenbewältigung übernimmt, ist daher die Förderung der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes ein zentrales operatives Anliegen.“¹²⁸ Die OSZE arbeitet in Problemen der Minderheiten auf verschiedenen Ebene. Zum einen versucht die Organisation über diplomatische Bemühungen die Minderheitenangelegenheiten zu beruhigen. Außerdem arbeitet die OSZE mit sogenannten Langzeitmissionen, die vorort durchgeführt werden. Als oberstes Prinzip des Engagement zählt die Kooperation mit den politischen Akteuren, die in den Gebieten präsent sind. Ziel ist die „Stabilisierung oder Wiederherstellung tragfähiger demokratischer, rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschenrechtsnormen genügen“¹²⁹ (wieder-)herzustellen.

Die Sicherheitsorganisation konzentrierte sich auf dem Gebiet des Baltikums vor allem auf die russische Minderheit, deren Stellung gar nicht klargestellt war. Zu Beginn der Mission gab es eine nicht unerhebliche Zahl an russischen Menschen am Baltikum, die „staatenlos“¹³⁰ waren. Diese Menschen konnten weder einen lettischen noch einen russischen Reisepass erhalten.

¹²⁷ <http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1997/oktober1997/russische-minderheiten-in-den-baltischen-staaten--das-engagement-der-osze.html> (Zuletzt 03.05.2010)

¹²⁸ Siehe 127.

¹²⁹ Siehe 127.

¹³⁰ Vgl. Franz, Eduard: „Lettlands Beitrag zur EU: 500.000 aliens?: Zur Situation der russischsprachigen Bevölkerung“ Bonn, 2003.

„Dass die OSZE ein besonderes Augenmerk auf die russische Minderheiten und ihre Behandlung richten wolle, hatte die russische Regierung schon 1991/92 deutlich gemacht im Zusammenhang mit den seinerzeit anstehenden Verhandlungen über den Abzug russischer Truppen aus den inzwischen souveränen baltischen Staaten. Der KSZE-Gipfel in Helsinki 1992 unterstützte im Sinne der Balten diesen Truppenabzug, der dann bis 1994 abgeschlossen wurde. Unter diesen besonderen Umständen erkannten Estland und Lettland auch einen Vorteil in der multilateralen Behandlung der Minderheitenfrage und forderten die KSZE auf, Langzeitmissionen in Tallinn und Riga einzurichten. Dies ist 1993 geschehen.

Die Missionsmandate, die jeweils um sechs Monate verlängert werden, sehen im Wesentlichen die Beratung in Staatsbürgerschaftsfragen und die Förderung der Integration aller gesellschaftlichen Gruppen, de facto also der Minderheiten, vor. In beiden Missionen arbeiten bisher im Durchschnitt jeweils sechs Experten. In Lettland zum Beispiel verfolgen die Missionsmitglieder unter anderem die Arbeit der Einbürgerungskommission bei den Pflichtprüfungen in lettischer Sprache, Geschichte und Verfassung und überprüfen die Anwendung des Gesetzes über den Status Staatenloser vom 12. April 1995, das auch staatenlose ehemalige Sowjetbürger den lettischen Staatsangehörigen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht weitgehend gleichstellt und ihnen eine Option auf Fremdenpässe einräumt.

Die Normen des Minderheitenschutzes in der OSZE zielen als Bestandteile der Menschenrechtsprinzipien auf die Verhinderung von Diskriminierung von Minderheitenangehörigen, auf die Entfaltung von deren Identität und Kultur, auf ihre politische Mitwirkung innerhalb der Grenzen des bestehenden Staates. Das traditionelle stabilitätsorientierte KSZE-Prinzip der territorialen Integrität der Staaten soll durch die Anwendung dieser Normen ausdrücklich nicht in Frage gestellt werden. Mit diesen Vorgaben der Kopenhagener KSZE-Menschenrechtskonferenz von 1990 setzt der Hochkommissar für nationale Minderheiten auf das Interesse des Gesamtstaats und des Mehrheitsvolks an einem wirksamen Minderheitenschutz, auf den Dialog zwischen Mehrheit und Minderheit, auf Integration.“¹³¹

¹³¹ <http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1997/oktober1997/russische-minderheiten-in-den-baltischen-staaten--das-engagement-der-osze.html>

In ihrem Bericht kommt die OSZE zu folgendem Abschlussstatement und der unten angeführten Bewertung des Engagements auf dem Gebiet des Baltikums.

„Mit diesem konkreten, kontinuierlichen und im täglichen Geschäft unspektakulären Engagement hat die OSZE bisher zweifellos einen wesentlichen materiellen Beitrag zur Festigung menschenrechtskonformer rechtsstaatlicher Verhältnisse und damit zur inneren Stabilisierung Estlands und Lettlands in den Jahren nach der Unabhängigkeit geleistet. Die Fortschritte in dieser Hinsicht sind messbar: Der Hochkommissar stellte im Januar 1997 öffentlich fest, dass es in Estland keine Anzeichen für eine systematische Verfolgung nationaler Minderheiten oder systematischer Menschenrechtsverletzungen gebe. Im Frühjahr bestätigte er, dass Estland den meisten seiner Empfehlungen Folge geleistet habe.⁴ Allerdings hielt er auch kritisch fest, dass die Einbürgerung von Staatenlosen russischer Herkunft in Estland und in Lettland zu langsam vorankomme und dass die Naturalisierungsverfahren deshalb vereinfacht und beschleunigt werden sollten. Zu dem gleichen Ergebnis gelangte die EU-Kommission in ihren Stellungnahmen vom 15. Juli 1997 zu den Anträgen auf EU-Beitritt, die Estland und Lettland (wie auch Litauen) die Erfüllung der politischen Kriterien für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen bescheinigt. Diese Bewertung der EU-Kommission ist, gemessen an der Ausgangslage nach der Unabhängigkeit 1991, zweifellos ein herausragender Erfolg für die beiden baltischen Staaten auf ihrem Weg zur Integration in die euroatlantischen Strukturen. Sie ist es mittelbar auch für die OSZE, die – neben EU und Europarat – mit ihrem Instrumentarium dazu substantiell beigetragen hat.

Deshalb war es nicht überraschend, dass Estland und Lettland in den vergangenen Monaten als erste Gastländer der OSZE bedeuteten, die Schließung der Missionen oder zumindest ihre Umgestaltung zu erwägen. Aus ihrer Sicht erschienen die Aufgaben der Missionen im wesentlichen erfüllt, die Grundlagen für den rechtsstaatlichen Umgang mit Minderheiten geschaffen, die Zeit des Übergangs nach der Unabhängigkeit 1991 nun vorüber.“¹³²

¹³² <http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1997/oktober1997/russische-minderheiten-in-den-baltischen-staaten--das-engagement-der-osze.html>

Die OSZE vertraute in weiterer Folge auf die Arbeit der einzelnen Staaten. Bewertet wurde diese Ansicht folgendermaßen: „In Lettland leistet inzwischen das Nationale Menschenrechtsbüro gute Arbeit.“¹³³

IV.3. EU-BEITRITTSPROZESS

Nachdem in Kapitel II schon die juristischen und strukturellen Grundlagen für die Erweiterung der Europäischen Union beschrieben worden sind, beschäftigt sich dieser Abschnitt der Arbeit vordergründig mit den Aufgaben und wesentlichen Schritten zum Beitrittsprozess der lettischen Republik zur Europäischen Gemeinschaft. Offiziell stellte Lettland sein Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union am 13. Oktober 1995.

Kopenhagener Kriterien

Mit der Bekanntgabe des großen Interesses einiger Staaten, darunter auch die drei des Baltikums, der Europäischen Gemeinschaft beizutreten, musste sich auch der Europäische Rat von 1993 in Kopenhagen mit der Problem auseinandersetzen, welche Kriterien die neuen Staaten überhaupt erfüllen müssen, um der Staatenunion beitreten zu können.

Nach langem Tauziehen, verständlich durch die heterogenen Interessen der Mitgliedsstaaten in der Frage einer Erweiterung, konnte sich der Rat dennoch durchdringen, folgende Stellungnahme abzugeben:

„Der Europäische Rat hat heute beschlossen, dass die assoziierten mittel- und osteuropäischen Länder, die dies wünschen, Mitglieder der Europäischen Union werden können. Ein Beitritt kann erfolgen, sobald ein assoziiertes Land in der Lage ist, den mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen

¹³³ <http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1997/oktober1997/russische-minderheiten-in-den-baltischen-staaten--das-engagement-der-osze.html> (Zuletzt: 23.02.2010)

nachzukommen und die erforderlichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen zu erfüllen.

Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte, sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Mitgliedschaft setzt ferner voraus, dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu Eigen machen können.

Die Fähigkeit der Union neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten, stellt ebenfalls einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt dar.¹³⁴

Eines der Hauptprobleme der Beitrittskandidaten, so auch Lettland, war, dass die wirtschaftlichen Kriterien noch nicht erfüllt waren. Dies erklärt sich auch aus dem Zusammenhang, dass Lettland schon drei Jahre nach seiner Unabhängigkeit bei der Union um eine Mitgliedschaft ansuchte. Die Zeit war bis dahin zu kurz gewesen, die Misswirtschaft der kommunistischen Zeit zur Gänze auszumerzen. Um dennoch eine Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen, beschloss der Europäische Rat mit den Staaten Assoziierungsabkommen abzuschließen. Ziel dieser sog. Europaabkommen war es gewesen, den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten und den Beitrittsländern zu intensivieren und dabei die politische Zusammenarbeit zu stärken.

In Hinblick auf einen „späteren Beitritt wurde ein multilateraler Rahmen für einen intensiven, ‚strukturierten‘ Dialog zwischen der Europäischen Union und den mittel- und osteuropäischen Ländern geschaffen. In diesem Rahmen werden Tagungen des Rats der EU und aller assoziierten Staaten (...)

¹³⁴ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs in Kopenhagen, 21.-22.06.1993: Europa-Archiv, Folge 13-14/1993

abgehalten, die Fragen von gemeinsamen Interesse, die im Zuständigkeitsbereich der Union stehen, behandeln.“¹³⁵

Besonders hervorgehoben wurden vom Europäischen Rat folgende drei Punkte:

- (a) Gemeinschaftsbereiche, vor allem solche mit europäischer Dimension, einschließlich der Bereiche Energie, Umwelt, Verkehr, Wissen und Technik; außerdem
- (b) gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, sowie
- (c) Justiz und Inneres

Alle Gespräche und Tagungen, die im Rahmen des ‚Dialogs‘ zwischen der Union und den Bewerberstaaten stattfanden, hatten allerdings nur konsultativen Charakter, dass heißt, dass keine Beschlüsse gefasst worden waren.

Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Zusammenarbeit aus (ii) gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gelegt.

Neben den politischen Kriterien investierte man viel Zeit und Kraft in die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dabei sollte die wirtschaftliche Kooperation intensiviert und ein verbesserter Zugang für die Bewerberstaaten zu den Märkten der Union gewährt werden.

Der Europäische Rat ein Jahr später, 1994 in Korfu, unterstrich abermals die Bedeutung des Assoziierungsabkommens mit den Bewerberstaaten. Dabei ging der Rat auch erstmals auf die Bemühungen der baltischen Staaten, die Mitgliedschaft zu erreichen, ein.

- *Aus den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats war zu entnehmen:*

„Der Europäische Rat begrüßt es, dass die Verhandlungen mit den baltischen Staaten über die Schaffung von Freihandelszonen dem Abschluss nähern, und bekräftigt, dass die Union weiterhin das Ziel verfolgt, mit diesen Ländern

¹³⁵ Vgl. www.europa.org (Zuletzt: 23.02.2010)

Europaabkommen zu schließen, die ihnen den Weg zu einem späteren Beitritt ebnen werden.

Der Europäische Rat misst der Schaffung eines Rechtsrahmens in den baltischen Staaten, der unter anderem in Einklang mit den Empfehlungen des Hohen Kommissars der OSZE und des Europarats stehen sollte, große Bedeutung bei.¹³⁶

Zur Stärkung der Union und der Vorbereitung der Erweiterung von 2004 mit, anfangs angenommenen sechs, allerdings im Zuge der Beitrittsverhandlungen aufgestockten zehn Länder – was gleichzeitig die bislang größte Erweiterung der Union bedeutete – wurde im Jahr 1999 die Agenda 2000 formuliert.

Agenda 2000

Auf dem Europäischen Rat vom 26. März 1999 in Berlin haben die Staats- und Regierungschefs eine politische Einigung über die Agenda 2000 erzielt.

„Die Agenda 2000 bezeichnet ein Aktionsprogramm, das darauf abstellt, die Gemeinschaftspolitik in den verschiedenen Bereichen wirksamer zu gestalten und einen neuen Finanzrahmen für den Zeitraum 2000-2006 festzulegen, damit die Europäische Union für die bevorstehende Erweiterung gerüstet ist.“¹³⁷

- *Umsetzung der Agenda 2000*

„Die im März 1997 beschlossene und Juli veröffentlichte Agenda 2000 stellt das erste umfassende Paper zur Aufgabe der Erweiterung der Europäischen Union dar. In dem von der Kommission erarbeiteten Dokument wurden zum einen die Fortschritte der Reformpolitik der einzelnen Bewerberstaaten dargestellt und

¹³⁶ Schlussfolgerungen des Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs in Korfu, 24.-25.06.1994: Europa-Archiv, Folge 13-14/1994

¹³⁷ http://ec.europa.eu/agriculture/publi/review99/08_09_de.pdf (Zuletzt: 14.10.2007)

zum anderen die Überlegungen zu der Vorbereitung der EU auf die Erweiterung niedergeschrieben.“¹³⁸

Hervorzuheben war dabei der Vorschlag der Kommission, die Heranführungsstrategie der Bewerberländer zu intensivieren, unabhängig vom jeweils letzten Stand der Reformen. Dadurch sollten die verschiedenen Formen der Unterstützung in einen einzigen Rahmen, nämlich den der Beitrittspartnerschaften eingebracht werden und innerhalb dessen die zur Vorbereitung des Beitritts notwendigen Arbeiten unterstützen. Gleichzeitig sollten sich die Bewerberstaaten auf bestimmte Zielvorgaben, sowie einen Zeitplan zu ihrer Erfüllung festlegen müssen. Besonderen Vorteil sah man darin, dass die neuen Länder mit den einzelnen Politikbereichen schon vor dem tatsächlichen Beitritt bekannt gemacht wurden und an den Programmen der Gemeinschaft partizipieren konnten.

- *Aus der Agenda 2000 ist zu entnehmen:*

„Die derzeitige Strategie der Heranführung beitrittswilliger Staaten basiert auf dem Europaabkommen, dem strukturierten Dialog und dem Programm Phare. Da sich die Kontakte zwischen der Europäischen Union und den Beitrittswerbern in letzter Zeit intensivierten, sieht die Kommission den ‚strukturierten Dialog‘ als nicht mehr angemessen und vertritt daher die Meinung, dass die meisten Beitrittsfragen auf bilateraler Ebene erörtert werden sollten.“¹³⁹

Daraus ging hervor, dass man als neues Instrument in den politischen Beziehungen der EU und der Bewerberstaaten sog. ‚Beitrittspartnerschaften‘ einführt. Die vordergründigen Bestandteile dieser Partnerschaften waren¹⁴⁰:

- (a) Präzise Verpflichtungen seitens des Bewerberlandes in Bezug auf Demokratie, makroökonomische Stabilisierung und nukleare Sicherheit. Dieses Programm sollte einem genauen Zeitplan

¹³⁸ http://ec.europa.eu/agenda2000/index_de.htm (Zuletzt: 24.05.2010)

¹³⁹ Agenda 2000 – Eine stärkere und erweiterte Union. Bulletin der Europäischen Union. Beilage 5/97

¹⁴⁰ Beichelt, Timm: Die EU nach der Osterweiterung. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.

unterliegen und wäre auf die in den Stellungnahmen zum Fortschritt der Reformen in den einzelnen Bewerberstaaten ermittelten vorrangigen Bereichen zu konzentrieren.

- (b) Die Bereitschaft der Union, alle verfügbaren Mittel zur Vorbereitung der Bewerberländer auf den Beitritt zu verwenden.
- (c) Das Programm zur Übernahme des *Acquis communautaire* würde zusammen mit den jeweiligen Beitrittskandidaten festgelegt werden, wobei die Bereiche, bei denen in den Stellungnahmen zu den Reformen der einzelnen Länder Schwächen festgestellt wurden, im Vordergrund stehen sollten.

Die Kommission sollte dem Europäischen Rat über die erzielten Fortschritte regelmäßig Bericht erstatten. Im Falle, dass die Kommission bei den Berichten zu dem Ergebnis kommt, dass ein Beitrittskandidat alle Kopenhagener Kriterien¹⁴¹ erfüllt, so würde die Kommission dem Europäischen Rat vorschlagen, die Beitrittsverhandlungen mit dem betreffenden Land aufzunehmen.

Nach Lettland am 13. Oktober 1995 seinen Antrag auf eine Mitgliedschaft in der Staatenunion gestellt hatte. 1997 veröffentlichte die Kommission ihre Stellungnahme zum „Antrag Lettlands auf Beitritt zur Europäischen Union.“¹⁴²

Daraus ist zusammenfassend zu entnehmen:

Agenda 2000 - Stellungnahme der Kommission zum Antrag Lettlands auf Beitritt zur Europäischen Union:

In der Vorbemerkung nimmt die Kommission Stellung zum Beitrittsantrag Lettlands.

„Lettland stellte seinen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union am 13. Oktober 1995, und der Ministerrat beschloss am 30. Oktober 1995 die

¹⁴¹ Kopenhagener Kriterien: „Jedes Land, das einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) stellt, hat die in Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) festgelegten Bedingungen einzuhalten und die in Artikel 6 Absatz 1 EUV genannten Grundsätze zu achten. Im Jahr 1993 hat der Europäische Rat auf seiner Tagung in Kopenhagen Beitrittskriterien festgelegt, die 1995 vom Europäischen Rat in Madrid bestätigt wurden.“ (...)

http://europa.eu/scadplus/glossary/accesion_criteria_copenhagen_de.htm

¹⁴² http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/dwn/opinions/latvia/la-op_de.pdf (Zuletzt: 23.02.2010)

Einleitung des Verfahrens gemäß Artikel O des Vertrags über die Europäische Union, der eine Anhörung der Kommission vorsieht.

In diesem Kontext unterbreitet die Kommission diese Stellungnahme und kommt damit der Aufforderung des Europäischen Rates von Madrid im Dezember 1995 nach, „ihre Stellungnahmen so bald wie möglich nach Abschluss der Regierungskonferenz zu veröffentlichen,“ die im März 1996 begann und im Juni 1997 endete.“¹⁴³

Die Kommission begründet auch die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Lettland. Es gehe der Kommission um die Hervorhebung des Ziels des gemeinsamen Wohlstandes und des Friedens. „Der Beitrittsantrag Lettlands wird zusammen mit den Beitrittsanträgen der neun anderen assoziierten Länder geprüft. Der Beitritt Lettlands ist als Teil eines historischen Prozesses zu sehen, in dessen Verlauf die Länder Mittel- und Osteuropas die mehr als 40 Jahre dauernde Teilung des Kontinents überwinden und sich der Europäischen Union anschließen, die einen Raum des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands geschaffen hat.

Der Europäische Rat kam auf seiner Tagung im Juni 1993 in Kopenhagen zu dem Schluss, „dass die assoziierten mittel- und osteuropäischen Länder, die dies wünschen, Mitglieder der Europäischen Union werden können. Ein Beitritt kann erfolgen, sobald ein assoziiertes Land in der Lage ist, den mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen nachzukommen und die erforderlichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen zu erfüllen.“¹⁴⁴

Für den Beitritt zur Europäischen Union wurden allerdings selbstverständlich Kriterien festgehalten. Diese beziehen sich im weiteren Sinne auf die Kopenhagener Kriterien.¹⁴⁵

- Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben;

¹⁴³ http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/dwn/opinions/latvia/la-op_de.pdf (Zuletzt: 23.02.2010)

¹⁴⁴ Siehe 143.

¹⁴⁵ Vgl. Kapitel zuvor und das Kapitel III zu den Grundlagen der Europäischen Union

- sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten;
- die Mitgliedschaft setzt ferner voraus, dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu Eigen machen können.¹⁴⁶

In diesen Schlussfolgerungen wurden die politischen und die wirtschaftlichen Kriterien für die Prüfung der Beitrittsanträge der assoziierten mittel- und osteuropäischen Länder festgelegt.

Der Europäische Rat hob auf seiner Tagung im Dezember 1995 in Madrid die Notwendigkeit hervor, im Kontext der Heranführungsstrategie „die Voraussetzungen für eine schrittweise und harmonische Integration dieser Länder zu schaffen, und zwar insbesondere durch

- die Entwicklung der Marktwirtschaft,
- die Anpassung der Verwaltungsstrukturen dieser Länder und
- die Schaffung stabiler wirtschaftlicher und monetärer Rahmenbedingungen.“¹⁴⁷

Die Stellungnahme zu dem Beitrittsantrag Lettlands wird unmittelbar nach dem Abschluss der Regierungskonferenz auf der Tagung des Europäischen Rates in Amsterdam im Juni 1997 abgegeben. Die Kommission geht davon aus, dass die Ratifikation der auf der Regierungskonferenz beschlossenen Anpassungen des Vertrags rasch erfolgen wird und dass die Anpassungen Bestandteil des Acquis der künftigen Union sein werden, der Lettland beitreten wird.

In ihrer Stellungnahme geht die Kommission vordergründig auf folgende Punkte ein, die ihrer Meinung nach bedeutend für den Beitrittsprozess Lettlands erscheinen.

¹⁴⁶ Vgl. http://europa.eu/scadplus/glossary/accession_criteria_copenhagen_de.htm (Zuletzt: 30.05.2010)

¹⁴⁷ http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/dwn/opinions/latvia/la-op_de.pdf (Zuletzt: 23.02.2010))

- eine Beurteilung der bisherigen Beziehungen zwischen Lettland und der Union vor allem im Rahmen des Assoziationsabkommens;
- eine Bewertung der Lage nach Maßgabe der vom Europäischen Rat aufgestellten politischen Bedingungen (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Minderheitenschutz);
- eine Bewertung der Lage und der Perspektiven Lettlands nach Maßgabe der vom Europäischen Rat aufgestellten wirtschaftlichen Bedingungen (Marktwirtschaft, Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck standzuhalten);
- eine Bewertung der Fähigkeit Lettlands, die aus der EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen, das heißt den im Vertrag verankerten Acquis der Union, das Folgerecht und die sektoralen Politiken der Union zu übernehmen;
- schließlich eine allgemeine Bewertung der Lage Lettlands und ihrer voraussichtlichen weiteren Entwicklung nach Maßgabe der Bedingungen für die Mitgliedschaft in der Union und eine Empfehlung zu den Beitrittsverhandlungen.¹⁴⁸

Bei der Prüfung der ökonomischen Kriterien und der Bewertung der Integration Lettlands, schreibt die Kommission:

„Die Kommission hat in ihrer Bewertung der Lage Lettlands nach den genannten wirtschaftlichen Kriterien und in ihrer Analyse der Fähigkeit, den Acquis zu übernehmen, die voraussichtliche weitere Entwicklung einbezogen. Sie versucht abzuschätzen, welche Fortschritte von Lettland in den Jahren bis zu einem Beitritt normalerweise zu erwarten sind, und berücksichtigt dabei die Tatsache, dass sich auch der Acquis weiterentwickelt. Die Kommission geht in ihrer Stellungnahme von einem mittelfristigen Horizont von etwa fünf Jahren aus, trifft damit aber noch keine Entscheidung über den tatsächlichen Zeitpunkt des Beitritts.“¹⁴⁹

¹⁴⁸ Vgl. http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/dwn/opinions/latvia/la-op_de.pdf (Zuletzt: 23.02.2010)

¹⁴⁹ Siehe 148.

In der Frage der Haltung des lettischen Volks gegenüber der EU, veröffentlicht die Kommission: „Seit der Unabhängigkeit im August 1991 verfolgt Lettland außenpolitisch das Ziel der europäischen Integration. Alle Parteien der gegenwärtigen Regierung sehen die weitere europäische Integration und die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union als absolut vorrangig an. Dies wurde unterstrichen durch die Erklärung aller Parlamentsfraktionen vom Oktober 1995 bestätigt, mit der der Regierungsbeschluss, einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union zu stellen, unterstützt wurde.

Die Entschlossenheit, den Beitritt zur Europäischen Union anzustreben, sowie die Verpflichtung, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, wurde von Präsident Ulmanis¹⁵⁰ am 4. Mai 1997 anlässlich des lettischen Unabhängigkeitstages unterstrichen: "Wir bereiten uns auf die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union vor. Wir sehen dies als zweiseitigen Prozess: Zunächst streben wir die Übereinstimmung des Staatsaufbaus, der Wirtschaft und der Gesellschaft mit den Grundsätzen der EU an. Ein wirksames und zielgerichtetes Vorgehen der lettischen Verwaltung ist bei diesem Prozess sehr wichtig. Es wäre jedoch nur teilweise erfolgreich, wenn wir den anderen, den zentralen Aspekt vernachlässigen würden. Jedem Einwohner Lettlands soll die Perspektive eines künftigen Beitritts Lettlands zur EU deutlich werden. Deshalb müssen wir verstärkt die Grundsätze der EU in Lettland erklären und im Zusammenhang mit der Verankerung der europäischen Idee unser nationales Bewusstsein stärken."¹⁵¹

Am Instrument des „Strukturieren Dialogs“ hatte sich Lettland seit dem Europäischen Rat von Cannes 1995 aktiv eingebracht. Im März 1997 legte Lettland einen Vorschlag zur Roadmap des individuellen Dialogs vor.

Das technische und finanzielle Hilfsprogramm der EU PHARE, wurde für Lettland „1991 im Rahmen des TACIS-Programms aufgenommen und ab 1992 im Rahmen des PHARE-Programms erweitert. Zwischen 1992 und 1996 erhielt Lettland 124 Mio. ECU im Rahmen des PHARE-Programms. Für 1997 sind 38

¹⁵⁰ Guntis Ulmanis (Präsident Lettlands von 1993 bis 1999)

¹⁵¹ http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/dwn/opinions/latvia/la-op_de.pdf

Mio. ECU vorgesehen. Die wichtigsten Bereiche waren die Reform des rechtlichen und institutionellen Rahmens, Entwicklung der Infrastruktur, Umstrukturierung und Privatisierung. Dies hatte besondere Auswirkungen auf die Privatisierung von Unternehmen und Grundbesitz sowie auf die Steuer- und Zollverwaltung.¹⁵²

An die positiv ausgefallenen Vorbemerkungen schließen etwa weitere 120 Seiten einer detailgetreuen und genauen Bewertung an. Interessant für eine spätere Betrachtung der Situation ist die Zusammenfassung der Bewertung:

„Lettland hat seinen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union am 27. Oktober 1995 eingereicht. Sein Ersuchen ist Teil des historischen Prozesses der Beendigung der Teilung Europas und der Festigung der Demokratie auf dem ganzen Kontinent. (...)

Die Vorbereitung Lettlands auf den Beitritt vollzieht sich insbesondere auf der Grundlage des am 1. Januar 1995 in Kraft getretenen Freihandelsabkommens. Die Europäische Union und Lettland haben am 12. Juni 1995 ein Europa-Abkommen unterzeichnet. Sobald die Ratifikationsverfahren abgeschlossen sind und das Abkommen in Kraft getreten ist, wird es das Freihandelsabkommen ablösen. Die Umsetzung des Weißbuchs vom Mai 1995 über den Binnenmarkt - ein wesentlicher Bestandteil der Heranführungsstrategie - verläuft auf der Grundlage eines von der Regierung im Dezember 1996 beschlossenen Nationalen Programms. Die Regierung hat die erforderlichen Mechanismen zur Koordinierung ihrer Politik der europäischen Integration geschaffen. Bei der Vorbereitung ihrer Stellungnahme hat die Kommission die vom Europäischen Rat in Kopenhagen im Juni 1993 festgelegten Kriterien angewandt. Gemäß seinen Schlussfolgerungen sollen die Kandidatenländer Mittel- und Osteuropas, die dies wünschen, Mitglieder der Europäischen Union werden, wenn sie den folgenden Bedingungen (Kopenhagener Kriterien, Anm.) entsprechen. (...)

Die Bewertung anhand dieser drei Gruppen von Kriterien - politische und wirtschaftliche sowie die Fähigkeit zur Übernahme des Acquis - bezieht auch

¹⁵² Vgl. http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/dwn/opinions/latvia/la-op_de.pdf

die Fähigkeit von Verwaltung und Justiz ein, die Prinzipien der Demokratie und der Marktwirtschaft umzusetzen sowie den gemeinschaftlichen Besitzstand (Acquis communautaire) in der Praxis anzuwenden und durchzusetzen.

Die bei der Vorbereitung der Stellungnahmen angewandte Methode bestand in einer mittelfristig vorausschauenden Analyse der Situation jedes Beitrittskandidaten, die erreichte Fortschritte und bereits eingeleitete Reformen berücksichtigt. Hinsichtlich der politischen Voraussetzungen hat die Kommission eine Bewertung der aktuellen Situation vorgenommen, die über eine beschreibende Darstellung von Institutionen hinausgeht, um das Funktionieren von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Praxis einzuschätzen.¹⁵³

In den politischen Kriterien kommt die Kommission zum Entschluss, dass in Lettland die politischen Institutionen arbeitsfähig sind und unter stabilen Bedingungen ihre Aufgaben erfüllen. Die letzten Wahlen waren unter „westdemokratischen Gesichtspunkten“ unabhängig und frei. Gleichzeitig wurde aber auf Defizite in der Wahrung der Grundrechte hingewiesen. Vor allem das Einbürgerungsverfahren der russischsprachigen Nicht-Staatsangehörigen müsse weiter beschleunigt werden. Insgesamt besitze Lettland allerdings die Merkmale eines demokratischen Systems und könne die rechtsstaatliche Ordnung garantieren und die Menschenrechte absichern.

In Hinblick auf die wirtschaftlichen Kriterien ist die Kommission der Meinung, Lettland können die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Die Einführung einer freien Marktwirtschaft sei erfolgreich gelungen und die Preise orientieren sich nach dem Marktgefüge. Allerdings wurde auch hervorgehoben, dass die Privatisierung nicht abgeschlossen sei. Außerdem müsse die Landwirtschaft weiter modernisiert werden. Bei dem Wettbewerbsdruck sieht die Kommission für Lettland noch mögliche ernsthafte Schwierigkeiten.

Der nächste Artikel des Abschlussberichts beschäftigte sich mit der Fähigkeit zur Übernahme der mit der Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen (Acquis

¹⁵³ http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/dwn/opinions/latvia/la-op_de.pdf

communautaire). Dabei kommt die Kommission zum Entschluss, dass Lettland aufgrund seiner großen Anstrengungen und erfolgreichen Tendenzen im stande sein wird, die Verpflichtungen der Europäischen Union zu übernehmen.

Abschließend wurden die Reformen der *Verwaltung und Justiz beurteilt. Dabei schreibt die Kommission, dass noch größere und verstärkte Reformanstrengungen notwendig sein würden, damit Lettland die Fähigkeit erreiche, mittelfristig alle Strukturen zu schaffen, die dem Acquis entsprechen würden.*

„In Anbetracht dieser Überlegungen ist die Kommission der Ansicht, dass Beitrittsverhandlungen mit Lettland eröffnet werden sollten, sobald Lettland genügend

Fortschritte bezüglich der Erfüllung der Mitgliedschaftsvoraussetzungen gemacht hat, die vom Europäischen Rat in Kopenhagen festgelegt wurden.

Die verstärkte Heranführungsstrategie wird Lettland helfen, sich besser auf die Erfüllung der mit der Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen vorzubereiten, und Maßnahmen zu ergreifen, die in dieser Stellungnahme identifizierten Mängel zu verbessern. Die Kommission wird spätestens Ende 1998 einen Bericht über die von Lettland erreichten Fortschritte vorlegen.“¹⁵⁴

Der Durchbruch

Am 13. Oktober 1999 hatte die Kommission beschlossen, dem Europäischen Rat zu empfehlen, die Verhandlungen mit Lettland über einen Beitritt zu beginnen. Gleichzeitig erfolgte die Aufnahme der Gespräche über einen Beitritt mit dem südlichen Nachbar Lettlands, Litauen. Der dritte baltische Staat, Estland war schon ein Jahr früher in die Gesprächsrunde aufgenommen worden.

¹⁵⁴ http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/dwn/opinions/latvia/la-op_de.pdf

In den darauf folgenden zwei bis drei Jahren erfolgten innenpolitisch in Lettland weitere Reformen, vor allem in Hinblick auf eine Effizienzsteigerung der Volkswirtschaft, aber auch politische und strukturelle Veränderungen, die von Nöten war. Außenpolitisch konzentrierte sich Lettland auf einen baldigen Beitritt zu Union. Die Präsidenten Guntis Ulmanis und Vaira Vīķe-Freiberga waren sowohl außenpolitisch sehr aktiv gewesen, als auch innenpolitisch stets darum bemüht, die Wichtigkeit des Beitritts zur EU zu vertreten.

Die Bemühen hatten sich ausgezahlt, als am 9. Oktober 2002 die Kommission empfohlen hatte, die Verhandlungen mit den zehn Beitrittskandidaten abzuschließen, darunter auch Lettland. Die Verhandlungen mit den zehn Staaten der „Luxemburg-Gruppe“ wurden am 12. bzw. 13. Dezember 2002 abgeschlossen.

Der Beitrittsvertrag zwischen Lettland und der Europäischen Gemeinschaft wurde am 16. April 2003 in Athen unterzeichnet. Auch die anderen neuen Bewerberländer unterzeichneten ihre Verträge am selben Tag in Athen. Die EU-Erweiterung 2004, bislang die größte Erweiterung der Europäischen Union, war somit fixiert. Von da an erhielten die Staaten einen Beobachterstatus in den Europäischen Institutionen bis der Beitritt vollendet würde.

Die Freude auf politischer Ebene über die Bewertung war nach den erfolgten Bemühungen verständlicher Weise groß gewesen, allerdings galt es noch eine Hürde zum verwirklichten Beitritt zu überwinden.

Das Referendum über den Beitritt zur EU

Rund um das Referendum im Jahr 2003 hatte es eine Menge an Spannungen gegeben. Zum einen war bis zum Tag der Umfrage ungewiss, wie sich die Letten entscheiden würden. Dass das Ergebnis letztlich so eindeutig ausfiel, konnte nicht prognostiziert werden. Umso überraschender dann das Ergebnis auch war, noch dazu wo die Werbekampagne für den Beitritt in Lettland trotz enormer Investitionen eher schleppend verlief und kaum eine

‚Europabegeisterung‘ zu verspüren war. Eine bestimmte Rolle spielt aber sicher doch, dass der nördliche Nachbar Estland, eine Woche zuvor ein Referendum mit der gleichen Frage abgehalten hatte, und sich zwei Drittel der an der Entscheidung teilgenommenen Bürger für einen europäischen Weg ausgesprochen hatte. Zum anderen fand das Referendum zu einer Zeit statt, in der die aus vier Parteien bestehende Koalition von internen Meinungsverschiedenheiten überschattet war. Die Befürchtung war groß, die internen Probleme würden sich entweder auf die Wahlbeteiligung oder noch schlimmer das Wahlergebnis auswirken. Zu dem kam noch, dass der Tag des Referendums in Lettland von einer Regierungskrise überschattet wurde. „Die historische Dimension der Mehrheitsentscheidung [...] wurden an dem Wahlabend dadurch in den Hintergrund gedrängt, dass eine Partei der Regierungskoalition noch vor Schließung der Wahllokale ihren Austritt aus der Koalition ankündigte und den Ministerpräsidenten Einars Repse zum Rücktritt aufforderte.“ Diese Regierungskrise hatte ihren Ursprung schon vor dem Referendum, allerdings konnten die Medien nicht dem Referendum alleine die gesamte Aufmerksamkeit schenken, da der von vielen Wählern und Bürgern mit Bedauern zur Kenntnis genommene Rücktritt ebenso seine medial Präsenz verdient hatte.

Doch trotz aller Umstände, ließ sich das lettische Volk nicht von seinem europäischen Weg abbringen.

Am 20. September des Jahres 2003 entschied sich das lettische Volk zum ersten Mal selbstständig für seinen Weg. Das Votum ging klar zu Gunsten der Mitgliedschaft in der Union aus: „Bei einer hohen Wahlbeteiligung von 72,5 Prozent (entspricht etwa einer Million Wähler) stimmten 66,96 Prozent für und 32,2 Prozent gegen den Beitritt.“¹⁵⁵

Es ist anzunehmen, dass sich die Menschen der historischen Bedeutung bewusst waren, die dieses Votum mit sich brachte. Zu dieser Entwicklung hatte bestimmt auch das Engagement der beliebten und in der Öffentlichkeit angesehenen lettischen Präsidentin Vaira Vike-Freiberga beigetragen.

¹⁵⁵ Auslandsbüro Lettland – Homepage der Konrad Adenauer Stiftung

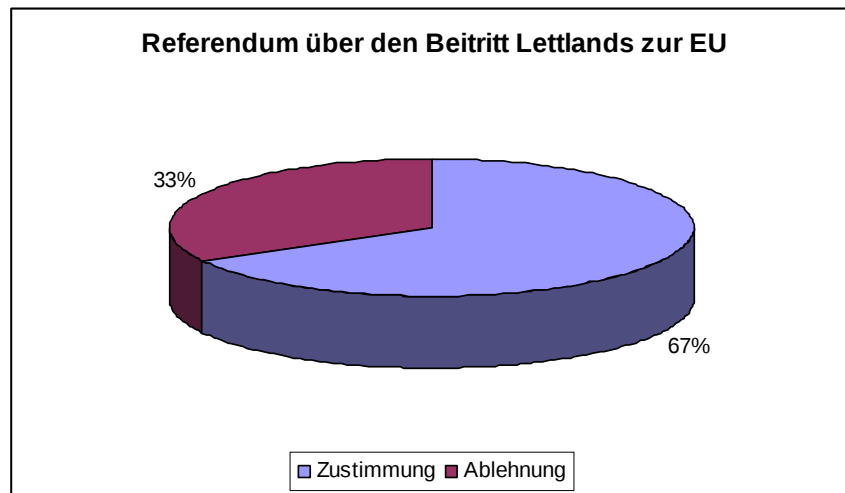


Abbildung: Ergebnis des Referendums über den EU-Beitritt Lettlands. (Darstellung des Autors).

Trotz der deutlichen Zahlen des Referendums hatte es innerhalb der Gebiete des kleinen Landes hohe Abweichungen, jenseits einer errechenbaren Varianz, des Ergebnisses gegeben. Besonders betroffen war davon der Osten des Landes. In der Region *Latgale* stellte sich das Ergebnis nahezu verkehrt proportional dar. Sowohl die geografische Nähe zu Russland, als auch die prinzipielle pro-russische und anti-westliche Einstellung, sowie die Probleme der Region hatten sich im Votum widerspiegelt.

Acht Tage vor dem Europatag des Jahres 2004, am 1. Mai desselben Jahres besiegelte die Europäische Union die größte Erweiterungsrunde in der Geschichte der Gemeinschaft. Gleichzeitig konnten zehn Staaten das Ergebnis ihrer harten Arbeit der vergangenen Jahre sehen. Lettland, ebenso wie die anderen beiden Baltischen Staaten Estland und Litauen, traten aufgrund der Zeitverschiebung schon am 30. April 2004 um 23:00 Uhr Mitteleuropäischer Zeit der Europäischen Union bei.

IV.4. LETTLAND SEIT DEM EU-BEITRITT

Nachdem die drei baltischen Staaten mit sieben weiteren Partnern im Jahr 2004 der Europäischen Gemeinschaft beigetreten sind, hat die EU eine weitere Vergrößerung erfahren. Anfang 2007 sind Bulgarien und Rumänien in die Staatengemeinschaft aufgenommen worden. So groß die Begeisterung für die Mitgliedschaft in der Staatengemeinschaft aussehen mag, Statistiken über die Begeisterung der Mitgliedschaft unter dem Volk bezeugen von einer heranwachsenden Skepsis und Ablehnung.

IV.4.1. Die Wahl zum Europäischen Parlament 2009

Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden in Lettland am 6. Juni 2009 statt. Das Parlament hatte damals insgesamt 736 Sitze, von denen acht für Lettland reserviert waren. Mit dem Vertrag von Lissabon würde die Repräsentanz Lettlands im Europäischen Parlament um einen Abgeordneten bessergestellt sein.

Die Wahlbeteiligung lag in Lettland mit fast 54 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung doch deutlich über dem EU-Durchschnitt, der bei nur knapp über vierzig Prozent lag. Im Vergleich zur vorangegangenen Wahl zum Europäischen Parlament¹⁵⁶ hatten damit im Laufe der fünf Jahre zirka weitere zehn Prozent der Menschen den Weg zu den Urnen gefunden.

Ganz typisch für die hohe Volitilität bei Wahlen in Lettland, veränderten sich die Ergebnisse zur vorangegangenen Wahl massiv. An den ersten beiden Stellen fanden sich zwei neu gegründete Parteien, die eher konservativ zuzuordnende Pilsoniska Savieniba (2008) und die sozialistische Sakanas Centrs (2005). Die Siegerparteien der letzten Wahlen verloren deutlich, und zwei schon 2004 sehr schwach abgeschnittene Parteien erzielten ein ähnlich schwaches Ergebnis. Die extrem EU-kritische Partei Libertas erreichte die fünf-Prozent-Hürde nicht und zog somit nichts in Parlament ein.

¹⁵⁶ Die Wahl zum Europäischen Parlament vor der in 2009 war im Jahr 2004 nur wenige Wochen nach dem Beitritt zur Europäischen Union und lag bei zirka 43 Prozent.

Wahl zum Europäischen Parlament 2009 in Lettland					
Partei	Europa-partei	EP-Fraktion	Stimmanteil	Veränderung	Sitze
Pilsoniskā Savienība	-	EVP	24,3%	+24,3%	2
Saskaņas Centrs	-	S&D / GUE-NGL	19,6%	+14,8%	2
Par Cilvēka Tiesībām Vienotā Latvijā	EFA	Grüne/EFA	9,7%	+1,0%	1
Latvijas Pirmā Partija/Latvijas Ceļš	- / ELDR	ALDE	7,5%	-1,9%	1
Tēvzemei un Brīvībai/LNNK	AEN	ECR	7,5%	-22,3%	1
Jaunais Laiks	EVP	EVP	6,7%	-13,0%	1
Libertas	Libertas	-	4,3%	+4,3%	0
Sabiedrība citai Politikai	-	-	3,9%	+3,9%	0
Latvijas Sociāldemokrātiskā Strādnieku Partija	SPE	-	3,8%	-1,0%	0
Zaļo un Zemnieku Savienība	EGP	-	3,7%	-0,5%	0
Tautas Partija	EVP	-	2,8%	-3,9%	0
Sonstige			4,7%	-5,9%	0
Total			100	-	8
Quelle: http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/de/latvia_de.html#ancre2 (zuletzt: 31.05.2010)					

„Da die beiden stärksten Parteien, PS und SC, keiner europäischen Partei angehörten und auch zuvor nicht im Parlament vertreten waren, war ihre Zuordnung zu den Fraktionen im Europäischen Parlament zunächst unsicher. Während sich die PS schließlich der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) anschloss, teilten sich die beiden SC-Abgeordneten auf: Einer von ihnen wurde Mitglied der linken GUE/NGL-Fraktion, der andere schloss sich der sozialdemokratischen S&D an. Die TB/LNNK war bis 2009 Mitglied der nationalkonservativen Fraktion UEN gewesen war, die sich nach der Wahl auflöste. Stattdessen schloss sich der TB/LNNK-Abgeordnete der neuen konservativen Fraktion ECR an. Der Abgeordnete der LPP, die keiner europäischen Partei angehört, schloss sich der liberalen Fraktion ALDE an, zu

der auch der Parlamentarier der LC gehört hatte, die mit das Listenbündnis mit der LPP eingegangen war.“¹⁵⁷

IV.4.2. Befürworter oder Skeptiker?

Die Unterstützung der EU in der Öffentlichkeit unterscheidet sich von Land zu Land und schwankt im Laufe der Zeit. Laut einer jüngsten Eurobarometer-Umfrage ist die Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU insgesamt in den Ländern am stärksten, die der EU am längsten angehören. In vielen Ländern, die 2004 beigetreten sind, liegen noch keine Ergebnisse vor.

*Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft in Prozent der Befragten, Herbst 2005*¹⁵⁸

<i>Land</i>	<i>Gute Sache (%)</i>	<i>Schlechte Sache (%)</i>
Belgien (BE)	59	14
Tschechische Republik (CZ)	44	11
Dänemark (DK)	56	16
Deutschland (DE)	53	14
Estland (EE)	41	11
Griechenland (EL)	54	12
Spanien (ES)	66	8
Frankreich (FR)	46	15
Irland (IE)	73	6
Italien (IT)	50	17
Zypern (CY)	41	19
LETTLAND (LV)	36	22
Litauen (LT)	57	12
Luxemburg (LU)	82	7
Ungarn (HU)	39	14
Malta (MT)	43	18
Niederlande (NL)	70	12
Österreich (AT)	32	25
Polen (PL)	54	8
Portugal (PT)	58	15
Slowenien (SI)	43	9
Slowakei (SK)	50	7
Finnland (FI)	38	22
Schweden (SE)	39	32
Vereinigtes Königreich (UK)	34	28

¹⁵⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Europawahl_in_Lettland_2009 (Zuletzt: 22.04.2010)

¹⁵⁸ Quelle: Eurobarometer: EU-Skepsis, 2005.

Ende des Jahres 2005 waren mehr als ein fünftel der Bevölkerung kritisch gegenüber der Europäischen Union eingestellt. Es stellt sich die Frage, wo den die Euphorie und die Freude über die Zugehörigkeit zu Staatengemeinschaft geblieben sind.

Unbeantwortet bleibt die Frage, ob die Zeit, die 15 Jahre, die zwischen der Unabhängigkeit und der dem Beitritt lange genug war, damit sich eine Gesellschaft mit eigenen Werten und Vorstellungen herausbilden konnte und die Erfahrungen aus der jüngsten Geschichte verarbeiten konnte. Vor allem die Problematik der Kommunikationsschwächen und Informationsdefizite zwischen den Politiker und der Bevölkerung in Verbindung mit dem Beitritt Lettlands, aber auch anderer Staaten, führte zu einer skeptischen Grundhaltung in der Sache um die EU.

Die Antwort auf die Frage der Skepsis findet sich auf zwei Schienen. Zum einen ist die Gesellschaft Lettlands in ihrer Ausrichtung geteilt. Der russischen Minderheit, die nahezu die Hälfte der Bevölkerung darstellt, gehören auch viele Befürworter einer engen Kooperation mit Russland an und stehen dementsprechend der EU nur sehr kritisch gegenüber.

Der andere Grund ist wohl der, dass die Politik seinerzeit den Beitritt zur Gemeinschaft als ersten Tagesordnungspunkt auf die politische Agenda gesetzt hat. Um die Wichtigkeit dieser politischen Ausrichtung zu bekräftigen, wurden dem Volk auch Sachen versprochen, die später nicht eingehalten werden konnten. Dem Volk wurden Versprechungen gemacht und Hoffnungen geweckt, und letztlich blieb von all dem nur wenig über. Genau diese Kommunikationsschwächen und Informationsdefizite in Verbindung mit den erfahrenen Enttäuschungen fördern natürlich die Skepsis über die Mitgliedschaft. Politiker werben mit großartigen Versprechungen für die Menschen, die sie durch den Beitritt erleben werden, verschweigen aber, dass in Wirklichkeit vor allem in den ersten Jahren nach dem Beitritt schwieriger werden.

Grundlegend verfehlte man es, die Bevölkerung darüber aufzuklären, dass die sofort spürbaren Veränderungen eines Beitritts überwiegend ökonomischer

Natur sind. Zum Vorteil für Geschäftsleute aber durch die nötige und mögliche Anpassung des Preisniveaus auch zum Nachteil der einfachen Bevölkerung.

Als weiteres Beispiel seien die Richtlinien über die Qualität und Prüfung landwirtschaftlicher Produkte angeführt. Während es vor dem Beitritt für vor allem kleinere Landwirte möglich war, auch ihre „nach einfachen Methoden“ hergestellten Produkte frei am Markt zum Erwerb anzubieten, ist dieses nach dem Beitritt nicht mehr so einfach möglich. Produktprüfungen und Gütesiegel müssen den Artikel kennzeichnen. Die dazu nötigen Auslagen für Investitionen an Maschinen und Infrastruktur überschreitet die finanziellen Möglichkeiten des einzelnen Bauern. Wiederum profitieren von der Qualitätsvereinheitlichung und Öffnung nur die großen landwirtschaftlichen Betriebe. Kleinere Höfe können Subventionen anfordern, die zwar einen Teil der Ausgaben decken, jedoch den Status kleinen Bauern zerstören. Dass auch hier die Kritik an der EU-Mitgliedschaft hoch ist, ist zu verstehen.

Allerdings sind auch die offiziellen Löhne nicht in dem Ausmaß gestiegen, wie es zum einen versprochen wurde und zum anderen nicht an der allgemeinen Preisteuerung angepasst. So verdient eine Realschullehrerin mit Diplomabschluss nach über zwanzig Dienstjahren etwa 220 Euro, nach Abzug der Flat Tax von 25 Prozent bleiben netto 165 Euro übrig. Dieses extrem niedrige Lohnniveau steht in krassem Gegensatz zu den Wohn- und Lebenskosten, die seit dem Beitritt erheblich angestiegen sind. So kostete im Mai 2004 ein Mittagessen an einer Kantine außerhalb der Hauptstadt Riga zirka 2,25 Euro, heute bezahlt man für die gleiche Speise knapp unter vier Euro. Der Anstieg stellt nominal einen Wert von nahezu 75 Prozent dar.

Ebenso verhält es sich mit den Miet- und Wohnpreisen. Beruft man sich auf die Annahme, dass ein Mensch dann als unter dem Existenzminimum zu leben gilt, wenn die Wohnkosten nicht mehr als ein Drittel seines verfügbaren Einkommens ausmachen, lebte in Lettland mehr als ein fünftel der Bevölkerung in Armut bzw. zumindest an der Armutsgrenze.

Der Standard veröffentlichte am 10.09.2007 einen Artikel zur hohen Inflationsrate Lettlands.

„Inflation in Lettland auf Zehn-Jahres-Hoch‘

Lettische Regierung kämpft bei einem zweistelligen Wirtschaftswachstum schon lange mit der hohen Inflation.

Riga - Die Inflation in Lettland ist im August auf ein Zehn-Jahres-Hoch geklettert. Die jährliche Teuerungsrate habe bei 10,1 Prozent gelegen, teilte das Lettische Statistikamt am Montag in Riga mit. Als Gründe nannte die Behörde Preissprünge bei Tabak, Heizkosten sowie Instandhaltungskosten im Immobilienbereich. Schon im Juli hatte die Inflation mit 9,5 Prozent an der Spitze der 27 EU-Staaten gelegen.

Die lettische Regierung kämpft bei einem zweistelligen Wirtschaftswachstum schon lange mit der hohen Inflation. Seit dem EU-Beitritt 2004 liegt die Teuerungsrate kontinuierlich bei über 6 Prozent. Vor fünf Monaten hatte die Regierung einen Anti-Inflationsplan verkündet, den Kritiker als unzureichend kritisieren.¹⁵⁹

IV.4.3. Arbeitslosigkeit in Lettland

Arbeitslosenrate in Lettland	
2000	13,7
2001	12,9
2002	12,2
2003	10,5
2004	10,4
2005	8,9
2006	6,8
2007	6,0
2008	7,5
2009	17,1
2010*	20,6
Quelle: http://www.wko.at/statistik/eu/europa-arbeitslosenquoten.pdf (Zuletzt: 12.05.2010)	

Anhand der Statistik lässt sich deutlich erkennen, dass die offizielle Arbeitslosenrate seit dem Beitritt zur Europäischen Union vorerst kontinuierlich zurückgegangen ist. Diese Tendenz hat vielerlei Gründe, vor allem durch den

¹⁵⁹ Der Standard (online): „Inflation in Lettland auf Zehn-Jahres-Hoch“ 10.07.2007

Zutritt zu einem um ein Vielfaches größeren Wirtschaftsraum, konnte dieser Trend einsetzen. Außerdem fanden in Lettland mit dem Beitritt zahlreiche Programme zur Arbeitslosenverringering statt. Zusammen mit der wachsenden Wirtschaftsleistung des Landes und einer Verbesserung in der Handelsbilanz kann tendenziell von einer Verbesserung am Arbeitsmarkt gesprochen werden. Allerdings hatte diese kurzfristige extreme Wirtschaftsentwicklung auch ihre Kosten. Kontinuierlich ist der Wirtschaftsmarkt auch durch bewusste Eingriffe der politischen Akteure überhitzt worden. Mit Einsetzen der Wirtschaftskrise implodierte der Wirtschaftsraum Lettlands. Ausländische Direktinvestitionen blieben aus, die Wirtschaftsleistung schrumpfte. Gleichzeitig explodierte die Arbeitslosenrate und übertraf mit der Prognose für 2010 die zwanzig-Prozent-Marke. Die gesellschaftlichen, aber auch politischen Folgen sind fatal. Mehr Menschen denn je leben an der Grenze des Existenzminimums oder darunter. Und der Unmut über die Europäische Union und die Ansicht über das Scheitern der Staatengemeinschaft ist höher denn je. Die Erholung des Arbeitsmarktes wird wohl noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Im August 2009 sprach der lettische Sozialminister noch von der 200.000-Marke. „Die Arbeitslosigkeit wird in Lettland nach Angaben des Ministers für Soziales, Uldis Augulis, bis Ende des Jahres stark steigen. In einem Fernsehinterview mit dem lettischen Sender LNT äußerte Augulis, dass die Zahl der Arbeitslosen bis Ende des Jahres vermutlich um die 200.000-Marke liegen werde. Gleichzeitig kündigte er jedoch an, arbeitslosen Letten vor allem mit ausländischen Mitteln helfen zu wollen. So soll eine Arbeitsbeschaffung für 100 Lats angeboten werden. Bis Ende des Jahres rechnet die lettische Regierung damit, bis zu 35.000 Menschen mit ihrem Programm unterstützen zu können. Im Rahmen eines weiteren Programms möchte die Regierung Fortbildungen und Weiterbildungen mit 70 Lats im Monat unterstützen.

Ende Juli 2009 gab es nach Angabe der lettischen Agentur für Arbeit 131.000 Arbeitslose.“¹⁶⁰

Mittlerweile – Mitte 2010 sind die 200.000 Arbeitslosen bereits erreicht. Doch langsam soll eine Verbesserung eintreten. Die Wirtschaft erholt sich wieder, wenn man Wirtschaftsforschungsinstituten Glauben schenken darf.

¹⁶⁰ <http://www.lettland-guide.de/news/steigende-arbeitslosigkeit-in-lettland/> (Zuletzt: 13.02.2010)

IV.4.4. Schengen

„Die Schengener Abkommen sind völkerrechtliche Verträge zwischen einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Durch den Amsterdamer Vertrag von 1997 wurden die Bestimmungen von Schengen in den Rahmen der Europäischen Union einbezogen. Das „Schengener Abkommen“ von 1985 beinhaltet den Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Staatsgrenzen.

Seit dem Jahre 1995 wird das Schengener Durchführungsübereinkommen in Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Portugal und Spanien angewendet. Seither gibt es zwischen diesen Staaten freie Fahrt über die Grenzen. Gleichzeitig wurden die Kontrollen an den Außengrenzen verstärkt. Italien und Österreich wenden die Schengener Vertragsinhalte seit 1. April 1998 vollständig an. Das Schengen-Recht gilt nun über EUV und EGV für alle 15 EU-Mitgliedsstaaten, für das Vereinigte Königreich und für Irland allerdings mit einigen Ausnahmen (insbesondere hinsichtlich der Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen). Darüber hinaus sind die Nicht-EU-Mitglieder Norwegen und Island über gesonderte Abkommen eingebunden. Mit der Schweiz wurde der Beitritt zum Schengenland ebenfalls bereits ausverhandelt. Derzeit sind die Grenzkontrollen zwischen Dänemark, Schweden, Finnland, Deutschland, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland, Italien, Österreich sowie Norwegen und Island aufgehoben. Zu den 10 neuen EU-Mitgliedsstaaten werden sich die Grenzen öffnen, sobald diese in der Lage sind, ihre Außengrenzen ausreichend zu sichern.“¹⁶¹

„Die Europäische Union will die Grenzkontrollen zwischen den alten und den neuen EU-Mitgliedstaaten [in der Nacht vom 21. auf den 22. Dezember] abschaffen.

In die Schengenzone sollen Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien und Malta aufgenommen werden.“¹⁶²

¹⁶¹ Europainfo: http://www.europainfo.at/hm_a/detail.asp?show=27

¹⁶² www.oe24.at/zeitung/wirtschaft/article137624.ece

Die Financial Times Deutschland schreibt am 09.10.2007 zu der Außengrenzsituation der EU:

„Ostgrenzen sind der EU noch zu löchrig“

Wenige Monate vor dem geplanten Ende der Grenzkontrollen in Europa haben alle künftigen Mitglieder des Schengen-Raums noch Probleme beim Schutz ihrer Grenzen oder der Vergabe von Visa. Das geht aus einem vertraulichen Bericht hervor, der der FTD vorliegt. Das Dokument, in dem auf 28 Seiten die Defizite der einzelnen Staaten zusammengefasst werden, wurde Ende September von der portugiesischen Ratspräsidentschaft an die anderen EU-Mitgliedsstaaten versandt. EU-Parlamentarier hatten sich mehrfach beschwert, dass die Regierungen die Dokumente nicht veröffentlichen. Die Land- und Seegrenzen zwischen neun 2004 der EU beigetretenen Staaten und dem Großteil der EU sollen kurz vor Weihnachten fallen, die Kontrollen an Flughäfen im Frühjahr 2008 abgeschafft werden.

Nach Angaben von Diplomaten haben die neun künftigen Schengen-Staaten zuletzt ihre Anstrengungen erheblich vergrößert, den Sicherheitsanforderungen des Abkommens gerecht zu werden. Anfang November soll formal von den EU-Innenministern beschlossen werden, ob die Schengen-Erweiterung wie geplant vorangeht und Bürger aus den neuen Mitgliedsstaaten ohne Grenzkontrollen in die alten EU-Mitgliedsstaaten einreisen dürfen.“¹⁶³

IV.4.5. Wirtschafts- und Währungsunion

„Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten führen ihre Wirtschaft nach ähnlichen wirtschaftspolitischen Grundsätzen. Sie stimmen ihre Wirtschaftspolitik aufeinander ab, um unionsweit stetiges Wachstum, mehr Arbeitsplätze und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft zu sichern, die das europäische Sozialmodell bewahrt und den Schutz der Umwelt gewährleistet. Die EU hat eine gemeinsame Währung eingeführt, die von über der Hälfte der EU-Bürger genutzt wird.

¹⁶³ Financial Times Deutschland (online): „Ostgrenzen sind der EU noch zu löchrig“ 09.10.2007

Alle Mitgliedstaaten der EU nehmen an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) teil, die zur wirksameren Integration der Volkswirtschaften der EU-Länder beitragen soll. Als Fahrplan zur Förderung von Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen in einer Union, die von sozialem Zusammenhalt und umweltpolitischer Verantwortung getragen ist, dient das „Paket integrierter Leitlinien“ für die Jahre 2005 bis 2008, das im Juli 2005 verabschiedet wurde.

Dieses Paket enthält eine umfassende makroökonomische, mikroökonomische und beschäftigungspolitische Strategie. Die Mitgliedstaaten erstellen in diesem Rahmen nationale Reformprogramme, wobei sie den steuer- und sozialpolitischen Police-Mix verwenden, der den nationalen Gegebenheiten am besten gerecht wird. Bei der Umsetzung dieser Leitlinien wird der Einbindung regionaler und lokaler Stellen sowie der Zivilgesellschaft große Bedeutung beigemessen.

- *Die einheitliche Währung*

Dreizehn der 27 Mitgliedstaaten sind bei der Integration ein gutes Stück weitergegangen, indem sie eine gemeinsame Währung, den Euro, eingeführt haben: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien und Spanien.

Der Euro kommt sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen zugute. Privatpersonen sparen Kosten, weil sie bei Reisen innerhalb des Eurogebiets kein Geld mehr umzutauschen brauchen. Verbraucher können Preise leichter vergleichen, was den Preiswettbewerb fördert. Den Unternehmen bieten sich darüber hinaus noch weitere Vorteile. So können sie ihr Wechselkursrisiko verringern, da andere Länder eher bereit sind, auf Euro lautende Rechnungen zu akzeptieren, als dies bei den Vorgängerwährungen der Fall war.

- *Einführung des Euro*

Die Einführung des Euro kommt grundsätzlich für alle WWU-Mitglieder in Frage, doch haben sich Dänemark und das Vereinigte Königreich dafür entschieden, den Euro vorerst nicht zu übernehmen; Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Schweden, die Tschechische Republik und Ungarn haben noch keinen Termin für die Euro-Einführung festgelegt. Zwei Länder haben einen Zeitpunkt für die Einführung des Euro festgelegt: Malta und Zypern wollen den Euro am 1. Januar 2008 einführen. Um dieselbe Währung zu haben wie die wichtigsten Handelspartner, größere Glaubwürdigkeit auf den internationalen Finanzmärkten und folglich steigende Investitionsflüsse zu genießen, müssen diese Länder einen gewissen Preis zahlen: Sie haben weniger Kontrolle über ihre Inflation, Zinssätze und Wechselkurse; doch sie sind der Auffassung, dass es sich lohnt, diesen Preis zu zahlen.

Die Einführungskriterien sehen u. a. vor, dass die Wechselkurse zwei Jahre lang vor der Euro-Einführung stabil sein müssen. Erreicht wird dies durch die Teilnahme am Wechselkursmechanismus (WKM), dem die Mitgliedstaaten der EU unabhängig davon, ob sie die Einführung des Euro beabsichtigen beitreten können, um eine Stabilität ihrer Währung gegenüber dem Euro zu gewährleisten. Dem WKM gehören die folgenden sieben Mitgliedstaaten der EU an: Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Malta, die Slowakische Republik und Zypern.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2005 wurde die lettische Währung ‚Lats‘ fest an den Euro zu einem Wechselkurs von $1 \text{ EUR} = 0,702804 \text{ LVL}$ gekoppelt. Die lettische Zentralbank hält den Lats-Wechselkurs in einer Bandbreite von ± 1 Prozent gegenüber dem Euro bis zur Euroeinführung.¹⁶⁴

¹⁶⁴ Homepage der lettischen Zentralbank: www.latvijasbanka.lv (Zuletzt: 09.05.2010)

Neben der Wechselkursstabilität gelten vier weitere Kriterien für die Übernahme des Euro. Sie beziehen sich auf die Zinssätze, das Haushaltsdefizit, die Inflationsrate und die Schuldenquote.

Ursprünglich wollte Lettland den Euro schon 2008 einführen. Nun wurde aber aufgrund der ökonomischen Situation die Einführung nach hinten verschoben. Lettlands Finanzminister Oskars Spurdzinš: „Das einzige Kriterium, das wir nicht erfüllen, ist die Inflation. Die Teuerungsrate zu senken geht aber nicht so schnell. Vor 2011/2012 werden wir es nicht schaffen.“¹⁶⁵

- *Der Stabilitäts- und Wachstumspakt*

Durch die vom Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) auferlegte Disziplin ist gewährleistet, dass die Wirtschaftsentwicklung in der EU und insbesondere im Eurogebiet weitgehend synchron verläuft. Sie sorgt dafür, dass die Mitgliedstaaten keine Maßnahmen treffen, die ihnen ungerechtfertigte Vorteile auf Kosten eines anderen EU-Landes verschaffen würden.

Eine Grundregel des Pakts lautet, dass alle Mitgliedstaaten ausgeglichene Haushalte oder aber Haushaltsüberschüsse aufweisen sollen. Die beiden Eckpfeiler des Pakts sind, dass das Defizit drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und die Schuldenquote sechzig Prozent des BIP nicht überschreiten darf. Von den Mitgliedstaaten wird erwartet, dass sie in „guten Zeiten“, wenn die Haushalte in etwa ausgeglichen sind oder einen Überschuss aufweisen, einen Puffer bilden, um künftige Defizite und Schulden zu vermeiden.

Bei der Überarbeitung des Pakts nach fünfjähriger Erfahrung im März 2005 blieben die beiden Referenzwerte unverändert, doch gelten fortan flexiblere Regelungen, wenn die Defizitschwelle in Zeiten schlechter Konjunktur oder zur Finanzierung von Strukturverbesserungen der Wirtschaft überschritten wird. Außerdem wird den Mitgliedstaaten künftig mehr Zeit für die Korrektur

¹⁶⁵ Standard-Interview mit Oskars Spurdzinš, vom 21.10.2007

übermäßiger Defizite eingeräumt. Bringen sie ihre Wirtschaft jedoch nicht wieder auf Kurs, können ihnen Korrekturmaßnahmen oder gar Geldbußen auferlegt werden.“¹⁶⁶

IV.4.6. Bevölkerungsstruktur

POPULATION BY SEX AT THE BEGINNING OF THE YEAR					
	TOTAL	Males	Females	Males %	Females %
1990	2 668 140		1 427 609	46.5	53.5
1991	2 658 161	1 236 456	1 421 705	46.5	53.5
1992	2 643 000	1 228 610	1 414 390	46.5	53.5
1993	2 585 675	1 198 734	1 386 941	46.4	53.6
1994	2 540 904	1 175 502	1 365 402	46.3	53.7
1995	2 500 580	1 154 321	1 346 259	46.2	53.8
1996	2 469 531	1 138 797	1 330 734	46.1	53.9
1997	2 444 912	1 126 801	1 318 111	46.1	53.9
1998	2 420 789	1 115 483	1 305 306	46.1	53.9
1999	2 399 248	1 105 438	1 293 810	46.1	53.9
2000	2 381 715	1 096 888	1 284 827	46.1	53.9
2000., 31.III	2 377 383	1 094 964	1 282 419	46.1	53.9
2001	2 364 254	1 088 853	1 275 401	46.1	53.9
2002	2 345 768	1 080 116	1 265 652	46.0	54.0
2003	2 331 480	1 073 057	1 258 423	46.0	54.0
2004	2 319 203	1 068 336	1 250 867	46.1	53.9
2005	2 306 434	1 062 918	1 243 516	46.1	53.9
2006	2 294 590	1 057 284	1 237 306	46.1	53.9
2007	2 281 305	1 051 034	1 230 271	46.1	53.9
2008	2 270 894	1 046 904	1 223 990	46.1	53.9
2009	2 261 294	1 043 120	1 218 174	46.1	53.9
Quelle: Central Statistical Bureau of Latvia					

Betrachtet man die Bevölkerungsstatistik Lettlands, so erkennt man sofort zwei Faktoren. Erstens, in Lettland leben durchschnittlich fast zwanzig Prozent mehr Frauen als Männer. Dass es prinzipiell mehr Frauen als Männer gibt, ist in unseren Kulturkreisen keineswegs eine Besonderheit. Allerdings ist die Höhe

¹⁶⁶ http://europa.eu/pol/emu/overview_de.htm (Zuletzt: 09.05.2010)

des Unterschieds relativ groß. Zweitens nimmt die Bevölkerung Lettlands kontinuierlich ab. Das hat wieder in sich zwei Gründe. Zum einen sind es die ökonomischen Grundlagen, die nach 1991 in Lettland vorgeherrscht haben. Mit der großen politischen Unsicherheit und der schwierigen ökonomischen Situation (z.B. Arbeitslosigkeit, ein Phänomen, das es zuvor kaum gab) entschieden sich viele Menschen, entweder erst später Kinder zu zeugen, oder darauf aufgrund der unsicheren Situation gänzlich zu verzichten. Zum anderen führte der Machtwechsel 1991 von sowjetischer in lettische Hand zu einer Emigrationswelle von Russischstämmigen und Ukrainern. Vor allem die Sprachbarrieren, die die rein russisch sprechenden Bevölkerungsanteile traf, aber auch die ungeklärte Frage und systematische Benachteiligung der russischen Minderheit, leiteten eine Emigrationsbewegung ein.¹⁶⁷

Minderheiten

Wie schon in Teil II, Kapitel 2 der Arbeit beschrieben, stellen die Minderheitsprobleme fortlaufend ein Problem in Lettlands Innenpolitik dar. Die Spannungen zwischen den russisch-stämmigen Bevölkerungsteilen und der westlich ausgerichteten Politik existieren nach wie vor. Der Grund ist, dass sich die Regierung auf die lettischen Kulturwerte und Sprache konzentriert, während der russische Teil der Bevölkerung die ihrigen zu behalten versucht.

Verständlich ist der Standpunkt bei näherer Betrachtung von beiden Seiten. Die lettische Bevölkerung hat gewissermaßen Angst vor einem Identitätsverlust, da die russische Minderheit aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke viel Macht und Einfluss hat, wo hingegen der russische Anteil sich nicht verstanden und ausreichend repräsentiert fühlt.

„Lettland ist heute eine gesplante Gesellschaft. Es existiert die von ethnisch-lettischer Kultur dominierte offizielle Gesellschaft, die sich nach außen gerne nordisch folkloristisch zeigt, wobei alles slawisch-östliche bewusst ausgeblendet

¹⁶⁷ Vgl. <http://www.nationsencyclopedia.com/economies/Europe/Latvia.html> (Zuletzt: 31.05.2010)

wird. Mit neu gewonnenem nationalem Selbstbewusstsein bestimmen ethnische Letten trotz ihrer Minderzahl in der Hauptstadt Riga das städtische Bild der Innenstadt. Gleichzeitig existiert in derselben Stadt eine Parallelgesellschaft mit russischer Sprache, Kultur und Gebräuchen, die sich bewusst von der lettischen Kultur isoliert und den offiziellen lettischen Institutionen, ja dem Staat selbst stark misstraut, in dem sie kaum repräsentiert ist. Da diese beiden Gesellschaften zu weiten Teilen voneinander unabhängig sind, können die meisten Menschen beider Gesellschaften überleben, ohne die andere Gesellschaft wahrnehmen zu müssen. Ein kleines Land wie Lettland mit seinen 2,4 Millionen Einwohnern, von denen vierzig Prozent im Großraum der Hauptstadt Riga leben, kann sich auf Dauer eine gespaltene Gesellschaft aber nicht leisten. Irgendwann werden die ungelösten Probleme zurückschlagen - der Riss, der dann durch das Land geht, wird das Land erschüttern. Nur eine lettische Gesellschaft, in der sich alle wieder finden können, wird auch turbulenten Zeiten standhalten können.

Bei der Frage nach der Identität der russischsprachigen Bevölkerung ist es wichtig zu erkennen, dass diese nicht als ethnische Minderheit(en) gleich den im Land lebenden Polen, Litauern, Juden, Deutschen etc. verstanden und behandelt werden kann und auch nicht will. Jeder Versuch, sie durch eine an Förderung von Volkstumskultur und Bräuchen orientierte Minderheitenpolitik zu organisieren, wird scheitern, da sich die russischsprachige Bevölkerung darüber nicht definiert; sie sieht sich gerade nicht als ethnische Minderheit an. Schon aufgrund ihrer Größe verdient sie aber besondere Aufmerksamkeit. Dies heißt aber nicht, dass ihnen deshalb automatisch besondere Rechte erwachsen. Ihre Größe hängt unmittelbar mit der expansorischen Geschichte der ehemaligen Sowjetunion zusammen und kann nicht getrennt davon beurteilt werden. Der unrechtmäßigen Okkupation Lettlands und dem Selbstbestimmungsrecht der Letten muss Rechnung getragen werden.

Ein zunehmender Teil der russischsprachigen Bevölkerung steht der Integration in die lettische Gesellschaft grundsätzlich positiv gegenüber. Viele sind der Meinung, dass die Integration auf persönlicher Ebene oder im Berufsleben bereits funktioniert. Staatenlosigkeit wird zunehmend als ein Nachteil angesehen, während die Verbindung zu Russland - häufig ein Grund, sich

gegen die lettische Staatsbürgerschaft zu entscheiden - schwächer wird. Immer mehr Russen sehen ein, dass die lettische Unabhängigkeit von Bestand ist und es eine Rückkehr in ein russisch dominiertes Lettland nicht mehr geben wird. Auffällig ist aber das immer noch sehr starke Misstrauen gegenüber dem lettischen Staat als Institution. Unter der russischsprachigen Bevölkerung besteht ein Konsens, dass vor allem der Staat die Gesellschaft spaltet. Hier zeigt sich eine gefährliche Negation gegenüber dem lettischen Staatswesen, das nur durch stärkere Partizipation der russischsprachigen Bevölkerung gemildert werden kann.“¹⁶⁸

Der Standard veröffentlichte am 11.10.2007 einen Artikel zur Minderheitenpolitik Lettlands:

„'Spitzenpolitiker empört über Kritik an Sprach- und Minderheitenpolitik'

René van der Linden hatte nach Besuch im Baltikum Verbesserung der Stellung der russischen Minderheit gefordert

Tallinn - Estnische Spitzenpolitiker werfen dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE), René van der Linden, vor, persönliche Interessen in Russland zu haben und deswegen die Regierung in Tallinn wegen ihrer Politik gegenüber der russischsprachigen Minderheit zu kritisieren. Vize-Parlamentspräsidentin und Ex-Außenministerin Kristiina Ojuland bezeichnete Van der Lindens Aussagen am Montag als "im Widerspruch zu den offiziellen Dokumenten des Europarats".

Davor hatten sowohl Staatspräsident Toomas Hendrik Ilves als auch der Vorsitzende des Europa-Komitees des estnischen Parlaments, Marko Mihkelson, Van der Linden verbal angegriffen. Mihkelson deutete an, Van der Linden agiere aufgrund persönlicher wirtschaftlicher Interessen in Russland.

Der niederländische Liberale hatte im September das Baltikum besucht und unter anderem eine Verbesserung der Stellung der russischen Sprachminderheiten in Estland und Lettland gefordert. Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kam kurz danach auch der Kommissar für Menschenrechte des Europarats, der Schwede Thomas Hammarberg. Dieser forderte die Regierung in Tallinn auf, die restriktive Einbürgerungspolitik in Bezug auf in

¹⁶⁸ Franz, Eduard: „Lettlands Beitrag zur EU: 500.000 aliens?: Zur Situation der russischsprachigen Bevölkerung“ Bonn, 2003.

Estland geborene Russischsprachige zu überdenken und Angehörigen der Volksgruppe den bedingungslosen Erhalt der Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Derzeit müssen alle Personen, die nicht Estnisch als Muttersprache haben, trotz Geburt in Estland eine Prüfung ablegen. In Lettland gilt Ähnliches.

Vor knapp zwei Wochen war der UNO-Sonderberichterstatter für Diskriminierung und Rassismus, Doudou Diene, noch weiter gegangen. Diene forderte sogar eine Gleichstellung des Russischen neben dem Estnischen als zweite offizielle Staatssprache. Dafür erhielt der UNO-Vertreter eine lautstarke Schelte von Präsident Ilves, der meinte, Estland brauche sich um derartige "propagandistische Aussagen" nicht zu kümmern.

Ende April hatte die Regierung in Tallinn durch die erzwungene Verlegung eines sowjetischen Kriegerdenkmals entgegen der Warnung von Experten Unruhen in der Hauptstadt und einigen Orten im Osten des Landes vom Zaun gebrochen, bei denen ein 19-Jähriger ums Leben kam und rund 150 Menschen verletzt wurden. Hunderte großteils junge Menschen wurden wegen Plünderungen und Sachbeschädigung festgenommen. Moskau schaltete sich von Beginn an in den Konflikt ein; seither herrscht in den bilateralen Beziehungen zwischen Estland und Russland Eiszeit.¹⁶⁹

Darüber hinaus wurde ein Artikel zur gegenwärtigen Situation der Letten in Lettland geschrieben.

„'Letten - Minderheit im eigenen Land?'

Nach den von Stalin angeordneten Massendeportationen und Überflutung durch Russen schien das lettische Volk verloren - Gorbatschow öffnete den Weg zu neuer Unabhängigkeit.

Mit der Rückkehr der Sowjetmacht nahm die Repression der lettischen Bevölkerung weit größere Ausmaße an als in den Monaten nach der Annexion von 1940. Im Zuge der Zwangskollektivierung waren vor allem die Mittelbauern als "Kulaken" die Opfer der Massendeportationen. Auch an den Teilnehmern des Freiheitskrieges nach dem Ersten Weltkrieg wurde Rache genommen,

¹⁶⁹ Der Standard (Printversion): „Spitzenpolitiker empört über Kritik an Sprach- und Minderheitenpolitik“ 11.10.2007

ebenso an von den Deutschen - oft zwangsweise - rekrutierten Militär- und Polizeiangehörigen.

Die Deportation der Bauern hatte zur Folge, dass der Widerstand der "Waldbrüder" genannten Partisanen, die aus der ursprünglich gegen die Deutschen gerichteten nationalen Résistance kamen, und die in den bäuerlichen Regionen Unterschlupf gefunden hatten, 1949 zerschlagen wurde. Insgesamt dürften den Verfolgungsmaßnahmen 13 bis 17 Prozent der Bevölkerung zum Opfer gefallen sein. Weitere geschätzte 100.000 gelangten als Flüchtlinge in die DP-Lager des Westens und wanderten vorwiegend nach den USA, Kanada, Australien und Großbritannien aus. Durch eine forcierte Industrialisierung wurde die Zusammensetzung der lettischen Bevölkerung sowohl sozial als auch national grundlegend verändert. Innerhalb zweier Jahrzehnte wurde das Verhältnis der Bevölkerungszahl zwischen Land und Stadt umgedreht. 1965 lebten bereits zwei Drittel der Bevölkerung Lettlands in Städten.

Eng im Zusammenhang damit stand die massenhafte Einwanderung von Russen, Weißrussen und Ukrainern. Der Anteil der Letten an der Bevölkerung war von 76 Prozent vor dem Krieg 1989 auf 52 Prozent gesunken. Die "Lettische Sozialistische Sowjetrepublik" war zu einem Staat zweier Nationen geworden, die jedoch nicht mit-, sondern nebeneinander lebten. Die Letten betrachteten die Russen als Eindringlinge und "Kolonialisten", was durch besondere Förderungsmaßnahmen für diese, zum Beispiel beim Wohnungsbezug, noch verstärkt wurde. Die Russen kamen gern, weil die Lebensqualität und die Versorgung im Baltikum immer noch besser war als in den meisten anderen Teilen der Sowjetunion.

Die Tauwetterperiode nach Stalins Tod brachte gewisse Erleichterungen. Die Aufnahmezahlen von Letten in die Kommunistische Partei stiegen stark an - man begann sich zu arrangieren. Auch Führungspositionen in der Partei wurden nun von Letten besetzt.

Ende der Siebzigerjahre begann sich Widerstand wieder zu organisieren, Kontakte zu Auslandsletten wurden wieder möglich. Die KSZE-Schlussakte von Helsinki eröffnete Hoffnungen auf größere Beachtung der Menschenrechte. Erstmals traten Dissidenten der Baltenstaaten gemeinsam auf. Doch die Führung unter Leonid Breschnjew war zu Reformen nicht bereit.

Die Wortführer der Dissidentengruppen wurden zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt. Noch einmal brandete über die baltischen Republiken eine Russifizierungswelle. Erst mit dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow eröffneten sich auch für Lettland neue Perspektiven. Seine Perestroika wurde als Motor der demokratischen und nationalen Emanzipation ausgelegt. Es begann mit Protesten gegen umweltzerstörende Projekte. Gedenkveranstaltungen zu geschichtsträchtigen Daten der jüngeren Vergangenheit fanden großen Zulauf. Und das gemeinsame Singen der alten Volkslieder wurde Ausdruck des gewaltlosen Widerstands, der "singenden Revolution".

Dann folgte die Kritik seitens der Intelligenz, die im Namen von "Glasnost" geschichtliche Wahrheit statt der Propagandalügen forderte. Erstmals wurden die Geheimzusätze des Hitler-Stalin-Pakts in der Sowjetunion veröffentlicht. Und schließlich bildeten sich in allen drei Republiken Volksbewegungen, in Lettland die "Latvijas Tautas fronte", die Volksfront, in der Reformkommunisten, Umweltschützer und Systemgegner zusammenfanden.

Unter dem Druck der Volksfront wurde Pressefreiheit gegeben, Lettisch zur Staatssprache erklärt und in Gesetzen wirtschaftliche Autonomie - immer noch Rahmen der Sowjetunion - praktiziert.¹⁷⁰

Zusammenfassung

Die Betrachtung Lettland beginnt in dieser Arbeit mit den Vorbereitungen zu der Unabhängigkeitserklärung. Als sich der Unmut über das politische System des Kommunismus immer mehr verbreitete, gewannen Organisationen und Institutionen, die sich für die Unabhängigkeit ihres Landes einsetzten schnell an Zulauf. In vier großen Schritten und dem Engagement der Mitglieder von „tautas fronte“ gelang schlussendlich die lang ersehnte Unabhängigkeit. Im Mai 1990 sprach sich das lettische Parlament für ein souveränes Lettland aus. Der Vertrag wurde im August 1991 in Moskau zwischen dem Präsidenten Lettlands und Russlands unterzeichnet. Gleichzeitig mit der Wiedererlangung der

¹⁷⁰ Der Standard (Printausgabe): „Lettin - Minderheit im eigenen Land?“ , 24./25.08.2002

Souveränität nach 35 Jahren unter sowjetischer Herrschaft begannen eine völlig neue Zeit und ein Umbruch in der Politik. Sowohl die Ausrichtung der Politik nach westlichen Mustern als auch der Wirtschaft und des einsetzenden Transformationsprozesses veränderte die Gesellschaft Lettlands nachhaltig. Mit den Veränderungsprozessen konzentrierte sich die politische Elite Lettlands auch auf die Problemkonzentrationen, wie eine erforderliche Minderheitenlösung und die Bekämpfung der Korruption. Mit Disziplin, Kooperation und Vertrauen entwickelten sich die Prozesse so schnell, dass schon sehr bald Gespräche mit der Europäischen Union über eine Mitgliedschaft beginnen konnten. Mit viel Arbeit und jeder Menge Reformen führte der Weg Lettland immer näher zu der nicht von allen Teilen der Bevölkerung ersehnten Staatengemeinschaft. Am 1. Mai 2004 trat Lettland der Europäischen Union bei. Auch wenn die Mitgliedschaft in der EU ist zweifelsohne eine gute und nützliche Sache, von der beide Seiten, sowohl Lettland als auch die anderen Mitglieder profitieren, ist festzustellen, dass nicht alle Menschen in Lettland großartige Freunde der Staatengemeinschaft sind. Ganz im Gegenteil, Lettland verfügte über das „schmalste“ Befürwortungsreferendum zum Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft. Die Situation hat sich bis heute nicht weitgehend verändert, Skeptiker gewinnen weiter an Zuwachs. Grund dürfte sein, dass nicht alle Bevölkerungsteile von dem Beitritt profitieren konnten und die Erwartungen oftmals nicht erfüllt werden konnten. Erst die nächste Generation und die darauf folgenden Generationen werden von den Vorteilen der Mitgliedschaft profitieren können. Momentan sieht die lettische Regierung keinen Anschluss zur WWU vor. Glaubt man dem derzeitigen Finanzminister, so werde Lettland frühestens 2010/2011 den Euro als Währung einführen. Mit dem fehlenden „s“ auf den Banknoten, hat man sich mittlerweile abgefunden. So hatte Lettland gefordert, die Bezeichnung der Währung auf den internationalen Banknoten der Grammatik zu unterlegen und die Bezeichnung „Euros“ bzw. eigentlich „Eiros“ einzuführen – ohne Erfolg.

KAPITEL V: POLEN UNTERWEGS NACH BRÜSSEL

Polen auf dem Weg in die Unabh.
15 Jahre Souveränität
EU-Beitrittsprozess
Polen seit dem EU-Beitritt

V.1. POLEN AUF DEM WEG IN DIE UNABHÄNGIGKEIT

Polen ist ein Land mit einer ebenso großartigen, wie einzigartigen Geschichte, die weit vor Christi Geburt zurückreicht. Die geografische Lage des Landes hat mehrmals in der Geschichte dazu geführt, dass das Land heiß umkämpft war. Vor allem in der Zeit während des Ersten Weltkriegs, des Zweiten Weltkriegs und der Zwischenkriegszeit war Polen ein strategisch wichtiges Fenster in Europa für die militärische Vormachtsstellung der kriegerischen Streitparteien. Schon hier bleibt anzumerken, dass Polen auf der einen Seite als typisch osteuropäisches Land, dem wenig Tribut gezollt und Interesse entgegengebracht wird, gesehen wird, auf der anderen Seite allerdings die enorme Wichtigkeit und die Position inmitten Europas, und nicht etwa auf einem östlichen Endläufer des Kontinents, übersehen wird. Im Laufe des weiteren Ausführungen über die Geschichte Polens bleibt es wohl die Ironie des Schicksals, dass das Herrschaftshaus Habsburg-Lothringen Polen bei der Unterdrückung von den Preußen und Russland unterstützte, und somit eine Basis für die spätere Unabhängigkeit zu Ende des Ersten Weltkrieges förderte.

V.1.1. Historische Grundlagen bis 1945

Polen war während des Ersten Weltkrieges in die Position eines Puffers zwischen den westlichen Mächten, also den Kaiserreichen Deutschland und Österreich-Ungarn und Russland geraten, und war sogleich ein Spielball der

beiden westlichen Mächte. Norman Davis¹⁷¹ beurteilt die Anerkennung Polens als souveränen Staat von den Westmächten als Farce gegen Russland. Die Anerkennung hatte nie reale politische Werte erreicht, da aufgrund der Kriegssereignisse Polen diese niemals auch in ihrer politischen Öffentlichkeit ausleben konnte. Schon 1916 hatte das Deutsche Reich das Königreich Polen¹⁷² ausgerufen.

Allerdings endete der Erste Weltkrieg 1918 mit der Niederlage der Teilungsmächte. Polen konnte zu diesem Zeitpunkt seine Unabhängigkeit wiedererlangen und rief am 7. Oktober 1918 seine Souveränität aus. Ein Jahr später, 1919, im Vertrag von Versailles wurde Polen als unabhängige Republik auch offiziell in internationalem Rahmen anerkannt. Dies war die Geburtsstunde der Zweiten Republik.¹⁷³ Polen war sogleich Gründungsmitglied des Völkerbunds geworden.

Der Start in die Zeit der Zweiten Republik erwies sich als sehr schwierig und vordergründig vom inneren Aufbau geprägt. Die Verlassenschaften der drei Mächte, die während des Ersten Weltkriegs im Polen ihre Spuren hinterließen, sowie die umfassenden Zerstörungen aus dieser Zeit brauchten viel Anstrengung und Kraft. Das politische System musste von den Einflüssen bereinigt und größtenteils neu strukturiert werden. Doch auch zwischenstaatliche Probleme traten allmählich auf. In einigen Fragen waren die Grenzziehungen nicht festgelegt worden. Dies führte schon zu Beginn dieses Zeitfensters zu Konflikten mit Nachbarstaaten.

Der Verfassungstext der Verfassung von 1921¹⁷⁴ sieht einen schwachen Präsidenten vor. Dies ist wohl auch daraus zu erklären, dass man aufgrund der personenbezogenen Ereignisse in der Geschichte und das übergroße Machtpotenzial einer einzigen Person deutlich eindämmen wollte. Dies ist auch gelungen, denn bis 1926 hatte die Zweite Republik Polens auch tatsächlich

¹⁷¹ Davies, Norman: God's Playground. A History of Poland. Volume II. Oxford University Press, Oxford, 2005.

¹⁷² Offizieller Name Polens laut den Vereinbarungen am Wiener Kongress

¹⁷³ Zweite Republik Polens: Nach Proklamation der Souveränität nach dem Ersten Weltkrieg (1918) bis zum Überfall von Nazi-Deutschland auf Polen (1939).

¹⁷⁴ Quellen: Gesetzblatt der Republik Polen, Nr. 44 Pos. 267. Jahrbuch des öffentlichen Rechts, Band 12 S. 300ff, Mohr Verlag 1922/23. Wojewodschaft Schlesien (Verfassungsgesetze, Gerichtswesen, einige andere Gesetze und Verordnungen). Warschau 1922.

keinen Präsidenten. Der Staat wurde durch die Regierungen geführt, diese allerdings zeigten sich nicht besonders durch Stabilität und Stärke aus. Auch das politische System und die Arbeit im Sejm musste neu strukturiert und „erlernt“ werden. Nichtsdestotrotz waren Polen schon damals auf bilateraler diplomatischer Ebene aktiv. Schon in den frühen Jahren der Zweiten Republik konnte Polen ein gutes und nachhaltiges Verhältnis zu Großbritannien und Frankreich aufbauen. Das Interesse einer engen Kooperation existierte auf beiden Seiten: Großbritannien und Frankreich waren daran interessiert, Polen als Bündnispartner zu gewinnen, ebenso wie Polens Interesse an dominanten Partnern in Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus und der Sicherheit groß war.

Die Zwischenkriegszeit war aber nicht nur von internen Problemen und der Aufbauarbeit, sondern auch von außenpolitischen Konflikten geprägt. Umgeben von den beiden europäischen Großmächten, Deutschland im Westen und Russland im Osten, gab es in Fragen der Grenzziehung und der Minderheitenbehandlung großes Konfliktpotenzial, das auch zu militärischen Auseinandersetzungen geführt hat. Die Ergebnisse derer sind aber für die weitere Geschichtsschreibung des Landes als irrelevant einzustufen, sie seien nur der Vollständigkeit halber und zwecks des besseren Verständnisses der Umstände während der Zwischenkriegszeit erwähnt.

Vor dem Zweiten Weltkrieg unterzeichneten Polen und Deutschland einen Vertrag, der den militärischen Überfall eines Landes auf seinen Nachbarn vermeiden sollte. „Die deutsch-polnische Erklärung, gelegentlich auch als Piłsudski-Hitler-Pakt bezeichnet, wurde am 26. Januar 1934 von Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath im Namen der Regierung des Deutschen Reiches unter Hitler und dem Botschafter in Berlin, Józef Lipski, im Namen der Regierung der Republik Polen unter Marschall Piłsudski in Berlin unterzeichnet.“¹⁷⁵

Dieses Dokument, das seine Gültigkeit für zehn Jahre halten sollte, war dazu gedacht, auch zu einer Stabilisierung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten, vor allem in Fragen der Grenzziehungen und der

¹⁷⁵ http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsch-polnischer_Nichtangriffspakt (Zuletzt: 14.03.2010)

Minderheitenprobleme mit den Deutschen zu führen. Die dramatische Wende der „guten Beziehungen“ zu Deutschland erfolgte kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. „Der Vertrag wurde am 28. April 1939 einseitig von Deutschland gekündigt.“¹⁷⁶ Wenige Wochen später, am 1. September 1939 erfolgte in den frühen Morgenstunden der Überfall von Deutschland auf Polen. Als Vorwand wurde bekanntgegeben, polnische Soldaten hätten im polnisch-deutschen Grenzgebiet auf deutsche Soldaten geschossen. Aus späteren Erkenntnissen weiß man, dass es sich hierbei ausschließlich um einen Vorwand gehandelt hatte, und der Überfall in der narratierten Form niemals stattgefunden hatte.¹⁷⁷ Wie durch eine Kettenreaktion traten auch Frankreich und Großbritannien in den Krieg ein, später Russland und die Vereinigten Staaten von Amerika.

Polen war währenddessen von den Deutschen großräumig eingenommen worden. Ziel war es, „Lebensraum im Osten“ zu schaffen. Dazu folgte die deutsche Armee dem Prinzip der „Entpolonisierung“. Millionen Menschen wurden vertrieben bzw. deportiert. Reichsminister Hans Frank¹⁷⁸ formulierte die Ziele in Polen folgendermaßen¹⁷⁹:

- Die Ausschaltung und Vernichtung der polnischen Intelligenz
- Die Vorverlegung der deutschen Ostgrenze und die Erweiterung des „Lebensraums im Osten“
- Die Stärkung der deutschen Kriegswirtschaft durch rücksichtslose Ausbeutung des Arbeitskräftepotenzials und der materiellen Ressourcen Polens

Auf der anderen Seite kämpfte man in Polen gegen Russland. Nachdem Russland im Winterkrieg 1939/40 gegen Finnland erfolgreich die Grenze überschreiten konnte, konzentrierten sich die russischen Militärs in weiterer Folge aus strategischen Gründen mehr um Polen. Das Land war gespalten

¹⁷⁶ Gottfried Schramm: Der Kurswechsel der deutschen Polenpolitik nach Hitlers Machtantritt. In: Roland G. Förster (Hrsg.): „Unternehmen Barbarossa“. Zum historischen Ort der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis Herbst 1941. München 1993, ISBN 3-486-55979-6, S. 23–34.

¹⁷⁷ Vgl. Manfred Raether: Polens deutsche Vergangenheit. Schöneck 2004, ISBN 3-00-012451-9. (Neuausgabe 2008 als e-Buch).

¹⁷⁸ Deutscher Nationalsozialist. 1900 in Köln geboren, 1946 bei den Nürnberger Prozessen zum Tode durch den Strang verurteilt.

¹⁷⁹ http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Polens#1914.E2.80.931918:_Polen_im_Ersten_Weltkrieg (Zuletzt: 14.03.2010)

durch die beiden Mächte, die die territoriale Bedeutung Polens einzuschätzen wussten und rücksichtslos im eigenen Interesse handelnd, Polen angriffen. Auch von russischer Seite kam es zu Vertreibungen und Verhaftungen. „(...) die Polen, die unter sowjetische Herrschaft geraten waren, waren von Gewaltmaßnahmen (ebenso, Anm.) betroffen. Man schätzt, dass ungefähr 1,5 Millionen ehemalige polnische Bürger deportiert wurden (...). 300.000 polnische Soldaten gerieten in sowjetische Kriegsgefangenschaft, nur 82.000 von ihnen überlebten. Ein Großteil der Offiziere wurde durch sowjetische Truppen 1940 bei Katyn¹⁸⁰ und in den Lagern von Starobielsk, Kozielsk und Ostaszków erschossen.“¹⁸¹

Warschauer Aufstand

Am 1. August 1944 forderte die mittlerweile nach Großbritannien übersiedelte „Exilregierung“ die Menschen in Polen zum „Warschauer Aufstand“ auf. Der Erfolg dieses Ereignisses hielt sich allerdings in Grenzen. Die Unterstützung Russlands blieb aus, da die militärischen Einheiten an anderer Stelle für die Interessen Russlands kämpften und die Hilfe der Westalliierten konnte nicht zustande kommen, da sich die Soldaten zu weit entfernt von Warschau befanden. „So konnten deutsche Truppen die größte europäische Erhebung gegen die Okkupanten niederschlagen. Die Zahl der Toten wird auf 180.000 bis 250.000 geschätzt. Dabei wurde die Innenstadt Warschaus unter großem Einsatz an Sprengmaterial von der Wehrmacht akribisch Haus für Haus dem Erdboden gleichgemacht.“¹⁸²

¹⁸⁰ Katyn belastet bis heute das Verhältnis zwischen Polen und Russland. Das Massaker wurde im Frühling 1940 aufgrund eines von Sowjet-Diktator Josef Stalin unterzeichneten Befehls zur Exekution von „Nationalisten und konterrevolutionären Aktivisten“ aus den besetzten Gebieten Polens verübt. Die Opfer zählten zur Elite Polens, waren Intellektuelle, Polizisten, Reservisten und Offiziere, die 1939 von der Roten Armee interniert worden waren. Sie wurden zwischen 3. April und 19. Mai 1940 vom sowjetischen Geheimdienst NKWD mit Kopfschüssen hingerichtet. Die genaue Zahl der Opfer ist nicht bekannt, es dürften an die 30.000 gewesen sein.

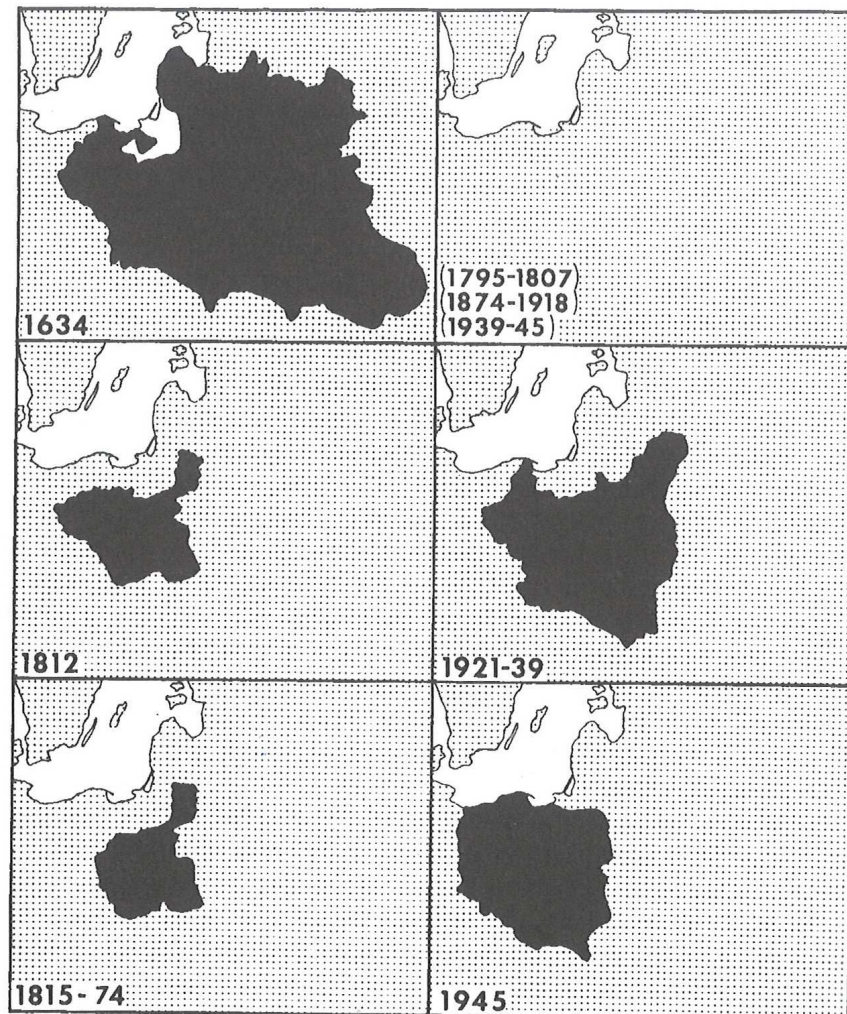
Erst 1990 gestand die Sowjetunion die Schuld am Massaker von Katyn ein. Zuvor machte Moskau das NS-Regime dafür verantwortlich.

¹⁸¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Polens#1914.E2.80.931918:_Polen_im_Ersten_Weltkrieg (Zuletzt: 23.03.2010)

¹⁸² <http://www.ostseepommern.de/poleninfos/geschichte/index.html> (Zuletzt: 06.06.2010)
http://de.wikipedia.org/wiki/Polen#Teilung.2C_Unterdr.C3.BCckung_und_Kampf_um_die_Unabh.C3.A4ngigkeit

Von der deutschen Besatzung in die kommunistische Diktatur

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verließ die Verlierermacht Deutschland das polnische Territorium. Bei der Potsdamer Konferenz 1945 wurden die Grenzen des Landes neu gezogen, und grob gesagt nach Westen verschoben. Teile der Ukraine und Weißrusslands gingen wieder verloren, dafür entstand eine neue Grenzlinie näher an Deutschland. Mit dem Ende der deutschen Besatzung war allerdings nicht die eigenständige Ruhe in Polen, die man sich gewünscht hatte, eingeleitet. Es folgte eine kommunistische Diktatur unter dem Regime der Sowjetunion. Polen trug die Bezeichnung „Volksrepublik“.



Map 18. Poland's Changing Territory

Abbildung: Davies, Norman: God's Playground. Seite 366.

V.1.2. Geschichtliche Entwicklungen nach 1945 bis 1989

Die Jahre der Volksrepublik Polen von 1944 bis 1989 und sowjetischer Herrschaft lassen sich in verschiedene Perioden einteilen. Davies¹⁸³ schreibt in seinem Werk „God’s Playground“, der Beginn der sowjetischen kommunistischen Diktatur habe mit einer Phase, die von 1944 bis 1948 reichte, angefangen, die als die Periode der Implementierung und Konstruktion einer „Kommunistischen Volksrepublik“ zu bezeichnen wäre. Ihr folgte die Zeit der Übertragung des Stalinismus, von 1948 bis 1956. Über Polen kann gesagt werden, schon sehr früh ein „nationales kommunistisches Regime“ gehabt zu haben. Diese Periode setzt mit 1956 ein und hielt bis zum Ende des Kommunismus in Polen an.

Für die zirka 1980 einsetzenden Prozesse, die letztlich Polen in eine völlig neue, andere Position führten sollte, und somit eine beispiellose neue Erfolgswegung begründen sollte, spielten vor allem die folgenden zwei Faktoren eine bedeutende Rolle.

Zum einen waren die Folgen des politischen Systems in Polen unter sowjetischer Herrschaft äußerst diversifiziert und für einen Teil der Bevölkerung untragbar. Während von Außen der Schein erhalten blieb, dass das kommunistische System keine Klassen und die Gleichheit aller vorsah, erlebte die Bevölkerung der Volksrepublik Polen ein System einer Zweiklassengesellschaft, bestehend aus denen, die für die Partei arbeiteten und somit das Land führten, und denen, die geführt wurden. Unabhängige Marxisten sollen diese als die „Unterdrücker“ und die „Unterdrückten“ bezeichnet haben.¹⁸⁴ Im Übrigen lässt sich festhalten, dass dieses nicht auf der Gleichheit des Bürgers basierenden Systems ein typischen Phänomen aller kommunistischen Diktaturen war. Zumindest in den späten Jahren der kommunistischen Systeme.

¹⁸³ Davies, Norman: God’s Playground. A History of Poland. Volume II. Oxford University Press, Oxford, 2005

¹⁸⁴ Vgl. Davies, Norman: God’s Playground. A History of Poland. Volume II. Oxford University Press, Oxford, 2005. Seite 478.

Den zweiten Faktor stellten die Immigranten dar. Die Exilregierung trug ihres dazu bei, Migrationen zu ermöglichen, und vor allem in den 1970er und 1980er Jahren sahen sich die Entscheidungsträger der Exilregierung am Höhepunkt der Einwanderungspolitik in Polen. Die Migranten wurden dahingehend unterstützt, sich ausgezeichnet organisieren und integrieren zu können. Darüber hinaus unterstützte die Mehrzahl derer, die oppositionellen Bewegungen in Polen. Letztlich entstand so etwas, wie eine kleine Interpendenz. Die Opposition zählte auf die Migration und die Migration unterstützte die Opposition.

V.1.3. Solidarnosc

Zehn Jahre der Anstrengungen, Bemühungen, Gefahren und Risiken aber auch gleichzeitig der Hoffnung und Kraft, des Widerstands und der Erinnerung an eine Zeit der Unabhängigkeit, an das Gefühl der Freiheit, an den Wind von Selbstbestimmung, der in Polen – noch gar nicht allzu lange her – schon einmal wehte, nämlich während der zwanzig Jahre von 1919 bis 1939, in denen Polen als souveräner Staat existierte, musste das polnische Volk mit unzähligen Höhepunkten und Tiefschlägen durchstehen. Nur wenige andere Nationen erlebten ähnliches, was Polen zwischen dem Sommer von 1980 und dem Herbst von 1990 widerfuhr. Zu Beginn des Jahrzehnts waren das Land noch gänzlich vom Kommunismus geprägt und der sowjetischen Diktatur unterstellt. Am Ende war es ein freies Land. Zehn Jahre und eine Bewegung, die den Zusammenhalt in der Bevölkerung wie keine andere förderte und Polen in der Geschichtsschreibung unabkömmlich gemacht hat.¹⁸⁵

Die Periode der Solidarnosc lässt sich strukturell und aufgrund ihrer Handlungsweisen in drei Phasen einteilen.¹⁸⁶

¹⁸⁵ Vgl. <http://www.solidarnosc.gov.pl/index.php?document=49> (Zuletzt: 13.04.2010)

¹⁸⁶ Vgl. Davies, Norman: *God's Playground. A History of Poland. Volume II.* Oxford University Press, Oxford, 2005. Seite 482

Von 1980 bis 1981 als unabhängige Bewegung der Solidarität. Bemerkenswert ist die Einzigartigkeit einer solchen unabhängigen Organisation in der gesamten Geschichte der Sowjetunion.

Die Jahre von 1981 bis 1983, als das kommunistische System versuchte, unter Anwendung von militärischer Gewalt, die Solidarnosc-Bewegung zu unterdrücken und ihre Gallionsfiguren zu entmachten.

Ab 1983 bis 1990 scheiterten die militärischen Einheiten kläglich, die kommunistische Ordnung mit bewaffneten Mitteln wiederherzustellen. Ebenso wie der Versuch, mittels einer Partnerschaft mit der Solidarnosc zu begründen, um so mehr Stabilität in Land zu erreichen.

Das Ergebnis war jedenfalls genau das Gegenteil, als gewünscht war. Das kommunistische System kollabierte in der Folge.¹⁸⁷

Zu Beginn der Bewegung stand eine Streikwelle, die 1980 ihren Ursprung fand. Grund für die sich sehr rasch landesweit ausweitenden Streiks war die Erhöhung des Fleischpreises im August des genannten Jahres. Ein weiteres Schlüsselerlebnis war der Streik in Folge der Entlassung einer Kranführerin in der Leninwerft im ebendiesem Monat. Ihr Name war Anna Walentynowicz, die bereits Bekanntheit bei den Protesten in den 70er Jahren erreichte.

Aus einer Vielzahl anderer Faktoren und dieser beiden Schlüsselerlebnisse entstand also im Sommer 1980 die Arbeiterbewegung, die in der Gewerkschaft „Solidarnosc“ (zu deutsch: Solidarität) ihren Ursprung fand. Diese organisierte Bewegung fand Sympathisanten und Unterstützer in der katholischen Kirche, deren Bedeutung in Polen auch während des kommunistischen Regimes keinesfalls unterschätzt werden darf, sowie von einer Reihe bekannter regimiefeindlich eingestellter Intellektueller, die die kommunistische Regierung noch nicht beseitigen konnte. Das wohl derzeit interessanteste Moment ist, dass aus der reinen Arbeiterbewegung eine Form des organisierten Widerstands gegen das Regime entstand, die alle Schichten der Gesellschaft miteinschloss.¹⁸⁸

¹⁸⁷ Vgl. de.wikipedia.org/wiki/Solidarność (Zuletzt: 13.03.2010)

¹⁸⁸ Vgl. <http://www.solidarnosc.gov.pl/index.php?document=49> (Zuletzt: 13.04.2010)

Erstmals – und einzigartig – in der Geschichte der Sowjetunion wurde in Polen ein betriebliches Streikkomitee gegründet. Und bei allem Anfang der Solidarnosc darf ein Name nicht fehlen: Lech Walesa. Er war mit Beginn der Bewegung an, ab dem 17. September 1980 der Vorsitzende. Unter seiner Führung wurde ein überbetriebliches Streikkomitee¹⁸⁹ eingeführt. Man hatte aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und wollte diese nicht wiederholen. Der Streik wurde nicht – wie ursprünglich vereinbart – schon nach wenigen Tagen wieder beendet, sondern er wurde fortgesetzt, um die Sicherstellung der Umsetzung der neuen Vereinbarungen nicht zu gefährden, wie das zuvor bereits passiert war.

Die Liste der Forderungen war lang. Sie enthielt 21 Punkte, die nicht nur aus politischen und sozialen Anliegen bestand, sondern darüber hinaus vor allem die Gründungsmöglichkeit und die unabhängige Stellung von Gewerkschaften zusichern sollte, ebenso wie das Recht zu streiken, Recht der freien Meinungsäußerung und der Zugang zu Medien sollten garantiert werden. „Im Danziger Abkommen vom 31. August 1980 wurde dem von Regierungsseite nach langen Verhandlungen stattgegeben, in der folgenden Zeit formierte sich die unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaft ‚Solidarität‘.“¹⁹⁰

*„Wir organisieren eine Okkupationsstreik“ Jerzy Borowczak am 14.
August 1980¹⁹¹*

Im Unterschied zu den Streiks, die Polen bis dato kannte, war der Streik in der Gdansk'a Leninwerft ganz anders. Der Streik war als Okkupationsstreik organisiert und von den Organisatoren so kontrolliert, dass sie die offiziellen Staatmächte daran hindern konnten, sich entweder in das Streikgeschehen einzumischen oder gar dieses mit militärischer Gewalt zu unterbinden. Darüber hinaus kam es erstmals dazu, dass sich mehrere regionale Betriebe solidarisch zeigten, und sich dem Streik anschlossen.

¹⁸⁹ Międzyzakładowy Komitet Strajkowy

¹⁹⁰ <http://de.wikipedia.org/wiki/Solidarno%C5%9B%C4%87>

¹⁹¹ <http://www.solidarnosc.gov.pl/index.php?document=49>

In der ersten Periode, der freien Aktivität, die bis zum 12. Dezember 1981 andauerte, wuchs der Einfluss, sowie die Macht der Solidarität. Binnen weniger Monate entwickelte sich die soziale Bewegung zu einer landesweiten Organisation, die alle Menschen aufnahm und unterstützte, die sich unzufrieden mit der Diktatur der Partei zeigten.

Am Ende 1980 wurde die Solidarnosc auch offiziell anerkannt und von den Gerichten geschützt. Was folgte, war eine einmalige Erfolgsstory für eine soziale „Widerstandsbewegung“ eines der Sowjetunion angehörigen Gebiets. Die ursprüngliche Gewerkschaft wurde immer mehr zu einem politischen Instrument und erfreute sich immer höherer Mitgliederzahlen. Der Höchststand erreichte eine Zahl von 9,5 Millionen Mitgliedern. Besonders erwähnenswert scheint zu sein, dass selbst Mitglieder der kommunistischen Partei Polens auch Mitglied bei der Solidarnosc waren. Man geht von einer Zahl bis zu einer Million Menschen aus.¹⁹²

Nun, der große Erfolg der Solidarnosc hatte gleichermaßen auch Probleme mit sich gebracht. Das so perfekt scheinende Auftreten des kommunistischen Regimes und die totalitäre Reputation wurde angekratzt. Die Solidarnosc-Bewegung hatte es in kürzester Zeit geschafft, Massen an Menschen an die Bewegung zu binden und die Ziele Moskaus für die Satellitenregionen zu untergraben. Folgedessen war klar, Moskau hatte entscheiden müssen, die Solidarnosc einzuengen oder bestenfalls gänzlich zu unterbinden.

Das Jahr 1981 sollte auch eine maßgebliche Veränderung in der Solidarnosc-Bewegung bringen. Im Frühling des Jahres führte die sogenannten „Bydgoszcz-Affäre“ zu Spannungen innerhalb der Solidarnosc und ihrer Anhänger. In Verhandlungen mit den Sowjets wurden der Ansicht der Mitglieder der Solidarnosc zu große Zugeständnisse gemacht und die Menschen fingen an, die Verwirklichung der Ziele der sozialen Bewegung in Frage zu stellen. Der Hintergrund war aber viel komplexer, als dies öffentlich bekannt war. Lech Walesa stand unter großem Druck. Das kommunistische Regime drohte mit

¹⁹² Holzer, Jerzy: Solidarität. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, Verlag C.H. Beck, München 1985.

einem militärischen Vorgehen gegen die Solidarnosc, sollte diese sich weiter so präsentieren, wie bis dato. Wenn also Walesa scheinbar gegen die Interessen der Bewegung gehandelt hat, so tat er dies nur, um das soziale Engagement nicht zu gefährden. Die Solidarnosc zählte zu diesem Zeitpunkt nahezu zehn Millionen Mitglieder.

Doch das Jahr war auch aus ökonomischer Sicht sehr schwierig. Und es scheint, als sei es die Ironie des Schicksals, dass gerade die ökonomischen Probleme und die daraus resultierenden Folgen, den Boden für die weitere Entwicklung der politischen Situation in Polen nährte. Die leeren Nahrungsmittelgeschäfte blieben nahezu den ganzen Tag über wegen des Mangels an Waren geschlossen. Familien stellte sich stundenlang für ihre Lebensmittelrationen an, die Schlangen vor Tankstellen erreichten kilometerlange Ausmaße. Die Solidarnosc entsandte Organe, die für Ruhe und Ordnung vor den Geschäften sorgen sollten. Und tatsächlich, die unbewaffneten Guards der Solidarnosc konnten Ausschreitungen erfolgreich vermeiden.

Zu dem Zeitpunkt ungeahnte Ausmaße für die politische Entwicklung nahmen auch die sogenannten „Brotschlangen“ an. Die Menschen mussten sich in langen Schlangen vor Geschäften und Ausgabestellen für den Erhalt ihrer Brotration anstellen. Keiner der damaligen politischen Führer hätte jemals auch nur geahnt, welche Synergieeffekte dadurch entstanden waren und welche Folgen eben dieser misswirtschaftliche Zustand mit sich brachte. Hätte das kommunistische Regime die Auswirkungen absehen können, hätte sich zweifelsohne radikal darauf reagiert. Aber es fiel keinem auf, was da auf den Straßen in den Schlangen passiert. Und wahrscheinlich doch nicht einmal den Menschen selbst. Dennoch, heute ist unumstritten, was die Brotschlangen für das polnische Volk für Folgen hatte. „Das Anstellen wurde zu der größten politischen, sozialen und historischen Veranstaltung, der die Polen jemals beigewohnt hatten.“¹⁹³ Unglaubliche Synergieeffekte und neue Gefühle entstanden durch die tägliche Tortour, stundenlang, bei Regen und

¹⁹³ Vgl. Davies, Norman: God's Playground. A History of Poland. Volume II. Oxford University Press, Oxford, 2005. Seite 489.

Sonnenschein, Kälte und Hitze, Sturm und Hagel angestellt zu sein, um eine Ration Fleisch oder Brot erhalten.

In jeder Stadt oder jedem Dorf des gesamten Landes, standen Menschen Tag für Tag mehre Stunden zusammen in Schlangen und redeten ebenso über nichts wie über alles. Und es veränderte die Menschen. Aus ihrer vorsichtigen, eingeschüchterten und abgebrühten Art wuchs ein Zugehörigkeitsgefühl und Solidaritätsempfinden empor, wie es das bisher nicht gegeben hatte. Die Menschen unterhielten sich über ihre Familien, den Krieg, den Stalinismus, die zensurierte Information aus Medien, und was sie dachten, tatsächlich der Wahrheit entsprechen würde. Und sie sprachen erstmals öffentlich über die Greueltaten und Korruption in dem regierenden System.

Eines steht aus heutiger Sicht fest. Keine Organisation, keine Veranstaltung, kein organisierter Widerstand hätte diese Phänomene mit sich gebracht. Durch das lockere Verhältnis und das gemeinsame nahe Schicksal, das den Menschen widerfuhr, waren sie erst bereit gewesen, auch untereinander auszutauschen, was sie sich bereits dachten: Die Kritik am System. Möglich wurde es eben durch diese Rahmenbedingungen, dass es sich um keine offiziellen Veranstaltungen handelte und dass es keinen offiziellen Aufruf von Seiten der Politiker, denen man ohnedies nicht vertraut hätte, gab, noch diese Tendenz von Intellektuellen eingeleitet wurden, von denen man sich wahrscheinlich wegen des Missverständnisses und anderer Differenzen abgewandt hätte. Erst der Eindruck, dass es sich um private und eben nicht öffentliche Gespräche handelte, machte daraus das, was sie wurden und was sie verdienten. Und es manifestierte sich die Idee in den Köpfen der Menschen, das zum einen das Regime nicht so toll war, wie es sich selbst darstellte und zum anderen, das man mit dieser Meinung nicht alleine dastand.

Nichts hätte ätzender für die Position der Partei sein können. Selbst die Zensur hätte in dieser Situation – auf der Straße in persönlichen Gesprächen unbeachtet – nicht irrelevanter sein können. Nach knapp 35 Jahren des sogenannten sozialistischen Fortschritts, konnte nun jeder sehen, fühlen und verstehen, dass das kommunistische Regime gescheitert war.

Der Herbst des gleichen Jahres verlief politisch erfolglos. Ein Versuch, eine Art Machtdreieck zu schaffen, zwischen der Partei, der Kirche und der Solidarnosc

verlief ohne Ergebnis. Die diskutierenden Parteien sparten nicht mit gegenseitigen Anschuldigen, wer denn die Verantwortung für das Scheitern der Gespräche übernehmen solle. Aus der Sicht der Einheitspartei stellte die Solidarnosc unmögliche Forderungen, im Gegenzug dazu warf diese der Partei Sturheit und Unwilligkeit zur Kompromisssschließung vor. Außerdem hatte ein Einsatz der Polizei die Gespräche zu einem abrupten Ende geführt. Während einer Solidarnosc Kundgebung schritt die Polizei mit hoher Gewalt gegen die Kundgeber ein, störte somit die Aktivitäten der sozialen Bewegung. Die Spannungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Solidarnosc stiegen weiter an. Verhandlungen über mögliche Auswege und Kooperationen verliefen allesamt im Sand.

Ein britischer Autor beschrieb die politische Lage folgendermaßen: „Ein politischer Coup war am brauen. Und Polen würde niemals wieder zu dem Status von vor 1980 zurückkehren können. Vieles würde nun dieser Tage vom Handeln der Sowjetunion abhängen, die in einem Dilemma zwischen der realen Situation und ihrer Intention steckte. Falls die Sowjetunion eine bewaffnete Intervention durchführen würde, könnte sie Polen für beschränkte Zeit wieder unter ihre Herrschaft bringen, gleichzeitig aber die Verärgerung des polnischen Volkes zu spüren bekommen und dessen Unterstützung für immer verlieren. Falls sich die Sowjetunion allerdings entschiede, ihre Waffen zurückzuhalten und weiter abzuwarten, gäbe es keinen Weg mehr für die Polnische Partei, ihr alte Position wiederzuerlangen.“¹⁹⁴

Militärdiktatur

Am 13. Dezember 1981 folgte der Coup unter der Führung von General Jaruzelski. Es ist wohl hauptsächlich dem Überraschungsmoment zuzuschreiben, dass sich dieser Coup als Erfolg bezeichnen lasse. Widerstand, ebenso wie Solidarnosc-Bewegungen wurden effizient aufgelöst bzw. niedergeschlagen. Schon zu Ende desselben Jahres waren alle bewaffneten Einheiten wieder dem Staat unterstellt und unter dessen Kontrolle gebracht worden.

¹⁹⁴ Vgl. Davies, Norman: God's Playground. A History of Poland. Volume II. Oxford University Press, Oxford, 2005. Seite 491.

Zwischen Dezember 1981 und während des ganzen folgenden Jahres wurde Polen offiziell von einer Militärregierung regiert. Jegliches politisches, sowie soziales Engagement wurde verboten und gegebenenfalls durch bewaffnete Einheiten niedergeschlagen. Während dieser Zeit kam es auch zu einer Vielzahl an Verhaftungen von sogenannten Intellektuellen des Landes, sowie zu monatelangen Inhaftierungen von Streikenden. Die typischen Demonstrationen am 13. jedes Monats wurden verboten, und kurze Zeit, nachdem man begriffen hatte, dass es keinen Sinn macht, diese dennoch durchzuführen, eingestellt. Trotz einiger Situationen des Aufruhrs, so zum Beispiel beim Geburtstag der Solidarnosc als anerkannte Bewegung, zu dem es keine Feierlichkeiten gab, können diese nicht als erfolgreicher Widerstand gewertet werden. Ganz im Gegenteil, in weiterer Folge versuchte das kommunistische Regime durch Aberkennung der Solidarnosc diese zu schwächen, und die eigenen Institutionen zu bekräftigen.

Neben der militärischen Unterdrückung, setzte sich auch die Tendenz der wirtschaftlichen Schlechtentwicklung fort. Der großen Nachfrage nach Nahrung stand ein enormer Preisanstieg gegenüber. Die Neuverschuldung des Landes überschritt je da gewesene Ausmaße und die Inflationsrate explodierte nahezu. Der Lebensstandard sank dramatisch, als die Löhne um rund vierzig Prozent Anfang 1990 gesenkt wurden. „Polen, damals ein Land, reich an Ressourcen und Naturvorkommen, sank zu einem Staat der Armut, wie es das in Europa nicht noch einmal gab.“¹⁹⁵

Der Coup hatte auch noch eine weitere Ebene der Auswirkungen. Das internationale Ansehen Polens litt enorm unter den Vorkommnissen vom Dezember. Das Militärregime wurde weltweit als ein Rattenschwanz der Sowjetunion angesehen. Die Veränderung Polens von einer zivilen Diktatur und der Führung der Sowjets zu einer Militärdiktatur unter dergleichen Führung wurde im westlichen Teil der Welt als Bedrohung wahrgenommen.

¹⁹⁵ Vgl. Davies, Norman: God's Playground. A History of Poland. Volume II. Oxford University Press, Oxford, 2005. Seite 494.

Allerdings passiert auf internationaler Ebene etwas anderes, das später große Auswirkungen auf Polen haben sollte: Der Tod Brezhnev's und der Aufstieg von Garbatschow mit seinen Politiken der Glasnost und der Perestrojka.

V.I.4. Das Ende des kommunistischen Regimes in Polen

Das kommunistische Regime in Polen musste eines Tages einsehen, dass es ohne Gespräche mit der Solidarnosc nicht weitergehen konnte. Der erste runde Tische zwischen der kommunistischen Regierung und Vertretern der Solidarnosc Opposition fand am 6. Februar 1989 statt. An diesem Tag zeigte sich das kommunistische System geschwächt und gezwungen, mit seinen Gegnern auf ebenbürdige Art und Weise vielversprechende Verhandlungen zu führen. Die Diskussionsrunden fanden fortan regelmäßig statt. Daran teilnehmen durften hochrangige Vertreter der Kommunistischen Partei, sowie der Solidarnosc. Erste Erfolge waren der freie Zugang zu Medien für die Opposition. Die Kommunisten schlugen vor, die Solidarnosc wieder zu legalisieren und eine vorsichtige Machtteilung zu akzeptieren. Die Zeit dieser zahnlosen Kompromisse war allerdings vorbeigezogen. Die Vertreter der Solidarnosc wollten mehr. Bedeutend mehr. Die ersten Erfolge kamen allerdings schneller und in größerem Ausmaße, als man sich das jemals erträumt hätte. Solidarnosc erzielte, sie selbst wieder die Rechtskörperschaft erlangte, dass 35 Prozent der Stimmen des parlamentarischen Unterhauses, dem Sejm frei gewählt werden durften und alle Stimmen aus dem Oberhaus, dem Senat frei zu wählen waren. Der Senat behielt das Recht, gegen alle Gesetze ein Veto einlegen zu dürfen und konnte von nun an eine eigene Zeitung veröffentlichen. Der größte demokratische Erfolg war wohl, dass ein Vertrag unterzeichnet wurde, der innerhalb der nächsten fünf Jahre komplett freie Wahlen garantieren sollte. Aber schon die Wahlen davor, im August 1989 waren ein voller Erfolg für die Opposition. Im Sejm erreichte die Solidarnosc die möglichen 35 Prozent, im Senat alle möglichen Stimmen. Aus inländischer Sicht ging die Erfolgsgeschichte druchaus weiter, aber auch auf internationalem Terrain passierte etwas wesentliches: der Fall der Berliner Mauer. Das heißt, auch andererseits, begann das kommunistische Regime zu bröckeln.

Wenige Tage nach Weihnachten 1989 geschah das vor wenigen Monaten noch undenkbare. Die Verfassung wurde in einigen Punkten abgeändert. Die Marxistische Präambel gänzlich gestrichen, der Name Polens wieder in Republik Polen ungewandelt. Und Polen wurde wieder ein souveräner Staat, von dem das Recht vom Volke auszugehen hatte.

Alles weitere war nur mehr für die Form. Im Februar 1990 wurde die pluralistische Demokratie wiederhergestellt und im Oktober 1992 fanden die ersten freien Wahlen statt. Noch zuvor, 1989, wurde Lech Walesa erster frei gewählter Präsident der Republik Polen. Die mehrheitliche Zustimmung in Prozent war knapp ausgefallen. Polen befand sich nach wie vor in einer schweren Wirtschaftskrise und die Kritik am niedrigen Lebensstandard bekamen die Politiker zu spüren.

Die Exilregierung in London hatte noch einen letzten Akt zu vollziehen. Sie beobachtete alle Prozesse des Landes aus der Ferne. Die Besatzung durch die Nazis und die Sowjets, die kommunistische Übernahme, die Erfolgsgeschichte der Solidarnosc und letztlich den Fall des kommunistischen Systems. Der Exilregierungspräsident Ryszard Kaczorowski reiste nach Warschau, um die Insignien der Präsidentschaft zu überbringen. Nachdem er diese an Lech Walesa übergab, trat er freiwillig zurück. „An diesem Tag, dem 22. Dezember 1990 wurde Polen wie neugeboren – es war ein echter Moment der Freiheit.“¹⁹⁶

¹⁹⁶ Vgl. Davies, Norman: *God's Playground. A History of Poland. Volume II.* Oxford University Press, Oxford, 2005. Seite 508.

V.2. 15 JAHRE SOUVERÄNITÄT

Als Polen im Oktober 1991 die ersten wirklich freien Wahlen durchführte, war zwar der offizielle Teil des Systemweches von einer kommunistischen Diktatur hin zu einer liberalen Demokratie beendet, allerdings find die Arbeit der Transformation in Wirklichkeit erst an.

Die ökonomische Situation in Polen war Anfang der neunziger Jahre mehr als nur angespannt. Die Ineffizienz des wirtschaftlichen Systems der Jahre zuvor hatte seine nachhaltigen Spuren hinterlassen. Es kam zu einem massiven Gütermangel, hoher Abeitslosigkeit – ein Phänomen, das man aus den letzten Jahren nicht kannte – und einer rasch ansteigenden Inflationsrate.

Wie kam es allerdings zum Systemwechsel? Nach der Definition von Wolfgang Merkel¹⁹⁷ handelt es sich bei der politischen Transformation Polens um einen sogenannten „ausgehandelten Systemwechsel“. Dem zugrunde lag eine „Krisensituation (...) zwischen Regimeeliten und Regimeopposition, (aus der sich, Anm.) eine Pattsituation herauskristallisierte“.¹⁹⁸ Durch diese Führungskrise musste es zwangsläufig zu Verhandlungen zwischen den beiden Streiparteien kommen. In diesem Sinne gilt Polen als das Paradebeispiel für einen ausgehandelten Systemwechsel.

Die Verhandlungen, die zu diesem Ergebnis der Unabhängigkeit 1990 führten, dauerten allerdings nicht weniger als zehn Jahre an, und begannen schon 1980. Die damals gegründete Gewerkschaft „Solidarnosc“¹⁹⁹ organisierte deudetende Streiks und wurde mit der Zeit zu einer sozialen Bewegung, die das ganz Land erreichte und zu ihrer besten Zeit an die zehn Millionen Mitglieder zählte. Die daraus mobilisierte Zivilgesellschaft nahm Einfluß auf das kommunistische Regime und konnte dieses mehr und mehr aus ihrer unantastbaren Rolle des Staatsführers hinausdrängen. Bedeutend für die Möglichkeit eines solchen Prozesses war die Tatsache, dass der „unter dem sultanistisch-totalitären Systems (wie es etwas in Rumänien existierte, Anm.)

¹⁹⁷ Vgl. Davies, Norman: God's Playground. A History of Poland. Volume II. Oxford University Press, Oxford, 2005.

¹⁹⁸ Siehe 197. Seite 348.

¹⁹⁹ Vgl. das vorangegangene Kapitel.

alle zivilgesellschaftlichen Initiativen unterdrückt wurden, wo sich (hingegen in, Anm) Polen eine horizontale Beziehung der Zivilgesellschaft (...) herausbildete.“²⁰⁰ Selbst die Reaktion des Regimes mit dem Verbot der Solidarnosc, sowie der Verhängung des Kriegrechts, konnte der sozialen Bewegung – die zwar kurzzeitig eingeschränkt war – ihre Macht und bedeutende Rolle für die Gesellschaft nicht nehmen. Das „Armee-Regime“ (vgl. Staniszki) hatte zwar die Führung des Staates inne, konnte jedoch „die Hegemonie in der Gesellschaft nicht mehr zurückgewinnen.“²⁰¹

Die Folge aus der Tatsache, dass sich in beiden Lagern die kompromissbereiten moderaten Verhandler positionieren konnten führte zu der logischen Konsequenz, dass Verhandlungen aufgenommen wurden. Ab dem Herbst 1988 fand in regelmäßigen Abständen der sogenannte „Runde Tisch“ statt. Interessant dabei erscheint, dass sich die „Machtressourcen von Runde zu Runde verschoben.“²⁰² Ein wesentlicher Grund für die Verschiebung und die mögliche Neustrukturierung der Macht, wie dies in Polen passierte, war aber der „Schleier der Unwissenheit“²⁰³ über die mögliche Zukunft der eigenen Machtposition und die damit einhergehende gestiegene Kompromissbereitschaft der Kontrahenten. Typischerweise überschätze das Regime seine Machtchancen, während die Opposition ihre Machtchancen unterschätzte.²⁰⁴ Aus dieser Situation wurde der erste große Verhandlungskompromiss erreicht, der 1989 zu den neu modifizierten Wahlen des Sejm²⁰⁵ führte. Bei den Wahlen wurde der von der Solidarnosc unterstützte Kandidat Mazowiecki zum Premierminister gewählt. In weiterer Folge löste sich die Einheitspartei Polens²⁰⁶ auf. Die Akteure bei den Verhandlungen am runden Tisch hatten sich somit verändert. Doch nicht nur auf Seiten der Machthabenden veränderten sich die Gewichte, auch auf Seiten der einstigen Opposition spaltete sich das politische Gewicht in zwei Lager. Die Gruppe um

²⁰⁰ Vgl. Linz/Stepan, 1996: S. 263

²⁰¹ Staniszki, Jadwiga, 2002.

²⁰² Vgl. Merkel, S. 349

²⁰³ Przeworski, Adam 1991: S. 87

²⁰⁴ Colomer/Pascual, 1994 S.291

²⁰⁵ Parlamentarisches Unterhaus (Oberhaus: Senat) nach der Verfassung von 1921. Vereinbarung wurde, dass bei den Wahlen 1989 35 Stimmen direkt durch das Volk gewählt werden können und auch die Opposition (Solidarnosc) Mandatare aufstellen kann. Die Bedeutung in Richtung einer freien Demokratie war durch diesen Beschluss enorm und führte Polen einen großen Schritt weiter.

²⁰⁶ PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (polnisch: Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (PZPR))) löste sich 1990 auf und trat unter dem neuen Namen Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP) auf.

den Solidarnosc-Begründer Lech Walesa setzte sich durch und dieser wurde 1990 zum Präsidenten der Republik Polen gewählt. Im Oktober 1991 erfolgten die ersten freien Wahlen zu Sejm und Senat.

V.2.1. Das Parlament

Das polnische Parlament entspricht dem typischen Zweikammersystem, wie es in Österreich mit dem National- und Bundesrat oder in Deutschland mit dem Bundestag und Bundesrat aufgebaut ist. Was vergleichbarerweise in Österreich der Bundesversammlung (National- und Bundesrat) entspricht, ist in Polen die Nationalversammlung. Diese besteht aus dem Unterhaus, dem Sejm, welches mit 460 Sitzen bestückt ist. Wahlen zum Sejm finden üblicherweise alle vier Jahre statt. Der Senat entspräche dem Oberhaus und hat einhundert Sitze. Bei den Sitzen im Senat wird auf die proportionale Verteilung von Wahlkreisen und Vertretungen (Wirtschaftskammern, etc.) geachtet. Die Amtszeit entspricht mit vier Jahren der des Sejms.

Der Sejm ist vergleichbar mit einer „parlamentarischen Arbeitsebene“. Im Sejm sind mehr als 15 ständige Ausschüsse vertreten und der Sejm verabschiedet Gesetze. Der Senat hingegen ist das Kontrollorgan. Er kann Gesetze innerhalb von dreißig Tagen annehmen, verändern oder ablehnen.²⁰⁷ Bei Zurückhaltung des Senats zu einem Gesetzesentwurf gilt dieses nach Ablauf der dreißigtägigen Frist als angenommen. Der Sejm hat allerdings verfassungsrechtlich eine Möglichkeit erhalten, eine Änderung oder eine Ablehnung eines Gesetzes durch den Senat entgegenzuwirken. Mit einer absoluten Stimmenmehrheit, bei der zumindest die Hälfte der Mandatäre anwesend sein muss, kann der Sejm im Alleingang beschlussfähig auftreten.

²⁰⁷ Vgl. <http://www.polish-online.com/polen/politik/parlament.php> (20.05.2010)

V.2.2. Wahlen zum Parlament seit 1990

Parlamentswahlen vom 27. Oktober 1991²⁰⁸			
Parteien	Sejm (in Prozenten)	Sejm (Mandate)	Senatoren
Demokratische Union	12,32 %	62	21
Bündnis der Demokratischen Linken	11,99 %	60	12
Bauernpartei PSL	9,22 %	50	9
Katholische Wahlaktion	8,98 %	50	9
Konföderation Unabhängiges Polen	8,88 %	51	9
Zentrumsallianz	8,71 %	44	7
Liberal-Demokratischer Kongreß	7,49 %	37	6
Bauernverständigungsallianz PL	5,47 %	28	4
NSZZ Solidarnosc	5,05 %	27	4
Polnische Partei der Bierfreunde	2,97 %	16	3
Christliche Demokratie	2,25 %	5	1
Union für Realpolitik	2,25 %	3	1
Solidarität der Arbeit	2,06 %	4	1
Deutsche Minderheit	1,17 %	7	
Partei der Christlichen Demokraten	1,12 %	4	
Partei X	0,47 %	3	
Schlesische Autonomiebewegung	0,36 %	2	
Andere		7	13

²⁰⁸ http://www.dpg-brandenburg.de/nr_20/parteienlandschaft.html#wahlen1991 (zuletzt: 19.05.2010)

Parlamentswahlen am 19. September 1993²⁰⁹			
	Sejm (in Prozent)	Sejm (in Mandaten)	Senatoren
Bündnis der demokratischen Linken	20,41 %	171	37
Bauernpartei PSL	15,40 %	132	36
Demokratische Union	10,59 %	74	4
Arbeitsunion	7,28 %	41	2
Konföderation Unabhängiges Polen	5,77 %	22	
BBWR	5,41 %	16	2
NSZZ Solidarnosc			9
Liberal-Demokratischer Kongreß			1
Zentrumsallianz			1
Andere			6

Parlamentswahlen 25. September 1997²¹⁰			
	Sejm (in Prozent)	Sejm (in Mandaten)	Senatoren
Solidarnosc-Wahlbündnis AWS	33,83 %	201	51
Bündnis der Demokratischen Linken	27,13 %	164	28
Freiheitsunion	13,37 %	60	8
Bauernpartei PSL	7,31 %	27	3
Bewegung für den Wiederaufbau Polens	5,56 %	6	5

²⁰⁹ http://www.dpg-brandenburg.de/nr_20/parteienlandschaft.html#wahlen1993 (zuletzt: 19.05.2010)

²¹⁰ http://www.dpg-brandenburg.de/nr_20/parteienlandschaft.html#wahlen1997 (zuletzt: 19.05.2010)

Parlamentswahlen 23. September 2001 ²¹¹				
Party / Coalition (C)	Votes Abstimmungen		MP MP	
	Number Zahl	% %	Number Zahl	% %
Democratic Left Alliance-Labor Union (C) Bündnis der Demokratischen Linken- Labor Union (C)	5 342 519 5 342 519	41.04 41,04	216 216	47.2 47,2
Civic Platform Bürgerliche Plattform	1 651 099 1 651 099	12.68 12,68	65 65	14.1 14,1
Self-Defense of the Republic of Poland Self-Defense der Republik Polen	1 327 624 1 327 624	10.20 10,20	53 53	11.5 11,5
Law and Justice Recht und Gerechtigkeit	1 236 787 1 236 787	9.50 9,50	44 44	9.6 9,6
Polish People's Party Polnischen Volkspartei	1 168 659 1 168 659	8.98 8,98	42 42	9.1 9,1
League of Polish Families Liga der Polnischen Familien	1 025 148 1 025 148	7.87 7,87	38 38	8.3 8,3
Solidarity Electoral Action (C) Wahlaktion Solidarität (C)	729 207 729 207	5.60 5,60	0 0	0.0 0,0

Parlamentswahlen 25. September 2005²¹²

Wahlergebnis Sejm

Wahlkomitee	Stimmen	% (Veränderung)		Sitze (Veränderung)		% der Sitze
Prawo i Sprawiedliwość	3 185 714	26,99%	+17,49%	155	+111	33,7%
Platforma Obywatelska RP	2 849 259	24,14%	+11,44%	133	+68	28,9%
Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej	1 347 355	11,41%	+1,31%	56	+3	12,2%
Sojusz Lewicy Demokratycznej	1 335 257	11,31%	-29,73%	55	-162	12%

²¹¹

http://translate.google.at/translate?hl=de&langpair=en|de&u=http://en.wikipedia.org/wiki/Polish_parliamentary_election,_2001 (zuletzt: 19.05.2010)

²¹² http://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahlen_in_Polen_2005 (zuletzt: 19.05.2010)

Liga Polskich Rodzin	940 762	7,97%	+0,10%	34	-4	7,4%
Polskie Stronnictwo Ludowe	821 656	6,96%	-1,86%	25	-17	5,4%
zusammen	11 804 676	100,0%	-	460	-	100,0%
Wahlbeteiligung						40,57%

Wahlergebnis Senat²¹³

Wahlkomitee	Sitze (Veränderung)	
Prawo i Sprawiedliwość	49	-
Platforma Obywatelska RP	34	-
Liga Polskich Rodzin	7	+5
Samoobrona Rzeczypospolitej Polskiej	3	+1
Polskie Stronnictwo Ludowe	2	-2
Bogdana Borusewicz	1	-
Kazimierza Kutza	1	-
Macieja Płażyńskiego	1	-
Mariana Miłka	1	-
Nowy Senat 2005	1	-
zusammen	100	-
Wahlbeteiligung		40,19%

Parlamentswahlen 21. Oktober 2007 (vorgezogene Wahlen)²¹⁴

Wahlergebnis Sejm

Partei	Stimmen	Prozent und Veränderung		Mandate und Veränderung		Mandate [%]
PO	6 701 010	41,51 %	+17,37 %	209	+76	45,43 %

²¹³ http://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahlen_in_Polen_2005 (zuletzt: 19.05.2010)

²¹⁴ http://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahlen_in_Polen_2007 (zuletzt: 19.05.2010)

PiS	5 183 477	32,11 %	+5,12 %	166	+11	36,09 %
LiD	2 122 981	13,15 %	-4,50 %(2)	53	-2(2)	11,52 %
PSL	1 437 638	8,91 %	+1,95 %	31	+6	6,74 %
Wahlbeteiligung						53,79 %

Wahlergebnis Senat

Partei	Mandate und Veränderung	
PO	60	+26
PiS	39	-10
Włodzimierz Cimoszewicz	1	-
Zusammen	100	-
Wahlbeteiligung		53,88 %

Die Wahlergebnisse in Polen zeichnen sich vor allem durch zwei durchgängige Tendenzen aus. Zum einen ist das die hohe Volatilität und zum anderen eine tendenziell abnehmende, niedrige Wahlbeteiligung. Die Gründe für die Volatilität sind im Fehlen traditionell etablierter Parteien, sowie dem Mangel an einer typischen Stammwählerschaft zu suchen. Dieses Phänomen ist im Übrigen ein typisches für Transitionsländer. Eben aufgrund der fehlenden historisch gewachsenen Strukturen verändern sich die Stimmverhältnisse innerhalb kürzester Zeit radikal. Gleichzeitig passiert, dass Parteien entstehen, neu gegründet werden und wieder verschwinden, weil sie politisch keinen Stellenwert erreicht haben oder nicht mehr erreichen.

Die sinkende Wahlbeteiligung hat unterschiedliche Gründe. Zum einen steht der anfänglichen Demokratiebegeisterung die wirtschaftlich problematische Situation des Landes gegenüber. Das Vertrauen in die Politik und die politischen Akteure hat massiv unter den schwierigen Bedingungen nach der Unabhängigkeit gelitten. Einhergehend mit den nicht erfüllten Erwartungen und dem subjektiven Gefühl des Scheiterns der Politik nimmt auch das Interesse, sich politisch einzubinden, ab. Ein weiterer nicht zu unterschätzender Faktor ist wiederum die gesellschaftliche Geschichte und die Erfahrungen. Obwohl Polen

im Vergleich zu anderen ehemals kommunistischen Ländern eine stark ausgeprägte Zivilgesellschaft hatte, kann das historische Erbe des Einparteiensystems und der politischen, sowie systematischen Unterdrückung von oppositionellen Bewegungen nicht gänzlich abgelegt werden. Wie schon zuvor beschrieben, fehlt die typische Zugehörigkeit zu einer Partei, die historisch gesehen, am ehesten die Interessen der einzelnen Gesellschaftsschichten vertritt. Somit ergibt sich vor jeder Wahl eine ähnliche Situation: Die regierenden Parteien sich aufgrund ihrer vermeintlich schlechten bzw. falschen Politik abzulehnen. Aus der Vielzahl der oppositionellen Parteien ist nun diese auszuwählen, die entweder den am meisten entsprechenden Wahlkampf veranstaltet hat oder die Wahl wird negiert.

Andererseits bleibt festzuhalten, dass sich das demokratische Prinzip eben daraus definiert, dass Regierungen abgewählt werden können, Wahlen frei und nach einheitlichen Richtlinien durchgeführt werden, und dass mehr als eine Partei zur Wahl antritt. In diesem Sinne sind die demokratischen Tendenzen Polens nicht zu verurteilen, während die auffälligen Gegebenheiten zweifelsohne auch ihre Probleme im demokratischen Leben mitbringen. Die Kurzlebigkeit von Regierungen und Regierungsparteien und deren nahezu fixiert beschränkte Einflussmöglichkeit auf eine Legislaturperiode bedeutet auch gewisse Einschränkungen in der Einleitung und Durchführung langfristiger, evolutionärer Prozesse. Die demokratische Transformation Polens wird in einem späteren Kapitel beurteilt werden.

V.2.3. Die Parteiensystem Polens

Trotz der unabdingbaren Bedeutung von Parteien in demokratischen Systemen, haben diese einen überdurchschnittlich schlechten Ruf in Polen. Die Ablehnung und das Desinteresse bzw. die fehlenden Möglichkeiten der politischen Partizipation gehen schon lange in die Geschichte zurück. Das politische System Polens in der Zwischenkriegszeit war vom Begriff der „Sejmokratie“²¹⁵ geprägt. Die Besonderheit war nicht nur die breite Ablehnung von politischen

²¹⁵ Vgl. Jungerstamm-Mulders, Susanne: Post-Communist EU Member States. Parties and Party Systems. Ashgate, University of Helsinki, Helsinki, 2006.

Parteien, sondern auch ein hohes Maß an Misstrauen und Desinteresse am politischen System.

Die Tatsache, dass die demokratische Transformation 1989/90 von einer nicht-parteilichen zivilgesellschaftlichen Organisation eingeleitet wurde, hat bis heute Auswirkungen auf das Demokratieverständnis in Polen. Die Entwicklung von Parteien, das Gründen und Auftreten, sowie das Abdanken und Verschwinden nach 1989 war enorm. Einher gehen ein hohes Niveau an Instabilität und Volatilität. Bedeutend dafür war auch die Tatsache, dass die Organisation, die die soziale Bewegung initiiert hatte, die letztlich zur Demokratie führte, „selbst wenig Interesse zeigte, sich in eine politische Partei zu verwandeln.“²¹⁶

Weitere Faktoren die zu dem Mangel an „parteipolitischem“ Engagement führen, sind die „niedrigen Zahlen an Parteimitgliedschaften, die immer noch mit einem etwas negativen Bild einhergehen, wenig soziale Implementation in bestimmte Parteien, die relativ hohe Unabhängigkeit von Parteien von dem Staat in Hinblick auf ihre Ressourcen und ganz allgemein eine grundnegative Einstellung der Gesellschaft gegenüber Parteien.“²¹⁷

Bevor im Jahre 2001 das Parteigründungsgesetz radikal verändert wurde und die nötigen Unterschriften zur Gründung von Parteien von fünfzehn auf eintausend angehoben wurde, waren im Jahr 1997 neunzig Parteien offiziell registriert. Bis 2003 reduzierte sich die Zahl auf 60. Um bei Wahlen in das Parlament einziehen zu können, müssen mindestens fünf Prozent der Stimmen erreicht werden. Von den offiziell existierenden Parteien sind zirka in dem Bereich, interessant für den Ausgang von Wahlen zu sein. Dabei ist aber festzuhalten, dass es keine Kontinuität weder bei dem Stellenwert, aber auch nicht bei der Existenz von Parteien gibt. Ständig vereinen sich Parteien, trennen sich wieder, verschwinden und werden gegründet. Folgende Parteien können allerdings gewissermaßen als Konstanten im politischen System Polens gesehen werden: Samoobona (deutsch: Selbstverteidigung), Prawo i Sprawiedliwość (deutsch: Recht und Justiz), Polskie Stronnictwo Ludowe (deutsch (frei übersetzt): Polnische Bauern Partei), Liga Polskich Rodzin

²¹⁶ Vgl. Kiss, Stephen, 1992

²¹⁷ Vgl. Jungerstamm-Mulders, Susanne: Post-Communist EU Member States. Parties and Party Systems. Ashgate, University of Helsinki, Helsinki, 2006. Seite 92.

(deutsch: Liga der Polnischen Familien), Sojusz Lewicy Demokratycznej (deutsch: Allianz der Linken Demokraten), Unia Pracy (deutsch: Union der Arbeiter), Platforma Obywatelska (deutsch: Zivile Plattform), Unia Wolności (Union der Freiheit) und die Socjaldemokracja Polska (deutsch: Sozialdemokratie Polens), welche erst im März 2004 gegründet wurde.

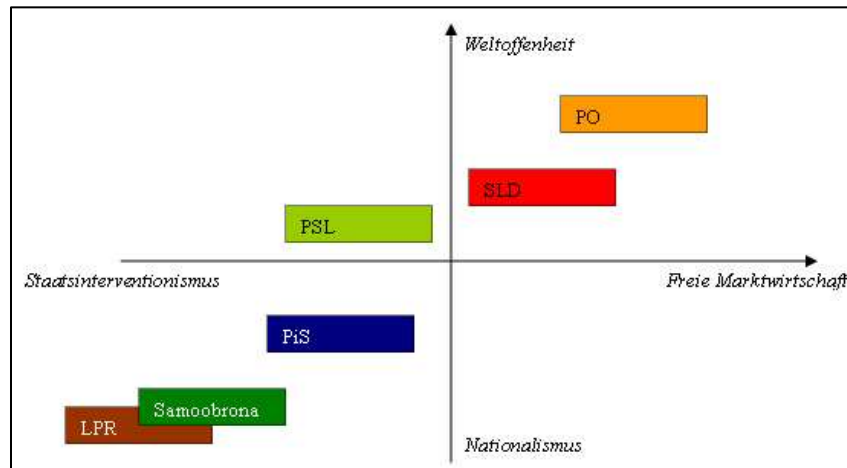


Abbildung: Struwe, Roland in: Jungerstamm-Mulders, Susanne: Post-Communist EU Member States. „Rechts-Links-Schema“

Das polnische Parteiensystem nach 1989 war geprägt von einem großen Ausmaß an Volatilität und parteilicher Inkonsistenz. „Viele polnische Wähler hatten Schwierigkeiten, sich selbst in ‚rechts‘, ‚links‘ oder ‚zentral‘ einzuteilen und hatten eine verschwommene Vorstellung dessen, was diese Begriffe bedeuten und wofür sie politisch stünden.“²¹⁸

In den 1990er-Jahren kristallisierte sich allerdings doch eine klare Bruchlinie zwischen den politischen Spektren heraus. Diese Bruchlinie verlief allerdings nicht, wie oft verstanden, zwischen der rechts-links-Bewertung, sondern trennte die historisch-kulturelle Spektren. „Dabei spielte die Rolle zum Kommunismus sowie moralisch-kulturelle Werte, vordergründig die Rolle der Kirche im Alltag und das Maß an Religiosität eine große Rolle. Das heißt, das „linke“ Spektrum war definiert durch eine eher positive Einstellung zur kommunistischen Vergangenheit, sozial-liberale Werte und Sekularität. Dem entgegen war

²¹⁸ Vgl. Pankowski, Krzysztof 1997, Szawiel, Piotr 1999, 2001 und 2002.

„rechts“ eher als anti-kommunistisch, mit konservativen Werten und hoher Religiosität verstanden worden.“²¹⁹

Interessanterweise spielten die Einteilung in sozial-ökonomische Klassen, die Einstellung zur Verteilung von Sozialleistungen, die Rolle des Staates in der Volkswirtschaft, die Steuerpolitik sowie die öffentlichen Ausgaben – allesamt stehen in „westlichen“ Demokratien am oberen Rand der Interessenliste bei den Wählern – eine untergeordnete Rolle bei den polnischen Wählern.

Fragmentierung der Parteien in Polen nach 1989

	1991	1993	1997	2001
Zahl der Parteien im Parlament	29	6	5	6
% der Stimmen der beiden größten Parteien	24,31	35,81	60,69	53,72
% der Sitze der beiden größten Parteien	26,52	65,87	79,35	61,09

Tabelle: Markowski und Czesnik 2002

Die hohe typische Volatilität ist allerdings einhergegangen mit einer sprunghaften Reduzierung der effektiven Parteien, also solcher, die in das Parlament eingezogen sind und hat somit auch etwas für die Konsolidierung des Parteiensystems bewirkt. Den bisherigen Höhepunkt in der Volatilität hat wohl das Jahr 2001 gebracht, als beide regierenden Parteien, die Aktion für Solidarität und Aktion sowie die Union der Freiheit, die bei der vorangegangenen Wahl in 1997 knapp über 47 Prozent der Stimmen erreichen konnten, die fünf-Prozent-Hürde für den Einzug in das Parlament nicht mehr geschafft haben. Diese Form der „Abwahl“ überschreitet wohl die Vorstellungsmuster in sogenannten „westlichen Demokratien“ um ein Vielfaches.

Das polnische Parteiensystem ist typisch für niedrige Zahlen in der Parteienloyalität und vor allem bezeichnend ist die Tatsache, dass innerparteiliche Streitigkeiten oft mit dem Zerfall oder der Separation von Parteien enden. Wie stark diese ständigen Neugründungen von

²¹⁹ Vgl. Jasiewicz 2002, Grabowska 2002

„Arbeitsgemeinschaften“ und der Zerfall sowie Absplitterung bestimmter Flügel von Parteien vertreten sind, zeigt dieses einfache Beispiel: Nach der Wahl im September 2001 haben sich nicht weniger als 96 Abgeordnete auf Listen anderer Parteien wiedergefunden.²²⁰ Auch die Tatsache, dass Polen seit August 1989 elf verschiedenen Premiers und gar zwölf verschiedenen Regierungen hatte, spricht Bände über die Regierungsstabilität.

Das abschließend interessante an Polen ist sicherlich, dass es in Polen schon während der kommunistischen Zeit ein hohes Maß an ziviler Mobilisation gab und eine ausgeprägte Zivilgesellschaft existierte. Die Bedeutung der „Solidarnosc“ und ihr Wirken hat schon während des kommunistischen Regimes eine populäre Antihaltungsbewegung gegenüber dem Regime installiert, wie dies zu der Zeit und unter den Gegebenheiten nur aus Polen bekannt ist.

Dem gegenüber steht die kleine Zahl an politischen Parteimitgliedern heute und die niedrige Wahlbeteiligung, sowie das geringe Interesse an politischen Aktivitäten zusammen mit dem einem hohen Grad an Skepsis gegen die Regierung und die politischen Akteure.

Dabei bleibt interessanterweise festzuhalten, dass Wahlen, welche bestimmte Personen in den Vordergrund des Wahlkampfes rücken, also zum Beispiel Präsidentschaftswahlen, mit knapp über sechzig Prozent eine deutlich höhere Wahlbeteiligung erreichen, als parlamentarische Wahlen, die über den Wahlkampf von Parteien aufgebaut sind, die deutlich unter fünfzig Prozent Wahlbeteiligung bleiben.²²¹ Die Wahlbeteiligung, ebenso wie das politische Interesse haben tendenziell abgenommen. Bei den ersten teilweise-freien Wahlen in 1989 nahmen noch nahezu zwei Drittel der Wahlberechtigten von ihrem Recht gebrauch.

²²⁰ Vgl. Jungerstamm-Mulders, Susanne: Post-Communist EU Member States. Parties and Party Systems. Ashgate, University of Helsinki, Helsinki, 2006. Seite 107.

²²¹ Siehe 220. Seite 118.

V.2.4. Die Präsidenten Polens seit 1990²²²

Name	Amtsantritt	Ende der Amtszeit
Wojciech Jaruzelski	31. Dezember 1989	21. Dezember 1990
Lech Wałęsa	22. Dezember 1990	22. Dezember 1995
Aleksander Kwaśniewski	23. Dezember 1995	23. Dezember 2005
Lech Kaczyński	23. Dezember 2005	† 10. April 2010
Bronisław Komorowski (kommissarisch) ²²³	10. April 2010	im Amt

Premier oder Präsident

Ein typisches Phänomen des gelebten politischen Systems in Polen ist der ständige Kompetenzstreit zwischen dem Premierminister und dem Präsidenten. Wenn auch ihre Aufgaben, Kompetenzen und Befugnisse durch die Verfassung klar geregelt werden, überschneiden sich die Aktivitäten in einigen Kernbereichen und führen so gelegentlich zu unklaren Verhältnissen der Repräsentationsbefugnis und zu Zwistigkeiten zwischen den beiden Ämtern. Vereinfacht gesagt, kann festgehalten werden, dass der Premierminister dem Ministerrat vorsteht und somit die Arbeit der Ministerien, sowie der Regierungsmitglieder mitbestimmt und verantwortet. Der Präsident hingegen wird als „höchster Vertreter der Republik und als Garant der Kontinuität der Staatsgewalt“ in allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen

²²² http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Pr%C3%A4sidenten_Polens (zuletzt: 19.05.2010)

²²³ Nach dem Unfalltod von Lech Kaczyński am 10. April 2010 in Smolensk (Russland) bei einem Flugzeugabsturz am Weg nach Katyn zu einer „Gedenkfeier des Massakers an polnischen Soldaten und Intellektuellen“ durch russische Einheiten im Frühjahr 1940 übernahm der Vorsitzende des Unterhauses (Sejm) laut der polnischen Verfassung in der heute gültigen Version von 1921 interimsmäßig das Amt des Präsidenten. Der Termin für neue Wahlen wurde mit 20. Juni 2010 festgesetzt. Voraussichtlich treffen zehn Kandidaten an.

Wahlen der Präsident der Republik für eine Amtsperiode von fünf Jahren gewählt.“²²⁴

Vor allem im Bereich der Außenpolitik und der Frage alleinigen Kompetenz, die Republik Polen auf internationaler Ebene repräsentieren zu dürfen, die beiden Position absolut für sich beanspruchen, spielt die Bedeutung von absoluter oder geteilter Kompetenz eine große Rolle. Aufgrund der vielen Streitigkeiten in den vergangenen Jahren zwischen Premierminister und Präsident ist derzeit ein Verfahren am Verfassungsgerichtshof anhängig, das nun klären soll, wie die geltenden Verfassungsregelungen ausgelegt werden sollen.

V.2.5. Die Verfassung

„Während über den stabilitätsorientierten Kurs in der Wirtschaftspolitik zunächst weitgehende Einigkeit zwischen den politischen Akteuren bestand, kam es hinsichtlich der politischen Reformen zu heftigen Auseinandersetzungen, die sich im langwierigen Verfassungsgebungsprozess manifestierten. So konnten sich die Parteien nicht über die Kompetenzen der politischen Institutionen sowie das Verhältnis von Staat und Kirche verständigen.“²²⁵

Nach dem Umbruch im Jahre 1990 wurde eine provisorische Verfassung auf Grundlage der Verfassung von 1921 erstellt. Die heute gültige Fassung der Verfassung entspricht der Version vom 2. April 1997, die das Verfassungsprovisorium aus dem Jahr 1992 ersetzte.²²⁶ In der vergleichsweise „jungen“ Verfassung definiert sich die Republik Polen als demokratischer Rechtsstaat. Es sei die Aufgabe der Rechtsstaates, die gesellschaftliche Gerechtigkeit zu realisieren.²²⁷

„1992 wurde nur eine vorläufige Kleine Verfassung verabschiedet, welche noch einige widersprüchliche Regelungen enthielt, die in der Praxis das

²²⁴ http://politik-gesellschaft-europa.suite101.de/article.cfm/politisches_system_republik_polen#ixzz0oShEPCx6 (zuletzt: 20.05.2010)

²²⁵ http://www.lpb-bw.de/oe_eu/ostm_eu/ome_pol.php (zuletzt: 24.05.2010)

²²⁶ Vgl. Politisches System: Republik Polen: Welche Organe geben in der polnischen Politik den Ton an? http://politik-gesellschaft-europa.suite101.de/article.cfm/politisches_system_republik_polen#ixzz0oSf713BN (zuletzt: 20.05.2010)

²²⁷ „die gesellschaftliche Gerechtigkeit zu realisieren“ ist ein für westeuropäische Verfassungen eher untypischer Wortlaut, der auf die kommunistische Zeit Polens, vor allem die Macht der Solidarnosc zurückzuführen ist.

Regierungshandeln erschweren. 1997 wurde sie von einer neuen, durch ein Referendum legitimierten Verfassung abgelöst, die die Rollen von Staatspräsident, Regierung und Parlament eindeutig definierte und politischen Pluralismus weiter verankerte.“²²⁸

Laut der Verfassung wird das polnische Territorium in 16 Gemeinden aufgeteilt. Politisch agiert wird nach dem Subsidiaritätsprinzip, das heißt Entscheidungen werden auf der unterst möglicher Ebene getroffen und Kompetenzen nur dann auf eine höhere Ebene übertragen, wenn die Umsetzung auf unterer Ebene nicht oder nur schlechter gelingt.

V.2.6. Transformation

Bei der Transformation im engeren Sinne sprechen wir hierbei von der Transformation Polens vom kommunistischen politischen System und der Planwirtschaft zu einer lebendigen und funktionierenden Demokratie und Marktwirtschaft. Die Transformationsprozesse, die typischerweise bei den postsozialistischen Staaten auf allen drei Ebenen – die der politischen, ökonomischen und gesellschaftlich-kulturellen – gleichzeitig ablaufen²²⁹, sind in Polen erfolgreich verlaufen, wenn sie auch wechselhafter Entwicklungen unterlegen waren.

Polen war im Übrigen das erste Land, das eine nicht-kommunistische Regierung 1989 bilden konnte. Auffallend für Polen ist die hohe Volatilität bei den Wahlen und die starke Fragmentierung im Parteiensystem.²³⁰ Im Gegensatz zu der eher unstabilen Entwicklung des demokratischen Systems, sind andere Parameter, wie die Umsetzung eines Rechtsstaates und die Wahrung von Grundrechten erfolgreich etabliert worden.

Bei der Betrachtung des ökonomischen Aspekts der Transformation, bleibt festzuhalten, dass die Beurteilung zwiegespalten ausfallen würde. Zum Beginn des politischen Neuanfangs befand sich Polen in einer Wirtschaftskrise. Bis

²²⁸ http://www.lpb-bw.de/oe_eu/ostm_eu/ome_pol.php (zuletzt: 24.05.2010)

²²⁹ Vgl. Offe, Claus: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit.

²³⁰ Vgl. das Kapitel zuvor, in dem ausführlich zum polnischen demokratischen System Stellung bezogen wird.

zumindest 1992 hielt diese an. Durch viele Strukturreformen und Änderungen konnte Polen ab 1992, als erstes Land der Region der Mittel- und Osteuropäischen Staaten ein wachsendes Bruttosozialprodukt verzeichnen. Die Wachstumsraten stiegen im Laufe der folgenden Jahre ebenso an. Probleme sind allerdings anderorts zu erkennen. Die Privatisierung und die Neustrukturierung der Landwirtschaft bedürfen noch großer Anstrengungen.²³¹ Aktuell sind die steigenden Arbeitslosenzahlen, sowie die per-capita-Verschuldung wirtschaftliche Gegebenheiten, an denen gearbeitet wird.

Der Bertelsmann-Index²³² für Strategien für Entwicklung und Transformation veröffentlicht zu Polen folgende Stellungnahme: „Die Regierung bemüht sich zwar, die Stagnation beziehungsweise den Rückschritt in einigen Bereichen wettzumachen, was angesichts der Rahmenbedingungen in 2000/01 als ein partieller Managementenerfolg zu werten ist. Insgesamt jedoch sind diese Bemühungen noch nicht umfassend beziehungsweise noch nicht wirksam genug.“²³³

Transformation: Demokratie

In kurzen Worten kann gesagt werden, dass Polen die Transformation des politischen Systems in weiten Teilen erfolgreich abgeschlossen hat. Problematisch zeigt sich weiterhin das fehlende Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Akteure sowie Institutionen, sowie die hohe Volatilität des Parteienspektrums dar.

a) Politische Ordnung

Nach Beurteilung des Bertelsmann Indexes besteht in Polen „keine Beeinträchtigungen des staatlichen Gewaltmonopols.“²³⁴ Dem geht voraus, dass die in Polen sehr mächtige Kirche von Staat laut Verfassung getrennt ist.

²³¹ Vgl. BTI, 2003, Seite 1.

²³² bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/169.0.html (Zuletzt: 12.05.2010)

²³³ BTI, 2003, Seite 1.

²³⁴ bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/169.0.html (Zuletzt: 12.05.2010)

Kirchliche Eheschließungen werden allerdings von den staatlichen Institutionen anerkannt und bis heute haben Kleriker trotz der grundsätzlichen Trennung einen großen Einfluss auf das politische Geschehen. Die öffentliche Verwaltung funktioniert soweit ganz gut, alleinig das Tempo, mit dem Rechtsakte bearbeitet werden, sowie die zu langsam voranschreitende Ausbildung und Einstellung von hoch qualifizierten Beamten sind nach wie vor ein Problem für die öffentliche Arbeit.

Dennoch kann grundsätzlich gesagt werden, dass der Statuts der ethnischen Minderheiten geregelt ist und die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch die Regierungsvertreter gewährleistet werden kann.

b) Politische Partizipation

Die politische Partizipation ist zwar in Polen vergleichsweise niedrig, Gründe dafür wurden bereits an vorangegangener Stelle erörtert, es liegt jedenfalls aber nicht an Problemen mit der Umsetzung des Rechts auf freie Wahlen.

Die Regierung und der Staatspräsident können ihre Kompetenzen uneingeschränkt umsetzen, allerdings kam gerade in der vergangenen Regierungsperiode zwischen Premier Tusk und Präsident Kaczynski zu intern, aber auch öffentlich geführten Diskussionen über die „alleinige“ Vertretungsmacht nach Außen hin.

Alle Grundrecht, wie die der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheiten oder die der Meinungs- und Pressefreiheiten sind gänzlich abgesichert und werden von den staatlichen Organen gewahrt, sowie deren Umsetzung kontrolliert.

c) Rechtsstaatlichkeit

Die Einführung der Gewaltenteilung ist abgeschlossen und liegt zurzeit ohne Einschränkungen vor. Die Säule der Justiz bildet einen stabilen Pfeiler, der unabhängig, professionell und ausdifferenziert arbeiten kann und die Rechtsstaatlichkeit absichert. Etwaiger Amtsmissbrauch von staatlichen Funktionären, Organen, Beamten oder Institutionen, sowie Verletzungen der Grund- und Menschenrechte können vor einem Gericht zur Anzeige gebracht

werden, welches wiederum nach den Grundsätzen der Objektivität, der Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit seine Untersuchungen anstellen kann und zu einem Urteil kommen kann.

d) Demokratische Stabilität

Die für die Demokratie wesentlichen demokratischen Institutionen können ihren Aufgaben effizient und effektiv nachkommen. Einzig die zu langen Verfahrensdauern sind nach wie vor zu kritisieren. Trotz der häufigen Regierungswechsel und der knappen parlamentarischen Mehrheiten werden die Entscheidungen der verantwortlichen Institutionen in der Regel von allen politischen Akteuren anerkannt.

e) Politische und gesellschaftliche Integration

Nach wie vor scheint es so, als ob sich eine „politische Kultur“ noch nicht etabliert hätte. Das Parteiensystem ist instabil und die Volatilität vergleichsmäßig hoch. Die grundlegende Bruchlinie zwischen den Parteien ist weniger, wie in „westlichen Demokratien“ typisch, die Frage nach „links“ oder „rechts“, sondern verläuft hinsichtlich der Frage der Modernisierung des Landes und der Ausrichtung nach Westen oder Osten. Auf Arbeitnehmerseite gibt es zwei große Gewerkschaften, sowie viele zahlreiche kleine gewerkschaftliche Organisationen, die die Interessen bestimmter Berufsgruppen besonders vertreten. Für die Arbeitgeber stehe nur eine kleinere unbedeutende Organisation zur Verfügung. Weitere Interessensvertretungen und Verbände existieren in großer Zahl, sind in der Regel ausreichend organisiert und spiegeln die gesellschaftlichen Interessen wider. „Allerdings sind zivilgesellschaftliche Gruppen regional ungleich präsent, und ihre weitere Entfaltung ist durch finanzielle und personelle Engpässe behindert.“²³⁵ Einig ist sich die Bevölkerung Polens in der Frage der Zustimmung zur Demokratie, die weitgehend als sehr hoch eingeschätzt wird. Interessanterweise stehen große

²³⁵ Vgl. bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/169.0.html (Zuletzt: 12.05.2010)

Teile der Bevölkerung den politischen Akteuren sowie den staatlichen Institutionen, oder dem Parlament und den Parteien sehr skeptisch gegenüber.

Transformation: Marktwirtschaft

Polen hat auch bei der Transformation des Wirtschaftssystems große Fortschritte gemacht. Allerdings bestehen aktuelle Probleme bei der schleppend voranschreitenden Privatisierung der großen Staatsunternehmen und vor allem die hohe Arbeitslosenquote. Obwohl Polen Jahre zu verzeichnen hatte, in denen die Wachstumsraten nahezu zweistellige Dimensionen erreicht hat, ist dieses Phänomen wieder zurückgegangen und gleichzeitig die Staatsverschuldung gestiegen.

Internationalen Bemessungskriterien²³⁶ folgend, befindet sich das Land auf einem relativ hohen Entwicklungsniveau und zeigt noch als Erbe des Staatssozialismus geringe Einkommensunterschiede auf. Dennoch liegt die Armutsrate bei knapp unter zwanzig Prozent, wovon vor allem Pensionisten, jugendliche Arbeitslose und alleinstehende Mütter betroffen sind.²³⁷

a) Markt und Währung

Das Wirtschaftssystem Polens entspricht den Grundlagen des freien marktwirtschaftlichen Wettbewerbs. Kritisiert wurde durch den Bertelsmann-Index im Jahr 2003, dass zwar für alle Marktteilnehmer formal die gleichen Chancen existieren, allerdings noch Unzulänglichkeiten im Bereich des Wettbewerbsrechts und des Kartellrechts vorhanden wären. Der Außenhandel hingegen ist laut WTO gut entwickelt und auf dem Niveau eines Industriestaates.

Auch wenn Polen in den letzten zwanzig Jahren mit unterschiedlich hohen Inflationsraten zu kämpfen hatte, hat sich diese Tendenz weitgehend

²³⁶ GDI und Gini-Index

²³⁷ Vgl. bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/169.0.html (Zuletzt: 12.05.2010)

stabilisiert. Die Zentralbank arbeitet daran, die Inflationskontrolle mit weiteren wirtschaftlichen Zielen zu vereinbaren. Nachdem die Inflationsraten seit 2000 regelmäßig gesunken waren, veränderte Polen seine Linie der Hochzinspolitik. Dennoch entstanden immer wieder Streitigkeiten innerhalb der Regierungen und zwischen den Regierungen und der unabhängigen Zentralbank, da von Seiten der Regierung gefordert wurde, die Zinsen drastisch zu senken, um die Konjunktur anzuheben, die Zentralbank allerdings im Grunde an ihrer Zinspolitik festhielt.

Inflationsrate in Polen	
Jahr	Jahresdurchschnitt (in Prozent)
1991	70,3
1992	43
1993	35,3
1994	32,2
1995	27,8
1996	19,9
1997	14,9
1998	11,8
1999	7,3
2000	10,1
2001	5,5
2002	1,9
2003	0,8
2005	2,1
Quellen: Statistisches Zentralamt Warschau / Auswärtiges Amt	

Abbildung: Inflationsrate in Polen zwischen 1991 und 2005.

b) Welfare-Regime und Arbeitslosigkeit

Der Tradition nach, mit Beginn der Solidarnosc-Bewegung sind soziale Netzwerke in Polen ausreichend ausgebaut, erreichen nach Einsschätzung des Bertelmann-Indexes allerdings nicht alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen. Aufgrund der hohen Arbeitslosenzahlen und der sozialen Probleme im Land, muss doch festgehalten werden, dass die sozialen Einrichtungen überbelastet und mit unzureichenden finanziellen Mitteln ausgestattet sind. Die hohe Armutsrate und das steigende Armutsrisiko, das vor allem Pensionisten und junge Arbeitslose betrifft bleiben weiterhin ein Problem in Polen.

Weitere Problemfelder sind die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede (Frauen verdienen in vergleichbaren Positionen bei vergleichbarer Qualifikation im Durchschnitt in etwa nur achtzig Prozent vom Einkommen der männlichen Erwerbstätigen) und die regionalspezifischen Einkommensunterschiede. So liegt das durchschnittliche Einkommen am Land zirka bei der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens in den Städten. Zu den aktuellen Problemen zählen die Gewalt gegen Frauen, diesbezüglich sind nur Dunkelziffern und Schätzwerte vorhanden, wobei festzuhalten bleibt, dass seit 2001 eine Ombudsfrau eingesetzt worden ist, die zum Ziel hat, die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen herzustellen, sowie eine Organisation zum Schutze der Frauen gegen häusliche Gewalt gegründet worden ist. Die bereits genannte Jugendarbeitslosigkeit bleibt ein wesentliches Problem und Risiko für die Sicherheit und Ordnung in Polen.

Jahr	Erwerbslose	Arbeitslosigkeit in Prozent (Polen gesamt)
November 1990	-	5,9
November 1991	-	11,1
November 1992	-	13,5
November 1993	-	15,5
November 1994	-	16,1
November 1995	-	14,7
November 1996	-	13,3
November 1997	-	10,3
November 1998	-	9,9
November 1999	-	12,5
November 2000	-	14,5
November 2001	-	16,8
2002	3.217.000	18,1
Mai 2003	3.159.600	17,9
April 2004	ca. 3.618.500	20,5
Oktober 2004	-	18,7
August 2005	-	17,8
November 2006	2.287.300	14,8
November 2007	-	8,5
Januar 2008	-	8,3
Februar 2008	-	8,0
März 2008	-	7,7

Abbildung: Arbeitslosenzahlen in Polen zwischen 1990 und 2008.

Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Polen zwischen 1989 und 2008 sieht ähnlich wie eine Sinuskurve aus. Während des kommunistischen Systems bis 1989 gab es per se kaum Arbeitslose. Die Vollbeschäftigung war durch das Regime gewährleistet. Die einsetzende Transformation des Wirtschaftssystems ab 1990 (mit dem politischen Umbruch) führte zu großen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenzahlen steigen schnell an und die Beschäftigungsquote sank gleichzeitig. Ausschlaggebend für die sinkende Beschäftigungsquote waren die Prozesse des Wandels der

Eigentumsverhältnisse, die Neustrukturierung der öffentlichen Verwaltung, die systematische Umstrukturierung in den Unternehmungen und die Adaptierung der angewandten Technologien an neue und effizientere, den personellen Arbeitskräfteeinsatz minimierende Technologien.²³⁸

In den ersten beiden Jahren nach dem Umbruch stieg die Arbeitslosenzahl in etwa auf eine Million pro Jahr an und überschritt Ende 1991 die zwei-Millionen, sowie deutlich die zehn-Prozent-Marke. Bis Ende 1993 verlief diese Tendenz etwas langsamer, allerdings immer noch konstant steigend, sodass zum genannten Zeitpunkt nahezu drei Millionen Menschen arbeitslos waren.

Die Veränderungen in der Wirtschaft trugen erstmals Früchte und zwischen 1994 und 1998 sank die Arbeitslosenquote deutlich. Das schnelle Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch neue Strukturen auf dem Arbeitsmarkt führten dazu, dass 1997 die Arbeitslosenzahl wieder unter zwei Millionen fiel.

Jedoch führten schon 1999 die Reformen der beschleunigten Privatisierung und das eingebremste Wirtschaftswachstum, sowie Reformen bei der Kranken- und Sozialversicherung im Jahr 2000 zu negativen Effekten für den Arbeitsmarkt. Ende 2000 lag die Arbeitslosenzahl bei fünfzehn Prozent und stieg anschließend bis 2005 rasant an und durchbrach die drei-Millionen-Marke mit einer relativen Zahl von über zwanzig Prozent ganz deutlich. Ab 2005 sank die Arbeitslosenzahl wieder konstant und hielt Ende 2009 bei einem Wert von 11,4 Prozent (leichter Anstieg zum Vorjahr aufgrund der Wirtschaftskrise). Die Gründe für die positive Tendenz zwischen 2006 und dem Folgejahr sind einerseits das hohe Wirtschaftswachstum und andererseits die Öffnung der alten EU-Mitgliedsstaaten für polnische Arbeitnehmer. Die Zahl der „Arbeitsauswanderer“ ist nicht genau bekannt, wird allerdings seit dem Beitritt zur Europäischen Union auf zirka 2,5 Millionen Menschen (samt derer Familien) geschätzt. Einige davon sind allerdings, vor allem durch die schwierige wirtschaftliche Situation in den typischen „Aufnahmeländern“ wie Irland wieder zurückgekehrt. Neben Irland ist auch Großbritannien ein typisches Arbeitse migrationsland für polnische Staatsbürger. Zumeist handelt es sich um Menschen zwischen dem zwanzigsten und dreißigsten Lebensjahr, wovon statistischen betrachtet in Drittel einen Hochschulabschluss vorweisen kann.

²³⁸ Vgl. <http://www.virtualpolen.de/wirtschaft.htm> (zuletzt: 24.05.2010)

Seit 2008 ist die Emigrationsrate wieder deutlich gesunken. Neben dem Faktor der wirtschaftlichen Probleme in den Aufnahmeländern ist auch zu beachten, dass die Löhne in Polen seither gestiegen sind und der Arbeitskräftemangel in Polen selbst gestiegen ist.

c) Wirtschaftsleistungsstärke und Nachhaltigkeit

BIP/Kopf in Polen	
1995	2.800
1996	3.000
1997	3.200
1998	3.300
1999	3.500
2000	3.600
2001	3.700
2002	3.700
2003	3.900
2004	4.100
2005	4.200
2006	4.500

Abbildung: 20-Jahres-Überblick - BIP pro Kopf
(1986-2006, in konstanten Preisen von 1995, in Euro)
Quelle: Eurostat, online unter: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu>

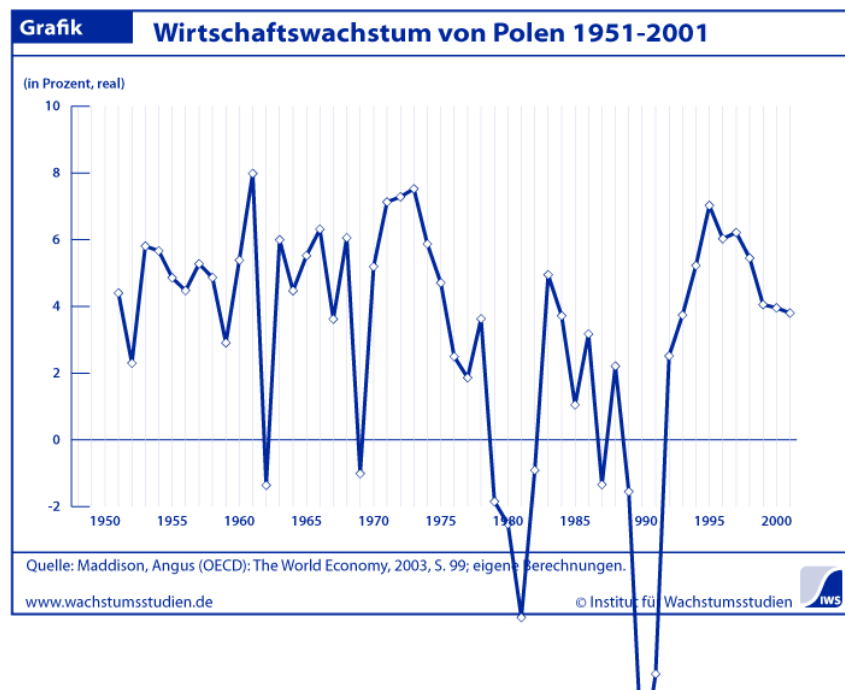


Abbildung: Wirtschaftswachstum von Polen 1951-2001
 Quelle: Maddison, Angus (OECD): The World Economy, 2003.

Das Wirtschaftswachstum in Polen ist seit 1995 konstant gestiegen, wenn es auch keine sprunghaftigen Schübe gegeben hat. Die in der Tabelle dargestellten zehn Jahre sind geprägt von einem stetigen, überschaubaren Wachstum. Allerdings erreichte Polen auch im Krisenjahr 2009 ein Wachstum von über 1,5 Prozent – als einziges der „neuen EU-Mitgliedsstaaten“.

Das Wachstum des Bruttoinlandprodukts ist niedrig erreicht zwischen 2000 und 2002 knapp über ein Prozent. Gründe dafür liegen im sinkenden Privatkonsum und der gering steigenden Exporte. „Begleitet wird diese Entwicklung von einem Ungleichgewicht des Staatshaushaltes, aber einer relativen Preisstabilität. Die Handelsbilanz ist seit mehreren Jahren deutlich negativ, auch wenn der Anteil der Exporte stetig ansteigt.“²³⁹

Wie in fast allen Staaten der großen EU-Osterweiterung steht das Wirtschaftswachstum in Vordergrund und verdrängt Überlegungen des ökologischen Wachstums.²⁴⁰ Die beim Beitritt zur Europäischen Union

²³⁹ bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/169.0.html (Zuletzt: 12.05.2010)

²⁴⁰ Eine grundlegende Ausnahme dieser Behauptung stellen die baltischen Staaten – allen voran Estland – dar. Durch die geografische Nähe zu Skandinavien, wo ökologische Überlegungen im Vordergrund

vereinbarten Richtwerte und Tendenzen in Richtung eines nachhaltigen ökologischen Wirtschaftswachstums werden nach derzeitigen Bewertungen kaum eingehalten.

Der Bertelsmann-Index für Transformation hat 2003 folgende Statistik zur Transformation in Polen veröffentlicht:

Entwicklung der makroökonomischen Grunddaten (1998 - 2002)

	1998	1999	2000	2001	2002 P
Wachstum des BIP in %	4,8	4,1	4,0	1,0	1,0
Außenhandel Exportwachstum in % Importwachstum in %	11,0 14,0	1,0 6,0	17,5 12,0	8,0 7,0	n.a. n.a.
Inflation in % (CPI)	11,8	7,3	10,1	5,5	2,1
Arbeitslosigkeit in %	10,4	13,0	15,1	18,2	18,1
Haushaltsdefizit in % des BIP	-2,4	-2,0	-2,2	-4,6	-2,7
Leistungsbilanz in Mio. \$	-6858	-11569	-9973	-8621	-7750

Abbildung: Quelle: Quellen: FAZ: Mittel- und Osteuropa Perspektiven Jahrbuch 2001/2002. EBRD: Transition Report 2002. UNDP: Human Development Report 2003.

d) Bewertung des Transformationsprozesses

Für die Fortführung der Transformation bestanden sowohl gute als auch schlechte Bedingungen. Auf der positiven Seite ist zweifelsohne das hohe gesellschaftliche Entwicklungsniveau, der hohe Bildungsstand der Bevölkerung, das Fehlen an ethnischen Konflikten, sowie die funktionierende Rechtsstaatlichkeit und die institutionelle Stabilität zu nennen, was den Schwierigkeitsgrad der Transformation als klein erschienen ließe.

Auf der anderen Seite ist allerdings die Effizienz der Verwaltung verbesserungswürdig. Die demokratischen Besonderheiten, fehlende politische Partizipation und die niedrige Wahlbeteiligung sowie das gering ausgeprägte

Dasein von NGO's und NPO's gelten als besonders veränderungsbedürftig. In Hinblick auf die wirtschaftliche Lage ist das hohe Arbeitslosenniveau, der geringe Wirtschaftswachstum und das steigende Haushaltsdefizit unter Kontrolle zu bringen. Der erfolgreiche Beitritt zur Europäischen Union hat positive Folgen hinterlassen, diese werden aber von weiten Teilen der Bevölkerung nicht entsprechend erfasst.

Der Bertelsmann-Index kommt im Jahre 2003 zu folgender Gesamtbewertung des Transformationsprozesses:

„Die Ausgangsbedingungen der Transformation waren sowohl positiv als auch negativ. Begünstigend wirkte sich der Konsens zwischen alten und neuen Eliten über die Etablierung von Demokratie und Marktwirtschaft aus, ferner die bereits in den 80er Jahren zumindest partiell eingeleiteten Reformen und die schnell etablierte internationale Verflechtung des Landes. Hinderlich für effizientes Regierungshandeln und damit die Fortsetzung der Transformation war die langwierige Parteienbildung, die bis heute nicht abgeschlossen ist, sowie der Disput um die Verfassung. Die desolante ökonomische Situation Ende der 80er Jahre erleichterte hingegen einen umfassenden und schnellen Reformprozess, wenngleich sich der Strukturwandel in einigen Bereichen aus politischen Gründen verzögert.“²⁴¹

Weiterhin wird beschrieben, dass der „Vollzug demokratischer und marktwirtschaftlicher Reformen nicht immer mit gleicher Geschwindigkeit und Intensität (erfolgte). Während der ökonomische Umbau sehr schnell voranschritt, hinkte die politische Konsolidierung in den ersten Jahren hinterher. Trotz bestehender Defizite in beiden Bereichen ist aber am Ende der ersten Reformdekade eine eindeutig positive Entwicklungsrichtung zu verzeichnen. Im politischen Bereich sind Rückschritte nur bei der Stabilisierung des Parteienspektrums zu konstatieren. Als einzige positive Entwicklung dabei ist die Verlagerung der Konfliktlinien zu bewerten, vom Streit über die Haltung zur

²⁴¹ bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/169.0.html (Zuletzt: 12.05.2010) Seite 16.

sozialistischen Vergangenheit zu zukunftsorientierteren Themen wie der EU-Integration und der weiteren Modernisierung des Landes.“²⁴²

V.3. EU-BEITRITTSPROZESS

Der Beitritt Polens zur Europäischen Union, der mit 1. Mai 2004 verwirklicht wurde, hat eine lange Geschichte, die dem Ereignis vorangegangen war. 1989 fanden in Polen die ersten teils-freien Wahlen seit Ende des Zweiten Weltkriegs und der Etablierung des kommunistischen Regimes statt. Unmittelbar danach richtete sich Polens Politik westlich aus und war bemüht, sich der Europäischen Gemeinschaften anzunähern. Als erster Schritt in diese Richtung kann das Wirtschaftsabkommen von 1989 gewertet werden, das am 19. September desselben Jahres zwischen der Republik Polen und den Europäischen Gemeinschaften unterzeichnet wurde.²⁴³

Die polnische Bevölkerung hatte im Gegensatz zu anderen Staaten, die nach 1989/91 (wieder-) entstanden waren, kaum großen Zweifel an den Vorteilen einer Mitgliedschaft und weniger Angst, als vergleichbare Staaten, Souveränität abzugeben und sich wieder in Abhängigkeit eines politischen Systems zu begeben. „In der polnischen Elite gibt es Konsens darüber, dass die EU-Mitgliedschaft Polens erstrebenswert sei. (...) Das (Anmerkung: Übereinstimmung zum EU-Beitritt innerhalb der politischen Eliten) trifft vor allem auf historische und politische Aspekte zu, während die künftigen Auswirkungen der Europäischen Union auf Wirtschaft und Gesellschaft unterschiedlich und teilweise sogar gegensätzlich bewertet werden.“²⁴⁴

²⁴² bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/169.0.html (Zuletzt: 12.05.2010) Seite 16.

²⁴³ Vgl. Wessel, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A-Z, Taschenbuch der EI, Bonn, 1995.

²⁴⁴ Bedarff, Hildegard; Schürmann, Bernd: NATO und EU aus der Perspektive Ostmitteleuropas. Meinungsbilder der Eliten in Polen, ... Münster, 1998. Seite 45.

Aus polnischer Sicht war klar, dass sich ein Beitritt zur Europäischen Union nicht nur auf ökonomischer Ebene, sondern ebenso und vielleicht viel mehr auch auf die politische Ebene auswirken würde.

Im Jahr 1991 unterzeichnete Polen mit der Europäischen Union das sogenannte Europaabkommen, welches aufgrund von Ratifizierungsproblemen in Polen erst 1994 in Kraft trat. Ein anderer Begriff für diesen Vertrag ist auch Assoziierungsabkommen.

Das Europaabkommens zielte auf folgende in Artikel 1²⁴⁵ festgehaltene Prozesse ab:

- Die Schaffung eines geeigneten Rahmens für den politischen Dialog, der die Entwicklung enger politischer Beziehungen zwischen den Vertragsparteien ermöglicht,
- Die Ausweitung des Handels und ausgewogene Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien zu fördern und so die dynamische wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand in Polen zu begünstigen,
- Schaffung einer Grundlage für finanzielle und technische Hilfen seitens der Gemeinschaft für Polen,
- Erstellung eines geeigneten Rahmens für die schrittweise Integration Polens in die Gemeinschaft; zu diesem Zweck wird Polen auf die Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen hinarbeiten,
- Förderung der Zusammenarbeit in kulturellen Angelegenheiten.

Das Abkommen zwischen der Europäischen Union und Polen zielten darauf ab, als Vorbereitung für einen Beitritt zur Union zu dienen, und insgesamt die vor allem ökonomische Kooperation zu stärken. Die Erwartung bei der polnischen Bevölkerung war hoch. Achtzig Prozent der Menschen waren der Meinung, das Abkommen würde die Position Polens stärken und dem Land dienen. Vor allem

²⁴⁵ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:51999PC0355:DE:HTML> (zuletzt 20.05.2010)

die Möglichkeit der Beschäftigung außerhalb Polens in anderen EU-Staaten erwerbstätig zu sein, führte zu einer hohen Akzeptanz des Abkommens.²⁴⁶

Im Jahr 1993 fand im Juni der Rat von Kopenhagen statt. Das Europaabkommen war zwar bereits zwei Jahre zuvor unterzeichnet worden, allerdings von Polen immer noch nicht ratifiziert worden. Dennoch bemühte sich Polen um ein gutes Verhältnis mit der Europäischen Union. Die Kommission erarbeitete im Rahmen des Rats den Bericht²⁴⁷, in dem sie die Empfehlung abgab, sich weiterhin politisch und wirtschaftlich an die assoziierten Staaten anzunähern. Weiters erfolgte folgende Stellungnahme des Rats: „Der Europäische Rat stellte auf der Kopenhagener Konferenz im Juni 1993 fest, dass diejenigen assoziierten Staaten (...), die das anstreben, Mitglieder der Europäischen Union werden können (...).“²⁴⁸

Die Beitrittskriterien wurden folgendermaßen definiert und wie folgt als Kopenhagener Kriterien bezeichnet:

„Jedes Land, das einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) stellt, hat die in Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) festgelegten Bedingungen einzuhalten und die in Artikel 6 Absatz 1 EUV genannten Grundsätze zu achten. Im Jahr 1993 hat der Europäische Rat auf seiner Tagung in Kopenhagen Beitrittskriterien festgelegt, die 1995 vom Europäischen Rat in Madrid bestätigt wurden.

Um EU-Mitglied werden zu können, muss ein Staat drei Bedingungen erfüllen:

- Politisches Kriterium: institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten

²⁴⁶ Vgl. Kawecka-Wyrzybowska: Raport z prac Komisji Nadzwyczajnej do rozpatrzenia ustawy o ratyfikacji Układu Europejskiego. Warschau, 1993.

²⁴⁷ „Towards a Closer Association with the Countries of Central and Eastern Europe.“

²⁴⁸ Mayer, Otto; Scharrer Hans-Eckart (Hrsg.): Osterweiterung der Europäischen Union. Sind die mittel- und osteuropäischen Länder und die EU reif für eine Erweiterung? Baden-Baden, 1997.

- Wirtschaftliches Kriterium: funktionsfähige Marktwirtschaft und Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten
- Acquis-Kriterium: Fähigkeit, die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen und sich die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu Eigen zu machen (Übernahme des „Acquis communautaire“, d. h. des gemeinschaftlichen Besitzstands)

Damit der Europäische Rat die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen beschließen kann, muss das politische Kriterium erfüllt sein.²⁴⁹

Polen hatte zum Zeitpunkt des Beitrittsgesuches die politischen Kriterien erfüllt und stellte am 5. April 1994 offiziell den Antrag um Aufnahme als Mitglied in der Europäischen Union.²⁵⁰

Die Europäische Union legte infolge die Heranführungsstrategie fest, die auf folgenden Punkten²⁵¹ beruht:

- Das Assoziierungsabkommen (vgl. Europaabkommen)
- Das Weißbuch, in dem die wichtigsten Maßnahmen für jeden Bereich des Binnenmarktes aufgezeigt und die Prioritäten für die Rechtangleichung festgelegt sind
- Der institutionalisierte strukturierte Dialog
- Das PHARE-Programm als wichtigstes Finanzinstrument der Heranführungsstrategie

²⁴⁹ http://europa.eu/scadplus/glossary/accession_criteria_copenhagen_de.htm (zuletzt: 13.06.2008)

²⁵⁰ In Artikel 0 des Vertrags der Europäischen Union steht geschrieben: „Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Er richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder beschließt.“

²⁵¹ Vgl. <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/e40001.htm> (zuletzt: 13.03.2010)

PHARE-Programm

Die PHARE-Maßnahmen zielen auf zwei Schwerpunkte ab²⁵²:

- Fähigkeit zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes zu erwerben. Phare hilft ebenfalls den Stellen auf nationaler und regionaler Ebene so wie den Aufsichtsbehörden in den Kandidatenländern, sich mit den Zielen und Verfahren der Gemeinschaft vertraut zu machen.
- Unterstützung der beitrittswilligen Länder in dem Bemühen, ihre Industrie und die wesentlichen Infrastrukturen auf den Gemeinschaftsstandard anzuheben, indem die nötigen Investitionen bereitgestellt werden. Diese Maßnahme wird vor allem in Bereichen eingesetzt, in denen die Gemeinschaftsnormen immer anspruchsvoller werden, wie Umwelt, Verkehr, Industrie, Qualitätsnormen, Arbeitsbedingungen usw.

Seit dem Jahr 2000 verfügt Phare über neue Methoden der Programmverwaltung, insbesondere:

- Konzentration der Projekte auf die im Rahmen der Beitrittspartnerschaften vorgesehenen vorrangigen Bereiche für die Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes;
- bessere Verfahren zur Abwicklung der budgetären Vorgänge;
- radikale Vergrößerung des Umfangs der Projekte;
- weiter dezentralisierte Verwaltung im Sinne einer stärkeren Einbeziehung der Empfängerländer.

Zweifelsohne war das PHARE-Programm für Polen der größte und bedeutendste Mittelzuwender zur Umsetzung der geforderten Kriterien und somit die Basis für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu schaffen. Laut Daten der Eurostat hat Polen in den zehn Jahren ab 1990 über zwei Milliarden Euro erhalten. Bis 2002 noch fast weitere vierhundert Millionen Euro.

²⁵² http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/2004_and_2007_enlargement/e50004_de.htm
(zuletzt: 20.05.2010)

Insgesamt hat sich PHARE sehr positiv ausgewirkt. Einem Bericht der Kommission²⁵³ folgend, habe das Programm in wichtigen Bereichen wie der Umstrukturierung und Privatisierung der Wirtschaft, Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe, der Handels- und Investitionsförderung mit Fachwissen und Finanzmitteln geholfen.

Beim Europäischen Rat von Amsterdam im Juni 1997 wurde die Europäische Union auf die Erweiterung vorbereitet. Im Amsterdamer Vertrag wurden die politischen, sowie institutionellen Vorbereitungen niedergeschrieben, die durch die Aufnahme weiterer Mitglieder in die Union notwendig geworden waren. Dabei berief sich die Union auf vier Kernbereiche²⁵⁴:

- die Errichtung eines effizienten Entscheidungssystems, durch Mehrheitsentscheid bei Gleichbehandlung aller Mitgliedsstaaten
- Reform der Zusammensetzung der Kommission
- Mitwirkung des Europäischen Parlaments im EU-Entscheidungsprozess
- Einführung einer sogenannten „flexiblen Integration“, davon ausgenommen sind die Kernbereiche des „Acquis communautaire“

Die Europäische Kommission befasste sich intensiv mit der Frage der Erweiterung und legte 1997 die „Agenda 2000“ vor, die sich mit finanziellen wie strukturellen Fragen der Europäischen Union ab 2000 befasste.

„Die Agenda 2000 bezeichnet ein Aktionsprogramm, das darauf abstellt, die Gemeinschaftspolitik in den verschiedenen Bereichen wirksamer zu gestalten und einen neuen Finanzrahmen für den Zeitraum 2000-2006 festzulegen, damit die Europäische Union für die bevorstehende Erweiterung gerüstet ist. Die Agenda wurde 1999 durch die Verabschiedung von etwa zwanzig Rechtstexten zu folgenden vorrangigen Maßnahmen umgesetzt:

- Fortsetzung der Reform der Agrarpolitik entsprechend den 1988 und 1992 in Angriff genommenen Neuorientierungen mit denen folgende

²⁵³ Vlg. europa.eu/legislation_summaries/enlargement/2004_and_2007_enlargement/e50004_de.htm (zuletzt: 20.05.2010).

²⁵⁴ Vlg. Rainer, Arnold: Der Amsterdamer Vertrag und seine Bedeutung für die Erweiterung der Europäischen Union. Breslau, 1999.

Ziele angestrebt werden: Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, umfassendere Einbeziehung der Umweltbelange in die anderen Politikbereiche, Sicherung angemessener Einkommen in der Landwirtschaft, Vereinfachung und dezentrale Anwendung der einschlägigen Rechtsvorschriften

- Erhöhung der Wirksamkeit der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds durch eine stärkere thematische und geografische Konzentration und eine straffere Verwaltung der Maßnahmen.
- Weiterentwicklung der Heranführungsstrategie zu Gunsten der beitrittswilligen Länder durch die Einführung von zwei Finanzinstrumenten: ein strukturpolitisches Heranführungsinstrument (ISPA) und ein agrarpolitisches Instrument zur Beitrittsvorbereitung (SAPARD)
- Festlegung eines Finanzrahmens für den Zeitraum 2000-2006, um die Union unter Wahrung der Haushaltsdisziplin (...) und insbesondere für die bevorstehende Erweiterung zu rüsten.²⁵⁵

Die beiden Programme zur finanziellen Unterstützung ISPA und SAPARD sollten zusätzlich zum PHARE-Programm eine solide finanzielle Unterstützungsbasis für die Bewerberländer darstellen.

Die Agenda 2000 erhielt allerdings auch eine Stellungnahme der Kommission zu den einzelnen Bewerberstaaten. Dabei kommt die Kommission zu der Beurteilung, dass Polen das politische Kriterium der Kopenhagener Kriterien erfüllt und in weiten Teilen über eine funktionsfähige Marktwirtschaft verfügt und wahrscheinlich im Stande sein wird, dem Wettbewerbsdruck innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes entgegenzutreten. Nachdem die Agenda 2000, sowie die enthaltene Stellungnahme der Kommission zur Erweiterung beim Europäischen Rat von Luxemburg 1997 bestätigt wurde, begannen die Beitrittsverhandlungen mit Polen.^{256/257}

²⁵⁵ http://ec.europa.eu/agenda2000/index_de.htm (zuletzt: 25.05.2010)

²⁵⁶ Vgl. <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/e40001.htm> (zuletzt: 22.05.2010)

²⁵⁷ Die Verhandlungen begannen vorerst mit nur sechs Staaten. Dazu zählten Estland, Ungarn, Polen, die Tschechische Republik, Slowenien und Zypern. Zum damaligen Zeitpunkt war man von einem möglichen Beitritt zur Europäischen Union der o.g. sechs Staaten bereits im Jahr 2002 ausgegangen.

Noch beim selben Europäischen Rat wurde die Beitrittspartnerschaft mit Polen beschlossen.

„Ziel der im März 1998 geschlossenen (...) ist es, in einem einheitlichen rechtlichen Rahmen die in der Stellungnahme der Kommission zum Antrag Polens auf Beitritt zur Europäischen Union ermittelten prioritären Bereiche mit Handlungsbedarf, die für die Unterstützung Polens bei der Erfüllung dieser prioritären Aufgaben zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sowie die Bedingungen für diese Hilfe festzulegen. (...)

Solche Instrumente sind u. a. das überarbeitete Nationale Programm zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes, die gemeinsame Bewertung der mittelfristigen wirtschaftspolitischen Prioritäten, der Pakt gegen die organisierte Kriminalität und die staatlichen Entwicklungspläne sowie andere sektorale Pläne, die für eine Inanspruchnahme der Strukturfonds nach dem Beitritt und für die Umsetzung der Instrumente ISPA und SAPARD in der Zeit bis zum Beitritt erforderlich sind. Im Jahr 2002 diente die Beitrittspartnerschaft als Ausgangspunkt für die Erstellung eines Aktionsplans zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Verwaltungs- und Justizbehörden in Polen.

Die Verwirklichung der Beitrittspartnerschaft wird im Rahmen des Europa-Abkommens zwischen der Europäischen Union und Polen überwacht.²⁵⁸

„Die für Polen festgelegten Prioritäten wurden in zwei Gruppen eingeteilt: kurzfristige und mittelfristige Prioritäten. Die vorrangigen Fragen der ersten Gruppe sind diejenigen, bei denen Polen im Laufe des Jahres 2000 Fortschritte erzielen oder eine Lösung finden sollte. Für die vorrangigen Fragen der zweiten Gruppe sollte bis Ende 2003 eine Lösung gefunden werden. (...)

Als prioritäre Bereiche wurden festgelegt:

- Wirtschaftliche Reformen

²⁵⁸ europa.eu/legislation_summaries/enlargement/2004_and_2007_enlargement/e40106_de.htm

- Steigerung der Leistungsfähigkeit der Verwaltungsbehörden
- Binnenmarkt
- Justiz und Inneres
- Landwirtschaft - Fischerei
- Umwelt
- Politische Kriterien
- Wirtschaftspolitik
- Verkehr
- Beschäftigung und Soziales
- Regionalpolitik und Kohäsion“²⁵⁹

Im April 1998 begann der sogenannte Screening-Prozess zu laufen. Dabei prüft die Kommission das jeweilige Bewerberland über die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes. Gemeinsam mit dem Screening werden ein Verhandlungsplan erstellt und etwaige vorhandene Probleme diskutiert. Polen hatte zu diesem Zeitpunkt nahezu dreißig Kapitel des *Acquis communautaire* abgedeckt.

V.3.1. Beitrittsverhandlungen

Die Beitrittsverhandlungen begannen am 30. März 1998. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 29 der 31 Kapitel geöffnet und Verhandlungen liefen bereits zwischen Regierungsvertretern Polens und der Europäischen Union. Mit den beiden Unterstützungsprogrammen SAPARD und ISPA erhielt Polen die nötigen finanziellen Ressourcen, um die geforderten Entwicklungen umzusetzen. Gleichzeitig musste Polen die nötige Transparenz schaffen, um der Kommission zu ermöglichen, nachvollziehen zu können, wohin die finanziellen Mittel geflossen seien. Des Weiteren mussten Projekte, die aus finanziellen Mitteln der Union realisiert worden waren, auch dementsprechend öffentlich gemacht werden. Dies sollte dazu beitragen, die Europäische Union attraktiver zu „bürger näher“ zu machen.

²⁵⁹ Vgl. europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/e40001.htm (zuletzt: 22.05.2010)

Der Europäische Rat von Luxemburg 1997 beschloss, dass über jeden Bewerberstaat regelmäßig ein Bericht durch die Kommission dem Europäischen Union vorzulegen ist, indem auf die Kopenhagener Kriterien, sowie die Übernahme des Besitzstandes der Union eingegangen wird. In der Stellungnahme der Kommission zum Antrag Polens auf Beitritt zur Europäischen Union werden folgende Aspekte erläutert:

Nachdem Polen seinen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union am 5. April 1994 eingereicht hat, und das Europaabkommen von 1994 als Grundlage für den Beitrittsprozess sieht, hat die Regierung die Ressourcen für die europäische Integration geschaffen.

„Hinsichtlich der politischen Voraussetzungen hat die Kommission eine Bewertung der aktuellen Situation vorgenommen, die über eine beschreibende Darstellung von Institutionen hinausgeht, um das Funktionieren von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Praxis einzuschätzen.“²⁶⁰

- o Politische Kriterien

„Die politischen Institutionen Polens funktionieren ordnungsgemäß und unter stabilen Bedingungen. Sie respektieren die Grenzen ihrer Zuständigkeiten und arbeiten untereinander zusammen. Die Parlamentswahlen von 1991 und 1993 und die Wahl des Staatspräsidenten 1995 waren frei und fair. Der durch sie 1993 und 1995 herbeigeführte Machtwechsel verlief ordnungsgemäß. Die Opposition nimmt in üblicher Weise an der Arbeit der Institutionen teil. Die Bemühungen zur Verbesserung der Arbeitsweise der Justiz und zur Intensivierung der Korruptionsbekämpfung müssen fortgeführt werden.

Es gibt keine größeren Probleme bei der Wahrung der Grundrechte.

Polen besitzt die Merkmale einer Demokratie mit stabilen Institutionen, die die

²⁶⁰ Agenda 2000 - Stellungnahme der Kommission zum Antrag Polens auf Beitritt zur Europäischen Union. Brüssel, 1997.

rechtsstaatliche Ordnung, die Menschenrechte und die Achtung und den Schutz von Minderheiten garantieren.“²⁶¹

- o Wirtschaftliche Kriterien

„Vor 1989 litt die polnische Wirtschaft erheblich unter Stagnation, Inflation und der Last der Außenschuld. Der im Januar 1990 initiierte Plan zur Erholung war drastisch, bewirkte jedoch nur einen begrenzten Rückgang der Produktion (die bereits in den 80er Jahren substantiell zurückgegangen war). Schon 1992 hatte ein positives Wachstum eingesetzt, das sich seitdem fortgesetzt hat (1996 6,0 %). Das Haushaltsdefizit wurde auf unter 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zurückgeführt, und der Schuldendienst wird ständig zurückgeführt, nachdem 1991 eine Umschuldung vereinbart wurde. Die Inflationsrate ist in den letzten Jahren zurückgegangen, stand 1996 aber noch bei 19,9 %. Das BIP pro Kopf beträgt bei einer Bevölkerung von 38,6 Millionen etwa 31 % des EU-Durchschnitts.

Der Agrarsektor beschäftigte 1995 27 % der Erwerbsbevölkerung und erbrachte 6,6 % der Bruttowertschöpfung. 70 % der polnischen Ausfuhren gehen in die EU, und 65 % seiner Einfuhren stammen aus der EU.“²⁶²

Die Kommission kam bei der Beurteilung der Umsetzung der Kopenhagener Kriterien zu folgendem Entschluss:

„Polen kann als eine funktionierende Marktwirtschaft angesehen werden. Handel und Preise wurden weitgehend liberalisiert. Die Wirtschaft wurde erfolgreich stabilisiert. Die Bindung an diese politische Linie wurde durch verschiedene Regierungswechsel hindurch beibehalten. Um längerfristige Stabilität zu gewährleisten, müssen die Renten- und Sozialsysteme reformiert werden. Polen dürfte durchaus in der Lage sein, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Union mittelfristig standzuhalten, wenn es die

²⁶¹ Agenda 2000 - Stellungnahme der Kommission zum Antrag Polens auf Beitritt zur Europäischen Union. Brüssel, 1997.

²⁶² Agenda 2000 - Stellungnahme der Kommission zum Antrag Polens auf Beitritt zur Europäischen Union. Brüssel, 1997.

Geschwindigkeit bei der Umstrukturierung beibehält und die Wirtschaft offen hält.“²⁶³

Ebenso positiv fiel die Beurteilung der Kommission für die folgenden Bereiche aus:

„Im Bereich Justiz und Inneres sieht sich Polen bedeutenden Herausforderungen gegenüber, insbesondere auf den Gebieten Drogen, Grenzregime und internationales Verbrechen. Fortdauernde Anstrengungen vorausgesetzt, könnte Polen imstande sein, den Anforderungen des Acquis in den nächsten Jahren zu entsprechen.“²⁶⁴

„Polen dürfte in der Lage sein, seine Verpflichtungen im Hinblick auf die Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu erfüllen.“²⁶⁵

Und schlussendlich kam der wohl bedeutendste Satz in der Stellungnahme der Kommission für das polnische Volk:

„In Anbetracht dieser Überlegungen empfiehlt die Kommission die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Polen.“²⁶⁶ Mit diesen Worten war die realistische Möglichkeit geschaffen, als Mitglieder der Europäischen Union aufgenommen zu werden.

Angetrieben durch den positiven Bescheid der Kommission, aber auch der zahlreichen Arbeitsfelder, in denen eine Verbesserung dringend für den positiven Abschluss von Beitrittsverhandlungen verlangt worden war, arbeitete die polnische Regierung mit Hochdruck an den nötigen Reformen. Ziel war es, bis 2002 die Verhandlungen abzuschließen und bis spätestens 2004 Mitglieder der Europäischen Union zu sein.

²⁶³ Agenda 2000 - Stellungnahme der Kommission zum Antrag Polens auf Beitritt zur Europäischen Union. Brüssel, 1997..

²⁶⁴ Siehe 263.

²⁶⁵ Agenda 2000 - Stellungnahme der Kommission zum Antrag Polens auf Beitritt zur Europäischen Union. Brüssel, 1997.

²⁶⁶ Agenda 2000 - Stellungnahme der Kommission zum Antrag Polens auf Beitritt zur Europäischen Union. Brüssel, 1997.

Die Beitrittsverhandlungen wurden in folgenden Kapiteln des gemeinschaftlichen Rechtsbestandes (Acquis communautaire) geführt. (...) Das Datum bezeichnet eine vorläufige Schließung des Kapitels, nachdem der Grundsatz des Gesamtpakets galt.²⁶⁷

1. Freier Warenverkehr (Güterverkehr) – 29.03.2001
2. Freier Personenverkehr (Freizügigkeit, Freizügigkeit für Pers.) – 21.12.2001
3. Freier Dienstleistungsverkehr – 14.11.2000
4. Freier Kapitalverkehr – 21.03.2002
5. Gesellschaftsrecht (Firmenrecht) – 28.11.2001
6. Wettbewerbspolitik – 09.10.2002
7. Landwirtschaft – 09.10.2002
8. Fischerei – 10.06.2002
9. Verkehr – 10.06.2002
10. Steuern – 21.03.2002
11. Wirtschafts- und Währungsunion – 07.12.1999
12. Statistik – 19.04.1999
13. Sozialpolitik und Beschäftigung – 01.06.2001
14. Energie – 27.07.2001
15. Industriepolitik – 19.05.1999
16. Kleine und mittlere Unternehmen – 29.10.1998
17. Wissenschaft und Forschung – 29.10.1998
18. Allgemeine und berufliche Bildung (Aus- und Weiterbildung) – 29.10.1998
19. Telekommunikation und Informationstechnologien – 19.05.1999
20. Kultur und Medienpolitik (Kultur und audiovisuelle Medien) – 04.12.2000
21. Regionalpolitik und Koordinierung der strukturpolit. Instrumente – 01.10.2002
22. Umwelt – 26.10.2001
23. Verbraucherschutz und Gesundheitsschutz – 19.05.1999
24. Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres – 30.07.2002
25. Zollunion – 29.03.2001
26. Auswärtige Beziehungen (Außenbeziehungen) – 12.11.1999
27. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – 06.04.2000
28. Finanzkontrolle – 14.06.2000
29. Finanz- und Haushaltsbestimmungen (Haushalt) – 09.10.2002
30. Institutionen – 22.04.2002
31. Sonstiges (Vermischtes) – 09.10.2002²⁶⁸

Am 9. Oktober 2002 wurde die Arbeit der polnischen Regierung belohnt. Die Kommission schlug zehn Staaten für den Beitritt zur Union vor. Unter den zehn Staaten der „großen Osterweiterung“ war auch Polen genannt worden. Dennoch waren noch nicht alle Kriterien vollends erfüllt. Vor allem im Bereich

²⁶⁷ Sog. Single-Undertaking-Principle: Es ist nichts (endgültig) vereinbart, bevor alles (endgültig) vereinbart ist.

²⁶⁸ dp-ag.org/wp-content/uploads/2008/09/PL_EU.pdf (Zuletzt: 12.04.2010)

der Korruption, aber auch in Fragen der Hygienebestimmungen in der Landwirtschaft mahnte die Union weitere Veränderungen ein.

Die weiteren Verhandlungen gestalteten sich als schwierig und zäh. Die Interessen Polens und der Mitgliedsstaaten der EU trafen nun aufeinander. „Deutschland und Österreich wollten einen unkontrollierten Zustrom von Arbeitskräften aus Osteuropa verhindern und forderten deshalb eine siebenjährige Schonfrist ihrer Arbeitsmärkte.“²⁶⁹ Doch auch Polen war an „Schutzklauseln“ interessiert. „Polen (...) verlangte eine Übergangsfrist für den Landerwerb durch Ausländer. Noch seien die Bodenpreise im östlichen Nachbarland Deutschlands niedrig. So lange man das nicht verändere, könne man den Verkauf von Boden an Ausländer aus Spekulationsgründen nicht zulassen.“²⁷⁰

Infolge der schlechten Konjunktursituation – auch Deutschlands, dem wichtigsten Handelspartner Deutschlands – verschlechterten sich die Wirtschaftskennzahlen Polens um 2001 herum drastisch. Die Arbeitslosenzahl stieg an und das Wirtschaftswachstum schrumpfte stark, dafür wuchs das Haushaltsdefizit rasant an.

Durch die präkäre wirtschaftliche Lage des Landes schwand auch naturgemäß das Vertrauen in die Politik. Gleichzeitig ging auch die Euphorie für einen Beitritt zur Europäischen Union stark zurück. Die Akzeptanz sank während gleichzeitig der Termin für das Referendum über einen Beitritt zur Europäischen Union gefährlich schnell nahte. „Umfragen vom Sommer 2001 zufolge befürworteten nur noch 53 Prozent der Bevölkerung einen EU-Beitritt.“²⁷¹

Aufgrund zahlreicher Aufklärungskampagnen der Regierung pro Europäische Unionen konnten diese Werte bis zum Referendum wieder etwas verbessert werden.

²⁶⁹ <http://www.polish-online.com/polen/wirtschaft/eu-beitritt.php>

²⁷⁰ <http://www.polish-online.com/polen/wirtschaft/eu-beitritt.php>

²⁷¹ <http://www.polish-online.com/polen/wirtschaft/eu-beitritt.php>

V.3.2. Das Referendum

„Die Beitrittsverhandlungen wurden im Dezember 2002 abgeschlossen. Am 16. April 2003 wurde in Athen der Beitrittsvertrag, der am 1. Mai 2004 in Kraft trat, durch die EU und die zehn Beitrittskandidaten unterzeichnet.“²⁷²

Am Wochenende des 7. und 8. Juni 2003 fand in Polen das Referendum über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft statt. An der Wahl nahmen 58,85 Prozent (17.586.215 WählerInnen) der wahlberechtigten BürgerInnen teil. Von ihnen stimmten 77,45 Prozent für den Beitritt Polens zur Europäischen Gemeinschaft, 22,55 Prozent stimmten gegen den Beitritt.

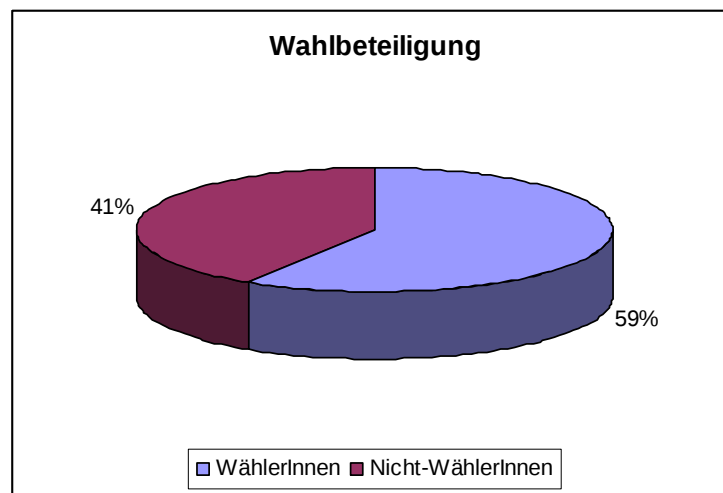


Abbildung: Wahlbeteiligung zum EU-Beitritts-Referendum. (Darstellung des Autors.)

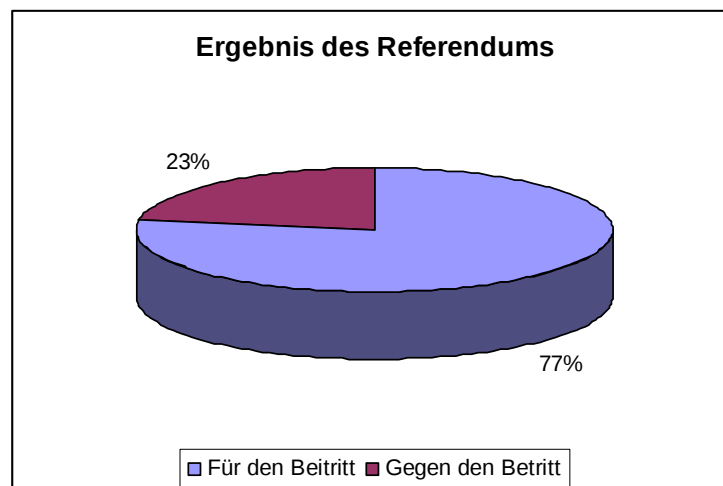


Abbildung: Ergebnis des Referendums zum EU-Beitritt. (Darstellung des Autors.)

²⁷²

http://de.wikipedia.org/wiki/Referendum_%C3%BCber_den_Beitritt_Polens_zur_Europ%C3%A4ischen_Gemeinschaft

Dem Plan der Europäischen Union folgend, trat die Republik Polen nach dem positiven Referendum vom Juni 2003 am 1. Mai 2004 mit neuen weiteren Staaten – Estland, Lettland, Litauen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern – der Europäischen Union bei.

Die sogenannte große Osterweiterung führte zehn weitere Staaten in die Europäische Union. Die Einwohnerzahl der größten europäischen Gemeinschaft, die 1955 als Friedensobjekt und Zweckgemeinschaft zur Erhaltung des Friedens in Europa gegründet worden war, wuchs somit auf nahezu fünfhundert Millionen Bürgerinnen und Bürger an und umfasste ab 1. Mai 2004 nun 25 Staaten, von Schweden bis Griechenland und von Portugal bis Ungarn und zirka vier Millionen Quadratkilometern Landfläche.

Für Polen – ebenso wie für einige andere Mitgliedsstaaten – schürte der Beitritt zur Europäischen Union Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Besserstellung des eigenen Landes im internationalen Umfeld. Leider stellten sich nicht überall die erhofften Erfolge unmittelbar ein, was die Zahl der Skeptiker ansteigen ließ. Diese Tendenz war und ist in Polen eher gering ausgeprägt, während in anderen Staaten – vor allem der letzten Beitrittsrunden – dieses Phänomen gegenwärtig ist. Bei der Eurobarometer Umfrage im Herbst 2007 beantworteten über siebenzig Prozent der Polen, die EU sei eine gute Sache und nur sechs Prozent waren der Ansicht, die Union sei eine schlechte Sache.²⁷³

²⁷³ Vgl. http://europa.eu/abc/keyfigures/livingtogether/supporters/index_de.htm#chart44

V.4. POLEN SEIT DEM EU-BEITRITT

Mit heutigen Datum ist Polen seit sechs Jahren Mitglied der Europäischen Union, nachdem es am 1. Mai 2004 mit neuen weiteren Staaten den Beitrittsprozess abgeschlossen hatte. Seither hat sich Polen verändert und der Beitritt zur Europäischen Union wird allgemein hin als sehr positiv bewertet. Vergleiche hierzu eine Umfrage der Europäischen Union vom Herbst 2007 bei der die polnische Bevölkerung mit deutlich über zwei Dritteln über die EU von einer guten Sache gesprochen haben. Die Gegner des EU-Beitritts erreichten eine marginale Ziffer.²⁷⁴

Dennoch läuft nicht immer alles rund zwischen Polen und der Europäischen Gemeinschaft. Seit dem Beitritt hat es zwischen der polnischen Regierung und der Gemeinschaft eine Reihe von Zwistigkeiten gegeben. Vor allem die beiden traditionell pro-EU ausgerichteten Politiker, der französische Präsident Nikola Sarkozy und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel reisten mehrmals nach Polen, um dort für Projekte der Europäischen Union zu werben. Der letzte große Disput entstand beim Vertrag über eine Verfassung Europas, der von Polen abgelehnt wurde. Bei dem Ersatzprodukt, dem Vertrag von Lissabon konnte sich Polen eine Sonderregel erhandeln – die ausdrückliche Ablehnung der Todesstrafe musste nicht übernommen werden.

Die Erwartungen der polnischen Bevölkerung an einen Beitritt zur Europäischen Union waren folgende:

- ein höheres Wirtschaftswachstum
- höheres Niveau des Außenhandels und der Investitionen
- externe Finanzierung (ausländische Direktinvestitionen)
- zügige Modernisierung des Landes
- Direkthilfen für die polnischen Landwirte
- Einführung von EU-Normen

²⁷⁴ europa.eu/abc/keyfigures/livingtogether/supporters/index_de.htm#chart44 (Zuletzt: 23.03.2010)

- höherer Wettbewerbsdruck²⁷⁵

Um die neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten ein wenig abzufedern, wurden für den Beitritt Polens folgende Sonderregelungen getroffen:

- EU-Bürger dürfen erst zwölf Jahre nach Beitritt Polens zur EU landwirtschaftliche Flächen und Anwesen kaufen. Diese Regelung gilt nur für die Westgebiete (also ehemalige deutsche Gebiete). In den übrigen Gebieten ist der Landverkauf bereits nach sieben Jahren möglich. Ausnahmeregelungen sind für EU-Bürger vorgesehen, die bereits Landwirtschaft betreiben. Sie dürfen drei Jahre nach Abschluss ihres Pachtvertrages Land erwerben. Diese Regelung gilt allerdings nicht für die polnischen Westgebiete.
- EU-Bürger, die ihren ersten Wohnsitz nach Polen verlegen, können sofort Grund und Haus erwerben. Bedingung: Sie betreiben keine Landwirtschaft.
EU-Bürger mit einem Zweitwohnsitz in Polen können Grund und Haus erst nach fünf Jahren kaufen.
- Volle Freizügigkeit für polnische Arbeitnehmer Richtung "alte Mitgliedsstaaten" gibt es erst sieben Jahre nach dem Beitritt. Damit wird dem Drängen Deutschlands und Österreichs Rechnung getragen, die die "billigen Arbeitskräfte" aus dem Osten fürchten. Die Regelung ist aber für die EU-Staaten nicht bindend. Jedes EU-Mitglied kann seinen Arbeitsmarkt bereits vor Ablauf der Frist von sieben Jahren für Arbeitnehmer aus Polen öffnen.
- Umweltschutz: Die Schwerindustrie muss die strengen Umweltauflagen der EU erst ab 2015 erfüllen.
- Molkereien und Schlachthöfe haben drei Jahre lang Zeit, um die EU-Normen in Bezug auf die Hygiene zu erfüllen.²⁷⁶

²⁷⁵ Vgl <http://www.polish-online.com/polen/wirtschaft/eu-beitritt-chronologie.php> (Zuletzt: 23.03.2010)

²⁷⁶ www.polish-online.com/polen/wirtschaft/eu-beitritt.php (Zuletzt: 23.03.2010)

Die Übergangsregelungen im Detail:

- Polen hat das Gemeinschaftsrecht akzeptiert und sich bereit erklärt, dieses vor seinem EU-Beitritt zu übernehmen. Im Rahmen einzelner Kapitel hat Polen mit der EU Sonderlösungen zu folgenden wichtigeren Bereichen vereinbart (die „relativen“ Fristen, z.B. von 5 Jahren, beziehen sich auf das Beitrittsdatum oder aber auf das Datum des Inkrafttretens der relevanten EU-Vorschriften, falls das Letzte später erfolgen soll):
- Freier Warenverkehr: Vorbehalt für die Termine der Ergänzung und Beendigung des Registrierverfahrens für manche Arzneimittel sowie der Abschaffung der Kontrolle von Preisen für inländische Arzneien.
- Freier Personenverkehr: Polen akzeptierte das von der EU vorgeschlagene flexible Modell von Übergangsfristen (Antrag von Deutschland) von bis zu sieben (2+3+2) Jahren (jede von beiden Verlängerungen der Übergangsfrist bedürft eines separaten Antrags des daran interessierten Staates), ohne die EU-Position zur Notwendigkeit solcher Regelungen geteilt zu haben. Drei EU-Länder, Großbritannien, Irland und Schweden, haben ihre Arbeitsmärkte am 1.05.2004 eröffnet. Andere EU-Mitgliedstaaten, außer Deutschland und Österreich, haben von vornherein auf beide Verlängerungsoptionen verzichtet, wobei Dänemark, Finnland, Italien und die Niederlande (sowie Norwegen) haben ihre Märkte liberalisiert.
- Freier Dienstleistungsverkehr: einige Bestimmungen bezüglich des Marktes von Wertpapieren und des Bankwesens, wie z.B.: Mindestniveau von Eigenmitteln der Kreditinstitute, und Minimalschutz (Entschädigungen) für Investoren auf dem Kapitalmarkt bis Ende 2007). (...) Deutschland hat sich dennoch für die Dauer der Übergangsfrist bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit gesichert, die EU-Dienstleistungsfreiheit in bestimmten Wirtschaftsbereichen, nämlich dem Baugewerbe, einschließlich verwandte Wirtschaftszweige, dem Bereich der Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln sowie bei der Tätigkeit von

Innendekorateuren zu beschränken. Zum Teil ähnliche Übergangsfristen wurden für Österreich vereinbart.

- Freier Kapitalverkehr: Sonderregelungen in der Anschaffung von Immobilien, vor allem solchen, die für die Landwirtschaft genutzt werden.
- Wettbewerbspolitik: bestimmte Formen der öffentlichen Hilfe für die Investoren in den Sonderwirtschaftszonen, insbesondere Erhaltung der erworbenen Rechte: für KMU – bis 2011 und 2010 respektive, für große Unternehmen – für die Investoren, die ihre Genehmigungen für die Tätigkeit in der SWZ erhalten haben.
- Landwirtschaft: vorläufige/zeitweilige Sonderlösungen zu folgenden Fragen:
 - o Herstellung von Konsummilch mit anderem Fettgehalt
 - o Herkunftsidentifizierung des Fortpflanzungs- und Samenmaterials für die
 - o Aufforstung
 - o Herstellung von Fleisch und dessen Produkten für den Inlandsmarkt und
 - o die Drittländermärkte durch die Betriebe mit einem über den für die kleinen
 - o Unternehmen bestimmten Produktionsausstoß, die nicht alle veterinärärztlichen
 - o Anforderungen der EU erfüllen
 - o Kartoffelanbau von krebsanfälligen Sorten
 - o Anpassung der Batteriekäfige für Leghennen an die EU-Normen²⁷⁷

In weiterer Folge gab es noch eine Vielzahl an Sonderregelungen und Übergangsfristen, die allerdings hier nicht weiter angeführt werden, weil sie für den Rahmen dieser Arbeit irrelevant erscheinen.²⁷⁸

²⁷⁷ Vgl. dp-ag.org/wp-content/uploads/2008/09/PL_EU.pdf (Zuletzt: 23.03.2010)

Besonders interessant aus der Sicht Österreichs und Polens dürften die Sonderregelungen bezüglich des freien Personenverkehrs interessant sein. Die beiden Staaten hatten große Befürchtungen, der nationale Arbeitsmarkt würde von Billigarbeitskräften überschwemmt werden und könnte so zu einem Ungleichgewicht, sowie zu höheren Arbeitslosenzahlen führen. Im Laufe der phasenweise zäh verlaufenden Verhandlungen zu diesem Kapitel wurde folgende Einigung beschlossen. Es werde eine Fristenlösung geben, die auf alle Branchen anwendbar ist, die auf maximal sieben Jahre beschränkt ist und die sich in drei Teile teilt. Die erste Frist setzt mit dem Beitritt am 1. Mai 2004 ein und dauert zwei Jahre. Anschließend ist eine Verlängerung um drei Jahre möglich. Österreich und Deutschland konnten auch die dritte Frist, mit der Dauer von zwei Jahren vereinbaren. Somit fallen allerdings spätestens per 1. Mai 2011 alle Einschränkungen in der Freizügigkeit von Personen.

„Die alten (EU-15, Anmerkung) EU-Mitgliedstaaten können die Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten während einer Übergangszeit von maximal sieben Jahren einschränken.

In den ersten zwei Jahren können die alten Mitgliedstaaten ihr nationales Recht oder etwaige, mit den neuen Mitgliedstaaten geschlossene bilaterale Abkommen weiterhin anwenden. Das bedeutet, dass Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten in den meisten Fällen für den Zugang zum Arbeitsmarkt in der EU15 nach wie vor eine Arbeitserlaubnis brauchen. Die neuen Mitgliedstaaten dürfen im Gegenzug ebenfalls Einschränkungen vorsehen für Arbeitnehmer aus den alten Mitgliedstaaten, die derartige Maßnahmen eingeführt haben. Bei Ablauf des Anfangszeitraums können die alten Mitgliedstaaten entscheiden, ob sie Beschränkungen der Freizügigkeit der Arbeitnehmer beibehalten wollen, unter der Voraussetzung, dass sie dies der Kommission mitteilen. Nach fünf Jahren können die alten Mitgliedstaaten die restriktiven Maßnahmen nur dann für einen letzten Zeitraum von zwei Jahren

²⁷⁸ Der vollständige Text über den Beitritt, sowie eine detaillierte Erklärung und Auflistung aller Übergangsregeln kann unter http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/negotiations/treaty_of_accession_2003/table_of_content_en.htm heruntergeladen werden.

beibehalten, wenn sie nachweisen, dass auf ihrem Arbeitsmarkt erhebliche Störungen bestehen oder drohen.“²⁷⁹

Sowohl Österreich als auch Deutschland konnten erfolgreich vor der Europäischen Kommission einwenden, dass sehr wohl nach wie vor aufgrund der hohen Einkommensunterschiede Störungen am nationalen Arbeitsmarkt nicht zu verhindern wären. Infolgedessen konnten die beiden Staaten die Frist um die letztmöglichen zwei Jahre verlängern.

„Vor Ablauf des Anfangszeitraums von zwei Jahren veröffentlicht die Kommission einen Bericht über das Funktionieren der Übergangsregelungen. Der Bericht soll den alten Mitgliedstaaten eine faktische Grundlage für ihre Entscheidung liefern, ob sie Einschränkungen der Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten beibehalten wollen.

Die Arbeitnehmer aus einem neuen Mitgliedstaat, die aufgrund von nationalen oder sich aus bilateralen Abkommen ergebenden Maßnahmen am Tag des Beitritts in einem alten Mitgliedstaat arbeiten oder dort während der Übergangszeit Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, unterliegen einer besonderen Regelung. Wenn sie für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten zum Arbeitsmarkt zugelassen sind, erhalten sie (uneingeschränkten) Zugang zum Arbeitsmarkt. Dieses Recht ist jedoch auf den betreffenden alten Mitgliedstaat beschränkt und kann verloren gehen, wenn der Arbeitnehmer diesen Mitgliedstaat freiwillig verlässt. Die Ehepartner und Kinder, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder denen von diesen Arbeitnehmern Unterhalt gewährt wird, können ebenfalls Zugang zum Arbeitsmarkt des betreffenden Mitgliedstaates erhalten. Sie erhalten dieses Recht unverzüglich, wenn sie im Zeitpunkt des Beitritts in dem alten Mitgliedstaat wohnen. Ziehen sie hingegen nach dem Zeitpunkt des Beitritts zu dem Arbeitnehmer, haben sie erst Zugang zum Arbeitsmarkt, wenn sie mindestens achtzehn Monate dort wohnen, oder ab dem dritten Jahr nach dem Beitritt, wenn dieser Zeitpunkt früher liegt.

²⁷⁹

europa.eu/legislation_summaries/internal_market/living_and_working_in_the_internal_market/free_movement_of_workers/l23013a_de.htm (Zuletzt: 23.03.2010)

Schutzklausel. Die Schutzklausel erlaubt es einem Mitgliedstaat, der beschlossen hat, keine restriktiven Maßnahmen mehr anzuwenden und allen Arbeitnehmern Freizügigkeit zu gewähren, bei der Kommission einen Antrag auf Genehmigung neuer Einschränkungen zu stellen, wenn es auf dem nationalen Arbeitsmarkt schwerwiegende Probleme gibt oder die Gefahr derartiger Probleme gegeben ist. Malta darf ebenfalls Einschränkungen vorsehen, da der Arbeitsmarkt dort nicht groß ist.

Darüber hinaus gibt es eine Sonderklausel für Deutschland und Österreich. Sie betrifft einige wenige Branchen wie z. B. das Baugewerbe oder die Gebäudereinigung. Die Erbringung von Dienstleistungen durch Unternehmen mit Sitz in einem neuen Mitgliedstaat mit vorübergehender Entsendung von Arbeitnehmern nach Deutschland oder Österreich kann beschränkt werden, wenn schwerwiegende Störungen in den betreffenden Dienstleistungssektoren gegeben sind.“²⁸⁰

Mitte des Jahres 2011 werden also auch die letzten Übergangsregelungen zwischen Polen und (einzelnen) alten Staaten der Europäischen Union fallen. Nichtsdestotrotz ist Polen bereits heute ein vollwertiges Mitglied der Union und tritt auch öffentlich als solches auf.

„Umfragen zeugen davon, dass die polnische Bevölkerung die EU viel positiver sieht als die Regierung. Für sie zählen vor allem die greifbaren Vorteile: Arbeitnehmerfreizügigkeit, EU-Beihilfen und nicht zuletzt die Garantie demokratischer Rechte durch die EU-Mitgliedschaft. Das Eurobarometer vom Frühjahr 2007 ergab, dass 67 Prozent der Polen die Mitgliedschaft in der EU für eine "gute Sache" halten. Das ist mehr als in den meisten anderen Mitgliedsstaaten, der EU-Durchschnitt liegt bei 57 Prozent Zustimmung.“²⁸¹

²⁸⁰

europa.eu/legislation_summaries/internal_market/living_and_working_in_the_internal_market/free_movement_of_workers/l23013a_de.htm (Zuletzt: 23.03.2010)

²⁸¹ http://www.eurotopics.net/de/archiv/magazin/politik-verteilerseite/polen_2007_10/debatte_polen_2007_10/ (Zuletzt: 23.03.2010)

V.4.1. Ökonomie

Polens Wirtschaft ist geprägt vom ständigen Wachstum, wenn auch große Probleme in Hinblick auf die Arbeitslosigkeit und die Modernisierung der Wirtschaftssektoren existieren.

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in % gegenüber dem Vorjahr (real)												
Jahr	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08	09
Veränderung in % gg. Vj.	4,8	4,1	4,3	1,2	1,4	3,9	5,3	3,6	6,2	6,8	5,0	1,7
Quelle: Entwicklung des BIP von Polen: GUS, 2010.												

Das Bruttoinlandsprodukt ist seit dem Beitritt zur Europäischen Union einem stetigen und ordentlichen Wachstum unterlegen. Nur das Jahr 2009 war für Polen ein schwaches. In Hinblick auf die weltweite Wirtschaftslage, allerdings mit einem relativen Wachstum von 1,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr immer noch unter den besseren Staaten vertreten.

Entwicklung der Inflationsrate in % gegenüber dem Vorjahr					Entwicklung des Haushaltssaldos in % des BIP („minus“ bedeutet Defizit im Staatshaushalt)			
Jahr	2003	2004	2005	2006	Jahr	2003	2004	2005
Inflationsrate	0,7	3,6	2,2	0,9	Haushaltssaldo	-4,7	-3,9	-2,5
Quelle: Entwicklung der Inflationsrate Polens: bfai, 2006.								

Das Problem der Inflationsrate, die nach 1998/90 enorme Ausmaße angenommen hatte (bis zu siebzig Prozent) hat Polen bereits vor dem Beitritt zur Europäischen Union in Hinblick auf die Erreichung der Kopenhagener Kriterien gut unter Kontrolle gebracht. Derzeit ist die Inflationsrate in Polen sehr niedrig, was umgekehrt eine hohe Arbeitslosenzahl bedingt.

Die Staatsschulden sinken kontinuierlich und haben mittlerweile ebenso akzeptable Ausmaße erreicht.

V.4.2. Arbeitslosigkeit

„Der Beitritt zur Europäischen Union wirkte sich positiv auf die Wirtschaft aus. Sie wuchs in der ersten Jahreshälfte um 6 Prozent. Positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hatte das starke Wirtschaftswachstum allerdings nicht. Im April 2004 zählten die Statistiker noch rund 3.618.500 Arbeitslose in Polen. Das entsprach einer Arbeitslosenquote von 20,5 Prozent. Erst im Jahr 2006 sank die Arbeitslosigkeit spürbar. Im November 2006 registrierten die Statistiker 2.287.300 Arbeitslose (14,8 Prozent). Davon waren 1.304.300 Frauen. Polen war zu dieser Zeit innerhalb der Europäischen Union das Land mit der höchsten Arbeitslosenquote.

Im November 2007 lag die Arbeitslosigkeit in Polen bei 8,5 Prozentpunkten. Damit sind deutlich weniger Menschen ohne Arbeit als noch ein Jahr zuvor. Zum Anfang des Jahres 2008 setzte sich der positive Trend fort. Im März 2008 sank die Arbeitslosenquote abermals auf 7,7 Prozent. Jedoch besitzt das Polen innerhalb der Europäischen Union nach der Slowakei (11 Prozent) die höchste Arbeitslosenquote. Das gute Abschneiden Polens wird jedoch durch die Tatsache relativiert, dass hunderttausende polnische Bürger im Ausland ihr Geld verdienen.

Innerhalb der EU lag die Arbeitslosenquote im März 2008 bei 6,7 Prozent.²⁸²

Arbeitslosigkeit und Zahl der Erwerbslosen in Polen ²⁸³		
Jahr	Erwerbslose	Arbeitslosigkeit in Prozent (Polen gesamt)
November 1990	-	5,9
November 1991	-	11,1
November 1992	-	13,5
November 1993	-	15,5
November 1994	-	16,1
November 1995	-	14,7
November 1996	-	13,3
November 1997	-	10,3
November 1998	-	9,9
November 1999	-	12,5
November 2000	-	14,5

²⁸² polish-online.com/polen/wirtschaft/arbeitslosigkeit.php (Zuletzt: 29.01.2010)

²⁸³ polish-online.com/polen/wirtschaft/arbeitslosigkeit.php (Zuletzt: 29.01.2010)

November 2001	-	16,8
2002	3.217.000	18,1
Mai 2003	3.159.600	17,9
April 2004	ca. 3.618.500	20,5
Oktober 2004	-	18,7
August 2005	-	17,8
November 2006	2.287.300	14,8
November 2007	-	8,5
Januar 2008	-	8,3
Februar 2008	-	8,0
März 2008	-	7,7
Quelle: online. Link siehe unten.		

Löhne

In Polen liegen die Durchschnittslöhne in etwa in der Höhe von 75 Prozent im Vergleich zu den Löhnen der EU-15. Dieser Unterschied wird auch als Hauptargument von Deutschland und Österreich in der Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer vorgebracht.

Frauen verdienen in Polen für vergleichbarer Qualifikation für vergleichbare Positionen knapp über achtzig Prozent im Vergleich zum männlichen Einkommen. Dieser Unterschied ist in der EU vergleichsweise gering.²⁸⁴ Der durchschnittliche Lohn in Polen wird mit knapp unter 600 Euro beziffert. Hierbei bleibt aber hervorzuheben, dass es wesentliche Unterschiede zwischen den Städten und der Landbevölkerung gibt.

Bevölkerungsstruktur

„In Polen leben 38,6 Millionen Menschen (Stand 2001). Das sind 5,3 Prozent der Gesamtbevölkerung in Europa. Die Bevölkerungsdichte beträgt 123 Einwohner pro Quadratkilometer. Die meisten Menschen, 23,89 Mio. oder 61,8 Prozent, leben in den Städten und 14,76 Mio. (38,2 Prozent) auf dem Land.

²⁸⁴ Davon ausgenommen sind die Skandinavischen Staaten, wo es kaum Gehaltsunterschiede gibt.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war das noch ganz anders. 1946 lebten lediglich 31,8 Prozent der polnischen Bevölkerung in den Städten.

Die Bevölkerung Polens ist jung. In Polen sind 18,2 Prozent der Bevölkerung jünger als 15 Jahre (EU vor der Osterweiterung: 16,6 Prozent) und 69,3 Prozent zwischen 16 und 64 (EU vor der Osterweiterung: 66,8). Allerdings sinken - wie in den neuen Bundesländern in der Bundesrepublik - die Geburtenraten seit der politischen Wende. 1980 registrierten die Statistiker in Polen noch 19,5 Geburten auf 1.000 Einwohner, 1985 waren es 18,2, 1990 14,3, und 1998 10,2 Prozent. Damit hat sich die Geburtenrate der in Deutschland (1998: 9,6 auf 1.000 Einwohner) beinahe angeglichen.

Fünf Prozent der polnischen Bevölkerung gehören ethnischen Minderheiten an: Ukrainer, Deutsche, Weißrussen, Slowaken, Tschechen, Litauer, Roma und Juden.“²⁸⁵

Bevölkerungsstruktur		
jünger als 15 Jahre	15- bis 64-jährige	älter als 65 Jahre
18,2	69,3	12,5
Quelle: www.wirtschaft-polen.de		

Bevölkerung				
1990	Frauen: 51,3 %	Männer: 48,7 %	städtische Gebiete: 61,8 %	ländliche Gebiete: 38,2 %
2003	Frauen: 51,6 %	Männer: 48,4 %	städtische Gebiete: 61,6 %	ländliche Gebiete: 38,4 %
Quelle: GUS				

²⁸⁵ polish-online.com/polen/politik/bevoelkerungsstruktur.php (Zuletzt: 29.01.2010)

Bevölkerungsanteile im arbeitsfähigen Alter					
	1990	2000	2001	2002	2003
noch nicht im arbeitsfähigen Alter	29,6 %	24,07 %	23,2 %	23,2 %	21,9 %
im arbeitsfähigen Alter	57,5 %	61,21 %	61,9 %	61,8 %	62,9 %
nicht mehr im arbeitsfähigen Alter	12,9 %	14,7 %	14,8 %	15 %	15,2 %
Quelle: GUS					

V.4.3. Polen in der Europäischen Union

o Die Europawahlen 2004

„Bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2004 erfuhren die beiden regierenden Parteien eine schmerzhaft Niederlage und näherten sich gefährlich nahe an die fünf Prozent Grenze, um überhaupt in das Parlament einziehen zu können. Für die Unia Pracy scheint es überhaupt unrealistisch, bei der nächsten Wahl noch im Parlament vertreten zu sein, wenn sie nicht eine Koalition mit einer anderen Partei eingeht.“²⁸⁶

The World Socialist Website hat wenige Tage nach dem Beitritt Polens zur EU und den Europawahlen 2004 folgenden Artikel veröffentlicht:

„Die Entfremdung der regierenden Eliten von der Bevölkerung ist in Polen selbst im osteuropäischen Vergleich besonders weit fortgeschritten. Das fand auch in den Europawahlen vom 13. Juni seinen Ausdruck. In keinem anderen europäischen Land erlitt die Regierungspartei eine heftigere Niederlage und selten war die Wahlbeteiligung so gering.

Gerade einmal 20,76 Prozent der Wahlberechtigten sind überhaupt an die Urnen gegangen. Die Regierungsparteien, die Demokratische Linksallianz (SLD) und die Arbeitsunion (UP), die noch bei den letzten Parlamentswahlen im

²⁸⁶ Vgl. Jungerstamm-Mulders, Susanne: Post-Communist EU Member States. Parties and Party Systems. Ashgate, University of Helsinki, Helsinki, 2006. Seite 99.

Jahr 2001 41% der Stimmen auf sich vereinigen konnten, erreichten gerade einmal 9,1%. Bezogen auf die Wahlbeteiligung bedeutet das, dass nicht einmal jeder fünfzigste Pole seine Stimme für die amtierende Regierungskoalition abgegeben hat. Überraschend schlecht schnitt auch die im April diesen Jahres von SLD-Parlamentariern gegründete Sozialdemokratie Polens (SDPL) ab, die an der Fünfprozenthürde scheiterte. Die gemäßigte Bauernpartei PSL, die im März 2003 die SLD Regierung verlassen hatte, zieht mit 6,9% (2001: 9,0%) in das EU-Parlament ein.

Auf der anderen Seite konnte aber auch die wichtigste Oppositionspartei, die ebenfalls neoliberal ausgerichtete Bürgerplattform (PO), den ihr prognostizierten Stimmenanteil von über 30% trotz der geringen Wahlbeteiligung nicht erreichen. Sie erhielt schließlich nur 23,5% (2001: 12,7%) der abgegebenen Stimmen.

Klare Gewinner waren die rechtspopulistischen und EU-feindlichen Parteien Samoobrona (Selbstverteidigung) von Andrzej Lepper und die Liga Polnischer Familien (LPR). Sie erreichten zusammen 28%, wobei die LPR mit 16,4% (2001: 7,9%) ihren Anteil stärker vergrößern konnte als Samoobrona mit 11,6% (10,2%). Leicht gewonnen hat auch die rechte Law-and-Order-Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) mit 12,5% (9,5%). Sie gilt als potentieller Koalitionspartner der PO.

Insgesamt ist dieses Ergebnis keineswegs verwundernd. Der Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union bedeutet für die allermeisten Polen eine massive Verschlechterung ihrer Lebenssituation. Als Voraussetzungen für den Beitritt forderte Brüssel Privatisierungen der staatlichen Unternehmen und weitgehende Strukturreformen in Landwirtschaft und Fischerei. Diese Politik hat zu einer offiziellen Arbeitslosenrate von über 20% geführt. Das Arbeitslosengeld ist sehr gering und wird maximal ein Jahr lang ausgezahlt. Danach stehen die Menschen vor dem blanken Elend, müssen vom Müll leben, in den stillgelegten Zechen auf eigene Faust nach Steinkohle graben oder sich prostituieren.

Durch den Beitritt zur EU haben sich diese Bedingungen nicht verbessert, sondern verschlechtert. Die polnischen Höfe erhalten nur einen Bruchteil der Subventionen der alten EU-Mitglieder und müssen sich dennoch gegen die großzügig unterstützte Konkurrenz aus dem westlichen Ausland durchsetzen. Studien zufolge gelten 26% der landwirtschaftlichen Betriebe in Polen als nicht mehr entwicklungsfähig. Davon unberührt begann die Miller-Regierung Anfang diesen Jahres mit der Umsetzung des so genannten Hausnerplans, der drakonische Kürzungen im gesamten Sozialbereich vorsieht und unter anderem die Renten- und Sozialversicherung für Landwirte einschränkt. (...)“²⁸⁷

Aus diesem Essay geht hervor, dass der Beitritt Polens zur Europäischen Union durchaus auch mit sozialen Kosten verbunden war. In der Zwischenzeit hat sich gezeigt, dass der Beitritt eine gute Sache war und wird auch von der Bevölkerung Polens als solche beurteilt.

o Die Europawahl 2009

„Die Europawahl in Polen 2009 fand am 7. Juni 2009 statt. Sie wurde im Zuge der EU-weit stattfindenden Europawahl 2009 durchgeführt, wobei in Polen 50 der 736 Sitze im Europäischen Parlament vergeben wurden. Insgesamt bewarben sich 1301 Kandidaten um einen Sitz, wahlberechtigt waren über 30 Millionen Menschen.“²⁸⁸

Obwohl die Polen an sich Befürworter der Europäischen Union sind, lag die Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Europäischen Parlament bei nur 24,53 Prozent, und somit nur knapp über dem halben EU-Durchschnitt (43,09 Prozent).

Landesweite Ergebnisse der Europawahl nach Wahlkreisen²⁸⁹

²⁸⁷ www.wsws.org/de/tools/index.php?page=print&url=http%3A%2F%2Fwww.wsws.org%2Fde%2F2004%2Fjun2004%2Fpoeu-j23.shtml (Zuletzt: 19.02.2010)

²⁸⁸ de.wikipedia.org/wiki/Europawahl_in_Polen_2009 (Zuletzt: 19.02.2010)

²⁸⁹ Europäisches Parlament, Wahlergebnisse nach Mitgliedstaaten - Polen, 10. Juni 2009

Partei	(EP)-Fraktion	Sitze	%	Veränderung zu 2004
Platforma Obywatelska RP (PO)	EVP-ED	25	44,39	+20,33 %
Prawo i Sprawiedliwość (PiS)	UEN	15	27,40	+14,73 %
Sojusz Lewicy Demokratycznej – Unia Pracy	SPE	7	12,34	+2,99 %
Polskie Stronnictwo Ludowe	EVP-ED	3	7,01	+0,67 %
Porozumienie dla Przyszłości – CentroLewica		0	2,44	
Prawica Rzeczypospolitej		0	1,95	
Samoobrona Rzeczypospolitej Polskiej		0	1,46	-9,32 %
Libertas Polska		0	1,14	
Unia Polityki Realnej		0	1,1	-0,77 %
Polska Partia Pracy		0	0,7	+0,16 %
Naprzód Polsko-Piast		0	0,02	
Polska Partia Socjalistyczna		0	0,02	

Vergleich der polnischen nationalen Parteien und der Parteigruppierungen im Europäischen Parlament²⁹⁰

Polnische Partei	Europäisches Parlament
Zivile Plattform, Polnische Bauernpartei	Europäische Volkspartei Gruppe der Sozialisten
Allianz der Linken Demokraten, Union der Arbeiter, Sozialdemokraten Polens	Alliance der Liberalen und Demokraten
Union der Freiheit	Union der Nationen für Europa
Recht und Justiz	Unabhängigkeit und Demokratie
League der Polnischen Familien	

*Folgende fünfzig Abgeordnete sitzen für Polen im Europäischen Parlament.*²⁹¹

²⁹⁰ Vgl. Jungerstamm-Mulders, Susanne: Post-Communist EU Member States. Parties and Party Systems. University of Helsinki, Helsinki, 2006. Seite 100.

²⁹¹ Vgl. pe2009.pkw.gov.pl/PUE/EN/WYN/M/index_pos.htm (Zuletzt: 19.02.2010)

Janusz Lewandowski, Jacek Saryusz-Wolski, Jacek Włosowicz, Jarosław Wałęsa, Joanna Skrzydlewska, Joanna Senyszyn, Tadeusz Cymański, Janusz Wojciechowski, Czesław Siekierski, Tadeusz Zwiefka, Filip Kaczmarek, Jerzy Buzek, Ryszard Czarnecki, Sidonia Jędrzejewska, Jan Olbrycht, Janusz Zemke, Konrad Szymański, Małgorzata Handzlik, Marek Siwiec, Bogdan Marcinkiewicz, Krzysztof Lisek, Andrzej Grzyb, Marek Migalski, Jacek Kurski, Adam Gierek, Lena Kolarska-Bobińska, Danuta Hübner, Mirosław Piotrowski, Jacek Protasiewicz, Paweł Zalewski, Piotr Borys, Rafał Trzaskowski, Elżbieta Łukacijewska, Danuta Jazłowiecka, Michał Kamiński, Tomasz Poręba, Ryszard Legutko, Wojciech Olejniczak, Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, Róża Maria Gräfin von Thun, und Hohenstein, Gorzów Wielkopolski, Jolanta Hibner, Bogusław Sonik, Sławomir Nitras, Adam Bielan, Zbigniew Ziobro, Artur Zasada, Jarosław Kalinowski, Paweł Kowal, Marek Gróbarczyk, Bogusław Liberadzki.

Seit 2009 ist Jerzy Buzek der Präsident des Europäischen Parlaments.

o Polen und der Euro

„Die für 2012 angedachte Euroeinführung in Polen wird immer unwahrscheinlicher. Zu schwach ist die polnische Währung Zloty. Die EU-Kommission erwartet zudem für dieses Jahr ein deutliches Schrumpfen der Wirtschaft in Polen. Finanzminister Jan Rostowski widerspricht dem und sieht das Land im wirtschaftlichen Wachstum.

Nachdem der Zloty seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise stark unter Druck geraten ist, kann Polen dem Wechselkursmechanismus II im ersten Halbjahr 2009 nicht beitreten. Das verkündete vor wenigen Tagen der polnische Finanzminister Jan Rostowski.

Die EU-Kommission prognostiziert ein negatives Wachstum von 1,4 bis 2%. Das Land befände sich damit mitten in der Rezession. Dem widerspricht der

Finanzminister jedoch deutlich. Er sieht Polens Wirtschaft weiter im Wachstum und das um mindestens noch 0,7% in diesem Jahr.

Nach Aussagen Rostowskis erwartete das Land keine weiteren Probleme und geht von einer schnellen Stabilisierung der Wirtschaftslage aus. Weiter stellte er klar, dass Polen weiterhin am Ziel den Euro im Jahre 2012 einzuführen, festhält. Längst ist die Skepsis verfliegen, denn Länder wie die Slowakei haben bewiesen, wie wichtig der Euro vor allem in der Krise ist.

Polen lehnt es strikt ab, den „Euro auf Probe“ einzuführen, wie es vom Internationalen Währungsfonds (IWF) vorgeschlagen wurde. Den Antrag zum Eintritt in den Wechselkursmechanismus II stellt Polen jedoch erst, wenn sich der Zloty endgültig stabilisiert habe, so Polens Finanzminister weiter.

Mit dem erst vor kurzen geflossenen 20 Milliarden Dollar Kredit des IWF sollen vor allem Währungsspekulationen um den Zloty zeitnah beendet werden.“²⁹²

Schlusswort & Ausblick

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 veränderten sich für Polen viele Faktoren. Auch wenn der Beitritt anfangs mit hohen sozialen Kosten verbunden war, die faktisch zu einer gefühlten Schlechterstellung der Bevölkerung geführt haben, ist sich der erhebliche Großteil der Bevölkerung einig, dass die Europäische Union eine gute Sache ist. Im Übrigen ist dies ein typischen Phänomen, das in allen postsozialistischen Staaten auftritt.

Die wirtschaftlichen Kennzahlen, sowie die sozialen Einrichtungen haben sich seit dem Beitritt kontinuierlich verbessert, und die Begründung ich naheliegender in einem Kausalzusammenhang mit dem Beitritt zu suchen. Polen konnte im Beitrittsverhandlungsprozess eine Vielzahl an

²⁹² <http://www.euro-anwaerter.de/news/newsdetail/artikel/zeitpunkt-fuer-polnische-euroeinfuehrung-weiterhin-unklar-1242593470.html>

Sonderregelungen aushandeln, die allerdings alle bereits ausgelaufen sind, oder bis spätestens Mitte 2011²⁹³ auslaufen.

Polen kann als vollwertig integriert in der Europäischen Union betrachtet werden. Mit ihren knapp vierzig Millionen Einwohnern stellt Polen knapp unter zehn Prozent der EU-Bürger. Im Europäischen Parlament ist Polen mit fünfzig Abgeordneten vertreten und der Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek ist Pole.

Zuletzt hat es mit Polen auf europäischer Ebene Probleme bei der Umsetzung eines Vertrags über die Verfassung Europas gegeben, ebenso wie in der Implementierung des Vertrags von Lissabon, der als „Ausweichprodukt“ von gescheiterten „Verfassungsvertrag“ angesehen wird. Hierbei konnte Polen eine Ausnahmeregelung in Hinblick auf die prinzipielle Ablehnung der Todesstrafe erringen – ein eher belangloses Kriterium, da es selbstverständlich in Polen die Todesstrafe weder in der Urteilsprechung, noch in der Umsetzung mehr gibt.

Mit dem Beitrittsansuchen Polens zur NATO und dem Beitritt Anfang 1999 und dem Beitrittsansuchen zur Europäischen Union vom April 1994 und dem tatsächlichen Beitritt am 1. Mai 2004 hat sich Polen für den westlichen Weg entschieden und arbeitet daran, die sowjetische Vergangenheit abzuschließen. Der wichtigste Handelspartner Polens ist übrigens Deutschland, und nicht mehr Russland, wie noch vor zirka zwanzig Jahren.

²⁹³ Vgl. weiter oben: Beschränkungen in der Freizügigkeit der Arbeitnehmer

KAPITEL VI: DIREKTER VERGLEICH LETTLAND - POLEN

Historische Rahmenbedingungen
Exkurs: Akteursanalyse
Unabhängigkeit und EU-Beitritt
Entwicklungen seit dem Beitritt

VI.1. HISTORISCHE RAHMENBEDINGUNGEN BIS 1990/91

In diesem Kapitel der Arbeit werden die beiden Staaten Polen und Lettland direkt miteinander verglichen. Was in den vorangegangenen beiden Kapiteln der Arbeit noch unabhängig und für sich selbst dargestellt wurde, soll nun einem Vergleich neu aufgearbeitet werden, um die wesentlichen Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten der beiden an sich so verschiedenen Staaten klarer zum Ausdruck zu bringen. Nur noch einmal zur Wiederholung: Der Vergleich Polens und Lettlands ist eben deshalb so interessant, weil die zwei Staaten von ihrer Struktur und Größe nach unseren Beurteilungsrastern kaum unterschiedlicher sein könnten, in Hinblick auf ihre Geschichte und ihre Erfahrungen seit den Weltkriegen allerdings viele Gemeinsamkeiten auf historisch-politischer Ebene, und in weitere Folge auch auf gesellschaftlicher Ebene widerfahren haben. Letztlich bleibt ihnen auch die Gemeinsamkeit, sich trotz aller widrigen Umstände losgelöst zu haben, und den Weg Richtung Westen eingeschlagen zu haben, der am 1. Mai 2004 mit dem Beitritt zur Europäischen Union einen Höhepunkt erreicht und ein vorläufiges Ziel gefunden hat. Gemeinsam ist den beiden Staaten eben auch, die sowjetische Vergangenheit, gänzlich unterschiedlich, was davon heute noch geblieben ist, und wie sie damit umgehen. Gemeinsam ist den Staaten ebenso, dass sie das kommunistische System prinzipiell ablehnen, gänzlich unterschiedlich, in welcher Form und in welchem Ausmaß sie das tun. Gemeinsam ist den Staaten auch, dass sie heute beide vollwertige Mitglieder der Europäischen Union, gänzlich unterschiedlich allerdings die Bewertung, ob dies nun eine Sache von Vor- oder Nachteil sei.

VI.1.1. Geschichte im Vergleich

Vor dem Ersten Weltkrieg war Polen auf verschiedene Lager aufgeteilt worden. Mit Ausbruch des Weltkriegs 1914 war das Territorium Polens nicht nur einer der wesentlichen Schauplätze des Kriegs geworden, sondern geriet auch nicht in missliche Lage, dass Polen gegen Polen kämpften, je nachdem, für welche Nation sie in den Krieg zogen. Dass das Territorium Polens zu einem Hauptkampfplatz wurde, erklärt sich aus den kriegsführenden Parteien, der Sowjetunion und der Allianz aus Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich, wo inmitten sich Polen befindet. „Die Einziehung von Millionen von Polen in die Armeen der kriegführenden Parteien stellt neben dem Teilungstrauma eine weitere, historisch wenig beachtete Nationaltragödie des polnischen Volkes dar, kämpften nun die „deutsch-österreichischen“ Polen gegen ihre Landsleute aus dem von Russland besetzten Teil Polens.“²⁹⁴

Im Laufe des Kriegs zeichnete sich ab, dass Polen wieder vereint werden könne. 1917 fanden in Russland die beiden Revolutionen statt, Russland selbst war zu diesem Zeitpunkt aufgrund des Kriegs und der nationalen Probleme sehr geschwächt. Als die Westfront fiel und sich abzeichnete, Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich als Verlierer aus dem Krieg scheiden würden, bemühten sich alle politischen Lager Polens um die Souveränität des Staates. „Anfang des Jahres 1918 verlangten die Mittelmächte in Brest-Litowsk von Russland die „Unabhängigkeit“ für Polen, dabei wurden Polens Grenzen von Deutschland und Österreich enger als 1772 gezogen. Nachdem das Deutsche- und das Österreichische Kaiserreich den Krieg verloren hatten, und das Russische Reich im Chaos des Russischen Bürgerkriegs versank, erlangten die Polen, auch durch die politische Unterstützung der Westmächte, ihre volle staatliche Souveränität zurück.“²⁹⁵ Im Oktober 1918 proklamierte Polen die Souveränität der Zweiten Republik. Nach dem Übereinkommen des Versailler Vertrags wurde Polen 1919 eine international anerkannte Republik.

Vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs existierte Lettland noch nicht als unabhängiger Staat. Das heutige Territorium Lettlands war in verschiedenen

²⁹⁴ Jürgen Heyde: Geschichte Polens. Beck, München 2006,

²⁹⁵ Manfred Alexander: Kleine Geschichte Polens. Stuttgart 2003

Gebiete aufgeteilt, die nach derzeitigen Landkarten zum Teil zu Estland, Litauen und Russland gehörten. Damals freilich, existierten weder Estland noch Litauen, allerdings zählten diese Gebiete zu den Reichen von Schweden, Russland und Polen. Das Gebiet Lettlands war von seiner Ethnie her vordergründig lutherisch und von einer stark präsenten deutschen Minderheit bewohnt. Die deutsche Sprache war allerdings breit vertreten und von vielerlei Menschen gesprochen worden.

Mit dem Ersten Weltkrieg geriet Lettland zwischen die Fronten der beiden Streitparteien. Russland, ebenso wie die Allianz des Deutschen Reiches und der Österreich-Ungarn Monarchie versuchten die Gebiete im Baltikum für sich zu gewinnen. Gegen Ende des Weltkriegs geschahen zwei wesentliche Sachen. Zum einen kam es zur Besetzung der baltischen Region durch die Deutschen. Allerdings wuchs in der Gesellschaft Lettlands, allen voran unter den Intellektuellen und der geistigen Elite des Gebiets, eine Art Nationalgefühl und Verständnis über einen unabhängig souverän existierenden Staat Lettlands. Ab 1917 erreichte eine Welle von Unabhängigkeitsbewegungen das Land. Diese Tendenz widerfuhr im Übrigen auch den anderen beiden baltischen Staaten – Estland in Norden und Litauen im Süden. Als Lettland am 18. November 1918 seine erste Unabhängigkeit ausrief, blieb der Besatzungsmacht Sowjetrußland keine andere Möglichkeit, als das Territorium zu verlassen. Am 11. August 1920 wurde im Vertrag von Riga die Unabhängigkeit Lettlands auch von russischer Seite anerkannt.

Aufgrund der Niederlage der Teilungsmächte erlangten die beiden Staaten (sowie andere auch) nach dem Ende des Ersten Weltkriegs ihre Souveränität zurück. 1918/19, noch von der Grausamkeit der tragischen Jahre, den Beschädigungen und den Verlusten geprägt, proklamieren Polen und Lettland ihre Unabhängigkeit. Die internationale Anerkennung findet 1919 statt und Polen wird ein Gründungsmitglied des Völkerbunds. Fast schon provokant erscheint im Nachhinein betrachtet, dass die Sowjetunion die Unabhängigkeit Lettlands als erster Staat anerkennt und vertraglich auf den Anspruch auf das lettische Territorium verzichtet. Aus internationaler Sicht wird Lettlands Unabhängigkeit erst mehr als zwei Jahre später anerkannt. Dennoch war der Weg geebnet, eine eigenständige kulturelle, ökonomische und politische

Entwicklung einzuleiten. Besondere Anerkennung gewann Lettland, als es die Rechte seiner Minderheiten gar verfassungsmäßig absichert.

Zwischenkriegszeit PL und LV

Die Jahre der Zwischenkriegszeit waren in Polen geprägt von ständigen Konflikten und Krisen mit seinen Nachbarn. Grund dafür waren wohl zweifelsohne die neuen Grenzlinien, die mit dem Frieden von Brest-Litowsk und dem Vertrag von Versaille vereinbart wurden. Nach Westen hin stand Polen in einem andauernden Konflikt mit den Deutschen, die die Grenzlinie nicht akzeptieren wollten. Im Osten hingegen, also in die Richtung, in die sich Polen bei der Grenzziehung sozusagen ausgeweitet hatte, stand die Krise mit der Ukraine, Litauen und Weißrussland im Vordergrund des außenpolitischen Handelns. Innerstaatlich bemühte sich Polen um die Konsolidierung des politischen Systems und dem Schaffen aller nötigen Strukturen für die zweite Republik. Einen wesentlichen Bestandteil stellte diesbezüglich die Verfassung von 1921 dar.

Lettland freute sich über seine erste Unabhängigkeit und war ebenso damit beschäftigt, staatliche Strukturen aufzubauen. Obwohl die Gesellschaft Lettlands schon während dieser Zeit sehr heterogen war, gab es ein funktionierendes Zusammenleben, sodass tatsächlich in dieser Zeit von einer gesellschaftlichen, kulturellen und als Hansestadt auch wirtschaftlichen Blütezeit Lettlands gesprochen werden kann. Bewaffnete Konflikte mit Nachbarstaaten gab es im Gegensatz zu Polen zu dieser Zeit keine. Russland war zwar immer noch enttäuscht, nicht über das Territorium herrschen zu können, akzeptierte allerdings zwischenzeitlich ohne den Einsatz von Waffen den Istzustand. Der Lebensstandard zwischen grob 1918 und 1938 war in Lettland sehr hoch.

Der Zweite Weltkrieg

Trotz der hohen und erfolgreichen Bemühungen Polens auf diplomatischer Ebene, erfolgte im Herbst 1939 der Überfall Deutschlands auf Polen. Die deutschen Truppen kamen rasch voran und erreichten schon bald und ohne große Widerwehr die Landesmitte. Wenige Tage nach dem Überfall Deutschlands trat auch die Sowjetunion in den Krieg ein und erreichte Polen von der anderen Seite. Die beiden Kriegsmächte teilten sich Polen auf und somit war Polen seiner Unabhängigkeit beraubt und von zwei Mächten geteilt und besetzt worden. Die Tragik der Geschichte zeigt, dass in Hinblick auf die Grausamkeit und des Terrors der Besatzungsmächte kein Unterschied gemacht werden kann. Sowohl die Deutschen, als auch die Sowjetunion blieben ihrer Rolle als brutale Besatzungsmächte nichts schuldig. Ziel der beiden war es, die polnischen Eliten und Intellektuellen – in Hinblick auf die Vermeidung von Widerstandsbewegungen – auszuschalten. Diesbezüglich kam es zu Massakern und Deportationen von Hunderttausenden von polnischen Bewohnern. Während die Deutschen das polnische Territorium zur „Erweiterung von Lebensraum“ brauchten, töteten die Russen beim Massaker von Katyn zahlreiche polnische Militärs und Intellektuelle.

Ebenso wie in Lettland, wurden in Polen Menschen jüdischer Abstammung hemmungslos verfolgt und getötet. Statistiken sprechen von einer Ausrottungsquote von zirka neunzig Prozent, was an die drei Millionen Menschen ausmachen würde. Insgesamt verlor Polen durch die Handlungen des Zweiten Weltkriegs an die sechs Millionen Menschen.

Die Zeit der Unabhängigkeit Lettlands sollte nicht lange dauern. Durch die Unterzeichnung des so genannten „Hitler-Stalin-Paktes“ am 23. August 1939 wurde Lettland mehr oder minder an die Sowjetunion übergeben. Weniger als ein Jahr später besetzte die Rote Armee das Territorium Lettlands. Während der Sowjetisch-Deutsche-Nichtangriffspakt, auch Hitler-Stalin-Pakt genannt, sicherstellen sollte, dass Deutschland die Sowjetunion nicht angreifen würde,

wurde über das baltische Territorium – und somit auch Lettland – das Einverständnis gefunden, dass Lettland in den sowjetischen Einflussbereich zu zählen sei.

In den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg war Lettland unter großen Druck zwischen Deutschland und Russland geraten. Das kleine und eher unwesentliche Land hatte dennoch eine große strategische Bedeutung für die ehemaligen und zukünftigen Kriegsmächte. Wenige Tage vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde Lettland durch Russland gezwungen, ein Beistandsabkommen zu unterzeichnen. Gleichzeitig begann Deutschland mit der Zwangsumsiedlung von Deutsch-Balten nach Deutschland. Die Zahlen variieren stark, aber im Durchschnitt kann von einer Zahl von in etwa 50.000 Personen ausgegangen werden, die innerhalb von wenigen Wochen von Lettland nach Deutschland umgesiedelt wurden.

Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs wird das lettische Territorium immer wieder Schauplatz furchterregender Kämpfe zwischen der Roten Armee und der Deutschen Wehrmacht. Okkupationen und Teilokkupationen wechseln sich ab. Schließlich geht es so weit, dass sich die beiden Großmächte der lettischen Soldaten bedienten und diese gegeneinander im Kampf um das Gebiet einsetzten. Kulturell hat Lettland nicht wieder einzubringende Verluste hinzunehmen. Während der Zeit der russischen Okkupation wurden Intellektuelle und Geschäftsleute nach Sibirien verschleppt. Allein im ersten Jahr verlieren circa 35.000 Menschen ihr Leben. Unter der deutschen Herrschaft sollte es nicht besser werden. Diese gingen mit hoher Aggressivität gegen Juden und vernichteten einen signifikanten Anteil der jüdischen Bevölkerung Lettlands. Laut der Informations- und Gedenkstätte der ermordeten Juden Europas, Berlin, kamen im Zuge der nationalsozialistischen Herrschaft etwa 65.000 bis 70.000 Juden in Lettland ums Leben. Damit wurde ein hoher Anteil der jüdischen Bevölkerung vernichtet.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, 1940, besetzte die Sowjetunion die drei baltischen Länder. Es kam zu Deportationen und Massenverhaftungen aller Regimekritiker oder –gegner. Bis 1941 setzte die Sowjetunion eine pro-russische Regierung ein, die bemüht war, Lettland als Teil Russlands zu annektieren. Diese Annexion war jahrzehntelang vor allem in völkerrechtlicher Sicht relevant, da sich einhergehend die Frage stellt, ob Lettland 1941 seine

staatliche Souveränität verloren hatte oder nicht. Mit dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion kam es vorerst zu einer Wende in der Geschichte Lettlands. Lettland wurde von nun an von der Wehrmacht besetzt und als Außenbezirk Deutschlands dem Reichskommissariat Ostland unterstellt. Lettische Soldaten wurden gezwungen, Seite an Seite mit den Deutschen gegen die Sowjetunion in den Krieg zu ziehen. Während der deutschen Besatzungszeit wurden alle Juden Lettlands in Konzentrationslagern interniert, wo sie in Folge ihr Leben verloren.

Mit der abermaligen Wende der Kriegsgeschehenisse, und mit der Überschreitung der Grenzen zu Lettland durch die Rote Armee hatte sich die Situation nicht verbessert. In nur wenigen Wochen geriet Lettland zur Gänze unter die Kontrolle der Roten Armee. Mehr als 100.000 Letten wurden dieser Tage durch die Sowjetunion getötet, da sie als Kollaborateure oder politische Gegner galten. Zu Ende des Zweiten Weltkriegs blieb Lettland unter Herrschaft der sowjetischen Siegermacht.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs übernahm die Sowjetunion die Kontrolle über das Land und setzte ein totalitäres Regime ein. Auch die darauf folgenden Jahre waren nicht von großem Komfort und Freude für die lettische Bevölkerung geprägt. Die Sowjetunion betrieb eine Politik gegen die Letten und verhaftete abertausende Staatsangehörige. Fast genauso viele flüchteten in den Westen. In der Führungsebene der Sowjetunion sprach man von einer Russifizierungskampagne. Dabei wurde versucht, die lettische Kultur zu determinieren, vor allem durch eine Hinderung am Sprachgebrauch, so wie eine Migrationswelle von Russen nach Lettland gestartet wurde.

VI.1.2. Polen und Lettland zwischen 1945 und 1989/90

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges fiel, bzw. blieb Polen unter dem Machtsphäre der Sowjetunion, wenn auch als sogenannte „Volksrepublik Polen“. Die Besonderheit und Einmaligkeit Polens, im Raum des heutigen Osteuropas ist, dass es schon zur Zeit des Kommunismus einen besonderen

Status und viele Sonderrechte aushandeln konnte. Allerdings muss auch festgehalten werden, dass vor allem in den Jahren des Einflusses von Stalin, zwischen 1948 bis zu seinem Tode 1953 und noch zwei weitere Jahre, Polen stark beeinflusst und gelenkt war, durch die Programme und Vorgaben aus Moskau. Nach zirka 1954 schaffte Polen allerdings, in kleinen Schritten zum einen mehr politische Unabhängigkeit von Moskau zu erreichen, und andererseits auf kultureller und gesellschaftlicher Ebene Tendenzen einzuleiten, die letztlich maßgeblich an der weiteren Entwicklung Polens teilhaben sollte. Allen voran sei hierbei die starke Stellung der Kirche und die bereite Anerkennung der Kirche zu nennen.

Aus dieser gesellschaftlichen Entwicklung, sowie anderen Faktoren, wie der allgemeinen (wirtschaftlichen und politischen Unzufriedenheit) formierte sich eine zivilgesellschaftliche Bewegung heraus, die einmalig für den gesamten osteuropäischen Raum werden sollte – die Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc. Der Widerstand war übrigens auch von weiter Ferne – von der Exilregierung in London – stark unterstützt und mitorganisiert worden. Die Ära der mächtigen Solidarnosc, ab zirka 1980 sollte den Systemwechsel in Polen einleiten und vorantreiben und somit eine beispiellose Erfolgsbewegung zu dieser Zeit werden. Der politische Druck wuchs auf beiden Seiten – sowohl auf der machthabenden, aber auch machtwiderständigen Seite. Nachdem beide Lager ihren realen Einfluss und ihre Chancen nicht mehr so recht einschätzen konnten, da die Solidarnosc-Bewegung ungeahnte Ausmaße erreicht hatte, beschlossen beide Parteien miteinander zu kommunizieren – der sogenannte „Runde Tisch“ war geboren. Die Verhandlungen über die Weiterführung der politischen Agenden in Polen und die möglichen Tendenzen einer Abspaltung, sowie die Wahl Gorbatschows zum russischen Präsidenten und ein besonders bemerkenswertes Phänomen, wie die als „Brotschlangen“ in die Geschichte eingegangenen Anstellprozeduren, um zu Brot zu gelangen, die damals unbeachtete Synergieeffekte in der Bevölkerung lostraten, führten im August 1989 zu den ersten teilfreien Wahlen. In weiter Folge wurde schon 1990 die Verfassung geändert, und unter anderem die pluralistische Demokratie als politischen System wieder eingeführt. Noch im selben Jahr erklärte Polen seine Unabhängigkeit und 1992 fanden die ersten freien Wahlen nach der Besatzungszeit statt.

Die Entwicklung in Lettland hat viele Gemeinsamkeiten, allerdings auch grundlegende Unterschiede zu der in Polen gehabt. Die drei baltischen Staaten gerieten aufgrund ihrer geografischen Nähe zu Russland noch viel stärker in den Machtbereich der Sowjetunion. Im Gegensatz zu Polen, konnte Lettland keine großen Tendenzen in Richtung Selbstbestimmung und -verwaltung im politischen Alltag umsetzen. Die Macht des „großen Bruders“, der vor der Haustüre stand, war zu groß und Lettland wahrscheinlich, von dieser Seite betrachtet, auch zu klein und schwächlich, um sich effizient wehren zu können. Dazu kommt ein weiteres massives Phänomen, das es Lettland, ebenso wie den zwei anderen baltischen Staaten, so schwierig gemacht hat. Die Heterogenität in der Bevölkerung, die enorme russische Minderheit, die die Tendenzen Russlands unterstützte, führte zu Problemen in der Organisation eines Widerstands. Trotz aller Widrigkeiten und Probleme, kam es ab Mitte der siebziger Jahre zu vier entscheidenden Ereignissen in Lettland. Wie auch in Polen war die Voraussetzung, dass Intellektuelle und Eliten des Landes (in Polen kam noch die Kirche hinzu) versuchten, sich zu organisieren und miteinander zu kommunizieren. Und ebenso wie in Polen begann alles mit einer großen Demonstration – allerdings anders als in Polen ging es in Lettland mehr um Umweltbedenken, als um den Arbeitnehmerschutz. Die Demonstration fand in Daugava statt, wo der Unmut über den geplanten Bau eines Kraftwerks zum Ausdruck gebracht wurde. Aufgrund der politischen und ökonomischen Unzufriedenheit der Bevölkerung, fand 1987 die bis dato größte bekanntgewordene Demonstration in Lettland statt, bei der erstmals auch laut ausgesprochen wurde, dass eine Unabhängigkeitsstellung Lettlands die ökonomischen Probleme des Landes besser regulieren könne, als dies die sowjetische Herrschaft tue. Ein Jahr später kam es zu einem bedeutendem Treffen von Intellektuellen und Eliten in Jurmala, bei Riga. Bedeutend war allerdings, dass diesem Treffen auch politische Akteure angehörten, die für die Unabhängigkeit Lettlands eintraten. Diese Konferenz endete mit der „Veröffentlichung“ und „Vergesellschaftlichung“ der politischen Debatte zum Thema der Unabhängigkeit. Von einem Tag auf den anderen wurde aus den Untergrundbestrebungen eine öffentliche Debatte. 1989 fand die „Baltische Kette“ statt, ein Ereignis, bei dem alle Bewohner der drei baltischen Staaten

aufgefordert waren, sich in einer Linie entlang der östlichen Außengrenze aufzustellen und sich die Hand zu reichen. Um der Besatzungsmacht zu deuten, dass man sich sehr wohl bewusst sein, durch militärischen Handeln keinen Widerstand leisten zu können, allerdings deshalb keines Falls aufgeben zu wollen, wurden in den jeweiligen Volkssprachen Volkslieder gesungen. Die sogenannte „Singende Revolution“ war losgebrochen. Im Frühjahr 1990 erklärten die drei baltischen Staaten – Lettland zuletzt – ihre Unabhängigkeit. 1991 erfolgte die offizielle Anerkennung mit der Unterschrift der Präsidenten der baltischen Staaten und der Sowjetunion. Wie auch in Polen spielte eine gesellschaftliche Bürgerbewegung eine große Rolle im Unabhängigkeitskampf. Während allerdings in Polen die Solidarnosc wirklichen Weltruhm erreicht hatte, blieb die „Volksfront“ auf die baltischen Staaten beschränkt und wurde auch erst Ende der 1980er Jahre – also kurz vor der Loslösung – auf das politische Tapee gebracht. Dennoch darf der Einfluss der Bewegung in den wenigen Monaten nicht unterschätzt werden. Die „Tautas Fronte“ (deutsch: Volksfront) was maßgeblich an der Organisation der Demonstrationen und Konferenzen beteiligt. Im Gegensatz zur Solidarnosc blieb die Volksfront nach der Unabhängigkeit noch einige Jahre in der Regierung, ihr widerfuhr allerdings später das gleiche Schicksal, wie dem polnischen Pendant, sie löste sich nach ihrer politischen Bedeutungslosigkeit auf.

VI.2. EXKURS: AKTEURSANALYSE IN LETTLAND UND POLEN

Im Rahmen der Akteursanalyse soll der Versuch gestartet werden, die Verhältnisse der Akteure und der verschiedenen Richtungen, in die ihre Politik zeigt, darzustellen, ohne dabei auf konkretes politisches Handeln näher einzugehen. Viel mehr soll auf der Ebene des Beobachters, und nicht der des Partizipierenden aufgezeigt werden, in welche Richtungen die Stränge zogen.

Betrachtet man Polen oder das Baltikum im Zeitrahmen kurz vor der durchgesetzten Unabhängigkeit bis nach dem Beitritt zu der Europäischen Union, so stößt man auf verschiedene Konstellationen der beteiligten Akteure, die versuchen ihre Interessen in möglichst bestem Ausmaß durchzusetzen. Die verschiedenen Gruppierungen lassen sich nach ihrer „geografisch-politischen“ Ausrichtung – West oder Ost – oder ihrer „politisch-systematischen“ Ausrichtung – Unabhängigkeitsbefürworter oder Separationsgegner – einteilen. In Lettland kommen noch die Minderheiten hinzu, der lettische Teil der Bevölkerung, der russische Teil der Bevölkerung, pro-russische politisch und pro-westlich politisch denkende Menschen, Unabhängigkeitsbefürworter und Separationsgegner, solche die in einem Beitritt zur Europäischen Union große Chancen sehen und solche, die Bedenken und Ängste haben, und schließlich EU-Profiteure und Unions-Kritiker.

Von Außen betrachtet, wirken sowohl die Sowjetunion, als auch die Nachbarländer, in geografischem Sinne (vor allem in Lettland mit den anderen beiden baltischen Staaten der Fall) und/oder in politischem Sinne, also alle kommunistischen Staaten, vor allem aber die in Osteuropa, sowie die Staaten Westeuropas und die Europäische Gemeinschaft, aber auch die USA auf das kommunistische Osteuropa ein. Vor allem zwischen den Einflüssen Russlands und des Westens herrschten Spannungen, die bis in das politische Leben der Staaten vordringen und ihre Spuren hinterlassen.

All die genannten Akteure treffen in unterschiedlichen Zeitrahmen in verschieden Handlungsmustern auf einander, so dass besonders die Frage der Akteure für das Baltikum und Polen ebenso interessant wie spannend ist.

Vorweg kann man schon die Behauptung aufstellen, so etwas wie eine kontinuierliche Akteurszentriertheit gäbe es in dem untersuchten Raum keine – viel mehr handelt es sich um periodische Erscheinungen der Akteure. Mit der Besonderheit Lettlands, in Hinblick auf die Minderheiten lässt sich erkennen, dass eine Minderheit, die in Realität tatsächlich nahezu bzw. in weiten Teilen des Landes eine Mehrheit darstellt, ihre ebenso stark vertretenen Interessensgemeinschaften begründen.

Anfänglich der Betrachtung, also im Groben die Zeit der russischen Annexion, gab es vordergründig zwei divergierende Strömungen. Auf der einen Seite befand sich die Kommunistische Partei und ihr kommunistisches Regime, sowie alle, die dieses politische System unterstützten. Auf der anderen Seite alljene, die gegen den Obersten Sowjet waren und von ihrem Gedankengut eher westlich – zumindest aber einmal widerständisch – ausgerichtet waren. Doch nicht alle Spannungen dieser Zeit begründen sich auf den Unterschied, zwischen einer pro-russischen oder kontra-russischen Besinnung. Zu dem gab es in den Bevölkerungsteilen wiederum unterschiedliche Ausrichtungen. So kann man wohl davon ausgehen, dass mehrheitlich die lettisch-stämmige Bevölkerung pro-westlich orientiert war, so wie die russisch-stämmigen Bevölkerungsteile zu einer pro-sowjetischen Haltung tendierten. Dennoch sahen viele der Letten die Vorteile der russischen Kooperation und hatten ihre Befürchtungen, sich von der Sowjetunion loszueisen. Auf der anderen Seite erkannten viele Russen, die in Lettland lebten die großen Chancen, sie sich bei einer Loslösung offenbaren würden. Somit war die heterogene Gesellschaft in Lettland von Haus aus schon tendenziell von ihrem Gesichtspunkt getrennt, wobei es zu nicht unwesentlichen Verwebungen gekommen sein muss. In Polen nimmt die politische und systematische Ausrichtung erst mit der Zeit ihren Lauf. Die schlussendlich hohe und starke Bewegung zur Souveränität ist das Ergebnis des Wirkens der Solidarnosc. Somit nimmt in Polen die politische Ausrichtung erst mit der Zeit ihre Formen an, während sie in Lettland bereits zu Beginn besteht.

Im Laufe der Jahre der Zugehörigkeit zum sowjetischen Regime erhärteten sich die Fronten zwischen pro-russisch und pro-westlicher Ausrichtung. Der Grund war zum einen die mediale Verbreitung von Informationen, die in das Gebiet

Osteuropas gelangen war, als auch die immer signifikantere ökonomische Schlechterstellung der Staaten im Vergleich zum Rest Europas, vor allem Westeuropas.

Die Verhärtung ging so weit, dass revolutionäre Gruppen ihre Formierung und Organisation schafften, und allmählich in strukturierter Weise ihr Separationsbestrebungen an die Öffentlichkeit weitergeben könnten und innerhalb kürzester Zeit großen Zulauf zu verbuchen hatten. Als bekannteste Akteursgruppe in Polen sei wohl unabdingbar die „Solidarnosc“-Bewegung (eine ursprüngliche Gewerkschaftsbewegung) und in Lettland die „Tautas Fronte“ (dt. Volksfront) herausstellen, die mit ihrem Geschick und ihren unermüdlichen Bemühungen letztlich sogar die Unabhängigkeitserklärung der beiden Staaten durchsetzen konnten. Dass die beiden Bewegungen anfangs in Spannungen mit der Kommunisten Partei und dem Regime der Sowjetunion geriet, muss nicht eigens erwähnt werden. Die Auseinandersetzungen blieben nicht nur verbaler Art. Viele Aktivisten wurden verhaftet und verschleppt, Regimegegner ruhig gestellt. Bis wenige Tage vor der Unabhängigkeitserklärung hatte die Sowjetunion auf die beiden Staaten eingewirkt und versucht, die Separationsbestrebungen zu unterdrücken. Zum Teil mit großem Erfolg schürte das russische Regime Ängste in den Menschen und verbreitete den Standpunkt, ein Land wie Lettland mit seiner Größe könne gar nicht alleine existieren. Überraschenderweise wurde die Unabhängigkeitserklärung Polens durchaus international beachtet, während die der drei baltischen Staaten aus dem Westen kaum kommentiert wurde. Viel mehr hielt man von diplomatischem Schweigen. Ein Grund dafür mag die völkerrechtliche nicht gänzlich gelöste Frage sein, ob Lettland je als Staat aufgehört habe, zu existieren.

Die wenigen Jahre der Unabhängigkeit sollten aber nicht viel ruhiger werden. Anfangs gab eine große Zahl zufriedener Bürger. All jene, die für die Unabhängigkeit gekämpft und gestimmt hatten, waren vorerst zufrieden gestellt. Hier entsteht nun eine bedeutende Bruchlinie zwischen Polen und Lettland. In Lettland stellte sich die Situation so dar, dass es einerseits natürlich eine breite Zustimmung zum neuen politischen Muster Lettlands aus der Bevölkerung gab, auf der anderen Seite allerdings noch die Anhänger der Sowjetunion, die sich

keineswegs ruhiger im Kampf um ihre Interessen verhalten hatten. Ganz im Gegenteil, nachdem mit der Unabhängigkeit und der Wiederinstandsetzung der Verfassung von 1920 die Rolle der Russen, die sich plötzlich auf unabhängigem, lettischen Territorium befanden nicht ausreichend geklärt wurde, schürten sich die Ängste um die fortbleibende Existenz dieser Menschen. In Polen spielte die Frage der Minderheiten aufgrund der homogenen Bevölkerung keine Rolle. Die Bekennung zu Polen und gegen die sowjetische Herrschaft war ungebrochen im Volk. In Lettland entwickelte sich zudem eine neue gemischte Gruppe, gemischt im Sinne von lettischen und russischen Teilen der Bevölkerung, die unabhängig von pro-westlich oder pro-russischer Gesinnung, schlicht weg Angst um die Existenz eines so kleinen Staates hatten. Verständlicherweise darf man hinzufügen, denn sieht man sich die Relationen an, zu welchem ‚Reich‘ Lettland vor 1990/91 gehört, und was davon letztlich tatsächlich nach 1991 übrig geblieben war, in Verbindung mit der Tatsache, dass man nicht davon ausgehen konnte, dass die Sowjetunion im Falle einer Krise das Land unterstützen würde, versteht man die plötzlich kolonial aufkommenden Gefühle ganz gut. Diese Gruppe der Menschen stellten zwar in militärischer Hinsicht keine große Gefahr dar, denn wen hätten sie angreifen sollen, allerdings reichte schon ihre allgemeine Unzufriedenheit über die politische Lage aus, eine Wählerverdrossenheit zu begründen, die anschauliche Ausmaße angenommen hatte. Übrig geblieben waren die hart eingesessenen. Die, die sowohl für die Separation gekämpft hatten, als auch an den Fortbestand der lettischen Republik geglaubt hatten. In Polen hingegen waren nach der Loslösung keine bedeutenden Tendenzen innerhalb der Bevölkerung zu erkennen, die Rückkehr zu Russland als positive politische Alternative angesehen hätten. Auch hier mag der Grund bereits dafür liegen, dass Polen schon während der kommunistischen Zeit eine Art Sonderstatus gegenüber Moskau hatte, der es mit Sonderprivilegien ausstattete.

Doch auch diese Konstellation sollte nicht von langer Dauer sein, nachdem schon sehr kurz nach der endlich erreichten Unabhängigkeit, im Jahr 1995 der Antrag auf Aufnahme in die Europäische Staatengemeinschaft gestellt wurde. Ein emotionaler Wandel durchzog die Gesellschaften. Die einstigen Gegner der Separationsbestrebungen konnten mittlerweile endlich von der Lebensfähigkeit

eines Kleinstaates, wie es Lettland war, überzeugt werden. In Polen führten ökonomische Probleme zu der Meinung, dass eine engere Kooperation mit Europa von Vorteil sein könnte. Doch Lettland stand gesellschaftlich vor einer neuen Herausforderung. Gerade als die Prozesse der Unabhängigkeit abgeschlossen zu sein schienen, drängte die Politik mit einem neuen Vorstoß an die Öffentlichkeit. Plötzlich hatte man sich viele Gegner gemacht, ohne dass die Politik, oder die Gruppen selbst sich organisiert hätten. Die mittlerweile umgestimmten Kleinstaatgegner wollten größtenteils keine neue Bindung in einer anderen Staatengemeinschaft eingehen. Und ihre Bedenken wurden von einem mächtigen Teil der Bevölkerung getragen, der ebenso seine Apathie gegen die Aufgabe der Unabhängigkeit hatte. Man argwöhnte, der Beitritt führe Lettland wieder in eine Situation, wie sie zwischen dem Zweiten Weltkrieg und der Unabhängigkeitserklärung vorherrschend war. In Polen verhielt sich die Situation homogener, eher pro-europäisch und für einen Beitritt zur Europäischen Union. Interessanterweise teilte sich die sonst eher homogen auftretende Gruppe der russisch-stämmigen Bevölkerung Lettlands. In der Zwischenzeit hatten viele begriffen, dass die Rückkehr zu der Sowjetunion keine reale politische Option mehr sei. In dem Beitritt zur Europäischen Staatengemeinschaft sahen sie eine große Chance, ihre Minderheitenrechte besser unterstützt und kontrollierter zu sehen. Aus diesem Grund war die Stimmung der Russen, vor allem in der Gegend in und um Riga, entsprechend EU-freundlich. Einmal mehr blieben die eisernen pro-West'ler als eine Gemeinschaft übrig. Auch diese Gruppe darf man vor allem in weiterer Folge, Ende der 1990er Jahre nicht unterschätzen. Viele sahen und erkannten die Chancen, die sich durch einen Beitritt zur Europäischen Union offenbarten.

Für manche endlich, für einige schon und für nicht wenige unerwünscht traten die beiden Staaten Polen und Lettland am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei. Die vollkommene Unabhängigkeit ging, die heterogenen Interessen blieben. Obwohl die beiden Referenden zum Beitritt zur Europäischen Union sehr deutlich pro-europäisch ausfiel, in Polen allerdings noch viel deutlicher, während in Lettland viele Menschen die Stimmenabgabe verweigerten, gab es auch eine Menge an Gegenstimmen und Enthaltungen derer, die gar nicht zur Abstimmung gegangen waren. Die Meinung über die Vor- und Nachteile des

Beitritts wurden sehr kontroversiell diskutiert. Vor allem aufgrund der ökonomischen Situation und der strengen Richtlinien der EU, samt alle damit verbunden Sparprogramme, stieg die EU-Verdrossenheit in letzten Umfragen wieder an. Festzuhalten bleibt allerdings, dass die Befürworter der EU in Polen eine überwiegende Mehrheit haben und nach wie vor als eher EU-freundlich einzuschätzen sind, während in Lettland, eine Bruchlinie existiert, die wie eine imaginäre Grenze durch das Land gezogen werden kann. Der im Westen des Landes lebende Teil ist größtenteils westlich ausgerichtet und der Gemeinschaft wohl gesonnen, im Osten befinden sich nach wie vor die Hochburgen der EU-Skeptiker sowie pro-russisch denkender Menschen. Man kann sich fast eine Grenzlinie durch das zentral gelegene Riga vorstellen, an der sich West und Ost – nicht nur geografisch –, Wohlstand und Armut, Lebensfreude und anhaltende Depression treffen. Die Politik hat alle Hände voll zu tun, die Verdrossenheit der Gegner der momentanen politischen Ausrichtung zu bekämpfen. Die Annahme liegt nahe, dass gleichgültig, welchen Weg Lettland auch immer einschlagen werde, es immer genug Akteure geben wird, die in verschiedenen Richtungen tendieren und immer wieder durch ihre Aktivitäten auf die Heterogenität des lettischen Volks hinweisen werden. Polen hat durch den Beitritt klar ökonomisch gewonnen und dies wird durch weite Teile des Volks auch anerkannt. Die Europäische Union wird in Polen als gemeinhin gute Sache, in Lettland sehr gespalten, betrachtet.

VI.3. UNABHÄNGIGKEIT UND EU-BEITRITTSPROZESS

VI.3.1. 15 Jahre Unabhängigkeit

Zu Beginn der Unabhängigkeitserklärungen Polens und Lettlands setzten die tiefgreifenden Transformationsprozesse ein. Besonderheiten sind in Kapitel II näher erläutert. Nochmals darauf hingewiesen werden soll, dass das Phänomen der Gleichzeitigkeit, wie es Offe beschreibt, ganz wesentlich in der Beurteilung des Transformationsprozess in den ehemals kommunistischen Staaten ist. Gemeint ist damit das gleichzeitige Einsetzen von Transformationsprozessen auf politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Ebene. Das Besondere eben dabei ist, dass die Prozesse in Vergleich zu den westeuropäischen Staatssystemen in der Regel mehrere Jahrhunderte gedauert haben, während eben in Osteuropa, diese Umwandlung in nur wenigen Jahren und auf allen Ebenen zur gleichen Zeit einsetzen. Bei der politischen Transformation wird die Veränderung des politischen Systems von einer Diktatur oder einem „unechten demokratischen“²⁹⁶ Systems, in ein demokratisches Wesen. Neben dem Merkmal der freien Wahlen gehört hierzu auch die Tatsache, dass mehrere voneinander unabhängige Parteien zu Wahl stehen. Die ökonomische Transformation passiert in der Ablehnung der Plan- und Staatswirtschaft und der Implementierung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft. Auf gesellschaftlicher Ebene passiert die Transformation in der Herausbildung einer kritischen Zivilgesellschaft, dem Entstehen von Eliten und dem Erlernen des Umgang mit demokratischen Merkmalen. Die Auswirkungen auf die Eingriffe in das Leben der Menschen darf hierbei nicht unterschätzt werden. Viele finden sich in einer völlig neuen Situation wieder. Merkel betont treffend, dass es sich bei der Transformation in dem beleuchteten Territorium um ein „politisches Projekt“²⁹⁷ handle. Merkel geht davon aus, dass die Demokratie als politisches System eine unabdingbare Voraussetzung für die

²⁹⁶ Unechtes demokratisches System: In diesem Sinne ein politisches System, das zwar Wahlen veranstaltet, allerdings nur eine regimevorgebende Partei gewählt werden kann. Somit handelt es sich um ein schweres Defizit nach dem demokratischen Grundsatz, der Poliparteilichkeit.

²⁹⁷ Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. 2. Auflage, Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. Seite 324.

Herausbildung der nationalen Identität und der staatlichen Integrität, sowie der inneren Souveränität des Staates darstellt. Große Gefahren für diese Prozesse werden neben dem „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ ebenso geortet, wenn nach wie vor Konflikte über die Grenzen bestehen, die Zugehörigkeit der Bürger nicht gänzlich geklärt ist und die politische Gemeinschaft ein Konstrukt ist. Für den Spezialfall Lettland, wäre die Theorie von Mill interessant, der sagt, dass die Schaffung von freien Institutionen in einem Land, in dem mehrere Nationalitäten leben, nahezu unmöglich erscheint. Nun dieses Argument muss unter Umständen etwas reduziert werden, und es sollte beachtet werden, dass Mill diese These 1872 aufstellte, aber Robert Dahl schreibt vor wenigen Jahren, dass tatsächlich davon auszugehen sei, dass multinationale Staaten eher dazu neigen, durch die Minoritätenschaffung bestimmte Menschen an der politischen Partizipation einzuschränken oder auszugliedern. Gallagher sieht gerade auf dem Territorium des Baltikums das große Problem, das ethnische Konflikte gerade durch die Implementierung demokratischer Verfahren verstärkt wird, und die staatliche Integrität den demokratischen Wandel gefährdet. Gerade in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion wurden die territorialen Grenzen neu gezogen und das Volk musste sich, für sich selbst neu definieren. Die Minderheitenproblematik spielte dabei in Lettland – und spielt bis heute eine große Rolle bei der Demokratisierung. In Lettland war lange Zeit die Existenz der Demokratie als politisches System durch die zahlenmäßig enorme Minderheit, die noch dazu auf die ausländische Schutzmacht der Sowjetunion zurückgreifen konnte, mehr als nur gefährdet. Polen hingegen wir mit einer Homogenität in der Gesellschaft von über 92 Prozent als besonders homogen und problemlos dargestellt. Offen ist der Ansicht, dass die ökonomische Besserentwicklung Polens im Vergleich zu Lettland nicht zuletzt auch auf dieses Faktum zurückzuführen ist.

Dennoch kann zusammengefasst werden, dass sowohl Polen, als auch Lettland den Demokratisierungsprozess in nur wenigen Jahren abgeschlossen hatten. Die typischen Phänomene wie Politikverdrossenheit und einhergehende niedrige Wahlbeteiligungen, sowie die hohe Volatilität entsprechen den typischen Phänomenen dieser Entwicklungen. Laut dem „Economist Intelligence

Unit's Index of Democracy 2008“ ist Lettland mit einem Wert von 7,23 auf Rang 46 gelandet und Polen erreicht mit einem Wert von 7,30 den 45. Rang.²⁹⁸

Ein nennenswerte Besonderheit ist doch, dass typischerweise in den ehemaligen Sowjetrepubliken bei der Beurteilung der politischen Lagen weniger nach links und rechts, wie es unserem Schemadenken entspricht, bewertet wird, sonder eher auf den Ebenen pro-kontra-russisch, oder Marktwirtschaft gegen Planwirtschaft. Die Erfahrungen aus der Geschichte spielen offensichtlich im demokratischen Verständnis immer noch eine große Rolle.

Der plötzlich eingeleitete Wirtschaftsumbau verlief ebenso nicht ganz reibungslos. Zu den nötigen Reformen zählen die Unterwerfung der Preise den marktwirtschaftlichen Kriterien, die Änderung der Eigentumsordnung, die große Privatisierung, die Herausbildung einer Unternehmerschaft, die Herstellung eines transparenten Arbeitsmarktes und den Ausgleich des fehlenden inländischen Kapitals, zum Beispiel mit Anreizen für Investitionen mit ausländischem Kapital. In Polen teilweise schon vor der Unabhängigkeit funktionierend, in Lettland weniger, stellte die ökonomische Transformation eine Art wirtschaftliche Schocktherapie für die Länder dar. Ein wesentlichen Problem geht hierbei auf zwei Ebenen einbei. Sollte die ökonomische Entwicklung die Erwartungen der Bevölkerung nicht treffen, kann sich daraus sehr schnell eine grundskeptische Haltung gegenüber dem neuen System herausbilden, die für schwache demokratische Systeme gefährlich sein kann. Gerade in Lettland verlief die Ökonomisierung mit einem signifikanten Rückgang der wirtschaftlichen Kennzahlen und der sozialen Standards. Gerade in der Phase von 1990 bis 1993 war der Wohlstandsverlust in Lettland, aber auch Polen enorm gewesen.

Lettland richtete seine Politik unmittelbar nach der Souveränitätserklärung westlich aus. Schon kurze Zeit nach der Unabhängigkeit, trat Lettland – wie Polen übrigens auch – der NATO bei. Verständlicherweise war Russland von diesem Vorgehen etwas verstimmt. Es folgten im Prinzip nur wenige Monate bzw. Jahre, bis Lettland im Jahr 1995 seinen Antrag auf Mitgliedschaft in der

²⁹⁸ Vgl.

a330.g.akamai.net/7/330/25828/20081021185552/graphics.eiu.com/PDF/Democracy%20Index%202008.pdf (Zuletzt: 14.05.2010)

Europäischen Union einreichte. Bei der erste Bewertung und Stellungnahme durch die Europäische Kommission erhielt Lettland folgende Aufgaben, um die Kriterien auf Aufnahme in der Union zu erfüllen. Die politische Transformation war damals als abgeschlossen bewertet worden. Es seien nur mehr kleine Details zu verbessern gewesen. Die demokratische Transformation war zwar schon weit vorangeschritten, allerdings sollten dort noch Verbesserungen im Bereich des Parteiensystems und der Herausbildung einer Zivilgesellschaft erreicht werden. Der dritte Teilbereich befasste sich mit der ökonomischen Transformation. Hier war Anlass für einige Kritik gegeben. Lettland wurde beauftragt, die Wirtschaftskriterien der Union zu erfüllen. Außerdem musste die freie Marktwirtschaft weiter stabilisiert werden und die Privatisierung mit großem Eifer fortgesetzt werden. Ein Problem des Sicherheitsaspekts stellte die hohe Korruption in Lettland dar. Gemeinsam mit der demokratischen und institutionellen Verbesserung sollte auch der großen Korruption der Kampf angesagt werden. Zuletzt zeigte sich die Kommission mit der Lösung des Minderheitenproblems nicht zufrieden. Lettland musste noch große Anstrengungen investieren, um das Problem sachgemäß in Griff zu bekommen und die Situation ausreichend in Griff zu bekommen. Bei dieser Darstellung der Probleme bleibt festzuhalten, dass sich die Minderheitensituation Lettlands durch alle Bereich der Existenz und gleichermaßen durch alle zeitlichen und historischen Perioden zieht.

Als Polen im gleichen Jahr wie Lettland seinen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union vor der Europäischen Kommission einbrachte, war es ähnlich – tendenziell allerdings etwas besser – aufgestellt, als Lettland. Auch in Polen war die politische Transformation bis auf verbesserungswürdige Aspekte, abgeschlossen. Im Bereich der demokratischen Transformation konnte Polen auf eine stärker ausgeprägte Zivilgesellschaft zurückgreifen. Dies ergibt sich auch der politischen Konstellation vor der Unabhängig, als Polen schon zu Zeiten des kommunistischen Regimes im Stande war, eine unabhängigere und kritischere Gesellschaft herauszubilden. Bei der ökonomischen Transformation war auch in Polen einiges bekrittelt worden. Die Planwirtschaft hatte ihre Spuren hinterlassen, und diese nun loszuwerden, stand auf der politischen Tagesordnung. Außerdem spielten auch hier die Probleme der Privatisierung

und der Implementierung einer freien Marktwirtschaft eine Rolle in der Bewertung der Europäischen Kommission. Die Preise unterlagen weiterhin nicht den liberalen marktwirtschaftlichen Kriterien und waren noch zu reguliert durch staatliche Institutionen. Auch bei der Korruption wurde für Polen noch ein Arbeitsaufwand festgestellt. Die staatlichen Institutionen waren zwar ausreichend aufgestellt, allerdings nicht ausreichend finanziell ausgestattet. Die chronische Unterfinanzierung des Systems machte es äußerst anfällig für korruptive Vorgänge. Zuletzt war im Bericht der Kommission an Lettland noch die Minderheitensituation angesprochen worden – eine Sache, die in Polen auch nach der Unabhängigkeit keine Rolle. Die Bevölkerung Polens war auch damals sehr homogen.

VI.3.2. Die politischen Systeme im Vergleich

o Lettland

Das Staatsoberhaupt Lettlands ist der Staatspräsident Valdis Zatlers. Er wird alle vier Jahre durch das Parlament ernannt. Die Staatsform ist eine parlamentarische Demokratie mit einem Einkammerparlament, das aus 100 Abgeordneten besteht. Das Parlament wird direkt durch das Volk für vier Jahre gewählt.

Der derzeitige Regierungschef ist Valdis Dombrovskis. Er steht an der Spitze einer Koalitionsregierung aus seiner Partei Neue Zeit, Lettlands Erster Partei (LPP), der Union der Grünen und Landwirte, der Volkspartei, der Partei für Vaterland und Freiheit und der Humanistenunion. In der Opposition befinden sich das Menschenrechtsbündnis und fraktionslose Abgeordnete. Typisch für Lettland sind die zahlreichen kleinen Parteien. Die heutige Koalition besteht aus sechs Parteien. Dass die Konsensfindung im politischen Alltag dabei nicht einfach ist, erklärt sich von selbst. Diese Form der Koalitionsbildung war allerdings nötig, um die Mehrheit der Stimmen im Parlament zu haben.

Die Verwaltungsstruktur des Landes ist zentral ausgerichtet. Die vier Verwaltungsbezirke heißen Latgale, Zemgale, Vidzeme und Kurzeme. Das System sieht nur eine begrenzte örtlicher Selbstverwaltung vor.²⁹⁹

o Polen

Die Staatsform in Polen ist ebenso eine parlamentarische Demokratie mit einem Zweikammerparlament. Dieses Zweikammernsystem wäre vergleichbar mit dem parlamentarischen System in Österreich oder auch Deutschland, u.v.m. Das Unterhaus heißt Sejm und besteht aus 460 Abgeordneten, das Oberhaus ist der sogenannte Senat und hat einhundert Senatoren. Die Wahlen zum Parlament finden alle direkt alle vier Jahre für beide Parlamentsteile statt.

Das Staatsoberhaupt ist derzeitig interimsmäßig Parlamentspräsident Bronisław Komorowski. Der eigentliche Präsident Lech Kaczyński war am 10. April 2010 bei einem dienstlichen Flug nach Russland tödlich verunglückt. Der Ministerpräsident Donald Tusk führt eine Koalitionsregierung seiner Bürgerplattform (PO) mit der Bauernpartei (PSL). Die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) und das Linksbündnis LiD bilden die Opposition.

In Polen gibt es ein zentral ausgerichtetes Verwaltungssystem mit Elementen von regionaler und örtlicher Selbstverwaltung. Es besteht aus 16 Woiwodschaften, 373 Kreisen und 2.489 Gemeinden.³⁰⁰

²⁹⁹ Vgl. Webpage des deutschen Außenamts:
bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Europa/EUERweiterung/Laenderinformationen/lettland.html (Zuletzt: 02.06.2010)

³⁰⁰ Vgl. Webpage des deutschen Außenamts:
bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Europa/EUERweiterung/Laenderinformationen/polen.html (Zuletzt: 02.06.2010)

VI.3.3. Die Wirtschaftsentwicklung

Beide Länder hatten bei der wirtschaftlichen Entwicklung mit vergleichbaren Phänomenen zu kämpfen. Die Privatisierung und Einführung einer Marktwirtschaft führte anfangs zu steigender Arbeitslosigkeit. Dazu kam das fehlende Kapital am eigenen Markt. Teilweise wurde dieses Faktum mit ausländischen Direktinvestitionen auszugleichen versucht. In weiterer Folge führte dies aber zu einem teilweisen „Ausverkauf“. Beim EU-Beitritt war dieser Fehler Polen nicht noch einmal passiert, durch strikte Einschränkungen konnte der Ausverkauf nach dem Beitritt zur Europäischen Union verhindert werden (vgl. Voraussetzungen für den Grunderwerb in Polen (z.B. mehrjähriger Wohnsitz in Polen, etc.)). Die Preisderegulierung spielte eine ebenso große Rolle in den Transformationsjahren, wie die Deregulierung der Wettbewerbspolitik.

Die anfänglichen Transformationsprozesse waren nicht immer von einer sofortigen Verbesserung in der Lebensqualität geprägt, was es vielen politischen System auch nicht so einfach gemacht hat, sich zu etablieren. Vor allem in Lettland, wo es eine große politisch oppositionell ausgerichtete Minderheit gab, waren ebenso die demokratischen Prozess in Gefahr. Aber auch in Polen waren die ersten Jahre nach 1990 von einer schwierigen ökonomischen Lage geprägt. Typischerweise ist die Arbeitslosigkeit sprunghaft angestiegen. Das hat mit der Umstellung auf eine effiziente Marktwirtschaft und der einsetzenden Privatisierung zu tun. Ein weiteres Phänomen war die Entwertung der Ersparnisse durch die hohe Inflation. Polen hat in den Jahren zwischen 1990 und 1993 mehrfache hundertfache Inflationswerte erreicht. Im ersten dieser Jahre betrug die Inflationsrate 585 Prozent. Gemeinsam mit der hohen steigenden Inflationsrate verlor auch das Realeinkommen an Wert, was wiederum zu einer verminderten Kaufkraft führte.

In weiterer Folge spielte eine Tendenz, die schon sehr bald einsetzte eine wichtige Rolle. Die ökonomische Transformation forderte eine Bewertung in „Gewinner“ und „Verlierer“ des Transformationsprozesses. Diese Spaltung der Gesellschaft führte zu Spannungen und einem Geflecht der Unruhe, des Neids und der Missgunst in den Gesellschaften. Zu diesem Zeitpunkt erhärteten sich

die Widerständen gegen die Verwandlung zu einer Marktwirtschaft. Die offensichtlichen Vorteile blieben einem Teil der Bevölkerung schlichtweg verborgen. Wie so oft stärkte der gesellschaftliche Widerstand gegen die Politik der Transformation die oppositionellen Parteien – allen voran die kommunistischen und die rechtspopulistischen Parteien.

VI.3.4. Der EU-Beitrittsprozess

Die beiden Staaten Polen und Lettland leiteten sofort mit ihrer Unabhängigkeit ihre Politik westlich-orientiert aus. Mit dem baldigen Beitritt zur NATO kam 1995 auch der Antrag der beiden Länder auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Diese unterstützte die Staaten bei der Umsetzung der Transformationsrichtlinien und diente als Kapitalgeber für notwendige Reformen. Die Europäische Union wand mehrere Hundert Millionen Euro als Entwicklungskapital für die Staaten der „Osterweiterung“ auf. Das Kapital diente vordergründig zur Etablierung des politischen Systems, zur Unterstützung der ökonomischen Transformation und Modernisierung, zur Schaffung der nötigen Institutionen und zur Bekämpfung länderspezifischer Probleme, wie die Korruption und/oder die Minderheitenproblematik.

1999 stellte die Europäische Kommission in ihrer Bewertung fest, dass die beiden Staaten die Kriterien soweit erfüllten, als dass tatsächliche Beitrittsgespräche aufgenommen werden konnte. In den darauffolgenden drei Jahren setzten die beide Staaten die Bemühungen fort, den Beitrittskriterien zu entsprechen. Dies erfolgte mit großem politischen Druck und war letztlich von Erfolg gekennzeichnet. Im Oktober 2002 empfahl die Kommission die Verhandlungen mit Polen und Lettland, sowie den anderen acht Ländern der großen Osterweiterung abzuschließen. Die Verhandlungen mit der sogenannten Luxemburg-Gruppe wurden tatsächlich im Dezember desgleichen Jahres abgeschlossen.

Im Frühjahr des nächsten Jahres fand die feierliche Vertragsunterzeichnung zwischen allen Mitgliedsländern und Beitrittsstaaten in Athen statt. Als Beitrittstag wurde der 1. Mai 2004 festgelegt. Davor mussten allerdings noch

die nationalen Referenden, die Kraft der Verfassung notwendig waren, durchgeführt werden.

Die Ausgangssituation in Polen und Lettland war nicht die gleiche. Polen, das eher als EU-freundlich galt, hatte immer noch mit großen nationalen politischen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Die Angst war groß, das Volk könne das Referendum als „Denkzettelreferendum“ uminterpretieren und den pro-europäisch gesinnten regierenden Parteien einen Strich durch die Rechnung machen. Lettland hingegen galt schon damals als sehr gespalten in seiner Meinung zur Europäischen Union. Diese Spaltung zieht sich ebenso wie die ethnische Herkunft durch das Land. Die lettische Bevölkerung tendierte eher dem Beitritt positiv gegenüberzustehen, während die russische Minderheit tendenziell kritisch eingestellt war. In Polen und Lettland wurde in den Wochen und Monaten vor den Referenden viel Aufklärungsmaterial und Werbung für einen solchen Beitritt gemacht. Im September 2003 fand in Lettland das Referendum über den Beitritt der Republik Lettland zur Europäischen Union statt. Grob gesprochen entschied sich ein Drittel gegen und zwei Drittel für den Beitritt. Dabei ist die relativ hohe Beteiligungsquote am Referendum von fast drei Viertel zu beachten. In Polen konnte also die Regierung das Ruder noch vor dem Referendum im Juni 2003 richtigstellen, und die Bevölkerung von den Vorteilen der Europäischen Union überzeugen. Immerhin sprachen sich fast exakt drei Viertel des Volkes für einen Beitritt aus.

Der Weg in die Europäische Union war nun endgültig für Lettland und Polen geebnet. Mit einer großen Feier traten die beiden Staaten in der Nacht von 30. April und 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei. Mit den zehn „neuen“ Mitgliedern wuchs die Union auf 25 Mitgliedsstaaten heran und vergrößerte ihre Bevölkerung auf fast eine halbe Milliarde Menschen.

VI.4. ENTWICKLUNGEN SEIT DEM BEITRITT 2004

Zum Zeitpunkt der Erstellung der Arbeit sind Polen und Lettland seit ziemlich genau sechs Jahren Mitglieder der Europäischen Union. Zeit genug, um darüber Resumé zu ziehen. Obwohl die derzeitige Bewertung geprägt ist von der Wirtschaftskrise, die Lettland mehr, Polen etwas weniger aber doch auch intensiv getroffen hat, welche etwaige aktuelle Kennziffern in den bedrohlichen Bereich rücken lässt, kann wohl kaum für die Interpretation, der Beitritt sei ein Fehler gewesen, argumentiert werden.

Die Völker der beiden Staaten bewerteten die Mitgliedschaft in der Europäischen Union bei einer Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2007 folgendermaßen:

Ergebnis der Eurobarometer-Umfrage aus dem Herbst 2007, in Prozent			
Staat	Gute Sache	Schlechte Sache	k.A.
Lettland	37	12	51
Polen	71	6	23
Österreich	38	26	36
Quelle: Eurobarometer, 2007			

Bei der Betrachtung der statistischen Zahlen, erkennt man gewisse Haltungsmuster wieder. Die Begeisterung Lettlands für die Europäische Union konnte auch nach dem Beitritt nicht vergrößert werden – ganz im Gegenteil. Während sich die Hälfte des Volks überhaupt der Stimme enthielt, stimmte ein Drittel des Volks mit einer eher positiven Einstellung über die Europäische Union ab. Mit diesem Wert erreicht Lettland den niedrigsten Zustimmungswert innerhalb der Staatengemeinschaft. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die Erwartungen gegenüber einer Verbesserung der Lebensqualität durch den EU-Beitritt hat nur einen Teil der Bevölkerung – vordergründig des in Riga lebenden Teils – getroffen. Weite Teile der Menschen haben keine unmittelbare Verbesserung durch den Beitritt gespürt. Zum anderen spielt auch hier wieder die russische Minderheit, die sich fortan mehrheitlich kritisch zum Beitritt äußert,

eine große Rolle. Durch bestehende Probleme in Bereichen der Sprache, aber auch des Schulsystems für die russische Minderheit kann hier nicht von einer erfolgreichen Integration der Russen gesprochen werden. Diese Probleme projizieren sich auf politischer Ebene wieder.

Polen hingegen ist ganz anders gestimmt. Von Haus aus ein Befürworter der Europäischen Union hat Polen seine EU-freundliche Haltung auch nicht eingebüßt. Im Vergleich zum Referendum ist der Zustimmunganteil minimal gesunken, nichtsdestotrotz sind die Polen positiv der EU gegenüber gesinnt. Nur vier Staaten der heutigen 27 Mitglieder der Union erreichen höhere Zustimmungswerte. Darunter traditionell Belgien und Luxemburg.

VI.4.1. Ökonomische Situation

Auch wenn die Kennziffern des letzten Jahres – wie eingangs des Kapitels beschrieben – etwas anderes zum Ausdruck bringen, hat sich die ökonomische Situation der beiden Staaten seit dem Beitritt zur Europäischen Union verbessert.

Die Arbeitslosenrate ist in den ersten Jahren der Mitgliedschaft in Polen von einem Wert von rund achtzehn Prozent auf acht Prozent gesunken. In Lettland unterschritt die Arbeitslosenquote sogar zeitweise die zehn-Prozent-Marke. Seit Mitte 2009 hat sich diese Tendenz leider umgekehrt. Das von der Krise in vollem Ausmaße getroffene Lettland hat bei der Arbeitslosigkeit seit Juni 2009 einen Wert von deutlich über zwanzig Prozent erreicht. Auch in Polen stieg die Arbeitslosenquote leicht an, hielt aber bei zirka zehn Prozent.

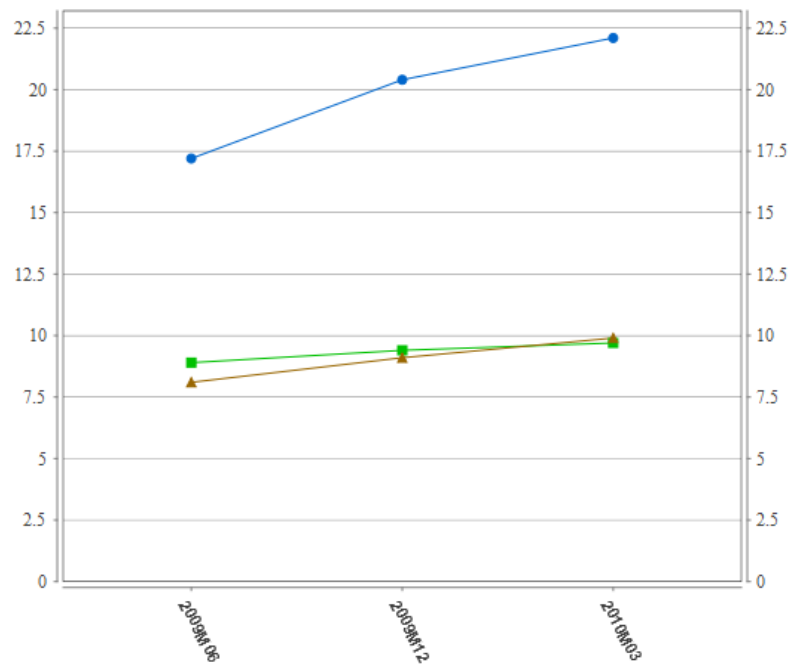


Abbildung: Arbeitslosenquote in Lettland (blau/oben, Kreis), in Polen (grün/im Ansatz in der Mitte, Quadrat), und der EU-27 (braun/im Ansatz unten, Dreieck). Quelle: epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/graph.do?tab=graph&plugin=1&pcode=teilm020&language=de&toolbox=data (Zuletzt: 03.06.2010)

Die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts seit dem Beitritt zur Europäischen Union zeigt, dass Lettlands Markt offensichtlich überhitzt war und deshalb mit der Krise besonders betroffen sein musste. Anfangs sind die überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten kennzeichnend, während später der rasante Abfall des BIP zu beobachten ist.

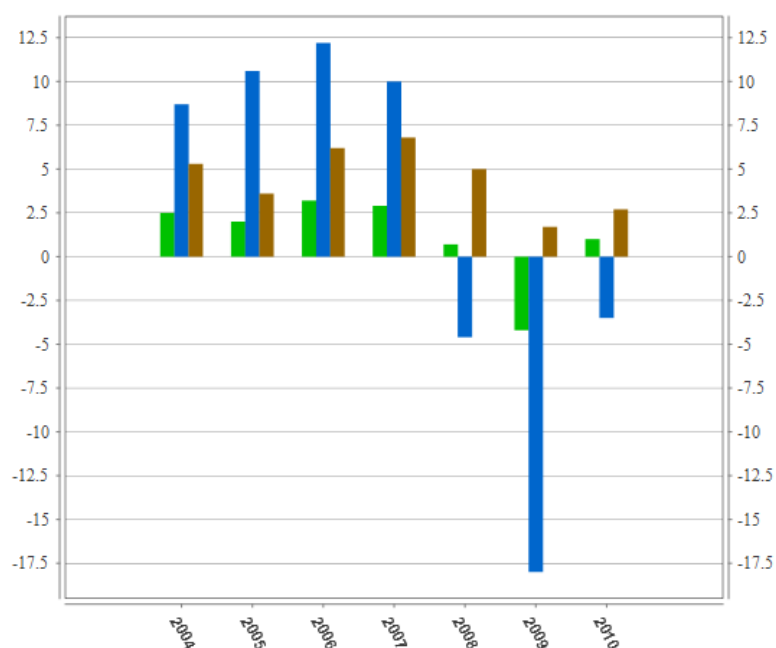


Abbildung: Bruttoinlandsprodukt (relative prozentuelle Veränderung zum Vorjahr) in Lettland (blau/Mitte), in Polen (grün/links), und der EU-27 (braun/rechts). Quelle: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/graph.do?tab=graph&plugin=1&pcode=tsieb020&language=de&toolbox=data> (Zuletzt: 03.06.2010)

Als letzte wirtschaftliche Kennzahl soll der Vollständigkeit halber auch die Inflationsrate dargestellt werden. Diese verhält sich naturgemäß ähnlich zum BIP-Wachstum.

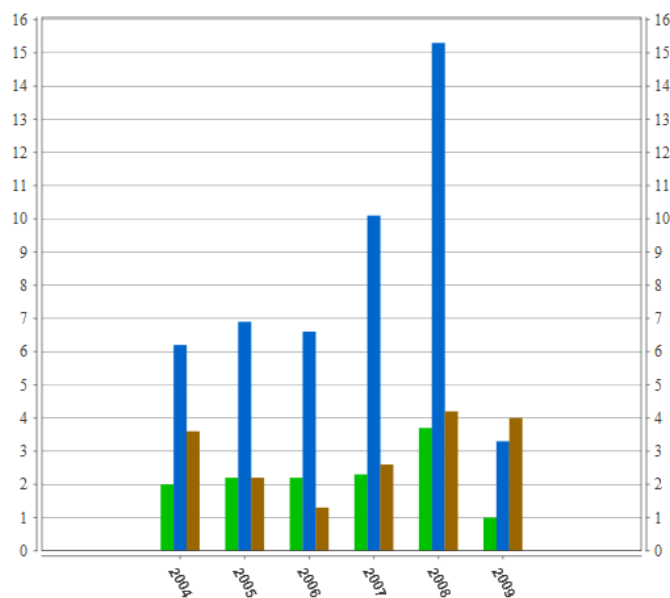


Abbildung: Inflationsrate (Veränderungsrate des Jahresdurchschnitts der Harmonisierten Verbraucherpreisindizes) in Lettland (blau/Mitte), in Polen (grün/links), und der EU-27 (braun/rechts). Quelle: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/graph.do?tab=graph&plugin=1&pcode=tsieb060&language=de&toolbox=data> (Zuletzt: 03.06.2010)

Einführung des EURO

„Entgegen erster Planung musste Lettland, sein Ziel die Gemeinschaftswährung zum 1. Januar 2008 einzuführen, verschieben. Vor allem das Inflationskriterium bereitet dem Land seither Schwierigkeiten, sodass der Termin regelmäßig verschoben werden muss. Experten rechnen derzeit frühestens 2011 mit einem

neuen Termin für den Beitritt Lettlands in die Eurozone und auch die Regierung räumt ein, dass die Euroeinführung bis 2013 dauern könne.“³⁰¹

Nachdem Lettland sein gewünschtes Zieldatum nun doch nicht erreichen konnte, versucht Polen den Euro schon früher als Währung einführen zu können. Die Wahrscheinlichkeit allerdings, dass dies bis zur Fußball-Europameisterschaft 2012 gelingt, ist eher als gering einzuschätzen.

„Nach neusten Äußerungen des amtierenden polnischen Regierungschefs Donald Tusk, strebt sein Land die Einführung der Gemeinschaftswährung zum 1. Januar 2012 an. Hierfür will Mittelosteuropas größte Volkswirtschaft bis 2011 alle Beitrittskriterien für die Euro-Einführung erfüllen und den WKM II der Union noch im kommenden Jahr beitreten.“³⁰²

Bewertung

Die Abwägung, inwiefern der Beitritt zur Europäischen Union die Situation in der Wirtschaftskrise positiv oder negativ beeinflusst hat, kann hier nicht weiter erläutert werden und würde per se Bände mit differenzierten Meinungen darüber füllen. Das Argument, dass der Beitritt ein Zusammenwachsen der Volkswirtschaften bewirkt hat, und somit größere Interdependenzeffekte existieren, weshalb die Volkswirtschaften entweder miteinander florieren oder miteinander untergehen – selbstverständlich etwas überspitzt ausgedrückt – ist vielleicht von seiner logischen Aufmachung her, nicht ganz von der Hand zu weisen. Hingegen stellt sich die Frage, ob die Volkswirtschaften unabhängig existierend, im Stande gewesen wären, besser und vor allem eigenständiger auf die neuen Situationen zu reagieren. Nun, diese Frage hat alle Berechtigung gestellt zu werden, nach einer Antwort wird man allerdings in diesem Essay vergebens suchen.

Viel mehr scheint nachweislich demonstrierbar zu sein, dass sich die ökonomische Situation, zumindest in den beiden hier betrachteten Staaten seit

³⁰¹ euro-anwaerter.de/anwaerter/lettland.html (Zuletzt: 17.05.2010)

³⁰² euro-anwaerter.de/anwaerter/polen.html (Zuletzt: 17.05.2010)

dem Beitritt zur Europäischen Union kontinuierlich und linear verbessert haben. Die Wirtschaftskrise der beiden letzten Jahre drückt die Werte ein wenig nach unten. Auch die Frage, weshalb nun tatsächlich das Baltikum so stark von der Krise betroffen sei, und hier allen voran Lettland, soll an dieser Stelle nur in einem Satz erwähnt werden. Die Wirtschaft schrumpfte im vierten Quartal 2008 in Lettland um 10,5 Prozent. Damit weist Lettland die größte Rezession in der gesamten EU auf und bedeutet für Lettland die größte Krise seit der Unabhängigkeit 1991. Anfangs war der Immobilienmarkt ins Schleudern geraten, was dazu führte, dass die großen Banken seitdem ein rapides Ansteigen fauler Kredite verzeichnen. Nachdem die lettische Regierung um eine Finanzspritze ansuchte, gewährte Anfang 2010 der IWF, die Europäische Union und einige nordische Länder einen Überbrückungskredit von 7,5 Mrd. Euro.³⁰³

Polen hielt sich währenddessen besser und konnte als einziges Land der zehnpus-zwei neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Krisenfolgejahr 2008 ein positives BIP erwirtschaften.

Ansonsten zeigt die Tendenz der Jahre nach dem Beitritt bis zu Beginn der Wirtschaftskrise eine stetige Verbesserung der Kennzahlen. Die beiden Staaten sind vollwertige Mitglieder der Europäischen Union. Mit Polen trat der Union allerdings ein „unbequemer“ Partner bei. Vor allem die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hat alle Hände voll zu tun, die Polen auf Seiten der EU und ihrer Projekte zu ziehen. Bei den Verhandlungen um den Vertrag einer Verfassung für die Europäische Union zeigte sich die polnische wenig erfreut. Nun, dies war mit den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden ohnedies irrelevant geworden, allerdings verliefen auch die Verhandlungen über den Vertrag von Lissabon eher zäh. Letztenendes hatte sich auch hier Polen eine Sonderregelung ausgehandelt – die absolute Ablehnung der Todesstrafe musste nicht in ihrem Wortlaut übernommen. An sich eine Farce, da die Todesstrafe ohnedies in keinem Mitgliedsstaat der Union erlaubt ist.

³⁰³ Vgl. <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur-nachrichten/lettische-wirtschaft-im-freien-fall;2147058> (Zuletzt: 02.06.2010)

KAPITEL VII: RÉSUMÉ & SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das Kapitel VII der Arbeit widmet sich dem Résumé und den Schlussfolgerungen aus den vorangegangenen Kapiteln. Dabei wird Augenmerk auf die eingangs gestellten Forschungsfragen gelegt und die Erkenntnisse zur Beantwortung derer.

Polen und Lettland sind nur zwei kleine Punkte auf dem Globus, dennoch zwei sehr interessante und besondere Länder inmitten Europas – zumindest bei der Betrachtung des Kontinents im geografischen Sinn.

Im Rahmen der theoretischen Grundlagen des Nationbuildings und der Transformation dienen die existierenden klassischen Theorien als Grundlage für die Weiterentwicklung und Implizierung der Besonderheiten der Staaten Südosteuropas. Während sich die politikwissenschaftlichen Methoden des Staatenbauens auf die Begründung neuer Staaten vor allem mit der Unterstützung von Außen, und Machtwechsel, sowie Regimestürze als Voraussetzung annehmen, sehen diese kein Nationbuilding vor, das sich von Innen heraus bildet und fern jeglicher militärischen Intervention, lediglich unter diplomatischem Geschick und bemerkenswerter Beharrlichkeit stattfindet. Um diese Aspekte mit einbauen zu können, bedarf es einer Fortsetzung der Theorien in ihrem Wesen und der besonderen Adaptierung für Polen und Lettland. Beide haben ebenso viele Gemeinsamkeiten wie Unterschiede in ihrer Entwicklung und ihrem historischen Erbe, sowie dem Umgang mit ihrer Geschichte entwickelt. Zusammenfassend stellen folgende Punkte die auffälligsten Besonderheiten der beiden untersuchten Staaten dar. Polen und Lettland sind haben sich ohne äußeres Einwirken begründet. Allein interne Faktoren und Prozesse in der Bevölkerung wirkten die Unabhängigkeit herbei, wobei die Sowjetunion eher als Verhinderer als Förderer der Souveränität anzusehen ist. Außerdem wurde weder in Polen, noch in Lettland im Zuge des Unabhängigkeitsprozesses das autoritäres Regime vollkommen entmachteter,

wie Huntington es in seinem Werk „The Third Wave“ fordert. Viel mehr fand im Falle Lettlands eine leise Abspaltung statt, das ehemalige Regime existierte vorerst weiter. In Polen war es die Zeit gewesen, die reif war für eine Veränderung. Förderlich für die erfolgreiche Staatsgründung war sicherlich das Faktum, dass die beiden Staaten bereits über ein demokratisches, parlamentarisches System verfügten. Zwar war dieses unter die Kontrolle der Sowjetunion gestellt, vereinfachte aber anschließend die politische und demokratische Transformation des Landes. Besonders in Lettland ließen die anfänglich nach der Unabhängigkeitserklärung einsetzenden Befürchtungen und Ängste der Menschen, die sowohl an der Existenzfähigkeit eines so kleinen Staates zweifelten, als auch eine Große Gefahr für die eigene Identitätswahrung witterten, die ersten Transformationsprozesse nur langsam anlaufen. Polen war zu dieser Zeit grundlegend anders aufgestellt. Mit mehr Selbstbewusstsein und Eigenverantwortung ging Polen als erstes osteuropäisches Land in die Unabhängigkeit. Die Zerrissenheit innerhalb der Bevölkerung, aber auch in den einzelnen Menschen selbst, die Diskussionen, ob Ost oder West besser sei, ob die Unabhängigkeit lange andauern könne oder nicht, erschwerte nicht nur politisches Handeln, sondern spaltete auch die Bevölkerung – mehr in Lettland als in Polen, wo die russische Minderheit ebenso Existenzängste hatte, wie die lettische Bevölkerung. Nichtsdestotrotz ließen sich die politischen Akteure nicht von ihrem Weg abbringen. Allen voran war es in Polen die Gewerkschaftsbewegung der Solidarnosc und in Lettland die sogenannte Volksfront, Tautas Fronte, die mit ihren Bemühungen und der gesellschaftlichen Engagement den Weg in die Unabhängigkeit ebneten. Mit der Erklärung der Unabhängigkeit begann auch der Prozess, staatliche Gewalt zu reduzieren. Dabei wurde übersehen, dass nicht ausreichend eigenständig arbeitenden Institutionen geschaffen worden waren, was dazu führte, dass die staatliche Administration kurzzeitig in ein Vakuum fiel. Zuletzt spielt auch die Minderheitenproblematik eine Rolle im Nationbuilding Lettlands. Das Stateforming gelang zwar mit der Unterzeichnung des Souveränitätsvertrages bis auf Weiteres in Polen und Lettland. . Dennoch war zu diesem Zeitpunkt gerade in Lettland noch kein Nationbuilding erfolgreich abgeschlossen. Denn genau die „Nation“ fehlte dem Staat noch. Die übermächtige Minderheit mit nahezu der anteilmäßigen Hälfte der Bevölkerung führte immer wieder, so

auch in jüngster Geschichte zu Spannungen in der Politik aber auch der Gesellschaft. Das westlich ausgerichtete Lettland widerstand allerdings den Konflikten und ging seinen Weg. Heute erinnert das Land aus der Sicht der politischen Theorien eher wenig an einen homogenen Kleinstaat. Betrachtet man die gesellschaftliche Konstellation des Staates, sowie die innerpolitischen Probleme und Konflikte, trifft die Bezeichnung heterogener Duo-Klein-Staat mehr auf die tatsächliche Situation zu.

In der historischen Entwicklung der Prozesse haben Polen und Lettland eine breite Basis der Gemeinsamkeiten. Erst in der Frage nach Entwicklungen und dem Umgang mit der Geschichte zeigen sich die einzelnen Besonderheiten auf. Nachdem Polen und Lettland noch während des Zweiten Weltkriegs unter sowjetische Herrschaft gestellt wurden, begann sich im Laufe der Zeit der Wunsch nach der Unabhängigkeit in den Menschen zu manifestieren. Das Gefühl der Eigenständigkeit war den meisten Menschen ohnedies bekannt. Beide Länder hatten schon einmal, von 1918 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs als eigenständiger Staat existiert.

Fast dreißig Jahre nach der Okkupation durch die Sowjetunion, wurde die von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortete Abspaltung des Landes zu einem politischen Thema. Im weiteren Verlauf trugen vor allem gesellschaftliche Bewegungen und Organisationen zu einer Veränderung der politischen Lage und zu einer neuen Art des Dialogs. Mit der Bewegung der Solidarnosc in Polen, einer Gewerkschaft und einer Demonstration fing in Polen der lange Weg zur Unabhängigkeit an. Und es war auch ebendiese Solidarnosc, die in den siebziger Jahren zum ersten „Okkupationsstreik“ aufrief. In Lettland war es die Tautas Fronte Bewegung, die in allen drei baltischen Staaten mithilfe der Intellektuellen den Weg in Richtung der Unabhängigkeit eingeschlagen hatte. Und auch hier begann die Bewegung mit einer Demonstration. In Polen führte die Bewegung in weiterer Folge zum „Runden Tisch“, der regelmäßig tagte und an dem die politischen Akteure mit einander verhandelten. In Lettland fanden solche Gespräche nicht formell statt. Dafür fand dort die „Singende Revolution“ statt, eine Veranstaltung bei der sich entlang der Ostgrenze der drei baltischen Staaten die Hand reichten und Volkslieder sangen. In beiden Ländern waren die Bemühungen am Ende erfolgreich. Polen und Lettland erlangten in den

Jahren 1990/91 ihre Unabhängigkeit und existierten fortan wieder als souveräne Staaten.

Unmittelbar nach der Erlangung der Souveränität fand in Polens und Lettlands Politik ein Paradigmenwechsel statt. Sofort richtete sich die Politik nach Westen und schon sehr bald sollte die beiden Staaten ihr Interesse an einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union zum Ausdruck bringen. Die einsetzenden Prozesse der Neuausrichtung und der Transformation veränderten die Gesellschaften in tiefgreifender Art und Weise. Nach der Unabhängigkeit standen sich ökonomische Gewinner und soziale Verlierer gegenüber. Zweifelsohne waren durch die liberale Marktwirtschaft Wirtschaftstreibende in Vorteil geraten, und profitierten von der neuen Ökonomie. Auch in der Betrachtung der weiteren „Erfolge“ werden die sozialen Verluste kaum beachtet und von der deskriptiven Annäherung an das Thema ausgeblendet. Vor allem der plötzliche Umschwung im Sozialsystem machte älteren Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet hatten, zu Schaffen. Diese mussten nach den neuen Gesetzen mit Mindestpensionen ihr Auslangen finden und konnten auf ehemalige Ersparnisse aufgrund ihrer Wertlosigkeit nicht mehr zurückgreifen.

Die Jahre zwischen 1990 und 2004 standen ganz im Mittelpunkt politischer, ökonomischer, sozialer und gesellschaftlicher Veränderungen und Reformen und der Annäherung an eine EU-Mitgliedschaft. Polen und Lettland brachten alle erforderlichen Kräfte auf, um den Kriterien eines Beitritts zu entsprechen. Neben den nötigen Veränderungen in den Bereichen der Politik und Wirtschaft konzentrierte sich Lettland auch auf die Probleme der Minderheiten und Polen besonders auf die der Korruption. Mit der Übernahme des Acquis communautaire und der Implizierung der Kopenhagener und Amsterdamer Kriterien und den 2003 abgehaltenen Referenden, bei denen sich in Polen mehr als in Lettland die Menschen mehrheitlich für einen Beitritt zur Europäischen Union aussprachen, endete der Beitrittsprozess am 1. Mai 2004.

Allerdings wurden die Politik Lettlands und ihre Bemühungen, möglichst rasch der Europäischen Union beizutreten nicht immer von allen unterstützt. Die in

Lettland besonders große EU-Skepsis rührt aus verschiedenen Faktoren und unterschiedlichen Ebenen. Zum einen spielt natürlich die Gesellschaft eine große Rolle. Für viele Menschen war die Zeit der Unabhängigkeit, die nicht mehr als 15 Jahre betrug zu kurz, um eine neue, eigene Identität aufzubauen und die historischen Ereignisse zu verarbeiten. Zum anderen saß die Angst vor einer neuen Abhängigkeit tief in den Menschen. Allein die Tatsache, dass sich Lettland wieder unterordnen und einem Staatenbündnis beitreten sollte, führte zu einer breiten prinzipiellen Protesthaltung der Menschen. Polen war hingegen homogener in seiner Bevölkerung und homogener bei der Einstellung zur Europäischen Union. Die Polen gelten von Haus aus als große EU-Befürworter. Auch das Referenden über den Beitritt fiel sehr deutlich für einen Beitritt aus. Dennoch bleibt festzuhalten, dass nicht allorts die Gesellschaft bereit für eine neue, große, tiefgreifende Veränderung im System war. Auf der anderen Seite sahen die politischen Eliten sich gezwungen, die Mehrheit der Bevölkerung auf ihre pro-westliche Schiene zu bewegen und warben für den Beitritt mit einer Vielzahl an Versprechungen, die Verbesserungen für die Menschen voraussahen. Dabei wurde – bewusst oder unbewusst – ausgeblendet, dass die wahren Vorteile der Mitgliedschaft noch einige Zeit auf sich warten lassen. Zu den großen Gewinnern eines Beitritts zählen demnach erst die Menschen der zweiten Generation nach dem Beitritt. Die Tatsache, dass es verabsäumt wurde, die Bevölkerung ehrlich und gewissenhaft aufzuklären, und die nicht gehaltenen Versprechen der Politiker ließ die Zahl der EU-Skeptiker in die Höhe schellen. Die Regierung kämpft heute noch mit dem hohen Anteil an Gegnern der Europäischen Union. In Lettland findet sich eine große Gruppe an Menschen, die russisch oder ehemals russische Bürger waren, und nach wie vor in ihrer Ausrichtung und Kultur eher nach Osten tendieren. Die Minderheitenfrage spielt also auch im vorläufig letzten Kapitel der Geschichte Lettlands eine tragende Rolle.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union hat sich die politische, demokratische und ökonomische Situation in beiden Ländern deutlich verbessert. Die Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat allerdings auch in Osteuropa ihre Spuren hinterlassen. Auch hier setzt sich die Tendenz vor, dass Polen etwas bessergestellt ist, als Lettland. Während Polen im Jahr 2007 als einziges

osteuropäisches Land ein positives Wirtschaftswachstum erreichen konnte, traf die Krise in Lettland voll zu. Aufgrund des Wirtschaftsboom am lettischen Markt und der drohenden Überhitzung, sowie die zuletzt rasant angestiegene Inflationsrate wurde die Unterzeichnung über die Wirtschaft- und Währungsunion, und damit die Einführung des Euro als Währung vorerst in beiden Ländern verschoben.

Als Erkenntnis der Forschungsarbeit kann nun behauptet werden, dass ein Staat mit rund vierzig Millionen Einwohner, allerdings einer weitgehend homogenen Bevölkerung und dem Fehlen von innerstaatlichen ethnischen Konflikten, sowie dem Fehlen von ungeklärten Territorialfragen leichter zu verändern, zu transformieren und zu integrieren ist, als ein kleiner Staat mit knapp über zwei Millionen Einwohnern, allerdings einer stark heterogenen Bevölkerung mit dem Vorhandensein einer anteilmäßig hohen Minderheit und noch größerer Abhängigkeit eines anderen, übermächtigen Staates.

[ANHANG]

Bilder- & Kartenmaterial
Literatur- & Quellenverzeichnis
Abstract in Deutsch
Abstract in English
Lebenslauf

BILDER- KARTENMATERIAL



Abbildung: Karte „Osteuropas“
<http://www.osteuropa-info.net/images/osteuropa-karte2.jpg>



Abbildung: Karte „Europa“
http://www.informagiovani-italia.com/mappa_europa_7.jpg





1988. gada 14. jūnijs Rīgā.

14th of June 1988 in Riga

Abbildung: Demonstration am 14. Juni 1988 in Riga
Briedis, Uldis: Mes Latvija (Fotografijas). Riga, 1989



Abbildung: Lech Walesa (Solidarnosc)

<http://www.solidarnosc.gov.pl/gallery/gazeta/21/26156-8%20L.Walesa.jpg>

LITERATUR- & QUELLENVERZEICHNIS

Einzelwerke

Alexander; Manfred: Kleine Geschichte Polens. Stuttgart 2003

Almond, Gabriel / Verba, Sidney (1963): The Civic Culture. Sage, NewburyPark.

Attila Agh: The politics of Central Europe. London: Sage, 1998.
Streitbare Studie eines bekannten ungarischen Politikwissenschaftlers zum Vergleich von „Central Europe“ (Mitteleuropa) und „South Eastern Europe“

Ausma Cimdiņa: In the name of freedom: President of Latvia Vaira Vīķe-Freiberga. A biography. Rīga: Jumava 2003. ISBN 9984056856.

Bachmann, Klaus (2006): Die List der Vernunft. Populismus und Modernisierung in Polen. In: Osteuropa, 56. Jahrgang/Heft 11-12/November – Dezember 2006: Quo vadis, Polonia? Kritik der polnischen Vernunft. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag. S. 13-31.

Bedarff, Hildegard; Schürmann, Bernd: NATO und EU aus der Perspektive Ostmitteleuropas. Meinungsbilder der Eliten in Polen. Münster, 1998..

Beichelt, Timm: Die EU nach der Osterweiterung. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 2004.

Beichelt, Timm; Bönker, Frank, Jan Wielgoß: Kulturelle Determinanten postsozialistischer Gesellschaftsentwicklung. Ein Diskussionsüberblick. In: „Berliner Debatte Initial“ 2004 (15) 5/6, S. 4-12.

Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. 4. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006.

Beyme, Klaus von (1997): Parteien im Prozess der demokratischen Konsolidierung. In: Wolfgang Merkel / Eberhard Sandscheider (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess. Opladen: Leske + Budrich, S. 23-56.

Bieler, A. (2001). Social forces in the making of the new Europe. The restructuring of European social relations in the global political economy, Basingstoke u.a.: Palgrave.

Bingen, Dieter (1996): Katholische Kirche und die Demokratie in Polen 1990 – 1995. Köln: Bundesministerium für ostwissenschaftliche und internationale Studien.

Biskup, Bartłomiej (2007): Die polnischen Nichtwähler – enttäuscht, müde oder gleichgültig? In: Meyer, Gerd / Sulowski, Stanislaw / Łukowski, Wojciech (Hrsg.): Brennpunkte der politischen Kultur in Polen und Deutschland. Warszawa: Dom Wydawniczy Elipsa, S. 135-155.

Bleiere, Daina: Latvijas vēsture: 20. gadsimts. Jumava, Rīga, 2005.

Borkenau, Franz: The Totalitarian Enemy. London: Faber und Faber 1940.

Buchanan, James M.: The Encyclopedia of Public Choice. Springer US, 2003

Buchanan (1965) und Cornes/Sadler (1986) in: Holzinger; Knill; Peters; Rittberger; Schimmelfenning; Wagner: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Schöningh, Paderborn, 2006.

Burgess, M. (2000). Federalism and European Union: the Building of Europe, 1950-2000, London/New York: Routledge.

Cimdiņa, Ausma: In the name of freedom: President of Latvia Vaira Vīķe-Freiberga. A biography. Rīga: Jumava 2003.

Colomer, Pascual: In: Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen 1999.

Creuzberger, Stefan u.a. (Hrsg.): Wohin steuert die Osteuropaforschung? Eine Diskussion. Köln 2000.

Dokumentation einer Diskussion zwischen Historikern und Sozialwissenschaftlern zur notwendigen Neuorientierung der Osteuropawissenschaften nach dem Ende des Staatssozialismus, die in der Zeitschrift „Osteuropa“ Ende der neunziger Jahre stattfand.

Davies, Norman: God's Playground. A History of Poland. Volume II. Oxford University Press, Oxford, 2005.

Derlugian, Georgi: Alternative Pasts – Future Alternatives? Im Rahmen einer Debatte zum Thema: „Was the Soviet System Reformable?“ In: Slavic Review 2004 (63) 3, S.335-352.

Deppe, Rainer; Tatur, Melanie: Rekonstitution und Marginalisierung. Transformationsprozesse und Gewerkschaften in Ungarn und Polen. Campus, Frankfurt/Main, 2002.

Dzwończyk, Joanna (2006): Populizm jako czynnik blokujący rozwój społeczeństwa obywatelskiego w Polsce. In: Maria Marczevska-Rytko (Hrsg.): Populizm na przełomie XX i XXI wieku. Panaceum czy pułapka dla współczesnych społeczeństw? Toruń: Wydawnictwo Adam Marszałek, S 119-140.

Easton, David: A framework for political analysis. Englewood Cliffs, Prentice-Hall , 1965.

Eisler, Jerzy (2000): NSZZ „Solidarność” w przemianach ustrojowych w Polsce w latach 1988 – 1990. In: Osękowski, Czesław (Hrsg.): Dziesięć lat transformacji ustrojowej w Polsce. Zielona Góra: Wydawnictwo WSP TK.

Frantz, Christiane (2000): EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union. In: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf / Woyke, Wichard (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Paperbacks. Studien und Texte zu den politischen Problemfeldern und Wandlungstendenzen westlicher Industriegesellschaften. Bd. 29. Opladen: Leske + Budrich.

Franz, Eduard: „Lettlands Beitrag zur EU: 500.000 aliens?: Zur Situation der russischsprachigen Bevölkerung“ Bonn, 2003.

Friedrich, Carl-Joachim (unter Mitarbeit von Zbigniew Brzezinski): Totalitäre Diktatur. Stuttgart: Kohlhammer 1957.

Fukuyama, Francis: Staaten bauen. Die neue Herausforderung internationaler Politik. Propyläen-Verlag, Berlin, 2004.

Grotz, Florian (2000): Politische Institutionen und post-sozialistische Parteiensysteme in Ostmitteleuropa. Polen, Ungarn, Tschechen und die Slowakei im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.

Haas, Ernst. B. (1958). The uniting of Europe. Political, social, and economic forces 1950 - 1957, Stanford, Calif.: Stanford Univ. Press.

Haas, Ernst (1968) in: Holzinger; Knill; Peters; Rittberger; Schimmelfenning; Wagner: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Schöningh, Paderborn, 2006.

Heyde, Jürgen: Geschichte Polens. Beck, München 2006.

Hirsch, J./B. Jessop et al. (2001). Die Zukunft des Staates : Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung, Hamburg: VSA-Verlag.

Hoensch, Jörg K. (1998): Geschichte Polens. 3. Auflage. Stuttgart: Ulmer.

Hoffmann, Stanley (1995): The European Sisyphus. Essays on Europe, 1964 - 1994, Boulder, Colo. u.a.: Westview Press.

Hoffmann, Stanley (1966, 1982) und Milword, Alan (1984, 1994) in: Pollak Johannes; Slominski, Peter: Das politische System der EU. WUV Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien, 2006.

Holzer, Jerzy: Solidarität. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, Verlag C.H. Beck, München 1985.

Huntington, Samuel P.: The Third Wave. Democratization in the late twentieth century. University of Oklahoma Press, Norman, 1991.

Jungerstamm-Mulders: Post Communist EU Member States. University of Finland Press, 2006.

Kawecka-Wyrzybowska: Raport z prac Komisji Nadzwyczajnej do rozpatrzenia ustawy o ratyfikacji Układu Europejskiego. Warschau, 1993.

Kitschelt, Herbert/ Zdenka Mansfeldová/ Radoslav Markowski: Post-communist party systems: competition, representation, and inter-party cooperation. Cambridge, Cambridge University Press, 1999.

Kornai, János: The socialist system: the political economy of communism. Princeton 1992.

Krohn, Tobias: Die Genese von Wahlsystemen in Transitionsprozessen. Portugal, Spanien Polen und Tschechien im Vergleich. Leske & Budrich, Opladen, Heidelberg, 2003.

Kundigraber, Claudia (1996): Polens Weg in die Demokratie. Göttingen: Cuvillier.

Lapsa, Lato; Metuzāls, Sandris; Jančevska, Kristīne: Mūsu vēsture, 1985-2005. Atēna, 2008.

Larsen, Øivind; Kilkuts, Guntis: Health in Latvia 1991 – 2004: years of conflicting values. Societas medica norvegica, 2005.

Lauth, Hans-Joachim; Zimmerling, Ruth (Hrsg.): Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Ferdinand Schöningh, Paderborn, 2001.

Linz, Juan J; Stepan, Alfred: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe. Verlag für Sozialwissenschaften, Baltimore/London 1996, 2007

Lijphart, Arend (Hrsg.) (1992): Parliamentary versus Presidential Government. Oxford: Oxford University Press.

Longworth, Philip: The Making of Eastern Europa. Basingstoke and London: Macmillan, Press, 1992.

Mayer, Otto; Scharrer Hans-Eckart (Hrsg.): Osterweiterung der Europäischen Union. Sind die mittel- und osteuropäischen Länder und die EU reif für eine Erweiterung? Baden-Baden, 1997.

Meissner, Boris [Hrsg.]: Die baltischen Nationen: Estland, Lettland, Litauen. Köln, Markus-Verlag, 1990.

Merkel, Wolfgang (Hrsg.) (1994): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen. Opladen: Leske + Budrich.

Merkel, Wolfgang / Sandschneider, Eberhard / Segert Dieter (Hrsg.) (1996): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen: Leske + Budrich.

Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen: Leske + Budrich.

Moravcsik, Andrew: The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht. Cornell University Press, Ithaca/NY, 1998.

Muiznieks, Nils: Origins, Evolution and Triumph. Riga, 1992.

No tevis jau neprasa daudz. Rīga: Liktenstāsti, 1995.

Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt/M, Campus-Verlag, 1994.

Paczkowski, Andrzej (2009): Politischer Prolog: Die Entstehung der III. Republik. In: Dieter Bingen / Krzysztof, Ruchniewicz (Hrsg.), Länderbericht Polen. Frankfurt: Campus Verlag, S. 129-146

Pankowski, Krzysztof: The European Parliament. Warsaw, 2003.

Pickel, Gert; Pickel, Susanne (2000): Politische Partizipation und politische Einstellungen der osteuropäischen Transformationsstaaten im Vergleich. Frankfurt (Oder): Frankfurter Institut für Transformationsstudien.

Pierson (1996, 1998) in: Holzinger; Knill; Peters; Rittberger; Schimmelfenning; Wagner: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Schöningh, Paderborn, 2006.

Plasser, Fritz / Ulram, Peter A. / Waldrauch, Harald (1997): Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa. Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung. Opladen: Leske + Budrich.

Przeworski, Adam: Democracy and Development. Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990. University of Cambridge Press, Cambridge, 2000.

Raciborski, Jacek (2005): Das Regierungssystem in Polen: Zwischen semipräsidentiellem und parlamentarischem Kabinettsystem. In: Jacek Raciborski / Jerzy J. Wiatr: Demokratie in Polen. Elemente des politischen Systems. Opladen: Barbara Budrich.

Raciborski, Jacek / Wiatr, Jerzy J. (2005): Demokratie in Polen. Elemente des politischen Systems. Opladen: Barbara Budrich.

Raether, Manfred: Polens deutsche Vergangenheit. Schöneck

Rokkan, Stein: State-formation, nation-building and mass politics in Europe. The theory of Stein Rokkan. Oxford, Oxford University Press, 1999.

Scharpf (2000); Zangl (1999) in: Holzinger; Knill; Peters; Rittberger; Schimmelfenning; Wagner: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Schöningh, Paderborn, 2006

Schmitter, Philippe. C. (2005). Ernst B. Haas and the legacy of neofunctionalism, in: Journal of European Public Policy 12(2), 255-272.

Schmitter, Philippe (1969) in: Holzinger; Knill; Peters; Rittberger; Schimmelfenning; Wagner: Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Schöningh, Paderborn, 2006

Schramm, Gottfried: Der Kurswechsel der deutschen Polenpolitik nach Hitlers Machtantritt. In: Roland G. Förster (Hrsg.): „Unternehmen Barbarossa“. Zum historischen Ort der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis Herbst 1941. München 1993.

Segert, Dieter: Der „Fluch der Geschichte“? Interpretationen der Wirkungen der Geschichte Osteuropas auf seine Gegenwart. In: Berliner Debatte Initial 1993.

Segert, Dieter: Die Grenzen Osteuropas. 1918, 1945, 1989 – drei Versuche im Westen anzukommen. Frankfurt. M.: 2002.

Segert, Dieter (1997): Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas.
In: Wolfgang Merkel / Eberhard Sandscheider (Hrsg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformations-prozess. Opladen: Leske + Budrich.

Segert, Dieter (Hg.): Postsozialismus. Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa. Wien, Braunmüller, 2007

Sulowski, Stanisław / Wojtaszczyk, Konstanty A. (Hrsg.): Das politische System Polens. Warszawa: Elipsa.

Szücs, Jenő: Die drei historischen Regionen Europas. Frankfurt: Verlag Neue Kritik: 1990 (ung. 1983).

Vāverniece, Ingrida: Latvijas Tautas fronte: gads pirmais. Latvijas Tautas fronte, Rīga, 1989.

Verdery, Katherine: What was Socialism and what comes next? Princeton: 1996

Vesilind, Priit J.: The Baltic Nations. Riga, 1990.

Wagener, Hans-Jürgen: Transformation als historisches Phänomen. Frankfurt: 1996.

Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A-Z, Taschenbuch der EI, Bonn, 1995

Westle, Bettina (2002): Politische Kultur. In: Lauth, H.J. (Hrsg.): Vergleichende Regierungslehre. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Wiatr, Jerzy J. (2005): Polens Weg zur Demokratie. In: Jacek Raciborski / Jerzy J. Wiatr: Demokratie in Polen. Elemente des politischen Systems. Opladen: Barbara Budrich.

Wolff, Larry: Die Erfindung Osteuropas. Von Voltaire zu Voldemort. In: Karl Kaser u.a. (Hrsg.): Europa und die Grenzen im Kopf. Wieser Verlag, 2003.

Online Quellen

www.bpb.de/themen/TZCHS9,0,0,Wirtschaft.html

www.csb.lv (Homepage des lettischen Statistikamtes: Latvijas Statistika)

data.univie.ac.at/dbs/ (Datenbanken Uni Wien)

dp-ag.org/wp-content/uploads/2008/09/PL_EU.pdf

www.dpg-brandenburg.de/nr_20/parteienlandschaft.html#wahlen1991

eiop.or.at/ (European Integration Online Portal)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:51999PC0355:DE:HTML>

www.euro-anwaerter.de/news/newsdetail/artikel/zeitpunkt-fuer-polnische-euroeinfuehrung-weiterhin-unklar-1242593470.html

euro-anwaerter.de/anwaerter/polen.html

www.eurotopics.net/de/archiv/magazin/politik-verteilerseite/polen_2007_10/debatte_polen_2007_10/

<http://europa.eu.int>

europa.eu/abc/12lessons/lesson_2/index_de.htm (Zuletzt: 19.05.2010)

europa.eu/abc/12lessons/lesson_3/index_de.htm (Zuletzt: 19.05.2010)

europa.eu/abc/12lessons/lesson_4/index_de.htm (Zuletzt: 19.05.2010)

europa.eu/abc/12lessons/lesson_7/index_de.htm

europa.eu/abc/keyfigures/livingtogether/supporters/index_de.htm#chart44

europa.eu/abc/treaties/index_de.htm

europa.eu/legislation_summaries/glossary/accession_criteria_copenhagen_de.htm

europa.eu.int/comm/enlargement/enlargement_de.htm

ec.europa.eu/agenda2000/index_de.htm

ec.europa.eu/agriculture/publi/review99/08_09_de.pdf

[europa.eu/legislation_summaries/internal_market/living_and_working_in_the_in
ternal_market/free_movement_of_workers/l23013a_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/internal_market/living_and_working_in_the_internal_market/free_movement_of_workers/l23013a_de.htm)

europa.eu/pol/emu/overview_de.htm

ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/dwn/opinions/latvia/la-op_de.pdf

http://europa.eu/scadplus/glossary/accession_criteria_copenhagen_de.htm

europa.eu.int/comm/enlargement/enlargement_de.htm

[http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/negotiations/treaty_of_accession_
2003/table_of_content_en.htm](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/negotiations/treaty_of_accession_2003/table_of_content_en.htm)

europa.eu.int , Lettland – Die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes

europa.eu/scadplus/glossary/accession_criteria_copenhagen_de.htm
<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/e40001.htm>

www.europainfo.at/hm_a/detail.asp?show=27 (Europainfo)

Europa-digital.de/laender/let/nat_pol

Europa-digital.de/laender/let/nat_lat

www.europa.wfg-hagen.de/lettland/osterweiterung_lettland_wirtschaft.htm

www.historia.lv/alfabets/L/la/ltf/dok/1989.05.31.htm

www.historia.lv/alfabets/L/la/ltf/dok/1990.02.03.htm
www.imoe.de/fileadmin/dateien/newsletter/iMOE-Osteuropa_aktuell_3-2002.pdf
www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1997/oktober1997/russische-minderheiten-in-den-baltischen-staaten--das-engagement-der-osze.html
www.latvijasbanka.lv (Homepage der lettischen Zentralbank)
www.lettland-guide.de/news/steigende-arbeitslosigkeit-in-lettland/
www.li.lv/index.php?option=com_content&task=view&id=83&Itemid=1573&lang=de
www.lpb-bw.de/oe_eu/ostm_eu/ome_pol.php
www.mk.gov.lv/ (Homepage der Regierung Lettlands)
<http://www.nationsencyclopedia.com/economies/Europe/Latvia.html>
www.netzwerk-ost-west.de/riga/JL1997R.pdf
www.oe24.at/zeitung/wirtschaft/article137624.ece
www.ostseepommern.de/poleninfos/geschichte/index.html
pe2009.pkw.gov.pl/PUE/EN/WYN/M/index_pos.htm
www.polish-online.com/polen/politik/parlament.php
www.polish-online.com/polen/wirtschaft/eu-beitritt.php
www.politicalresources.net
<http://www.politikberatung.or.at/www/documents/Lettland.pdf> (Homepage der österreichischen Politikberatung)
http://politik-gesellschaft-europa.suite101.de/article.cfm/politisches_system_republik_polen#ixzz0oShEP Cx6
http://politik-gesellschaft-europa.suite101.de/article.cfm/politisches_system_republik_polen#ixzz0oSf713 BN
www.rast.de/services/entfernungstabelle/Entfernungen.pdf

rzblx1.uni-regensburg.de/regensburg.de/ezeitezeit/fl.phtml?bibid=UBWIfl.phtml?bibid=UBWI (Elektronische Zeitschriftenbibliothek)

www.saeima.lv

www.solidarnosc.gov.pl/index.php?document=49

web.cvk.lv/pub/public/27770.html

www.virtualpolen.de/wirtschaft.htm

[wsws.org/de/tools/index.php?page=print&url=http%3A%2F%2Fwww.wsws.org%2Fde%2F2004%2Fjun2004%2Fpoeu-j23.shtml](http://www.wsws.org/de/tools/index.php?page=print&url=http%3A%2F%2Fwww.wsws.org%2Fde%2F2004%2Fjun2004%2Fpoeu-j23.shtml)

Sonstige Quellen

15 gadi: atjaunota LATVIJA laikraksta. Diena pirmajas lappuses.
Sonderausgabe der Lettischen Tageszeitung: „Diena“. Die Schlagzeilen von 1991 bis 2004 zusammengefasst in einem Band.

Agenda 2000 - Stellungnahme der Kommission zum Antrag Polens auf Beitritt zur Europäischen Union. Brüssel, 1997

Auslandsbüro Lettland – Homepage der Konrad Adenauer Stiftung

Bericht der Europäische Kommission zum Fortschritt Lettlands im Beitrittsprozess

Bericht der Europäische Kommission zum Fortschritt Polens im Beitrittsprozess

DataBase des Amts für Statistik in Lettland

Bertelsmann-Transformation-Index (Online Version)

Eurobarometer: EU-Skepsis, 2005.

European Journal of Political Research

European Law Journal

European Union Politics

Gesetzblatt der Republik Polen, Nr. 44 Pos. 267. Jahrbuch des öffentlichen Rechts, Band 12 S. 300ff, Mohr Verlag 1922/23. Wojewodschaft Schlesien (Verfassungsgesetze, Gerichtswesen, einige andere Gesetze und Verordnungen). Warschau 1922.

ISI Web of Knowledge

Journal of Common Market Studies

Journal of European Integration

Journal of European Public Policy

National Geographic, 11/1990, Volume 178, No.5: The Baltic Nations
Schlussfolgerungen des Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs in
Kopenhagen, 21.-22.06.1993: Europa-Archiv, Folge 13-14/1993

Międzyzakładowy Komitet Strajkowy

West European Politics

Medien, Zeitschriften und Tageszeitungen

Der Standard

Die Presse

Financial Times Deutschland

Gewinn

Le Monde Diplomatique

Profil

Spiegel

Stern

Trend

Zeit

Zürcher Zeitung

ABSTRACT IN DEUTSCH

Im Rahmen der Arbeit soll vor allem unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Größen der beiden herangezogenen Länder ergründet werden, auf welche unterschiedliche Art und Weise *Transformation* und *Demokratisierung*, sowie die *Europäische Integration* in einem relativ kleinen Staat wie Lettland und einem relativ großen Staat wie Polen passieren kann und weshalb es so passiert ist. Zentrale Frage soll bei der Betrachtung sein, welche Rolle die Größe eines Staates, sowie die Homogenität einer Nation spielt.

Der theoretische Teil der Arbeit wird sich mit den klassischen Theorien des Nationbuildings auseinandersetzen. Diese Besonderheiten der beiden Nationen sollen im Rahmen des theoretischen Teils der Arbeit herausgefiltert werden und bestehen Ansätze um diese Faktoren erweitert werden.

Außerdem kommen für das Verständnis der Arbeit Theorien der Europäischen Integration, sowie der Demokratisierung und der Transformation in Betracht.

In Betrachtung des historischen Kontexts muss erörtert werden, welche internen Einflüsse aber auch externen Faktoren für die Unabhängigkeit der beiden Staaten maßgeblich waren. Im anschließenden Prozess der Europäischen Integration soll herausgearbeitet werden, wie sich die Größe und die Eigenschaften der beiden Nationen, sowie der historische Kontext und die Gesellschaftsstrukturen auf die Transformation auswirken.

Anhand der bestehenden Theorien und Methoden soll überprüft werden, ob, wie und wann das Nationbuilding funktioniert hat. Und wie diese Staaten mit der erneuten Anbindung an eine Staatengemeinschaft, wenn auch auf freiwilliger Basis, umzugehen lernten. Im Rahmes dieser Betrachtung bleibt die Frage nach der hohen Skepsis gegenüber der Europäischen Gemeinschaft.

In Hinblick auf die Fokussierung der beiden Staaten im Vergleich ihrer Besonderheiten und Gegebenheiten, soll herausgearbeitet werden, welche Rolle einerseits deren Umstände und Zustände die spätere Entwicklung beeinflusst haben, und andererseits, wie die europäische Staatengemeinschaft mit diesen Besonderheiten umgegangen ist. Von großem Interesse für die Beantwortung vieler Fragen wird sein, ob es „einfacher“ sei, ein großes, aber gesellschaftlich homogeneres und unabhängigeres Land, oder aber ein vielfach kleineres, nunmehr aber sehr heterogenes und abhängigeres Land in die Europäische Union zu führen. Abschließend soll ein Versuch einer Prognose gewagt werden und mögliche Auswege und andere Konstellationen ergründet werden, wenn die Gegebenheiten ausgetauscht würden.

ABSTRACT IN ENGLISH

Aim of this paper was to find out, in which different ways transformation and democratization as well as the European Integration in a relatively small state as Latvia and a rather big state as Poland can take place under consideration the particularities and the size of the two countries named above. The central question is to focus the fact of the size of a country and the homogeneity of a certain nation.

The theoretical part of this work deals with the classic theories of nation-building. Those particularities of the two nations are going to be evaluated in this part of the essay. Further on for a better understanding of this topic, theories of the European Integration as well as democratization and transformation theories are included in this part.

Regarding the historical background one has to evaluate, which internal influences but also external factors have been important for gaining the independancy of the two countries. In the process of the European Integration it shall be evaluated how the size and the specifics of the two countries is interesting, as well as the historical background and the society's structures influence the transformation process.

Under consideration of the present theories and methods one shall calculate, if and how the nationbuilding process has reached ist goal. And how those states with the integration in a new union – even though on a independent base – have learnt to go with it. Last but not least the question of the high level of scepis to the European Union shall be regarded.

In regard to the focus of the comparison of the two states and their particularities and given situation, the aim is to define which role on the one hand the present situation and the circumstances have been determinant for the later progress and on the other hand how the the European Community has learnt to deal with it.

Big interest will be shifted to the question, whether it seems to be easier to lead a big-sized but rather homogenous and more independent country, or a much smaller but heterogenous and more dependent country to the European Union. In the end, the author would like to try to state a trend, how things would have developed if the circumstances would have been changed.

LEBENS LAUF

Philipp JAKLIN

(geboren am 17. Mai 1984 in Wien)



Ausbildung

1990-1994 Volksschule Schäffergasse, 1040 Wien

1994-2002 Theresianische Akademie, 1040 Wien
Matura abgelegt im Mai 2002

Seit 2003/04 Diplomstudium der Politikwissenschaft, Universität Wien
Diplomprüfung im November 2007

Seit 2005/06 Bakkalaureatsstudium der Betriebswirtschaftslehre, Universität Wien

Fachliche Schwerpunkte im zweiten Abschnitt der Politikwissenschaft:

- Modul für Ost- & Südosteuropa
- Modul für Europa & Europäische Union
- Modul für Internationale Politik

Auslandsaufenthalte & Berufserfahrung

07/2002 Sommerpraktikum an der Ersten Österreichischen Sparkasse

02-08/2005 Europäischen-Freiwilligen-Dienst in Lettland

02/2006 Arbeitsaufenthalt in Lettland

08-09/2007 Praktikum an der Österreichischen Botschaft Berlin

Ab 12/2007 Arbeitsaufenthalt in Lettland

Ab 06/2010 Geschäftsführer des „InterCulturellen Lernzentrums“